

**Wirtschafts**  
**Woche**

**Global**

Eine Sonderausgabe über  
*Armut und Reichtum*  
*Bildungschancen und Studiengebühren*  
*Mindestlohn und Managergehälter*  
*Wettbewerb und Leistung*  
*Einkommensteuer und Umverteilung*

Wie gerecht ist  
Deutschland?

In Kooperation mit  
INITIATIVE  
NEUE SOZIALE  
MARKTWIRTSCHAFT

# Wasser wirkt



Helfen Sie mit, 500.000 Kinder bis 2015  
mit sauberem Wasser zu versorgen.



spenden • helfen • aktiv sein  
[www.wasser-wirkt.de](http://www.wasser-wirkt.de)

**unicef**   
Gemeinsam für Kinder

Die Gerechtigkeitsfrage spaltet unsere Gesellschaft und die Politik. Doch die herkömmlichen Umverteilungsinstrumente sind machtlos bei den wirklichen Problemen. Wie sich Ungleichheit und soziale Unsicherheit vermindern lassen, ohne das Wirtschaftswachstum zu gefährden. *Von Klaus Methfessel.*

## »Lasst die Tassen im Schrank!«

**D**ieses Heft behandelt ein Hauptthema des Bundestagswahlkampfes: Wie gerecht geht es in Deutschland wirklich zu? Was ist überhaupt unter sozialer Gerechtigkeit zu verstehen? Dazu haben wir ein umfassendes Informationspaket zusammengestellt. WirtschaftsWoche-Redakteure berichten über das tatsächliche Ausmaß von Armut und Reichtum in Deutschland, den Einfluss der Lobbyisten auf den Mehrwertsteuersatz und das Für und Wider eines allgemeinen Mindestlohns. Sie haben ein Streitgespräch mit der Linken-Spitzenpolitikerin Sahra Wagenknecht sowie Interviews mit Experten wie dem Finanzwissenschaftler Clemens Fuest und dem Bildungspolitiker Jörg Dräger geführt. Renommierte Wissenschaftler wie die Professoren Ludger Wößmann, Norbert Berthold und Axel Börsch-Supan haben anregende Essays verfasst. Zusätzlich geben wir einen Überblick über mehr als ein Dutzend empirische Studien, die wichtige Fragen wie die Lage der Mittelschicht, Studiengebühren, Steuerbelastung und Beschäftigungshemmnisse unter dem Gerechtigkeitsaspekt analysieren.

Mit diesem Heft wollen wir einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte leisten. Um ein Bonmot zu variieren: Die Gerechtigkeit ist zu wichtig, um sie den Politikern zu überlassen. Denn mit populistischem Wahlkampf ist der Sache nicht gedient. Schon die sogenannte Armutsquote, die im Wahlkampf zum Kampfbegriff mutiert ist, vereinfacht zu stark. Denn als arm gilt nach amtlicher Definition, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens hat. Das führt zu dem abstrusen Ergebnis, dass die Zahl der Armen bei uns steigen würde, sollte etwa Bill Gates zuwandern, weil dann das mittlere Einkommen höher würde. Umgekehrt fällt unsere Armutsquote, wenn arme Rumänen zuziehen, weil dann das mittlere Einkommen sinkt und weniger Menschen unter die Armutsschwelle fallen. Und sind alle gleich arm, gibt es keine Armut mehr – statistisch gesehen jedenfalls. Der Aussagewert der Armutsquote ist also – relativ.

Gleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung ist – theoretisch – nur im Sozialismus möglich. In der Marktwirtschaft ist Ungleichheit unvermeidlich. Chancengleichheit vergrößert sie sogar noch, weil die Menschen dank ihrer jeweils besonderen Fähigkeiten die Chancen, die der Kapitalismus bietet, unterschiedlich zu nutzen wissen. Ein gewisses Maß an Ungleichheit in den Ergebnissen ist zudem nötig, denn nur dann besteht der Anreiz, hart zu arbeiten und Risiken einzugehen, nur so lassen sich Innovationen generieren, die unseren Wohlstand mehren. Wenn alle das gleiche Ergebnis haben, stirbt der Leistungswillen.

Die meiste Zeit der Menschheitsgeschichte war die Natur die Quelle von Unsicherheit. Der Kapitalismus hat uns zuvor nie ge-

kannten Wohlstand beschert, aber die Quelle der Unsicherheit hat sich von der Natur in die Wirtschaft verlagert. Armut und soziale Unsicherheit sind aber nicht nur ein Problem für die davon Betroffenen, sondern für die Gesellschaft insgesamt: Denn zunehmende Ungleichheit und wirtschaftliche Unsicherheit können demotivieren, die soziale Ordnung unterminieren und zu einem populistischen Rollback gegen die Marktwirtschaft führen.

Umverteilung ist also nötig. Doch in welchem Ausmaß? „Genossen, lasst die Tassen im Schrank“, hatte Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) einst den Linken in seiner Partei zugerufen, die „die Belastbarkeit des kapitalistischen Systems testen“ wollten. Wohin solcher Übermut führt, zeigte sich in Schweden, dem einstigen sozialdemokratischen Musterland: Mit einer Staatsquote von 67 Prozent fiel es vom viertreichsten Land der Welt in den Siebzigerjahren auf Platz 14 Anfang der Neunzigerjahre zurück. Erst seit der Korrektur solcher Übertreibungen geht es mit dem Land wieder aufwärts.

Wir sollten also prüfen, wie viel Ungleichheit wir tolerieren müssen, um die Dynamik unserer Wirtschaft und damit die Quelle unseres Wohlstands zu erhalten. Deshalb lautet die Frage beim Thema Mindestlohn nicht: ja oder nein? Sondern welche Lohnhöhe je nach Region und Branche adäquat ist. Eine deutschlandweite Lohnuntergrenze von 8,50 Euro dürfte jedoch für einige Regionen und Branchen schon zu viel sein und Jobs kosten. Wie schädlich eine zu hohe Untergrenze ist, zeigt sich gerade in Frankreich: Bei dem Mindestlohn von 9,43 Euro ist dort inzwischen jeder vierte Jugendliche ohne Arbeit.

Augenmaß ist auch in der Steuerpolitik gefragt. Deutschland gehört in Europa ohnehin zu den Staaten, die die Ungleichheit der Markteinkommen am stärksten durch Steuer- und Sozialpolitik vermindern. Zudem kann Deutschland auch ohne Steuererhöhungen in den nächsten Jahren mit 100 Milliarden Euro zusätzlichen Steuereinnahmen rechnen. In dieser Situation an der Steuerschraube zu drehen, wäre eine Kapitulation vor der Aufgabe, schädliche Subventionen und unsinnige Fördermaßnahmen wie das Elterngeld zu streichen, mit denen die Politik erfolglos versuchte, die Geburtenrate zu steigern. Es wäre besser, die vorhandenen Steuereinnahmen auf die wirklich Bedürftigen zu konzentrieren. Denn selbstverständlich ist in unserer Gesellschaft noch nicht alles gerecht. Das größte Defizit, das immer noch Einkommen und Bildungsstand der Eltern den Schulerfolg der Kinder bestimmen, ist ohnehin nicht mit Umverteilungspolitik zu beseitigen. Die Milliarden für Eltern- und Betreuungsgeld wären sinnvoller in kostenlose Kinderkrippen und Ganztagschulen investiert.

Bildungspolitik ist heute die eigentliche Sozialpolitik. ■



**Klaus Methfessel** Chefredakteur  
WirtschaftsWoche Global

## Gleichheit

- 6 **Umfrage** Was willst du werden?
- 8 **Wohlstand** Werden die Reichen wirklich immer reicher und die Armen ärmer?
- 14 **Streitgespräch** Sahra Wagenknecht gegen den Ökonomen Klaus Schroeder
- 18 **Wettbewerb** Privilegien für Insider
- 22 **Studie** Schrumpft die Mittelschicht?
- 23 **Studie** Umverteilung im EU-Vergleich
- 24 **Studie** Einkommensarmut und Vermögen
- 26 **Essay** IW-Chef Michael Hüther analysiert, warum wir Schwache stärken müssen

## Gerechtigkeit

- 28 **Umfrage** Karrierechancen im Job
- 30 **Kampf der Ideen** Die Geschichte der Gerechtigkeit seit 200 Jahren
- 38 **Studie\*** Freiheit, Wohlstand, Arbeitsplatz
- 40 **Studie\*** Wie wir den Hunger bekämpfen
- 42 **Studie\*** Wie die soziale Marktwirtschaft im internationalen Vergleich abschneidet
- 47 **Staatsreformen** Schweden macht's vor
- 50 **Essay** Meinungsforscherin Renate Köcher analysiert, was wir heute gerecht finden

## Steuern und Abgaben

- 52 **Umfrage** Was ist wirklich wichtig?
- 54 **Verdeckte Subvention** Die Ungerechtigkeit im deutschen Mehrwertsteuersystem
- 56 **Das Schäuble-Quiz** Haben Sie das Zeug zum Finanzminister?
- 59 **Studie\*** Die einheitliche Mehrwertsteuer
- 60 **Interview** Ökonom Clemens Fuest über die Grenzen der Gerechtigkeit im Steuersystem
- 63 **Studie\*** Die Fehler der kalten Progression
- 64 **Studie\*** Die Steuerprogramme der Parteien
- 68 **Studie\*** Der Staat hat Geld genug
- 71 **Studie\*** Finanztransaktionssteuer als Risiko
- 72 **Studie\*** Der Skandal der Energiewende
- 74 **Essay** Ökonom Axel Börsch-Supan erklärt, warum Gerechtigkeit eine Utopie ist

## Arbeit

- 76 **Umfrage** Kompromisse im Job
- 78 **Mindestlohn** Alle Parteien wollen ihn – wann er nutzt und wann er schadet

■ **Soziale Gerechtigkeit** Wie gerecht ist Deutschland – und welche Rolle spielt diese Debatte im Bundestagswahlkampf 2013? Analysen, Berechnungen und Einschätzungen finden Sie auf [wiwo.de/bundestagswahl](http://wiwo.de/bundestagswahl)



## Wagenknecht gegen Schroeder

Die linke Politikerin und der Berliner Politikwissenschaftler streiten über Geld, Vermögensteuer, die Mittelklasse, Gerechtigkeit und die Pflicht zum Gemeinwesen.

Seite 14

## Verkappte Subventionen



Das Mehrwertsteuersystem ist ungerecht und teilweise absurd. Anstatt das Wirrwarr zu beseitigen, ist die Bundesregierung vor den Lobbyisten eingeknickt.

Seite 54



## Die Aufholjagd kann beginnen

Wie gerecht geht es zu auf der Welt? Professor Dominik H. Enste untersucht anhand von Daten und Fakten, wie Deutschlands soziale Marktwirtschaft in dieser fundamentalen Frage gegenüber den anderen Industrieländern abschneidet.

Seite 42



## Besser verdienen

Dass der Mindestlohn kommen soll, ist mittlerweile Konsens. Es geht im Streit der Bundesparteien mittlerweile nur noch um seine Höhe, wer ihn beschließen soll und ob er wirklich in München und Rostock gleich hoch sein muss. Doch zwischen Nutzen und Schaden liegt nur ein schmaler Grad. **Seite 78**

## Der Krieg der klugen Köpfe

Spätestens seit der Französischen Revolution und dem Beginn der Industrialisierung streiten Ökonomen, Philosophen und Politiker über die Frage, was sozial gerecht ist. Wie sich die Vorstellung von Gerechtigkeit im Laufe der Geschichte verändert hat. **Seite 30**

## Gerechter fördern

Im deutschen Bildungssystem hat sich in den vergangenen Jahren einiges getan. Bloß am größten Missstand hat sich kaum etwas geändert: der Chancengerechtigkeit. **Seite 96**



- 83 **Studie** Wer von Mindestlöhnen profitiert
- 85 **Interview** Ökonom Hilmar Schneider erwartet für Leistung auch Gegenleistung
- 88 **Studie\*** Was Beschäftigung hemmt
- 92 **Essay** Ökonomen Berthold und Coban: Wie der Arbeitsmarkt verändert werden muss

### Bildung

- 94 **Umfrage** Wie hast du's mit der Schule?
- 96 **Bildung in Deutschland** In unserem System mangelt es an Chancengerechtigkeit
- 104 **Interview** Bildungspolitiker Jörg Dräger fordert eine neue Unterrichtskultur
- 108 **Studie** Studiengebühren sind nicht ungerecht, sie verbessern das Bildungssystem
- 110 **Essay** Ökonom Ludger Wößmann erläutert, was aktive Bildungspolitik ausmacht
- 112 **Buchtipps** Thema Gerechtigkeit

### Rubriken

3 **Einblick**, 5 **Impressum**, 114 **Ausblick**

### \* KOOPERATIONSPARTNER

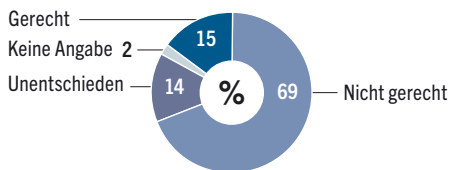
Dieses Sonderheft ist in Zusammenarbeit mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) entstanden. Die INSM macht sich, wie die WirtschaftsWoche, für marktwirtschaftliche Reformen im Sinne unternehmerischer Freiheit, Eigeninitiative und Chancengerechtigkeit stark. Finanziert wird sie von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Studien, die im Auftrag der Initiative erstellt wurden, sind hier mit einem \* gekennzeichnet. Verantwortlich für den Gesamtinhalt bleibt die Redaktion.

### Impressum

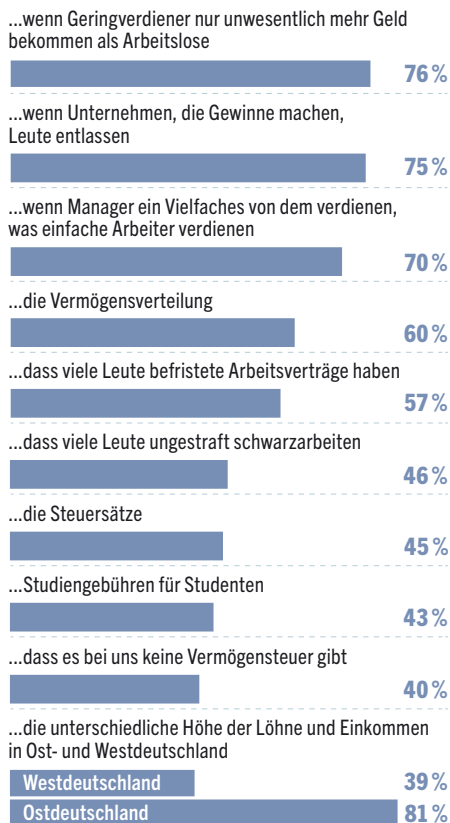
**Herausgeber** Roland Tichy  
**Chefredakteur** Klaus Methfessel (V.i.S.d.P.)  
**Redaktion** Dr. Martin Roos; Konrad Fischer, Max Haerder, Konrad Handschuch, Saskia Littmann, Bert Losse, Dr. Christian Ramthun, Dieter Schnaas  
**Chefin vom Dienst** Angela Kürzdörfer  
**Art Director** Holger Windfuhr  
**Gestaltung** Juliane Reyes Nova  
**Infografik** Dmitri Broido  
**Bildredaktion** Silke Eisen, Christian Gogolin  
**Produktion** Markus Berg, Petra Jeanette Schmitz  
**Bildbearbeitung** Uwe Schmidt, Constanze Fischer  
**Lektorat** Joachim Fuchs, Elisabeth Manzke  
**Verlag** Handelsblatt GmbH, Kasernenstraße 67, 40213 Düsseldorf  
**Geschäftsführung** Jörg Mertens, Claudia Michalski, Gabor Steingart  
**Anzeigenverkauf** iq media marketing gmbh, Kasernenstraße 67, 40213 Düsseldorf  
**Anzeigenleitung** Patrick Priesmann  
**Druck** Mohn Media Mohndruck GmbH, Carl-Bertelsmann-Straße 161M, 33311 Gütersloh

# Was willst du werden?

**Frage:** Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland (was die Menschen besitzen und was sie verdienen) gerecht oder ungerecht?



## Ungerecht ist...



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv



FOTOS: INGO RAPPERS FÜR WIRTSCHAFTSWOCHEN, DENIZ SAYLAN FÜR WIRTSCHAFTSWOCHEN (2)

**Fabian Wisner, 20, Abiturient in Kaarst.** Nach dem Abi fliege ich mit zwei Freunden nach Australien. Wir haben ein wenig Geld verdient und gespart. Drüben kaufen wir uns ein altes Auto, fahren mit einem Work-and-Travel-Visum die Küste entlang und jobben zwischendurch auf Plantagen oder im Restaurant – aber nicht länger als neun Monate. Denn dann muss ich mich um mein Studium kümmern. Ich interessiere mich für erneuerbare Energien. Später einen Job zu finden wird bestimmt nicht leicht. Aber ich werde das schon schaffen. Ich muss zumindest so viel Geld verdienen, dass ich eine Familie ernähren kann.



**Katja Gök, 19, Abiturientin in Sinsheim.** In der neunten Klasse fragte mich meine Lehrerin, ob ich mich um ein Stipendium bei der Bosch-Stiftung bewerben wolle: „Talent im Land“ unterstützt begabte Schüler aus Zuwandererfamilien mit Fortbildungsseminaren und Beratung. Ich dachte erst, das wird sowieso nichts. Ich bin in Deutschland geboren und habe noch fünf Geschwister. Zu Hause sprechen wir Arabisch. Es hat dann doch geklappt. Nach dem Abi fange ich ein duales Studium für Wirtschaftsinformatik bei der SAP in Walldorf an. An dem Tag, als ich mich dort vorstellte, war ich die einzige weibliche Bewerberin.

**»Ich fange ein duales Studium für Wirtschaftsinformatik an«**



**Jakob Oswald, 25, Krankenpfleger in Stuttgart.** Nach der elften Klasse verließ ich das Gymnasium. Ich hatte keine Lust mehr auf Schule. Ich absolvierte erst ein freiwilliges soziales Jahr in einem Krankenhaus, dann eine Ausbildung zum Krankenpfleger. Danach dachte ich, Arzt zu werden ist viel cooler. Ich machte also mein Abi nach. Jetzt warte ich auf meinen Studienplatz und arbeite wieder als Krankenpfleger. Wann das Studium losgeht, weiß ich nicht. Sechs oder sieben Jahre zu warten ist nicht selten. Die Wartesemester zählen erst ab Erwerb der Hochschulberechtigung. Ich finde es unfair, dass meine medizinische Ausbildung nicht voll auf die Wartezeit angerechnet wird. Das muss sich ändern.

**»Trotz Ausbildung muss ich lange auf den Studienplatz warten. Das ist unfair«**

# Wohlbehütet?

Werden die Reichen in Deutschland immer reicher und die Armen immer ärmer? Zur Schönfärberei besteht jedenfalls kein Anlass, wie Statistiken zeigen. Zur Schwarzmalerei aber auch nicht.

**D**as neue Deutschland, stark und prosperierend, so voller Zuversicht und Selbstbewusstsein, mit Export- und Beschäftigungsrekorden in Serie, diese Bundesrepublik also, auf die unsere europäischen Nachbarn so neidwie sehnsuchtsvoll blicken – wo findet man sie eigentlich?

Vielleicht hier: Sylt, Kampen, roter Klinker und sturmgraues Reetdach, ein Refugium mit blickdichten Büschen und „exponierter Lage“, sehr edel, aber nicht protzig. Der „Frieden der Wattenmeerküste und die Wildheit der Westseite“, so dichtet das Maklerexposé, sind nur eine kurze Porsche-Fahrt entfernt. Ein solches Glück mit fünf Zimmern, drei Bädern und 280 Quadratmeter Wohnfläche auf der exklusivsten Insel des Landes

kann sein Eigen nennen, wer bereit und in der Lage ist, sieben Millionen Euro zu investieren. Pro Quadratmeter also 25 000 Euro, der Preis eines fabrikneuen VW Golf mit 140 PS.

Wer kauft so etwas? Wer kann so etwas kaufen? Ein Anruf beim Makler. „Sehr wohlhabende Menschen“, sagt Monika Blume von Engel & Völckers. „Und es sind fast ausschließlich Deutsche.“ Sylt war schon immer etwas für Liebhaber, vor allem für Liebhaber des Abgeschiedenen und Besonderen: Dieses nicht >>



**Schöne Aussichten**

Wer reich ist in  
diesem Land, hat  
sehr gute Chancen,  
es auch zu bleiben

---



» mehr ganz irdische Licht, die Gischt und die Dünen und der Horizont, da „spielt das wechselhafte Wetter keine Rolle“.

Und die Preise offenbar auch nicht. Die letzten ein, zwei Jahre sei es etwas weniger aufgeregt zugegangen, erzählt Blume, aber die Zahlen bewegen sich ja schon längst auf allerhöchstem Niveau. „Das Vermögen ist da“, sagt die Maklerin. Und je höher der Preis, „desto geringer die Finanzierung.“

Weit weg von dieser Wohlstandsinsel findet man ein anderes Deutschland, geduckt und zweifelnd, in ständiger Furcht vor dem totalen Abstieg, voll banger Unsicherheit, wie sozial diese Marktwirtschaft noch ist: In Berlin-Wedding, Beusselstraße, liegt die Zentrale des Vereins „Berliner Tafel“. 1993 war sie die erste ihrer Art, 20 Jahre später öffnen allein in der Hauptstadt einmal in der Woche 45 sogenannte Ausgabestellen ihre Pforten, um Lebensmittel an Bedürftige zu verteilen.

48 000 Menschen kommen im Monat, so lautet die offizielle Schätzung, bundesweit sollen es anderthalb Millionen sein. Und wer steht dort an? Wer kann nicht anders, als dort anzustehen? „Zu uns kommen die Leute, weil es nicht anders geht“, sagt Sabine Werth, die Gründerin und Vorsitzende, es würden immer mehr, vor allem kämen mehr Ältere. „Aber plötzlich erleben wir auch Schichten, die wir früher nicht hier angetroffen hätten, Akademiker zum Beispiel.“

## Der Armuts- und Reichtumsbericht taugt nicht als Kampfschrift über die **Verelendung** des Landes

Bedürftig oder nicht, das ist bei den Tafeln klar geregelt: Wer weniger als 800 Euro im Monat zum Leben hat und das auch schriftlich nachweisen kann, darf Tüten mit Brot und Salat, Obst oder Butter mit nach Hause nehmen, für einen Euro. Jeder Hartz-IV-Empfänger erfüllt diese Bedingung genauso wie mancher Rentner. Der eine Euro ist ohnehin ein symbolischer Preis, weil bei den Tafeln nichts verschenkt werden soll. Früher, glaubt Werth, wären gerade Senioren vor lauter Scham nur in absoluten Ausnahmefällen gekommen. Aber das habe sich geändert. „Die Armut

**Ohne schöne Aussichten** Besonders die Kinder alleinerziehender Eltern haben in Deutschland immer noch ein besonders hohes Armutsrisiko

ist in den Köpfen angekommen – heute nehmen sie Hilfe an.“

Kampen und Wedding, zwei Welten, zweimal bundesdeutsche Realität und über allem die Fragen: Wie reich ist dieses Land nun? Oder wie arm?

Alle vier Jahre sollen mehrere Hundert Seiten Text, Dutzende Grafiken und Statistiken auf all dies eine möglichst objektive und eine möglichst erschöpfende Antwort geben: „Lebenslagen in Deutschland – Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“. Aber eine solche Studie im Auftrag der Bundesregierung ist natürlich nie nur Bestandsaufnahme dessen, was ist, sondern immer auch Argumentationshilfe für das, was sein soll. Eine Stromquelle zum Aufladen politischer Debatten. Ein Mittel für Differenzierung. Und ein Jagdgrund für hitzige Aufwallung.

Der vierte Bericht – erschienen im März 2013 – macht da keine Ausnahme. Im Gegenteil.

Das zeigt schon seine Vorgeschichte: Im Entwurf, der im Herbst 2012 von Bundessozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) zur Abstimmung an die anderen Ressorts der Bundesregierung verschickt wird, finden sich ein paar wenige Sätze, die es in sich haben: „Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt.“ Außerdem: Die Entwicklung der Einkommen „verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung und kann den gesellschaftlichen Zusammenhang gefährden“.

### „FÄLSCHUNG“ UND „ZENSUR“

Diese Abstimmung werden beide Sätze – maßgeblich auf Intervention des Bundeswirtschaftsministers Philipp Rösler (FDP) – nicht überleben. Der Regierung bringt das den geballten Sturm der Opposition ein, die „Fälschung“ und „Zensur“ und „für dumm verkauft“ schreit. Und außerdem eine Debatte über die Deutungshoheit der sozialen Lage, die bis jetzt nicht wieder abgeklungen ist.

Dabei sind, alles in allem, weder die Vorwürfe der Schönfärberei noch der Schwarzmalerei ernsthaft angebracht: Die Endfassung des vierten Armuts- und Reichtumsberichts taugt nicht als Kampfschrift gegen die Verelendung. Aber sie leuchtet die Zustände im „coolsten Land



der Welt“ (Philipp Rösler) genauso wenig in mildem Rosarot aus.

Aber der Reihe nach. Dass die Feststellung ungleicher Vermögensverteilung von prominenten Händen aus den ersten Textentwürfen radiert wurde, mögen ministerielle Hardliner gern für sich als Erfolg verbuchen. Vor allem aber ist es eine Niederlage für den gesunden Menschenverstand. Denn erstens findet sich diese Interpretation der Daten dann – zugegebenermaßen hübsch versteckt – weit hinten im Bericht doch noch; auf Seite 343 ist schließlich von der „sehr ungleichen Verteilung der Privat-



vermögen“ die Rede. Zweitens sind die Fakten schlicht unhintergebar.

1998 gehörten der unteren Hälfte der Bevölkerung drei Prozent des Privatvermögens, also Häuser, Aktien, Festgeldkonten, Schmuck oder Grund und Boden; 2008 ist der Anteil auf nur noch ein Prozent geschrumpft. Das obere Zehntel vereinte bereits 1998 rund 45 Prozent der Besitztümer auf sich. Zehn Jahre später sind es 53 Prozent. Hier finden sich die Leute in der Statistik wieder, die sich eine Reetdachkate in Kampen als Feriendomizil zulegen. Der oberen Hälfte der Deutschen gehören ins-

gesamt sogar 99 Prozent des Gesamtbesitzes (siehe Grafik Seite 13). Wer kann angesichts solcher Zahlen leugnen, dass die Vermögen in Deutschland extrem ungleich verteilt sind?

#### **KRISE GEGEN BOOM**

Die Daten haben nur einen Makel: Sie sind zu alt, um Aussagen über die Gegenwart zuzulassen. Denn das Material von 2008 erlaubt weder Schlussfolgerungen darüber, was in den Jahren der Wirtschafts- und Finanzkrise aus dem Kapitalvermögen (besonders aus Aktien und Unterneh-

mensanleihen) wurde, noch bildet es den jüngsten bundesdeutschen Immobilienboom ab. Häuser und Eigentumswohnungen aber spielen gerade bei den großen Vermögen eine wesentliche Rolle. Noch ist also gar nicht seriös zu sagen, ob die Wohlhabenden heute noch reicher oder vielleicht etwas weniger reich sind, als sie es 2008 waren.

Blickt man also notgedrungen auf die heute verfügbaren Statistiken zum angesammelten Wohlstand der Deutschen, dann bleibt festzuhalten: Deutschland war und ist vor allem ein gespaltenes Land. >>

» Doch das ist nur ein Aspekt von vielen. Betrachtet man die regelmäßigen Einkommen, färbt sich das Bild schon anders, und zwar deutlich angenehmer. Und das liegt in allererster Linie am deutschen Arbeitsmarkt, der in den vergangenen Jahren – trotz der dramatischen Konjunkturkrise 2009 – unverhoffte Erfolgsmeldungen produzierte, und das am laufenden Band. Diese listet auch der Armuts- und Reichtumsbericht auf: Seit 2005 ist die Arbeitslosenquote stetig gesunken, 2012 betrug sie historisch niedrige 6,8 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit lag sogar nur bei 5,9 Prozent – der beste Wert in der gesamten EU. Selbst an den üblichen Härtefällen des Arbeitsmarktes ging der Jobaufschwung dieses Mal nicht vorbei: 2007 registrierte die Bundesagentur für Arbeit 1,73 Millionen Langzeitarbeitslose, 2012 waren es nur noch 1,03 Millionen.

## DIE SCHERE SCHLIESST SICH

Arbeitslosigkeit ist die größte Gefahrenquelle für Armut – und spiegelbildlich ist Arbeit der wichtigste Faktor für materiellen wie persönlichen Aufstieg. Diesen direkten Zusammenhang legt auch der Regierungsbericht nahe.

Denn die Arbeitsmarkt-Hausse hat offenbar dafür gesorgt, dass der seit den Neunzigerjahren bis Mitte des vergangenen Jahrzehnts anhaltende Trend wachsender Ungleichheit bei den real verfügbaren Einkommen gebrochen wurde. Exakt wie auf dem Arbeitsmarkt bildet das Jahr 2005 auch hier einen signifikanten Wendepunkt: Mit dem Ende der Jobmisere wächst der Einkommensgraben nicht nur nicht mehr weiter – er ebnet sich sogar wieder etwas ein. Bei aller gebotenen Vorsicht bilanziert der Ökonom Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), auf dessen Analysen auch

der Armuts- und Reichtumsbericht maßgeblich fußt, eine „Trendwende“.

Fachleute wie Grabka messen den Grad der gesellschaftlichen Gleichheit mit dem Gini-Koeffizienten, einer Zahl zwischen 0 und 1. Je ungleicher die Einkommensverteilung, desto näher ist der Wert bei 1. Die DIW-Auswertungen zeigen: Zwischen 1991 und 2005 stieg der Gini-Koeffizient für die Haushaltseinkommen im Osten stetig von etwa 0,37 auf 0,55, im Westen war die Entwicklung sehr ähnlich, aber etwas moderater (siehe Grafik unten). Doch dann der Bruch: Seit 2005 sinken die Werte in beiden Teilen des Landes erstmals wieder. Die Einkommensschere steht zwar noch immer weiter auf als in den Neunzigerjahren, aber erstmals schließt sie sich wieder ein wenig. Die mannigfaltigen Wirkungen der staatlichen Umverteilungsma-

## Das Mantra der Chancengerechtigkeit verhallt, wenn jeder Fünfte schlecht lesen und schreiben lernt

schine, also etwa progressive Einkommensteuer, Sozialabgaben oder Transferleistungen, sind darin noch nicht einmal berücksichtigt. Rechnet man sie hinzu, ist das Ausmaß der Ungleichheit bei den real verfügbaren Haushaltseinkommen sogar noch geringer. Die OECD kommt für die Bundesrepublik in ihren jüngsten Erhebungen so auf einen Gini-Koeffizienten von 0,29. Die soziale Spaltung hat der OECD zufolge in den Krisenjahren nach 2007 überhaupt nur in zwei Ländern ab-

statt zugenommen: Österreich und Deutschland. Die Bundesrepublik ist dank ihres viel beachteten Jobwunders also wieder etwas gerechter geworden. Eine reife Leistung.

Diese Befunde sind besonders interessant, weil sie die Debatte um „gute Arbeit“ und „faire Entlohnung“, die im Bundestagswahlkampf mit Verve geführt wird, in ein differenziertes Licht tauchen. Denn der Bericht zeigt auch hier zweierlei: Der Aufschwung am Arbeitsmarkt hat sich ohne Zweifel besonders in den prekären und niedrig bezahlten Sektoren niedergeschlagen. Will heißen: Der Aufbruch aus der Armut ist für diejenigen am unteren Rand fürwahr alles andere als bequem. Gleichzeitig aber verdrängen Zeitverträge, Minijobs und Leiharbeit – anders als bisweilen behauptet – nicht im Mindesten die Vollzeit und unbefristet angestellten Arbeitnehmer. Anschärfende Wahlkampfrhetorik hin oder her: Da bröckelt und da drifft in der viel beschworenen „Mitte“ der Gesellschaft: nichts.

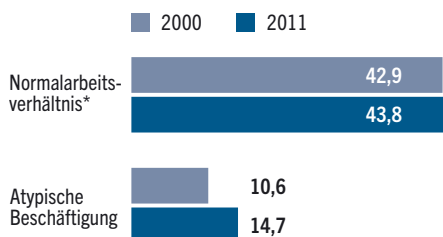
Die genauen Zahlen: Zwischen 2000 und 2011 hat sich der Anteil der Normalarbeitnehmer auf fast 44 Prozent ganz leicht erhöht. Die insgesamt höhere Beschäftigung verdankt sich aber klar einem von 10,6 auf 14,7 Prozent gestiegenen Anteil der atypischen Jobs (siehe Grafik unten); also den Minijobbern und Werksverträgern und den Angestellten mit Befristungen.

## PREKÄRE MARKTWIRTSCHAFT

Ein gutes Viertel aller Beschäftigten erzielt dabei gerade einmal Stundenlöhne, die ein Drittel unter den durchschnittlichen Werten liegen. Diese Niedriglohnquote erreichte bereits 2007 ihren Höhepunkt und lag seitdem recht stabil um die 23 Prozent. Schlechte Bezahlung hat also mittlerweile einen festen Platz in der sozialen Markt-

## Mehr Arbeit, mehr Prekariat

Anteil an der Gesamtbevölkerung (in Prozent)

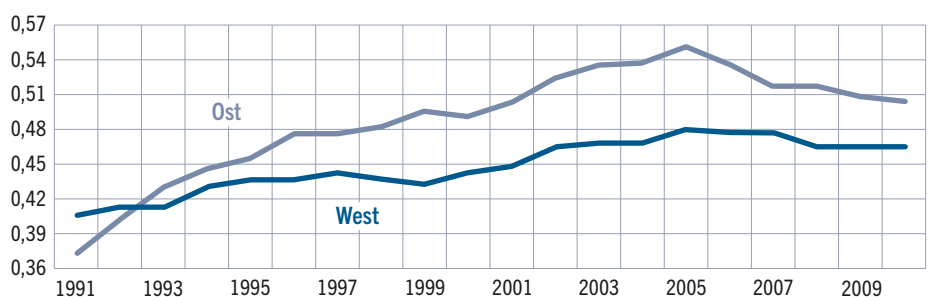


\* Vollzeit, unbefristet;  
Quelle: Armuts- und Reichtumsbericht

WirtschaftsWoche

## Leichte Entspannung

Gini-Koeffizient der realen Haushaltseinkommen



Quelle: SOEP

WirtschaftsWoche



wirtschaft erobert, sie weitet sich aber immerhin nicht (mehr) aus.

Dennoch hat der atypische Beschäftigungsboom nach und nach dazu geführt, dass in der Gesamtschau der Druck auf die Löhne gestiegen ist. Zwischen 2007 und 2011 haben die unteren 60 Prozent der Vollzeitbeschäftigten reale Bruttoverluster zwischen moderaten 1,9 und schmerzhaften 6,1 Prozent hinnehmen müssen. Leichte Zuwächse gab es hingegen nur für das obere Fünftel.

Ist das denn gerecht? Zunächst einmal bedeutet es nicht, dass jeder Einzelne im Lohn gedrückt wurde. Die Verluste sind in erster Linie ein statistischer Effekt, weil eben gerade in den unteren Gehaltsklassen neue Jobs zu niedrigeren Löhnen entstanden sind, die den Schnitt nach unten pressen. Das ist das eine. Das andere ist, die Vorgeschichten zu bedenken: Viele dieser Neueinsteiger hatten vorher keinen besse-

**Ressortverstimmung** Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) in eher seltener Einigkeit

ren, sondern gar keinen Job – und stehen damit heute trotzdem faktisch besser da als zuvor.

Was aber heißt das alles unterm Strich für eben jene, um die sich die soziale Marktwirtschaft besonders kümmern sollte: die armen Fleißigen, die unbegüterten mit dem Willen zum Aufstieg? Diejenigen, frei nach Bill Clinton, die den Karren ziehen und nach den Regeln spielen?

Zunächst: Arm oder von Armut gefährdet, das ist nach offizieller Definition in Deutschland zum Beispiel jeder Alleinlebende, der im Monat etwas weniger als 1000 Euro zum Leben hat. Oder eine Familie mit Mutter, Vater und zwei Kinder, die

weniger als 2100 Euro ausgeben können. Rund 16 Prozent der Deutschen fallen in diese Kategorie. Das ist – auch wenn man andere Indikatoren heranzieht – im europäischen Vergleich ein recht respektable Wert (siehe Grafik unten). „Wenn wir hierzulande von Armut sprechen, ist dies im Verhältnis zu einem relativ hohen Lebensstandard gemeint“, kommentiert der Wirtschaftsweiser Christoph Schmidt.

Damit ist indirekt der letzte, der vielleicht wichtigste Punkt berührt, die ideale Armut: fehlende Bildung, mangelnde Anregungen, ein eingeschränkter Horizont, kurzum: der nicht vorhandene Glaube, es mal besser zu haben als die eigenen Eltern. „Statusfatalismus“ nennt das die Zunft der Soziologen.

### VERSPRECHEN KAUM ZU HALTEN

Das Aufstiegsversprechen, das eine Marktwirtschaft dringlich schützen und bewahren muss, steht tatsächlich ziemlich ramponiert da. Das hat allerdings wenig mit den Nachtseiten des glänzenden Arbeitsmarkts zu tun, sondern einiges mit dem Bildungssystem. Denn, erster Vorwurf, auch mehr als zehn Jahre nach dem Pisa-Schock können deutsche Schulen noch immer nicht recht den Effekt mildern, dass Akademikersprösslinge eine sechsmal höhere Chance auf ein Studium haben als Arbeiterkinder.

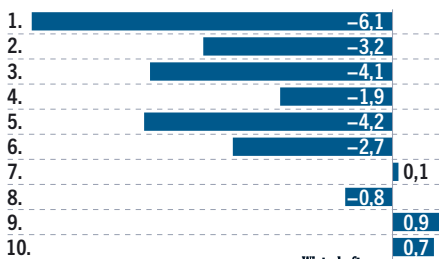
Hier verhält das Mantra der Chancengerechtigkeit. Und, zweiter Vorwurf, noch immer produzieren die Schulen fast 20 Prozent Risikoschüler, die mit 15 Jahren Lesen und Schreiben nur auf dem Niveau von Grundschulern beherrschen. Ihnen fehlt von vornherein das nötige Rüstzeug, um überhaupt jemals ihre ganz persönliche Aufholjagd beginnen zu können.

Das ist das wirkliche Armutszeugnis. ■

max.haerder@wiwo.de | Berlin

### Druck auf die kleinen Löhne

Entwicklung des realen Bruttoerwerbseinkommens nach Einkommensdezilen, Vollzeit, 2007 bis 2011 (in Prozent)

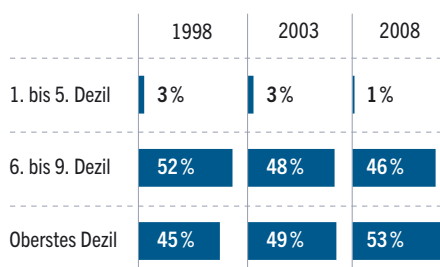


Quelle: Armuts- und Reichtumsbericht



### Wer hat, dem wird gegeben

Verteilung des Privatvermögens in Deutschland

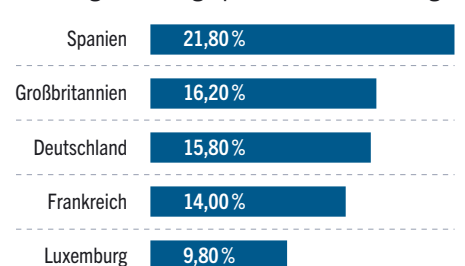


Quelle: Armuts- und Reichtumsbericht



### Abstiegsgefährdet

Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung\*



\* Kriterium: unter 60 Prozent des Nettoäquivalenzeinkommens; Quelle: Statistisches Bundesamt





Neuland in Sicht?  
Sahra Wagenknecht und  
Klaus Schroeder

# Nehmt's den Reichsten!

Sahra Wagenknecht, die Frontfrau der Linken, und der Armutsforscher Klaus Schroeder streiten über die soziale Lage – und darüber, wie viel Umverteilung gerecht ist.

**Frau Wagenknecht, Herr Schroeder, stellen Sie sich vor, Sie seien Lehrer und müssten Deutschland ein Zeugnis ausstellen: Welche Note geben Sie für die Leistung in „sozialer Gerechtigkeit“?**

**Schroeder:** Ich kann mit dem Begriff ziemlich wenig anfangen. Er ist interessengeleitet, ein politisch-ideologischer Kampfbegriff. Niemand weiß, was sozial gerecht ist – Frau Wagenknecht nicht, ich nicht, niemand. Wahrscheinlich deshalb, weil niemand „soziale Gerechtigkeit“ zu definieren versteht, hat der Begriff so eine erstaunliche Karriere hingelegt. Deshalb kann ich nur meinen eigenen Standpunkt wiedergeben, und der ist relativ. Ich würde Deutschland – verglichen mit anderen Ländern – eine glatte zwei geben.

**Wagenknecht:** Für mich hat Deutschland eine fünf verdient. Natürlich gibt es Länder

mit größeren Kontrasten und viel schlimmerer Armut. Aber man muss Deutschland an seinen eigenen Möglichkeiten messen. Nach diesem Maßstab ist das Einkommen sehr ungerecht verteilt. „Soziale Gerechtigkeit“ ist keine Leerformel. Wenn Menschen von ihrem Einkommen nicht mehr leben können, dann ist das nicht nur ungerecht, es ist ein Skandal. Andere hingegen leben in ihrem ererbten Vermögen im größten Luxus, ohne je arbeiten zu müssen. Wieder andere schaden als Finanzjongleure der Allgemeinheit und tragen trotzdem Millionen nach Hause.

**Schroeder:** Mein Maßstab ist natürlich nicht Vietnam oder China. Ich orientiere mich an unseren europäischen Nachbarn. Da rangiert Deutschland im oberen Drittel, hinter den skandinavischen Ländern. Dieses Land hat Veränderungen gemeistert,

die beispiellos waren: die deutsche Einheit, die millionenfache Zuwanderung, den sozialstrukturellen Wandel. Wenn ich das berücksichtige, dann geht es hierzulande im Großen und Ganzen sozial gerecht zu. Ein Problem sehe ich wie Frau Wagenknecht überall da, wo sich Leistung von Entlohnung entkoppelt. Die Leute empfinden allerdings nicht nur Bankerboni und hohe Managergehälter als ungerecht, sondern auch, dass jemand, der nichts tut, fast so viel Geld erhält wie jemand, der täglich arbeiten geht.

**Ist Hartz IV demnach zu hoch, oder sind die Löhne zu niedrig?**

**Wagenknecht:** Die Löhne sind zu niedrig. Ein Mindestlohn von zehn Euro ist überfällig.

**Schroeder:** Aber den Hartz-IV-Satz will die Linke doch auch erhöhen.

**Wagenknecht:** Wer arbeiten möchte und keinen Job findet, den kann man nicht auch noch bestrafen! Die meisten Arbeitslosen sind nicht freiwillig zu Hause, sondern weil die Gesellschaft ihnen keine Chance gibt.

**Viele Normalarbeitnehmer finden, die Politik müsste endlich ihnen mehr Aufmerksamkeit schenken – und nicht immer nur den Hartz-IV-Empfängern.**

**Wagenknecht:** Ohne Hartz IV hätten sich auch die Löhne nicht so miserabel entwickelt. Richtig ist: Die Agenda 2010 war ein massiver Angriff auf den Wohlstand normaler Arbeitnehmer. Viele wurden in Werkverträge und Leiharbeit abgedrängt. Beim Medianvermögen befindet sich Deutschland heute am unteren Ende der Euro-Zone.

**Schroeder:** Aber Sie wissen doch, woran das liegt: Die Bedeutung von Immobilienbesitz ist geringer. Vor allem aber werden die üppigen gesetzlichen Rentenansprüche – anders als die privaten – nicht angerechnet, obwohl sie ein riesiges Vermögen darstellen. Wenn Sie beides berücksichtigen, sieht die Lage schon ganz anders aus.

**Wagenknecht:** Wer sich heute von Befristung zu Befristung hangelt, hat weder die Möglichkeit noch die Sicherheit, sich jemals ein Häuschen zu kaufen. Und für die üppigen Rentenansprüche können sich viele Arbeitnehmer, denen ein Alter auf Hartz-IV-Niveau droht, wirklich bedanken. **Ist es gerecht, dass jeder zweite Deutsche so gut wie keinen Besitz hat?**

**Schroeder:** Sie können Menschen nicht zwingen, Vermögen zu bilden. Ich habe es immer für falsch gehalten, dass Gewerkschaften die Beteiligung der Arbeitnehmer an Unternehmen bekämpft haben, weil sie keine zu starke Bindung an die Betriebe wollten. Aber heute entsteht Vermögen eben zumeist über angelegtes Kapital. Ich würde hier für eine Kehrtwende plädieren.

**Wagenknecht:** Ich bin sehr für Belegschaftseigentum. Gut fände ich zum Beispiel, wenn bei einer Vermögensteuer – für die wir als Partei unbedingt werben – die Steuerschuld auf Betriebsvermögen entfiel, wenn die Summe stattdessen in Firmenanteile für Mitarbeiter umgewandelt würde. **Glauben Sie denn wirklich, dass plötzlich alle Gerechtigkeitsfragen gelöst wären?**

**Schroeder:** Ungleichheit wird es immer geben. Ich frage mich in diesem Zusammenhang stets, wieso die Verteilung der Vermögen in der ehemaligen DDR sehr ähnlich strukturiert war wie heute in der Bundesrepublik. Die oberen 10 Prozent besaßen kurz vor dem Zusammenbruch etwa



## »Die Agenda 2010 war ein massiver Angriff auf den Wohlstand«

### IM STREIT VEREINT

**Wagenknecht**, 43, gehört zu den prominentesten und profiliertesten Köpfen der Linkspartei. Von 2004 bis 2009 saß die gebürtige Jenaerin im Europaparlament. Seit 2009 ist die studierte Philosophin und Literaturwissenschaftlerin Abgeordnete im Bundestag.

**Schroeder**, 63, lehrt und forscht als Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Die Geschichte der DDR und der Wiedervereinigung ist sein Spezialgebiet. Immer wieder mischt er sich in die Debatten über den Sozialstaat und zu Fragen der Gerechtigkeit ein.

60 Prozent des Geldvermögens. Das deutet darauf hin, dass es trotz unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen zu ähnlichen Gefällen kommt.

**Wagenknecht:** Mich interessiert die DDR wenig, die will ich nicht wiederhaben. Dass die Ungleichheit so groß gewesen sein soll wie heute, entspricht nicht meiner Erfahrung.

**Schroeder:** Doch – ich schicke Ihnen gerne die Aufstellung der Staatsbank der DDR von 1989/90 zu, dann können Sie das nachlesen.

**Wagenknecht:** Die wirkliche Spreizung der Vermögen zeigt sich erst, wenn Sie die Relation der reichsten ein Prozent zum Rest der Gesellschaft betrachten. Hier haben wir es mit einer elementaren Ungerechtigkeit zu tun.

**Was meinen Sie mit elementar?**

**Wagenknecht:** Eine gute Ordnung hat viel mit Leistungsgerechtigkeit zu tun. Niemand kann mehrere Hundert Millionen oder gar Milliarden selbst erarbeiten. Das geht nur über die Aneignung der Arbeit anderer. Umgekehrt: Wenn ich 3000 Euro brutto oder weniger verdiene – wie soll ich da je relevant Vermögen bilden?

**Schroeder:** Sie wollen also nicht die Mittelschicht belasten, sondern nur die, die wirklich viel Vermögen haben? Das wäre mir neu. Dann sprechen Sie über maximal ein Prozent der Haushalte. Darüber können wir uns gerne unterhalten – und ich sage Ihnen ganz offen: Ja, das oberste Hundertstel der Gesellschaft sollte mehr zum Gemeinwesen beitragen als bisher. Nur bitte tun Sie dann nicht so, als ob zur Oberschicht 10 oder 20 Prozent der Bevölkerung gehören – dem ist doch nicht so! Die echten Vermögen sind sehr stark konzentriert auf eine sehr, sehr kleine Schicht.

**Wagenknecht:** Ja, das ist doch gerade das Problem!

**Schroeder:** Das Problem ist, dass Linke, Grüne und die SPD immer die Reichen adressieren – aber schon in der Mitte anfangen zu kassieren.

**Gegen höhere Erbschaft- und Kapitalertragsteuern hätten Sie also beide nichts?**

**Wagenknecht:** Ich würde Erbschaften sehr stark abschöpfen, ja. Oberhalb von einer Million Euro plädiere ich persönlich für »



### »Sie fantasieren sich ein ungerechtes, ungleiches Deutschland zurecht«

» 100 Prozent Steuerlast. Wer eine Million erbt, hat einen riesigen Startvorteil. Das reicht. Jeder sollte für seinen Wohlstand selbst verantwortlich sein und sich nicht darauf ausruhen können, was die Väter oder Großväter einst aufgebaut haben. Armut ist mittlerweile erblich – genauso wie Reichtum. Das zementiert Ungleichheit.

#### Was passiert im Erbfall mit Betriebsvermögen?

**Wagenknecht:** Eigenkapital oberhalb von einer Million Euro wechselt in Belegschaftshand. Jedes Unternehmen lebt von der Idee des Gründers und von der Leistung seiner Mitarbeiter. Wenn der Gründer wegfällt, gehört es legitimerweise den Beschäftigten.

**Schroeder:** Ich bin sprachlos. Das ist schleichende Enteignung! Wenn das eingeführt würde, würden die Leute mit ihrem Vermögen ganz anders umgehen. Dann müssten Sie schon sehr strikt kontrollieren, dass es nicht zu Ausweichreaktionen kommt. Die Motivation vieler Unternehmer ist doch gerade die Versorgung der Familie. Also: Ich würde durchaus dazu neigen, die Erbschaftsteuer leicht anzuheben. Aber das darf gewiss keine Arbeitsplätze gefährden.

**Wagenknecht:** Der urliberale Anspruch war: Eigentum entsteht durch Arbeit. Ist das Eigentum eines Erben durch eigene Arbeit entstanden? Offensichtlich nicht. Die Erben können, wie jeder andere auch, mit

einer guten Idee ein neues Unternehmen gründen oder als Gesellschafter im Unternehmen der Eltern arbeiten. Was jemand wird, sollte von seiner Begabung abhängen und nicht davon, ob er zum Club der glücklichen Spermien gehört.

**Schroeder:** Entschuldigung, aber: Eigentumsrechte sind das Erfolgsgeheimnis der sozialen Marktwirtschaft. Sie müssen unbedingt gewährleistet sein. Genau diese soziale Marktwirtschaft ist es ja auch, die mit ihrer Umverteilung die Ungleichheit senkt. Warum sollten wir die Axt an die Grundlagen von Freiheit und Wohlstand legen?

**Wagenknecht:** Finden Sie?

**Schroeder:** Die nackte Ungleichheit des Marktes wird vom Sozialstaat um fast die Hälfte reduziert. Das sind seriöse Berechnungen, da kenne ich niemanden, der das negiert.

**Ist das die Schnittmenge zwischen Ihnen: Arbeit muss sich lohnen, Erbschaften dürften höher besteuert werden, zahlen sollen die obersten ein, zwei Prozent?**

**Wagenknecht:** Die Umverteilung muss zu Lasten der oberen ein Prozent gehen. Die Mittelschicht schrumpft ja gerade infolge der aktuellen Politik. In den vergangenen zehn Jahren sind fünf Millionen Menschen aus ihr abgestiegen. Ein solches Land steht nicht gut da.

**Schroeder:** Die Studie, auf die Sie anspielen, wurde längst korrigiert. Die Mittelschicht hat sich nicht verringert. Sie liegt

seit Jahrzehnten relativ konstant bei 50 bis 60 Prozent.

**Wagenknecht:** Sie können doch nicht leugnen, dass der Durchschnittslohn heute unter dem Level der Jahrtausendwende liegt. Wir haben immer mehr prekäre Jobs. Viele, die früher ein normales Arbeitsverhältnis hatten, verdienen heute als Leiharbeiter oder Werkvertrügler gerade noch die Hälfte. Und selbst wenn das Einkommen noch stimmt, sind immer mehr Jobs befristet. Auch das ist ein Einbruch an Lebensqualität. Zugleich gibt es eine unglaubliche Konzentration des Reichtums bei ganz wenigen. Die herrschende Politik ist vorteilhaft für die Banken und die großen Unternehmen – und eben nicht für die Mitte.

**Sie halten das Werben der politischen Konkurrenz um die „Mitte“ also für Etikettenschwindel?**

**Wagenknecht:** Komplett.

**Schroeder:** Aber Sie wollen doch auch schon Einkommen von mehr als 72 000 Euro jährlich stärker belasten. Das ist der falsche Weg, die Mitte müsste wirklich entlastet werden. Denn sie ist es, die den ganzen Laden am Laufen hält.

**Wagenknecht:** Erhebliche Mehrbelastungen gäbe es bei unserem Steuerkonzept erst bei weit höheren Einkommen. Und was noch wichtiger ist: Die Abgeltungssteuer mit einem pauschalen Steuersatz von 25 Prozent ist ein Skandal: Menschen, die von ihrem Vermögen leben, werden privilegiert gegenüber Menschen, die arbeiten. Das wollen wir ändern.

**Schroeder:** Wieso wollen Sie überhaupt mehr Geld? Was soll daran gerecht sein, dass der Staat mehr und mehr einnimmt – und den Bürgern mehr und mehr wegnimmt? Ich finde, mit Verlaub, Sie fantasieren sich ein ungerechtes, ungleiches Deutschland zurecht. Sie sehen nur Opfer.

**Die Einkommensungleichheit ist seit 2005 gesunken. Die OECD kürte die Bundesrepublik und Österreich gerade zu den einzigen beiden Ländern, die seit 2007 die soziale Spaltung verringern konnten. Das sind die Fakten.**

**Wagenknecht:** Diese Fakten werden von vielen Ökonomen angezweifelt. Nach den Vermögensstatistiken sind die Millionärsvermögen seit Jahren deutlich angestiegen, die der Mittelschicht hingegen stagnieren. Das ist für mich ein Indikator wachsender Ungleichheit. Auch der Niedriglohnsektor wächst.

**Schroeder:** Gerechtigkeit bemisst sich nicht an der Zahl der Millionäre. Und Ungleichheit ist nicht per se problematisch.



Eine Gesellschaft, die Wohlstand ermöglichen will, muss Anreize bieten und Durchlässigkeit schaffen. Daran hapert es. Es muss wieder mehr Aufstiegskanäle geben. **Ist das nicht der eigentliche Skandal: Der Sozialstaat wird zwar immer voluminöser, aber die soziale Mobilität hat sich eher verschlechtert?**

**Schroeder:** Absolut. Der Staat muss jedem Aufstiegschancen geben. Der Leistungs- und Wettbewerbsgedanke sollte wieder eine viel größere Rolle spielen – übrigens auch in den Familien.

**Wagenknecht:** Sinkende Mobilität ist in der Regel die Folge wachsender Ungleichheit. Sehen Sie sich die zunehmende Ghettoisierung der Wohngebiete an. In einigen ist die obere Mittelklasse unter sich, andere werden zu sozialen Brennpunkten mit schlechter Infrastruktur, schlechten Schulen. Am Ende kann eine Adresse schon stigmatisieren. Diese Rückkopplungen finde ich höchst gefährlich.

**Kann mehr Geld das Problem denn lösen? Oder andersherum: Auf was könnte man verzichten?**

**Schroeder:** Viele Sozialleistungen und Subventionen sollte man sich kritisch ansehen und die frei werdenden Mittel in Richtung Bildung umlenken. Bessere Schwerpunktsetzung ist dringend geboten.

**Wagenknecht:** Die Milliarden, um magere Löhne aufzustocken, sind verschleudertes Geld. Das könnte sich der Staat mit einem Mindestlohn sparen. Auch viele sogenannte Maßnahmen für Langzeitarbeitslose sind nutzlos. Da wird fast niemand ernsthaft qualifiziert. Aber bei Hartz IV selbst kann man nicht kürzen – schon heute sind die Regelsätze unerträglich niedrig, besonders für Kinder. Wenn Schüler auf Klassenfahrten verzichten müssen oder die Nachhilfe nicht bezahlt bekommen, dann untergräbt genau das die Chancengleichheit.

**Schroeder:** Die Hartz-Reformen, die mein Namensvetter mit ö damals eingeführt hat, standen unter der Überschrift „Fordern und fördern“. Sie betonen immer nur das Fordern. Ich bin der Meinung: Man muss auch fordern. Von Eltern kann man verlangen, dass sie sich um ihre Kinder kümmern, und von Erwachsenen, dass sie sich um sich selber kümmern. Es geht um individuelle Leistung und individuelle Verantwortung. Aber um das Fordern nicht ganz zu vergessen: Der Staat sollte Kita-Plätze kostenlos anbieten.

**Wagenknecht:** Da bin ich ganz bei Ihnen. Aber genau dafür braucht er Geld.



## »Eine Krankenschwester **leistet mehr** als ein Investmentbanker«

**Wie wäre es denn mit einer staatlichen Kita-Pflicht?**

**Schroeder:** Bitte nicht!

**Wagenknecht:** Zumindest für das Vorschuljahr: ja!

**Schroeder:** Zwang verträgt sich nicht mit einer freiheitlichen Gesellschaft.

**Wagenknecht:** Schulzwang gibt es auch.

**Schroeder:** Arbeitszwang nicht! Aber das Wichtigste ist, dass man das Selbstverantwortungsgefühl in die Familien trägt. Die meisten Mittelstandsfamilien bemühen sich sehr intensiv um Anregungen für ihren Nachwuchs. Diese Einstellung hat wenig mit Geld und viel mit Bildungshunger und Aufstiegswillen zu tun. Darüber hinaus glaube ich nicht, dass die Ausstattung einer Schule in Berlin-Neukölln schlechter ist als die einer in Zehlendorf.

**Konsens also bei Chancengerechtigkeit.**

**Bleibt nur noch die Frage, Frau Wagenknecht, warum Sie schon an das Geld von Leistungsträgern wollen, um Staat für die Schwachen zu machen?**

**Wagenknecht:** Wer sind die Leistungsträger? Für mich leistet eine Altenpflegerin oder eine Krankenschwester trotz schlechter Löhne weit mehr als ein Millionärserbe oder ein Investmentbanker. Auch jemand, der 7000 oder 8000 Euro im Monat verdient, ist nicht reich, er gehört zur Mittelklasse. Unsere Vermögensteuer soll erst ab einer Million Euro greifen, darunter nicht. Klar kann jemand mit 10000 oder 15000

Euro Monatsgehalt eine Mehrbelastung schultern. Aber richtig Geld wollen wir woanders holen. Wer so tut, als wolle die Linke der Mittelschicht die Taschen lehren, liegt falsch. Dazu braucht es auch die Linke nicht, das machen schon die anderen.

**Schroeder:** Das hätte ich nun nicht erwartet... Aber Sie wissen ja selbst, was im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung als reich deklariert wird: 3250 Euro Nettoeinkommen. Es ist absurd, das als reich zu bezeichnen. Reichensteuer aufgrund von 250000 Euro Jahreseinkommen zahlen 0,2 Prozent der Haushalte. Das sind also nicht viele. Wichtig ist, dass die illegalen Fluchtstrategien unterbunden werden. Sonst sind alle Pläne, auch für punktuelle Mehrbelastungen, null und nichtig.

**Wagenknecht:** Dem stimme ich zu. Die USA machen es vor: Finanzinstitute werden verpflichtet, Kontobewegungen ins Ausland zu melden. Ich finde, niemand darf sich seiner Pflicht für das Gemeinwesen entziehen.

**Schroeder:** Von den USA lernen heißt siegen lernen. Das ist gut. Können wir uns darauf einigen?

**Wagenknecht:** Da wäre ich vorsichtig. Ich lebte schon einmal in einem Staat, der von einem anderen siegen lernen wollte. Wir wissen heute, was daraus geworden ist. ■

max.haerder@wiwo.de | Berlin,  
dieter.schnaas@wiwo.de | Berlin

# Privilegien für Insider

Wachsende Ungleichheit ist nicht immer nur das Ergebnis von Marktwirtschaft, sondern häufig auch von einem Mangel an Wettbewerb. Die Banker sind nicht die Einzigen, die von ungerechtfertigt hohen Einkommen profitieren, weil für ihre Branche die Marktgesetze nicht mehr gelten.

**M**edikamentenpackungen stapeln sich in den Schubladen, in den Regalen warten Kopfschmerztabletten, Salben und Hustensaft auf kränkelnde Kunden. Gleich daneben buhlen Parfümflaschen, Kosmetik oder Rasierklingen um die Gunst der Konsumenten.

Doch wir befinden uns nicht in einer Apotheke in Frankfurt oder Hamburg, sondern in Belfast. Und was in einer irischen Apotheke Alltag ist, käme in Deutschland einer Revolution gleich. Denn hierzulande ist das Sortiment in der Apothekenordnung streng reglementiert.

Apotheker dürfen in Deutschland neben den verschreibungspflichtigen Medikamenten nur ein apothekenübliches Ergänzungssortiment verkaufen. Und was darunterfällt, ist detailliert vorgeschrieben. Hautcremes oder Traubenzuckerbonbons mit Gesundheitsappeal sind erlaubt, Parfümflakons und Kosmetiktiegel streng verboten.

Auch die typische Optik der deutschen Apotheken – Verkäufer im weißen Kittel, ein paar Regale mit Aspirin und Co., der Tresen und dahinter die üblichen Auszieh-schränke – unterliegen einem strengen Schönheitsdiktat. Mindestens 110 Quadratmeter muss eine deutsche Apotheke groß sein, weil es der Gesetzgeber so will.

Mit diesen und zahllosen anderen oft fragwürdigen Vorschriften schützt der Staat die existierenden Apotheker vor mehr Wettbewerb. Denn je mehr Vorschriften es gibt, desto schwieriger ist der Einstieg in eine Branche für Newcomer. Privilegierten Insidern, die den beschwerlichen Weg durch den Flaschenhals bereits geschafft haben, sichert der Staat auf diese Weise ein höheres Einkommen.

Und das nicht nur bei den Pharmavertriebern. Ähnlich genießen auch Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten oder Notare einen besonderen Schutz vor zu viel Konkurrenz. Dank Regulierungen durch den Staat sind ihre Einkommen in der Regel höher als bei freiem Marktzutritt. Es ist in diesen Berufen also nicht der freie Wettbewerb,

der die Ungleichheit fördert. Stattdessen ermöglicht die Regulierung des Marktzugangs einigen Berufsgruppen höhere Einkommen, was die Ungleichheit in der Einkommensverteilung verschärft.

Natürlich macht gerade im medizinischen Bereich ein gewisses Maß an Vorschriften und Regularien durchaus Sinn. Niemand möchte seine Medikamente von einem gelernten Bankkaufmann verabreicht bekommen, der von Medizin so viel Ahnung hat wie der Arzt von Kreditausfallversicherungen.

„Dennoch wäre mehr Wettbewerb gerade in einigen freien Berufen wünschenswert“, sagt Andreas Wörgötter, Abteilungs-

## »Mehr Wettbewerb wäre in den freien Berufen angebracht«

leiter der OECD, eines Thinktanks der Industrieländer. Dafür müssten unnötige Barrieren, die den Zutritt zu diesen Märkten deutlich erschweren, beseitigt werden. Nach einer Studie der OECD hat Deutschland bei freien Berufen wie Notaren, Rechtsanwälten oder Steuerberatern den Wettbewerb viel strenger reguliert als andere Länder.

Die Privilegien für diese Gruppen gehen zulasten des Wohlstands der Allgemeinheit. Nach Berechnungen der OECD könnte das Wirtschaftswachstum in Deutschland um bis zu ein Prozent höher sein, würden wir uns in der Wettbewerbsordnung den liberalsten OECD-Ländern anpassen.

Das scheint nicht viel, bei dem deutschen Bruttoinlandsprodukt von mehr als 2,6 Billionen Euro jährlich summiert sich die Wachstumseinbuße aber auf einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag, der der deutschen Volkswirtschaft und damit den Bürgern dadurch entgeht.

Dabei kann es nicht Aufgabe des Staates sein, die Einkommensschere und die soziale Ungleichheit zu fördern. Nicht zuletzt geben ja alle Parteien als Ziel an, zu einer gerechteren Verteilung von Einkommen und Vermögen beitragen zu wollen. Die Privilegierung einzelner Berufsgruppen geschieht denn auch nicht mit dem offenkundigen Ziel, ihnen zusätzliche Einkommen zuzuschieben, sondern meist im übergeordneten Interesse.

Bei Apothekern, Medizinerinnen und anderen Dienstleistern der Gesundheitsbranche heißt dies Volksgesundheit, bei Rechtsanwälten und Notaren Rechtssicherheit und bei Bankern Systemrelevanz. Gemeinsam ist ihnen allen, dass sie staatlicherseits mit Vorrechten bedacht sind, die sich in Euro und Cent niederschlagen – und die staatlichen Umverteilungsbemühungen in Teilen wieder zunichte machen.

### LIBERALISIERUNG IM HANDWERK

Doch es geht auch anders. Ist Ihnen aufgefallen, dass die Zahl der Fliesenleger in Deutschland vor einigen Jahren sprunghaft nach oben geschneit ist? Gab es Anfang 2004 noch mehr als 11 000 Fliesenleger in der Bundesrepublik, waren es nur dreieinhalb Jahre später über 50 000. Das lag weniger an einem plötzlichen Trend hin zu neuen Bodenbelägen als an der Agenda 2010.

Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte unter dem Druck der Krise 2002 nicht nur die Hartz-IV-Gesetze eingeführt, sondern auch das deutsche Handwerk zumindest teilweise liberalisiert. Die Reform zeigt beispielhaft, was geschieht, wenn ein Wirtschaftszweig den Welpenschutz durch den Staat verliert. Während in den Jahren vor der Reform die Zahl der Handwerksbetriebe sogar leicht abnahm, legte sie in den drei Jahren nach der Reform um mehr als acht Prozent zu.

Denn eine urdeutsche Tradition, der Zwang zum Meisterbrief als Voraussetzung für die Selbstständigkeit, galt von da an nur noch für solche Handwerke, „in denen eine



**Kosmetiktiegel streng verboten**  
Die Apothekenordnung regelt den Medikamentenverkauf und den Marktzugang

unsachgemäße Ausübung Gefahren für die Gesundheit oder das Leben anderer verursachen könnte“. Vorher seien die Vorschriften im Handwerk regelrecht willkürlich gewesen, sagt Karl Brenke, Wissenschaftler beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). „Es war unverständlich, warum Bäcker und Friseure einen Meisterbrief brauchten, um einen Laden zu eröffnen, ein Schädlingsbekämpfer aber nicht“, sagt Brenke. Da sei mit zweierlei Maß gemessen worden.

Fakt ist, dass der Wettbewerb in den entsprechenden Handwerksbereichen durch die Reform deutlich zugenommen hat. Für den Verbraucher ist das in jedem Fall positiv. „Aus ökonomischer Sicht war das ein voller Erfolg, es kam zu einer starken Gründungswelle“, sagt DIW-Experte Brenke. Und für die Handwerker bedeutet es, dass ihre Einkommen weniger durch die künstliche Verknappung des Angebots, sondern durch die tatsächliche Leistung am Markt bestimmt werden.

Nicht nur das Handwerk profitierte lange vom Schutz vor unliebsamen Wettbewerbern. Zu solchen Verzerrungen der Marktbedingungen kommt es immer wieder auch in anderen Wirtschaftsbereichen. Viele Branchen beschäftigen hoch bezahlte Lobbyisten, deren vornehmste Aufgabe darin besteht, mit ihren Kontakten und ihrem Einfluss Politiker und Beamte davon zu überzeugen, gewinnsteigernde Sonderregelungen für ihre jeweiligen Branchen durchzusetzen. »

» Dicht an dicht drängelten sich 2009 alte, aber fahrtüchtige Autos an den Schrottpressen der Republik. Abwrackprämie nannte die schwarz-rote Bundesregierung ihr Konjunkturprogramm, für das der Verband der Automobilindustrie, angeführt vom ehemaligen Verkehrsminister Matthias Wissmann, die Blaupause entworfen hatte.

### STAAT SCHÜTZT DIE GROSSEN

Die größten Nutznießer waren denn auch die milliardenschweren Autokonzerne. Zwar haben auch mittelständische Zulieferbetriebe kräftig profitiert – aber „der Staat schützt immer die Großen“, sagt Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft. Großkonzerne, die zur Not auch ihre Betriebsräte zur Stimmungsmache nach Berlin mobilisieren, können sich dadurch mehr erlauben, da sie wissen, dass ihnen der Staat fast immer zur Seite springt. Auf diese Weise werden auch kapitalistische Hochburgen zu sozialistischen Weideplätzen. Besonders gern grasen hier derzeit die Banker. Dank der „too big to fail“-Prämisse können sich die Banken der Krisenfinanzspritze durch den Staat sicher sein. Weil sie angeblich zu groß sind und unserer Wirtschaft bei einer Insolvenz der Kollaps drohen würde, darf der Staat sie nicht pleitegehen lassen, selbst wenn sie schlecht gewirtschaftet haben.

Damit hat die Finanzindustrie einen Sonderstatus erreicht, von dem andere Branchen nur träumen können: die Gleichsetzung ihrer spezifischen Interessen mit denen der Allgemeinheit. Die Konsequenz: Weil die Banken als systemrelevant gelten, muss der Steuerzahler sie retten. Auf diese Weise wird der Marktmechanismus ausgehebelt.

Damit ist auch ein marktwirtschaftliches Prinzip außer Kraft gesetzt: die Entlohnung gemäß der Leistung. Stattdessen sorgen horrend Boni dafür, dass gerade die hoch bezahlten Mitarbeiter in den zentralen Abteilungen riskante Deals abschließen. Geht etwas schief, springt schließlich der Steuerzahler in die Bresche.

Kein Wunder, dass die Banken in dieser Komfortzone im Vergleich zu den anderen Branchen eines der höchsten Gehaltsniveaus erreichen.

Der aktuelle Geschäftsbericht der Deutschen Bank zeigt beispielhaft, wohin es führt, wenn sich Entlohnung und Verantwortung entkoppeln. Obwohl Deutschlands größtes Geldinstitut im vergangenen Jahr netto nur rund 665 Millionen Euro Gewinn erwirtschaftete, durften sich die rund

98 000 Mitarbeiter über Boni in Höhe von insgesamt 3,2 Milliarden Euro freuen. Dabei landete der Großteil der Boni nicht bei den vielen Filialangestellten in der Prarie, sondern in den oberen Etagen der Frankfurter Zwillingstürme. So profitieren einzelne Millionärer von meisten vom Gabentisch des Staats. Die knapp 660 000 Aktionäre, die am ehesten noch das Kapitalrisiko tragen, mussten sich dagegen mit mageren 700 Millionen Euro Dividende abpeisen lassen.

Auch die angekündigten Kürzungen bei den Bonuszahlungen tragen wenig zur Normalisierung bei. Stattdessen arbeiten die Banken schon an neuen Vergütungs-



**Hier boomt's**  
Die Fliesenleger profitierten von der Reform

### »Banken haben einen Sonderstatus erlangt, von dem andere Branchen nur träumen«

systemen, um ihre Top-Manager weiterhin bei Laune zu halten. Werden die Boni gekürzt, dann steigen halt die Fixgehälter.

Solche Exzesse wider die Marktwirtschaft gibt es nicht nur in Deutschland. In manchen anderen Ländern geht es sogar noch schlimmer zu. So ist einer der reichsten Männer der Welt, der Mexikaner Carlos Slim, zu seinem auf umgerechnet rund 55 Milliarden Euro geschätzten Vermögen vor allem deshalb gekommen, weil sein Telefonkonzern América Móvil ein staatlich garantiertes Monopol hat und Slim so Monopolvergewinne kassieren kann.

### SUBVENTION WIDER DEN MARKT

Gegen Carlos Slim ist Frank Asbeck nur ein kleines Licht. Aber immerhin brachte es der Unternehmer mit Vorliebe für Trachtenmode zum Burgherr auf Schloss Mari-

enfels in Remagen am Rhein. Und genau wie der Mexikaner Slim verdankt der Solarworld-Gründer sein Vermögen zu großen Teilen politischen Markteingriffen: der absurden Subventionierung von Solaranlagen durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (siehe Studie Seite 77).

Das Resultat dieser absurden Politik zeigt sich vor allem auf den Gerätehallen von Landwirten oder den Dächern der Immobilienbesitzer – sie produzieren mit ihren Solarzellen subventionierten Ökostrom. „Während es vor allem die Besserverdienenden sind, die sich eine Solaranlage leisten können, werden die Kosten von allen getragen“, sagt der Ökonom Justus Haucap.

Das Mitglied der Monopolkommission kritisiert, dass insbesondere die unteren Einkommensschichten durch die im Zuge der Ökostromumlage stark gestiegenen Strompreise stark belastet werden, während die Solaranlage in der Regel das Bankkonto von Gutverdienern mehrt.

Diese durch Subvention gespeisten Einkommen haben die Profiteure auch einer besonders rührigen Lobby zu verdanken, die auf den ersten Blick gar nichts mit dem Typus des gemeinen Berliner Lobbyisten zu tun zu haben scheint: den Umweltverbänden und den Grünen.

Denn denen geht es bekanntlich ja nicht primär um die Einkommensmehrung ihrer Wählerklientel, sondern um das wichtige Gut des Weltklimas. Aber gerade weil sich auf diese Weise die Sonderinteressen mit Gutmenschen-Motiven kaschieren lassen, fällt es so schwer, mit ökonomischem Sachverstand die einmal eingeleitete Fehlentwicklung zu korrigieren.

Da war das Lamento des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) nach der Teilliberalisierung der Handwerksordnung leichter zu widerlegen. Der ZDH hatte ein düsteres Untergangsszenario für das Handwerk heraufbeschworen und behauptet, ohne den Meisterzwang drohten massenhaft Insolvenzen. Tatsächlich war es umgekehrt. Während die Handwerkspleiten bis 2004 nahezu stetig stiegen, waren sie nach der Reform deutlich rückläufig.

Doch Proteste gegen solche Privilegierung kommen meistens nur von Wissenschaftlern, nicht von den Wählern. „Für viele Menschen ist in Deutschland oft wenig zu gewinnen“, sagt Haucap. Die Missstände werden gut kaschiert, und Protest ist anstrengend. Für einzelne Insider, die sich der Hilfe trickreicher Lobbyisten mög-



**Komfortzone für Banker**  
Weil sie als systemrelevant gelten, genießen sie besonders hohe Einkommen

lichst mit politischer Erfahrung bedienen, ist dagegen viel zu holen. Fingerfood hier, Positionspapier da – so etwas kann der unorganisierte Steuerzahler naturgemäß nicht bieten, auch wenn er zahlenmäßig in der Mehrheit ist.

Das erklärt möglicherweise, warum gerade die angeblich so wichtige Mittelschicht unserer Gesellschaft bei vielen politischen Entscheidungen leer ausgeht. Für Ökonomen wie Eilfort liegt einer der wichtigsten Gründe für soziale Ungleichheit bereits im Steuersystem. Seiner Ansicht nach greift die progressive Steuer auf Lohnneinkommen an der falschen Stelle, indem sie kleinere und mittlere Einkommen überproportional stark belastet.

### **KAPITALEINKOMMEN BEGÜNSTIGT**

Die Reichensteuer bringt dagegen gerade einmal rund 600 Millionen Euro im Jahr ein. „Unser derzeitiges Steuersystem verhindert Vermögensbildung in der Mittelschicht“, sagt Eilfort. Vor allem auch deshalb, weil, so Eilfort, „die Kapitaleinkommen im Schnitt deutlich günstiger besteuert werden als die Lohnneinkommen“. Statt der mit 25 Prozent viel zu niedrigen Kapitalertragsteuer sollten alle Einkünfte gleich

## »Für Insider ist viel mithilfe trickreicher Lobbyisten zu holen«

versteuert werden, egal, ob aus Arbeit oder aus Kapital. Das wäre nicht nur gerechter, sondern auch einfacher – und damit kennt sich Eilfort aus, schließlich war der gebürtige Kieler lange Büroleiter des CDU-Politikers Friedrich Merz, dem einstigen Erfinder des Bierdeckel-Steuersystems.

Eilfort sieht marktwirtschaftliche Fehlentwicklungen allerdings auch im Sozialstaat. Viele staatliche Transfers führten nur dazu, dass die Menschen sich zu sehr auf die Leistungen des Staates verlassen. „Aufgrund des hohen Angebots entstehen Mitnahmeeffekte“, sagt Eilfort – etwa wenn 19-jährige Hartz IV-Empfänger von zu Hause auszögen, nur um Wohngeld in Anspruch nehmen zu können. Gleichzeitig gebe es andere staatliche Förderbonbons, von denen fast ausschließlich Reiche profitierten. Aktuell prominentestes Beispiel ist das Betreuungsgeld, welches vor allem den Familien zugutekommt, die es sich

leisten können, auf die Erwerbstätigkeit der Mutter zu verzichten.

### **STEUERZAHLER BEZAHLT**

Das Beispiel verdeutlicht das Dilemma des Staats. Es ist ja nicht so, dass es in Deutschland keine Wohlfahrtsleistungen gäbe – unsere sozialen Systeme funktionieren gut, in kaum einem Staat Mitteleuropas wird so stark umverteilt wie in der Bundesrepublik. Allerdings werden die staatlichen Leistungen an vielen Stellen übertrieben. Und zwar fast immer dann, wenn einzelne Gruppen mit einer starken Lobby davon profitieren. Die Rechnung dafür bezahlt dann die Masse der Steuerzahler oder Verbraucher ohne Lobby.

Wie stark die Lobby der deutschen Apotheker ist, das bekam vor Jahren die niederländische Billigkette DocMorris zu spüren. Kaum hatte die erste Filiale im Saarland ihre Türen geöffnet, klagte bereits der Apothekerverband mit Erfolg.

Schließlich hat der Gesetzgeber dank Mehr- und Fremdbesitzverbot Apothekenketten in Deutschland kategorisch ausgeschlossen – der Staat schützt seine Apotheker eben, so gut er kann. ■

saskia.littmann@wiwo.de

# Von wegen angeknackst

Deutschlands Mittelschicht schrumpft, heißt es immer wieder, die Armut steigt, und die soziale Stabilität der Bundesrepublik ist in Gefahr. Doch stimmt das wirklich? Einige Fakten zu einem höchst umstrittenen Thema.

Die Nachricht alarmierte Deutschland: Die Mittelschicht sei seit 1997 um fünf Millionen Menschen geschrumpft, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 65 auf 58 Prozent zurückgegangen. Dies meldete Ende vergangenen Jahres die Bertelsmann-Stiftung unter Verweis auf eine von ihr beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Auftrag gegebene Studie. Da war es wieder, das Horrorbild vom entfesselten Kapitalismus, der immer mehr Menschen ins Elend treibt. „Noch nie war die Kluft zwischen Arm und Reich so groß, noch nie musste sich die Mittelschicht so bedroht fühlen“, meldete sich Verdi-Chef Frank Bsirske in „Bild“ zu Wort. Ein in der Tat brisantes Ergebnis: Denn mit der angeblichen Erosion der Mittelschicht würde auch die soziale Stabilität der Bundesrepublik in Gefahr geraten, gilt sie doch als soziales Rückgrat des Landes.

## OHNE SCHWANKUNGEN

Doch in Wirklichkeit ist die Mittelschicht relativ stabil und nimmt langfristig weder ab noch zu, zeigen Untersuchungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Die Kölner Wissenschaftler haben eine eigene Mittelstandsstudie für den Zeitraum seit der deutschen Wiedervereinigung vorgelegt. Bezugspunkt ist das Medianeinkommen also das mittlere Einkommen, bei dem die eine Hälfte der Bevölkerung ein höheres und die andere Hälfte ein niedrigeres Einkommen hat. Den Median nimmt man deshalb, weil er die gesellschaftliche Lage besser abbildet als das Durchschnittseinkommen. Die Datenbasis liefert das Sozio-oekonomische Panel, eine Befragung von 20 000 Personen in 12 000 Haushalten. Die Daten sortierten die IW-Wissen-

**60 %**  
der Bevölkerung fühlen sich zur Mittelschicht zugehörig – so viel wie nie zuvor

schaftler nach sozialen Kriterien: So gilt als relativ arm, wer weniger als 60 Prozent eines Medianeinkommens hat, zu den Reichen zählen dagegen alle, die mehr als 250 Prozent des Medianeinkommens haben. Zur Mittelschicht im engeren Sinn gehören diejenigen mit einem Einkommen zwischen 80 und 150 Prozent.

Das Ergebnis: Zwischen 1991 und 2010 hat sich die Mittelschicht nicht wesentlich geändert. In den Neunzigerjahren ist sie leicht gewachsen aufgrund von Aufholprozessen in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung. Bis 2005 ist sie

dann wieder auf ihr Ausgangsniveau zurückgefallen und verharrt seitdem dort (siehe Grafik).

Dies ist übrigens auch im Einklang mit der subjektiven Zugehörigkeit zur Mittelschicht. Nach einer Umfrage des Leibnitz-Instituts für Sozialwissenschaften fühlten sich 60 Prozent der Bevölkerung 2010 zur Mittelschicht zugehörig – so viele wie nie zuvor.

Wenn manche Studien dennoch zu anderen – und dann meist alarmierenden – Ergebnissen kommen, kann das daran liegen, dass sie kürzere Zeiträume vergleichen. So hat die Bertelsmann-Studie den Anfangspunkt auf das Jahr 1997 gelegt, in dem die Mittelschicht durch die schnelle Zunahme des Wohlstands in Ostdeutschland am größten war. Oder aber die Mittelschicht wird nach anderen Kriterien als dem Einkommen definiert.

Ungleicher als die Einkommen sind jedoch die Vermögen verteilt. So verfügen die 3,5 Prozent Einkommensreichen des Jahres 2010 über 10,7 Prozent des Gesamteinkommens und 19,3 Prozent des Gesamtvermögens. Ihr Anteil am Einkommen ist also dreimal und am Vermögen mehr als fünfmal so groß wie ihr Bevölkerungsanteil.

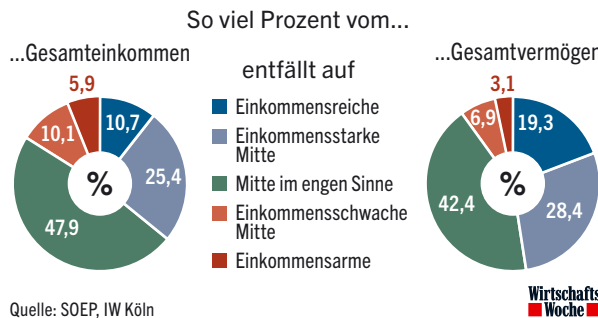
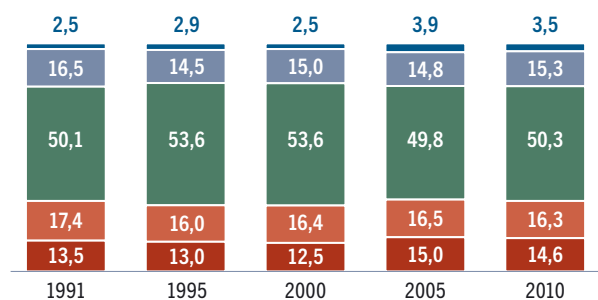
Am unteren Ende haben die 14,6 Prozent Einkommensarmen nur 5,9 Prozent des Gesamteinkommens und sogar nur 3,1 Prozent des Gesamtvermögens. Für die Mittelschicht jedoch liegen die Anteilswerte für Einkommen und Vermögen nur wenig unter ihrem Bevölkerungsanteil.

Das soziale Rückgrat Deutschlands ist also keineswegs angeknackst.

## Stabile Mittelschicht

Anteile der jeweiligen Einkommensgruppe an der Gesamtbevölkerung (in Prozent)

Einkommensgruppe	Einkommen in Prozent des Medianeinkommens
■ Einkommensreiche Schicht	mehr als 250
■ Einkommensstarke Mitte	150 bis 250
■ Mitte im engen Sinne	80 bis 150
■ Einkommensschwache Mitte	60 bis 80
■ Einkommensarme Schicht	weniger als 60



Der Text basiert auf dem Beitrag „Gesellschaftliche Mitte“ von Judith Niehues in „Argumente zu Unternehmensfragen“, Institut der deutschen Wirtschaft. Redaktion: Klaus Methfessel

# Hoher Wirkungsgrad

Deutschland hat einen stark ausgeprägten Sozialstaat mit hoher Umverteilungswirkung durch Steuern und Abgaben. Aufgrund der hohen Transferleistungen liegt die Bundesrepublik auf Rang sechs der Länder, in denen die unteren Einkommensschichten am meisten profitieren.

**P**rofitieren die Ärmsten von den Sozialleistungen? Reduzieren Sozialtransfers sowie Steuern und Abgaben die Ungleichheit der Markteinkommen? Dies hat Judith Niehues vom Institut der deutschen Wirtschaft in einer Studie auf Basis europäischer Mikrodaten untersucht.

Ausgangspunkt ist das Bruttoeinkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Tätigkeit sowie aus Kapitaleinkünften. Das Nettoeinkommen ergibt sich durch die Addition der gesetzlichen Renten, Pensionen und weiterer Transfers wie Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe, abgezogen werden die Abgaben – die Einkommensteuer sowie Sozialversicherungsbeträge der Arbeitnehmer.

## ZYPERN AUF PLATZ ZWEI

Um die Unterschiede in den Preisniveaus zwischen den EU-Staaten auszugleichen, rechnet Niehues die Daten in Kaufkraftstandards (KKS) um. Ergebnis: Deutschland liegt mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 1822 KKS auf dem siebten Platz im Vergleich der 27 EU-Staaten und damit rund 20 Prozent über dem EU-Schnitt. An der Spitze der Einkommensskala liegen Luxemburg, Zypern und Irland, Schlusslichter sind Rumänien, Lettland und Bulgarien. Mit einem Anteil von 29,2 Prozent der Sozialtransfers an den Einkommen liegt Deutschland nur leicht über dem EU-Schnitt (19,1 Prozent), mit einer Abgabenquote von 30 Prozent aber erheblich darüber (24,6 Prozent).

Kommen die Sozialtransfers aber wirklich den Einkommensschwachen zugute, belasten Steuern und Abgaben vorwiegend die Starken? Dazu untersucht Niehues die Wirkung der Transfer- und Abgabensysteme auf das untere und obere

**20 %**  
über EU-Durchschnitt liegt in Deutschland das monatliche Nettoeinkommen – und damit auf dem siebten Platz von 27 EU-Staaten

Einkommensfünftel. Der untere Einkommensbereich profitiert überdurchschnittlich von Transferleistungen. Im EU-Schnitt tragen sie etwa die Hälfte zum Nettoeinkommen des Fünftels mit dem niedrigsten Einkommen bei. In Deutschland beträgt der Anteil über 60 Prozent. Spitzenreiter ist Dänemark mit 80 Prozent, Italien mit 30 Prozent Letzter. Die Belastung durch Abgaben ist für diese Einkommensschicht mit 15 Prozent im EU-Vergleich gering. Die Bundesrepublik hat im EU-Vergleich den fünfthöchsten Transfersaldo. Umgekehrt ist der Anteil der Abga-

ben bei den oberen Einkommen höher als bei den niedrigen. Länder mit einem stark ausgeprägten Sozialstaat belasten das einkommensstärkste Fünftel im Schnitt mit 31,8 Prozent des Nettoeinkommens. In Deutschland ist die Abgabenbelastung dieser Gruppe mit 36,6 Prozent überdurchschnittlich hoch – aber fast paradiesisch im Vergleich zu den Niederlande, wo sie fast 60 Prozent erreicht.

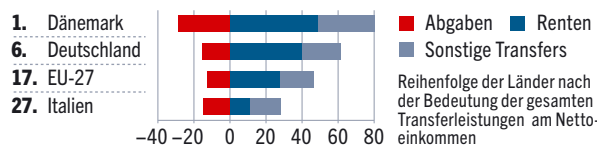
Wie stark die Ungleichheit der Markteinkommen durch die Abgaben- und Transfersysteme reduziert wird, darüber gibt der Gini-Koeffizient Aufschluss: Bei null sind die Einkommen gleich verteilt, ungleich bei einem Wert von eins. Die Ungleichheit ist in Zypern (0,36) am geringsten, in Irland (0,52) am höchsten, gefolgt von Polen, Rumänien und Großbritannien. Deutschland liegt mit 0,48 leicht über den EU-Durchschnitt.

Bei den bedarfsgewichteten Nettoeinkommen, also nach der Korrektur der Einkommen durch Abgaben und Transfers, ist die Ungleichheit am geringsten in den skandinavischen und einigen osteuropäischen Ländern, am größten in den baltischen Ländern sowie Rumänien, Bulgarien, Portugal, den angelsächsischen Ländern und Griechenland. Deutschland liegt im EU-Durchschnitt.

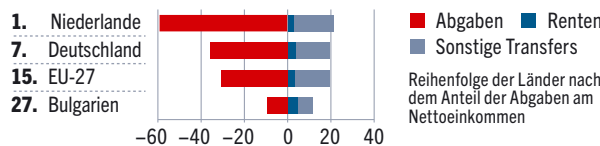
Die stärkste Umverteilungswirkung haben Irland, Dänemark, Ungarn und Österreich. Deutschlands Abgaben- und Transfersysteme erreichen mit 0,2 Prozentpunkten Platz sechs der Umverteilungswirkung – Ergebnis des starken deutschen Sozialstaates.

## Die große Umverteilung

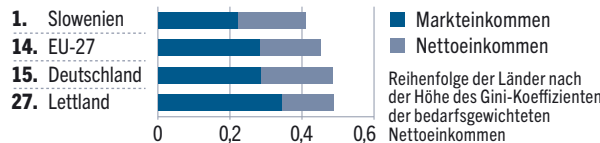
Anteile am Nettoeinkommen des untersten Einkommensquintils im Jahr 2009 (in Prozent)



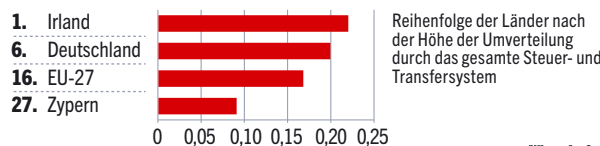
Anteile am Nettoeinkommen des obersten Einkommensquintils im Jahr 2009 (in Prozent)



Gini-Koeffizienten der Markt- und Nettoeinkommensverteilung im Jahr 2009



Ungleichheitsreduktion im Jahr 2009



Quelle: Eurostat, IW Köln

WirtschaftsWoche

Gekürzte, überarbeitete Fassung des Beitrags „Staatliche Umverteilung in der Europäischen Union“ von Judith Niehues vom Institut der deutschen Wirtschaft. Redaktion: Klaus Methfessel

# In milderem Licht

Die meisten Armutsanalysen ignorieren das individuelle Vermögen und überzeichnen so das Problem. Denn Untersuchungen zufolge könnte jeder sechste Einkommensarme seine Armutslücke für mindestens zehn Jahre durch eigenes Vermögen schließen.

Nach herkömmlicher Definition gilt als arm, wer weniger als 60 Prozent des Medians des Nettohaushaltseinkommens bezieht. Doch dieses Bild ist unvollständig, da es die Vermögenslage nicht berücksichtigt. Über den individuellen Wohlstand entscheiden nämlich beide Komponenten, was die tatsächliche Armutsquote erheblich verringert. Und da sich ein Vermögen meist im Laufe des Lebenszyklus aufbaut, gilt dies insbesondere bei Älteren, wie eine empirische Untersuchung von Judith Niehues und Christoph Schröder vom Institut der deutschen Wirtschaft zeigt. Das Phänomen der Altersarmut erscheint dadurch in milderem Licht.

## ZWEI ERHEBUNGSARTEN

Die beiden Wissenschaftler greifen dafür auf zwei statistische Erhebungen zurück: das **Sozio-oekonomische Panel (SOEP)**, eine jährliche Befragung von mehr als 20 000 Personen in über 10 000 Haushalten, sowie die **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)**, die alle fünf Jahre durchgeführt wird. Bei der jüngsten wurden 2008 mehr als 100 000 Personen in über 44 000 Haushalten nach ihrer Einkommens- und Vermögenssituation befragt.

Nach EVS besitzen die Deutschen ein Nettovermögen von 5,4 Billionen Euro, nach SOEP (ohne Betriebsvermögen) 5,3 Billionen. Jeder Erwachsene hatte danach ein Vermögen in Höhe von 87 500 Euro (EVS) oder 81 700 Euro (SOEP).

Allerdings ist das Vermögen nach Alter und Einkommen ungleich verteilt. So ist das Immobilienvermögen von Jüngeren noch stark mit Hypotheken belastet. Die Daten ergaben, dass das Nettovermögen bei unter 25-Jährigen am

geringsten ist und in der Altersgruppe von 65 bis 74 Jahren das Maximum erreicht. Aber selbst danach braucht sich das Vermögen nur langsam auf (siehe Grafik).

Personen mit höherem Einkommen verfügen meist auch über mehr Vermögen. So besitzen zehn Prozent im obersten Einkommensdezil nach EVS 29 Prozent oder nach SOEP 40 Prozent des Vermögens. Nach beiden Erhebungen ist auch der Anteil derer nicht zu vernachlässigen, die

zwar einkommensarm sind, aber ein gewisses Vermögen haben. Im untersten Einkommensdezil sind das 2,2 Prozent (EVS) oder 1,4 Prozent (SOEP). Mit einem Durchschnittsvermögen von 18 000 Euro (EVS) oder 13 000 Euro (SOEP) könnte jeder Erwachsene dieser Gruppe seine Armutslücke schließen.

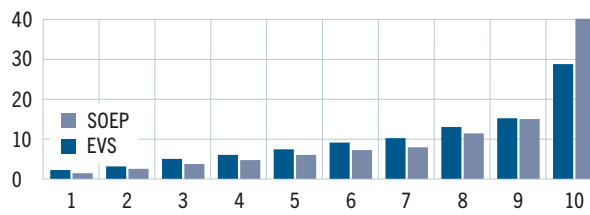
Als arm nach der 60-Prozent-Regel gelten je nach statistischer Erhebung 12,6 beziehungsweise 14,9 Prozent der Erwachsenen über 25 Jahre. Niehues und Schröder berechnen, um wie viel sich der Anteil der Einkommensarmen verringern würde, sobald man das vorhandene Vermögen miteinrechnet, das ausreicht, die Armutslücke der betroffenen Personen für mindestens zehn Jahre zu schließen.

Das Ergebnis: Im Schnitt würde sich die Armutsquote um 2,1 Prozentpunkte (SOEP) oder 2,9 (EVS) Prozentpunkte verringern (siehe Grafik). Das heißt, jeder fünfte (SOEP) oder sechste (EVS) Erwachsene der einkommensarmen Bevölkerung könnte auf ein Vermögen zurückgreifen, das ihm mindestens zehn Jahre lang ermöglicht, der relativen Einkommensarmut zu entgehen. Bei den Älteren würde sich dadurch die Armut sogar um 2,8 bis 3,6 Prozentpunkte reduzieren.

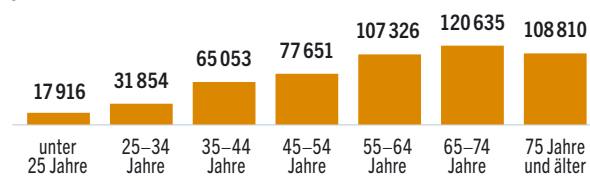
Für diese Altersgruppe ein besonders hohes Armutsrisiko zu unterstellen ist den Autoren zufolge falsch. Ihr Fazit: „Durch die kombinierte Betrachtung (von Einkommen und Vermögen) reduziert sich das Armutsrisiko für die ältere Bevölkerung durch deren hohes Nettovermögen von allen Altersgruppen am stärksten.“

## Hohe Konzentration

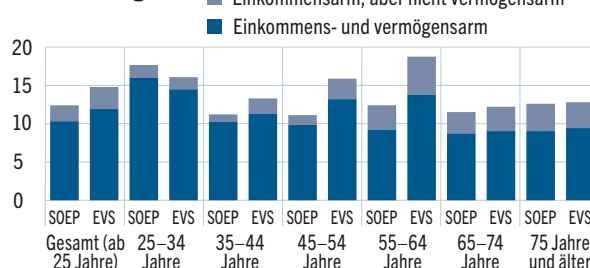
Vermögensanteile am Gesamtvermögen nach Einkommensdezilen auf Basis von SOEP und EVS (in Prozent)



Vermögen nach Altersgruppen (Durchschnittswerte je Erwachsenen in Euro im Jahr 2008)



Relative Einkommensarmut mit und ohne Vermögen nach Altersgruppen (in Prozent der jeweiligen Bevölkerung)



**Einkommensarmutsgrenze:** 60 Prozent des Medians der bedarfsgewichteten Nettohaushaltseinkommen der Gesamtbevölkerung; **vermögensarm:** Vermögen reicht nicht aus, um zehn Jahren lang die Armutslücke zu schließen;  
Quelle: EVS, SOEP, IW Köln



Gekürzte, überarbeitete Fassung der Studie „Integrierte Einkommens- und Vermögensbetrachtung“ von Judith Niehues und Christoph Schröder vom Institut der deutschen Wirtschaft. Redaktion: Klaus Methfessel



# Kompetent und sicher durch die Wirtschaft.



## Die Vorteile für Abonnenten der WirtschaftsWoche:

- Hintergründige Unternehmens-Reportagen, Analysen, Meinungen
- Spannende Sonderthemen mit Sonderheften
- Insiderwissen und ausgeprägte Wirtschaftskompetenz
- Lieferung nach Hause bereits am Samstag



### Ihre digitalen Vorteile:

- › Dank kostenlosem eMagazin überall top informiert
- › Persönlicher Newsletter direkt vom Chefredakteur – jeden Montag neu

**Wirtschafts  
Woche**

# Schwache stärken

Wer heute von einer grundsätzlichen Verschlechterung der Einkommens- und Vermögensverteilung spricht, irrt. Doch zweifellos gibt es Verbesserungspotenzial. Wir müssen die Bildungsinfrastruktur ausbauen, um benachteiligten Gruppen verstärkten Zugang zum Arbeitsmarkt zu verschaffen.

Das Ausmaß der Verteilung von Vermögen und Einkommen wird in Deutschland kontrovers diskutiert. Tatsächlich geht es hierzulande jedoch deutlich gerechter zu als vielfach vermutet: Im Gesamtranking des Internationalen Gerechtigkeitsmonitor 2013 belegt Deutschland den siebten Platz und befindet sich im Vergleich der 28 OECD-Staaten damit im vorderen Drittel (siehe Artikel Seite 42: „Die Aufholjagd kann beginnen“).

Der Gerechtigkeitsmonitor bildet sechs verschiedene Dimensionen der Gerechtigkeit ab: Bedarfsgerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit, Einkommensgerechtigkeit, Regulgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit. Erstaunlich gut schnitt Deutschland darin bei der Bedarfsgerechtigkeit ab, zu deren Teilindikatoren auch verschiedene Definitionen von Armutsrisiken gehören.

## ARMUT: FOLGE VON ARBEITSLOSIGKEIT

Eine detaillierte Betrachtung der Armutsrisiken in Deutschland zeigt, dass zwischen 14 und 16 Prozent der Bevölkerung relativ einkommensarm sind, je nach zugrunde liegender Datenquelle. Das Einkommen dieses Bevölkerungsteils liegt unter 60 Prozent des Medianäquivalenzeinkommens, also des mittleren bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens.

Von materieller Entbehrung sind aber lediglich fünf Prozent der Bevölkerung betroffen. Nach EU-Definition sind diese Personen aus finanziellen Gründen nicht dazu in der Lage, vier von neun Grundbedürfnissen zu decken. Dieses Maß stellt nicht wie beim Einkommen auf die Ressourcen ab, sondern betrachtet konkret den Lebensstandard.

Auch bei der Altersarmut gibt es keinen alarmierenden Befund. Denn anders als in vielen europäischen Ländern stellt ein hohes Alter in Deutschland kein besonderes Armutsrisiko dar. Bezogen auf das Einkommen, zählen im Jahr 2010 gerade einmal 14 Prozent aller Personen ab 65 Jahren zu den Altersarmen – also etwa so viel wie im Durchschnitt der Bevölkerung.

Deutschland ist also weit davon entfernt, ein Land mit Massenarmut zu werden. Es sind nur wenige Personenkreise von wirklicher Armut betroffen. Dazu gehören Alleinstehende, Personen mit Migrationshintergrund und vor allem Alleinerziehende und Arbeitslose. Diese Personenkreise haben meist Schwierigkeiten, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen oder Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

Abgesehen von diesen Befunden, kann auch keine Zunahme der Armut in der vergangenen Dekade konstatiert werden: Die Ar-



**Michael Hüther**, 51, leitet seit 2004 das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Der Historiker und promovierte Volkswirt arbeitete neun Jahre für den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, danach ging er als Chefvolkswirt zur DekaBank in Frankfurt am Main, anschließend wurde er IW-Chef.

mutgefährdungsquote ist, unabhängig von der verwendeten Datenquelle, seit 2005 nahezu unverändert geblieben. Das bedeutet wahrlich nicht, dass in Deutschland gar kein Armutsproblem existiert. Es ist zwar gelungen, den Trend zu mehr Armut, der von Ende der Neunzigerjahre bis 2004 zu beobachten war, zu stoppen. Es ist aber nicht gelungen, die Armutsquote der deutschen Bevölkerung substanziell zu verringern.

Ein signifikanter Abbau der Armutsquote ist nur möglich, indem die betroffenen Personen einen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Hier könnten neben der Sicherstellung eines weiterhin flexiblen Arbeitsmarkts beispielsweise Ganztagsbetreuungsangebote für Alleinerziehende eine große Hilfe sein.

## EINKOMMEN: STABILE MITTE

Wird der Fokus auf die Einkommenssituation erweitert, zeigt sich, dass die deutsche Gesellschaft von einer breiten Mittelschicht geprägt ist. Gut die Hälfte der Bevölkerung gehört zur Einkommensmitte und bezieht ein Einkommen zwischen 80 und 150 Prozent des mittleren Einkommens. Auch in längerfristiger Perspektive ist der Bevölkerungsanteil, der zur Mittelschicht zählt, stabil geblieben.

Dieser Befund zeigt sich nicht nur aus statistischer Sicht, sondern auch beim Zugehörigkeitsgefühl der Menschen. Bei repräsentativen Befragungen gaben mehr als die Hälfte der Bevölkerung an, sich der Mittelschicht zugehörig zu fühlen. Im europäischen Vergleich befindet sich Deutschland damit im Mittelfeld.

Ein besonders positives Merkmal der deutschen Mittelschicht ist, dass der Großteil recht gut mit dem zur Verfügung stehenden Einkommen auskommt. Nur 14 Prozent der deutschen Mittelschicht gaben an, mit ihrem jeweiligen Einkommen nicht auszukommen. Dies ist nach Schweden (neun Prozent) und Luxemburg (elf Prozent) der niedrigste Wert.

Zudem verfügt immerhin jeder fünfte Deutsche über ein höheres Einkommen als die Mitte. Bei der zeitlichen Entwicklung der gesamten Einkommensverteilung zeigt sich auch hier keine Verschlechterung – die Verteilung, gemessen am Gini-Koeffizienten, der verfügbaren Einkommen ist in Deutschland seit 2005 unverändert geblieben.

## VERMÖGENSVERTEILUNG ENTSPANNT SICH WIEDER

Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat eine heftige gesellschaftliche Debatte über die Verteilung der Vermögen in Deutschland ausgelöst. Die vermögensreichsten zehn Prozent der Bevölkerung besitzen demnach über die Hälfte

des Gesamtvermögens, der Anteil der unteren Hälfte der Bevölkerung am Gesamtvermögen liegt dagegen nur bei etwas über einem Prozent.

Betrachtet man aber die Verteilung der Vermögen in Relation zum Einkommen, ergibt sich ein differenzierteres Bild: Die klassische Einkommensmittelschicht verfügt über immerhin 43 Prozent der privaten Nettovermögen. Die Vermögenszahlen im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung beziehen sich allerdings auf das Jahr 2008. Versucht man mithilfe der Erträge aus Vermögen die Entwicklung der Vermögensverteilung bis heute nachzuvollziehen, dann hat die Vermögensungleichheit bis kurz nach der Jahrtausendwende zugenommen. Insbesondere während der Finanzkrise hat die Vermögenskonzentration allerdings wieder deutlich abgenommen.

Auch im Erholungsjahr 2010 ist der Vermögensanteil der Reichen weiter gesunken. Während das Vermögen der Mitte zum großen Teil aus selbst genutztem Immobilienvermögen und privaten Altersvorsorgeversicherungen besteht, spielt in den oberen Einkommensbereichen das Betriebsvermögen eine zunehmende Rolle. Dieses Betriebsvermögen ist dem starken deutschen Mittelstand zugehörig, der sich durch viele Hidden Champions auszeichnet.

### EFFEKTIVE UMVERTEILUNG

Die Kritik, dass das deutsche Steuersystem ungerecht sei und unzureichend umverteile, trifft nicht zu. Im Vergleich mit den anderen Ländern der Europäischen Union wird in Deutschland überdurchschnittlich umverteilt. Die einkommensschwächsten 20 Prozent der Bevölkerung erhalten Untersuchungen zufolge fast die Hälfte, nämlich 46 Prozent ihres Einkommens als Nettotransfer. Diese Umverteilung geht auf der anderen Seite unter anderem mit einem Spitzensteuersatz von 47,5 Prozent einher. Damit rangiert Deutschland hinter Finnland (49,2 Prozent), Großbritannien (50 Prozent) und Frankreich (54,6 Prozent) im Mittelfeld.

Umverteilung ist notwendig und gesellschaftlich gewünscht. Allerdings ist es wichtig, auch hier Maß und Mitte zu wahren. Denn vor jeder Umverteilung steht notwendigerweise die Erhebung von Steuern, und diese führen zu Verzerrungen von Preisen und Entscheidungen sowie schließlich zu ökonomisch ungewünschten Ausweichreaktionen. Die damit einhergehenden volkswirtschaftlichen Kosten in Form von Effizienzverlusten verringern am Ende den zu verteilenden Kuchen.

Das gilt beispielsweise für die gegenwärtig unter anderem von der Sozialdemokratie und den Grünen geforderten Wiedereinführung der Vermögensteuer, wenn diese – wie angesichts der vorlie-

»Das deutsche Steuersystem ist **nicht ungerecht**. Im Vergleich zu anderen EU-Ländern wird in der Bundesrepublik überdurchschnittlich umverteilt«

genden Vorschläge zu erwarten ist – zu einer Substanzbesteuerung der Unternehmen führt. Wird den Unternehmen so die wirtschaftliche Grundlage entzogen, werden massiv Arbeitsplätze, Einkommen und Wohlstand gefährdet. Würden betriebliche Vermögen von der Vermögensteuer ausgenommen, hätte dies bei verfassungsrechtlichen Bedenken einen hohen bürokratischen Aufwand und unerwünschte Ausweichreaktionen zur Folge.

### HOHE SOZIALE MOBILITÄT

Ein weiteres, oft emotional diskutiertes Thema ist die soziale Mobilität und Chancen-

gleichheit bei Einkommen und beruflichem Aufstieg in Deutschland. Die wichtigsten Faktoren hierbei sind die schulische Ausbildung und die berufliche Qualifikation des Einzelnen. Von den Bundesbürgern, die 1995 mindestens eine abgeschlossene Berufsausbildung und ein mittleres Einkommen hatten, stiegen bis 2007 nur neun Prozent aus der Mittelschicht ab, bei jenen ohne Berufsabschluss waren es dagegen 19 Prozent.

Umgekehrt gelang 55 Prozent der Personen mit Berufs- oder Hochschulabschluss, die 1995 ein geringes Einkommen bezogen, in den folgenden zwölf Jahren der Aufstieg in eine höhere Einkommensklasse. Von den gering Qualifizierten schafften dies 41 Prozent. Im internationalen Vergleich steht die Bundesrepublik bei der beruflichen Qualifikation recht gut da: Im Jahr 2008 hatten nur 15 Prozent der 25- bis 34-Jährigen keine abgeschlossene Berufsausbildung – im internationalen Durchschnitt waren es fast doppelt so viele.

Zudem funktioniert die soziale Mobilität in Deutschland: Inzwischen finden 19,5 Prozent der jungen Leute, die nicht aus einem Akademikerhaushalt stammen, den Weg an die Hochschule. Zu Beginn der Neunzigerjahre waren es erst 15,5 Prozent.

### MEHR LICHT ALS SCHATTEN

Insgesamt zeigt sich, dass Armut in Deutschland kein Massenphänomen darstellt. Es ist keine Verschlechterung der Einkommens- und Vermögensverteilung zu beobachten. Auch bei der Umverteilung und der sozialen Mobilität gibt es keinen Anlass zur Schwarzmalerei.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass es nicht noch Verbesserungspotenzial gibt. Die Bekämpfung von Armut erfolgt am effizientesten durch eine weitere Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für benachteiligte Gruppen und die Unterstützung der sozialen Mobilität durch eine gute Bildungsinfrastruktur.

Kontraproduktiv hingegen war die Einführung des Betreuungsgeldes und wäre alles, was die Flexibilität des Arbeitsmarktes wieder einschränkt. ■

# Haben Sie faire Karriere-chancen?

## Was ist soziale Gerechtigkeit?

Dass man von dem Lohn für seine Arbeit auch leben kann



Alle Kinder haben die gleichen Chancen auf eine gute Schulbildung



Der Staat sorgt für eine Grundsicherung, damit niemand in Not gerät



Wer mehr leistet, soll auch mehr verdienen als derjenige, der weniger leistet



Dass ältere Arbeitnehmer die gleichen Beschäftigungschancen haben wie jüngere Arbeitnehmer



Familien mit Kindern werden vom Staat finanziell unterstützt



Bei politischen Entscheidungen wird keine Generation bevorzugt oder benachteiligt



Der Staat muss dafür sorgen, dass die Einkommensunterschiede in der Gesellschaft nicht größer werden



Vermögen sollte ohne Erbschaftsteuer an die Nachkommen weitergegeben werden können



Die Löhne richten sich nur nach der gearbeiteten Zeit, nicht nach der Qualifikation oder der beruflichen Stellung



Frage: Führt die Marktwirtschaft zu mehr oder weniger sozialer Gerechtigkeit? (in Prozent)

	Mehr	Weniger	Weiß nicht
Bevölkerung insgesamt	17	43	40
Westdeutschland	20	38	42
Ostdeutschland	7	61	32

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv



FOTOS: INGO RAPPERS FÜR WIRTSCHAFTSWOCHE, DENIZ SAYLAN FÜR WIRTSCHAFTSWOCHE, ANDREAS CHUDOWSKI FÜR WIRTSCHAFTSWOCHE



**»Ich will mich weiterentwickeln. Deswegen besuche ich jetzt die Abendschule«**

**Sven Pusvic, 23, Elektroniker in Düsseldorf.** Nach der Realschule habe ich bei Henkel eine Ausbildung zum Elektroniker für Automatisierungstechnik absolviert. Elektronik fand ich schon als Kind interessant. Heute arbeite ich fest bei dem Konzern. Ich habe aber relativ schnell gemerkt, dass mir das nicht reicht. Ich will nicht stehen bleiben. Deswegen besuche ich seit zwei Jahren die Abendschule in Krefeld und lasse mich zum staatlich geprüften Techniker ausbilden. Zwei Mal die Woche bin ich abends dort. Unterstützung bekomme ich nicht. Das mache ich freiwillig. Ich möchte in Richtung Produktentwicklung gehen.

**Rachel Kernleitner, 20, Marketingexpertin in München.** Mit 18 Jahren habe ich Abitur gemacht. Die Lernezeit war aber schon nervig. Ich wollte danach etwas Praktisches machen – ich wusste nur nicht was. Die Jobzentrale hätte mir deutlicher aufzeigen sollen, was man machen kann. Ich hätte mir gerne Kontakte zu verschiedenen Unternehmen gewünscht. Ich entschied mich dann relativ spontan für eine Ausbildung zur Kauffrau für Marketingkommunikation. Ich hatte Glück. Denn die Ausbildung war klasse. Die Agentur hat mich dann auch übernommen. Ich will mich aber weiterentwickeln und werde in ein oder zwei Jahren in München Kommunikationswissenschaften oder BWL studieren.



**»Ich hätte mir von der Jobzentrale mehr Kontakte zu Unternehmen gewünscht«**



**»Der Staat hat mir keine faire Chance gegeben. Ich starte jetzt allein durch«**

**Ridha Azaiz, 28, Maschinenbauingenieur in Berlin.** Ich bin in Stuttgart geboren, meine Mutter ist Deutsche, mein Vater Tunesier. Mit zwölf Jahren habe ich bei „Jugend forscht“ gewonnen, zwei Jahre später den VDI-Umwelttechnikpreis für meinen Roboter, der Solaranlagen reinigt. An ihm arbeite ich seitdem. Ich hätte mir eine faire Chance vom Staat gewünscht. Ich war zum Beispiel aufgrund meines Alters lange Zeit überhaupt nicht antragsberechtigt. So haben andere Wettbewerber EU-Fördermittel bekommen und ich nicht. Jetzt aber habe ich meinen Master und starte durch.

# Der Kampf der Ideen

Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit beschäftigt Ökonomen, Philosophen und Politiker seit über 200 Jahren. WirtschaftsWoche-Redakteur Bert Losse erklärt, wie sich die Vorstellung von Gerechtigkeit im Verlauf der Geschichte verändert hat – und wer die treibenden Kräfte waren.

**I**m Jahr 1789 macht das Leben den meisten Franzosen keine übermäßig große Freude. Ihr absolutistischer Staat ist pleite und schröpft seine Untertanen durch hohe Steuern und Bodenpachten. Während Adel und Klerus unvermindert auf großem Fuß leben, rutschen weite Teile des „dritten Standes“, Bürgertum und Landvolk, wirtschaftlich immer weiter ab. Seit Jahren steigen die Preise deutlich stärker als die Löhne, und nach mehreren Missernten und einem strengen Winter müssen viele Familien bis zu 80 Prozent ihres Einkommens für Brot ausgeben.

Rund um Paris kommt es zu Plünderungen von Mühlen und Bäckereien, die Massen fordern einen „gerechten Preis“ für das Brot. Am 10. Juli 1789 stecken ausgehungerte Menschen mehrere Zollhäuser in Brand, weil sie hoffen, dass Waren so kurzfristig billiger werden. Doch am 14. Juli erreicht der Brotpreis den höchsten Stand des gesamten Jahrhunderts. Als noch am gleichen Tag aufgebraute Demonstranten die Bastille, das Staatsgefängnis, stürmen und die Französische Revolution beginnt, mag das nicht allein Folge der prekären Versorgungslage gewesen sein. Ganz sicher aber war soziale Not ein wesentlicher »

**Spiel mit dem Feuer**  
Adolph Menzels Eisenwalzwerk  
thematisiert die Industrialisierung  
und das Elend der Arbeiter



ADOLPH MENZEL: EISENWALZWERK, 1872–1875; FOTO: GOOGLE ART PROJECT

» Sprengsatz für den überkommenen Feudalstaat – und Katalysator für die von der französischen Nationalversammlung beschlossene Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. Dort heißt es in Artikel 1: „Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es. Gesellschaftliche Unterschiede dürfen nur im allgemeinen Nutzen begründet sein.“

Mit diesem Paradigmenwechsel und der von den Revolutionären ausgegebenen Parole „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ entsteht eine neue gesellschaftliche Sicht auf das Verhältnis von oben und unten, auf die Ungleichverteilung von Besitz, Rechten und sozialen Aufstiegschancen. Die Französische Revolution markiert den Ausgangspunkt der sozialen Verteilungskämpfe, die die kommenden Jahrhunderte Europa erschüttern sollten, genauso wie den Beginn der großen gesellschaftlichen und politischen Debatte, die uns bis heute begleitet: Was ist gerecht?

### GÖTTLICHE ORDNUNG

Eine eindeutige Antwort auf diese Frage steht auch 224 Jahre später noch aus. „Es gibt keine allgemeingültige Definition von sozialer Gerechtigkeit. Dieser Begriff ist eine intellektuelle Konstruktion – die sich zudem im Verlauf der Geschichte immer wieder verändert hat“, sagt Alexander Nütznadel, Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität Berlin. Was gerecht sei und was nicht, das sei stets eine normative Frage und werde von jeder Gesellschaft und in jedem Zeitalter anders interpretiert.

In den statischen vormodernen Gesellschaften hatte sich die Frage nach sozialer Gerechtigkeit nicht gestellt. Im Ständesystem von Mittelalter und früher Neuzeit gingen die Menschen davon aus, dass der soziale und ökonomische Status durch Geburt vergeben wird – und in der Regel unabänderlich ist. Das Fehlen sozialer Aufstiegsmöglichkeiten für die breite Masse galt gemeinhin als Ausdruck einer gerechten göttlichen Ordnung. Sozialpolitik be-

schränkte sich auf Armenfürsorge; rund ein Fünftel der Stadtbevölkerung war völlig mittellos und auf Hilfen von Klöstern und Privatleuten angewiesen.

Erst das Zeitalter der Aufklärung bringt die zementierten Denkmuster durcheinander. Es entstehen erste neuzeitliche Gerechtigkeitsphilosophien. Der französische Philosoph Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) etwa prangert das Privateigentum als Wurzel sozialer Ungleichheit an – und entwirft eine radikale Gesellschaftsutopie, bei der absolute Gleichheit aller Menschen (bei freilich arg einfachen Lebensverhältnissen) herrscht. Damit gilt er als einer der wichtigsten geistigen Wegbereiter der Französischen Revolution.

Besondere Dynamik erhält die Gerechtigkeitsdebatte im 18. Jahrhundert auch deshalb, weil zum politischen Umbruch ein tief greifender ökonomischer Wandel hinzukommt – die industrielle Revolution. Ausgehend von England und angefeuert durch bahnbrechende Erfindungen (Dampfmaschine, mechanischer Webstuhl), werden ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die zuvor agrardominierten Volkswirtschaften Europas radikal umgekrempelt.

Neue Phänomene wie Arbeitsteilung und Massenproduktion bringen plötzlich Lohn- und Verteilungsfragen auf die gesellschaftliche Agenda. Denn die zunehmende Mechanisierung macht viele Handwerker arbeitslos, gleichzeitig setzen massive Wanderungsbewegungen vom Land in die Städte ein. Da zudem die Bevölkerung



wächst – ab 1816 steigt die Einwohnerzahl im Gebiet des späteren Deutschen Reiches jährlich im Schnitt um ein Prozent –, entsteht ein schier unerschöpfliches Reservoir an Arbeitskräften für die neuen Fabriken.

Die Menschen, die auf der Suche nach Arbeit in die Städte strömen, erwartet dort ein Albtraum: Arbeitszeiten bis zu 16 Stunden am Tag an bis zu sieben Tagen die Woche, Kinderarbeit und Hungerlöhne, die kaum das Überleben sichern. Es gibt viel zu wenig Wohnraum, sodass viele Familien in Baracken und Verschlägen hausen. Viele Kinder müssen in Bergwerken unter Tage arbeiten, da sie wegen ihrer geringeren Körpergröße in den Stollen schneller vorankommen. Im englischen Manchester halten die Arbeiter im Schnitt 15 Jahre durch – dann sind sie arbeitsunfähig.

### URVATER ADAM SMITH

Die um sich greifende Verelendung breiter Massen, in den Geschichtsbüchern als „Pauperismus“ bezeichnet, ist der ökonomische Hintergrund der genannten „sozialen Frage“, an der sich bis heute Politiker und Wissenschaftler abarbeiten. Ausgerechnet Adam Smith (1723–1790), der Urvater der Nationalökonomie und heute immer noch gerne als Marktradikaler geschmäht, ist der erste Ökonom, der die soziale Frage thematisiert. „Die Herstellung vollkommener Gerechtigkeit, uneingeschränkter Freiheit und weitgehender Gleichheit ist ganz einfach das Geheimnis, das allen drei Klassen höchsten Wohlstand sichert“, schreibt der Schotte in seinem Hauptwerk „Der Wohlstand der Nationen“. Sein Credo: „Ganz sicher kann keine Nation blühen und gedeihen, deren Bevölkerung weithin in Armut und Elend lebt.“ Es sei daher „nicht mehr als recht und billig, wenn diejenigen, die alle ernähren, kleiden und mit Wohnung versorgen, so viel vom Ertrag der eigenen Arbeit bekommen, dass sie sich selbst richtig ernähren, ordentlich kleiden und anständig wohnen können“.

Allerdings ignoriert Smith das Phänomen der Arbeitslosigkeit komplett. Die

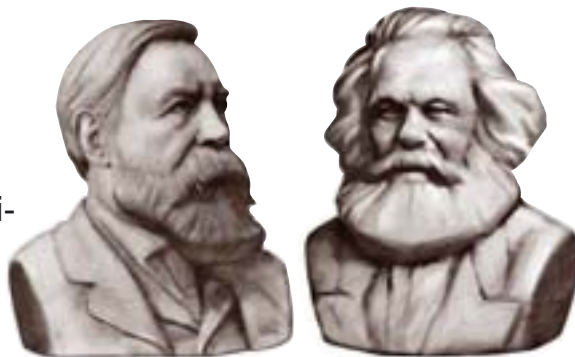
## Der Begründer der Nationalökonomie Adam Smith (1723–1790)

„Ganz sicher kann keine Nation blühen und gedeihen, deren Bevölkerung weithin in Armut und Elend lebt. Es ist nicht mehr als recht und billig, wenn diejenigen, die alle ernähren, kleiden und mit Wohnung versorgen, so viel vom Ertrag der eigenen Arbeit bekommen sollen, dass sie sich selbst richtig ernähren, ordentlich kleiden und anständig wohnen können.“



## Die Revolutionäre Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895)

„Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereint euch!“



nämlich kann es in seinem klassischen ökonomischen Modell nicht (dauerhaft) geben, weil bei sinkender Arbeitskräftenachfrage über sinkende Löhne am Ende wieder Vollbeschäftigung erreicht wird. Steigt hingegen die Nachfrage nach Arbeitskräften, führt dies auch zu steigenden Löhnen. Gerechtigkeit hat für Smith denn auch nichts mit staatlicher Umverteilung zu tun, sie ist für ihn eher eine allgemeine Tugend, die darin besteht, kein „Unrecht“ zu tun und Mitgefühl mit dem Schicksal anderer zu verspüren. Dass Unternehmer ihr Personal gut behandeln und anständig bezahlen, liegt für Smith in deren eigenem Interesse. Denn: „Wo die Löhne hoch sind, finden wir die Arbeiter fleißiger, gewissenhafter und auch schneller bei der Hand als dort, wo sie niedrig sind.“

### DAS KOMMUNISTISCHE MANIFEST

Im Gebiet des heutigen Deutschland setzt die Industrialisierung Anfang des 19. Jahrhunderts ein und erreicht ihre volle Wucht ab etwa 1850. Die Politik hält sich während der Industrialisierungsphase wie in ganz Europa mit Eingriffen zunächst zurück. Ausnahme: das 1839 erlassene preußische „Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken“. Es sieht vor, dass Kinder frühestens mit neun (!) Jahren arbeiten durften.

Die immer krasserem sozialen Gegensätze zeigen jedoch Wirkung. Die Arbeitnehmer beginnen, sich langsam zu organisieren. Es entstehen die ersten Arbeitervereine (und werden alsbald verboten), 1863 ruft Ferdinand Lassalle in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) ins Leben, den Vorläufer der heutigen SPD. Die Frage der sozialen Gerechtigkeit entwickelt sich immer stärker zum politischen Kampfbegriff. Und sie wird zu einem unkalkulierbaren Risikofaktor für die Politik, da radikale Gruppen und Ideen immer mehr Zulauf erhalten. Radikalster Protagonist der Arbeiterbewegung wird der Trierer Soziologe und Ökonom Karl Marx. 1848 veröffentlicht er mit Friedrich

Engels das „Kommunistische Manifest“, das einen historisch determinierten Zerfall des kapitalistischen Systems vorhersagt.

Allerdings: Zu dem in Deutschland lauter erschallenden Ruf nach sozialer Gerechtigkeit haben Marx und seine Jünger ein ambivalentes Verhältnis. Sicher: Der Klassenkampf und der Aufstand des Proletariats sollen im Endstadium zur klassenlosen Gesellschaft und zu umfassender Gleichheit führen. „Doch soziale Gerechtigkeit stand bei Marx als politische Forderung nur im Hintergrund. Er und seine Anhänger hatten die Befürchtung, dass staatliche Sozialreformen den revolutionären

Geist der Arbeiter erlahmen lassen könnten – und so zu einer Stabilisierung der bürgerlichen Herrschaft führen“, sagt Wirtschaftshistoriker Nützenadel.

Auch wissenschaftlich ist Marx an normativen Gerechtigkeitsfragen nicht übermäßig interessiert. Er habe für die „moralische Empörung über die Ungerechtigkeit des Kapitalismus nur Geringschätzung übrig“ gehabt, schreibt der Ökonom Thomas Ebert in seinem 2010 erschienenen Buch „Soziale Gerechtigkeit“. Ebert: „Maßstab der Gerechtigkeit war für Marx die Geschichte, nicht irgendwelche ethischen Normen.“ In gewisser Weise hält Marx die Besitz- und Einkommensverteilung seiner Zeit sogar für gerecht, da diese schließlich auf den dem Kapitalismus eigenen Gesetzmäßigkeiten beruhe.



### Der Kathedersozialist Gustav von Schmoller (1838–1917), Mitgründer des Vereins für Socialpolitik

„Man soll den Armen unterstützen in seinem Kampf ums Dasein, in der Selbsttätigkeit für seine Existenz, aber man darf nie ganz für ihn denken und handeln. Das ist das Wahre am Prinzip der Selbsthilfe.“

### KATHEDERSOZIALISTEN-TRIO

Statt Marx schreiben in Deutschland in der Folgezeit antirevolutionäre Sozialreformer die soziale Gerechtigkeit auf ihre Fahnen. Es sind die sogenannten Kathedersozialisten um Wissenschaftler wie Gustav von Schmoller, Werner Sombart und Adolph Wagner, die erstmals eine staatliche Sozialpolitik einfordern. Für sie sind der Marxismus und die politische Radikalisierung der Arbeiterbewegung ein Irrweg. Der von den Reformern 1873 gegründete Verein für Socialpolitik, noch heute eine der weltweit einflussreichsten Ökonomenvereinigungen, rückt die soziale Frage in den Mittelpunkt seiner Forschung. Die neue Gruppe will „auf der Grundlage der bestehenden Ordnung die unteren Klassen so weit heben, bilden und versöhnen, dass sie in Harmonie und Frieden sich in den Organismus einfügen“, beschrieb Gustav Schmoller ihr Programm.

Parallel dazu entdeckt auch die Kirche die Bedeutung des Themas. „Der Katholizismus war zu dieser Zeit eine treibende Kraft bei der Debatte um soziale Gerechtigkeit“, sagt Historiker Nützenadel. Die Enzyklika „Rerum Novarum“, die Papst Leo XIII. im Mai 1891 veröffentlicht, wird zur »

» Keimzelle der katholischen Soziallehre – die wiederum später der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland wichtige Impulse geben sollte. Der als „Arbeiterpapst“ in die Geschichte eingegangene Pontifex formuliert in seiner Schrift einerseits eine klare Absage an den Sozialismus, verbunden mit dem Bekenntnis zum Privateigentum. Gleichheit unter den Menschen sei weder möglich noch gewollt, verkündet Leo, Unterschiede hält er für naturgegeben. Gleichzeitig aber erteilt der Papst dem freien Spiel der Kräfte eine Absage, fordert vom Staat die Durchsetzung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen und von den Arbeitgebern faire Löhne.

Kathedersozialisten und katholische Sozialreformer bringen eine neue Qualität in die Debatte, indem sie den Gerechtigkeitsgedanken mit der Auflage der Subsidiarität verbinden. Nach diesem Prinzip ist es durchaus gerecht, Hilfen an eine individuelle Gegenleistung zu koppeln – nämlich den Versuch, Probleme zunächst aus eigener Kraft zu lösen und zum Beispiel auf die Unterstützung der Familie zu setzen, anstatt reflexartig nach dem Staat zu rufen, wenn es im Leben nicht rund läuft. „Man soll den Armen unterstützen in seinem Kampf ums Dasein, in der Selbsttätigkeit für seine Existenz, aber man darf nie ganz für ihn denken und handeln“, heißt es bei Schmoller.

### DEUTSCHES REICH ALS PIONIER

Und die Politik reagiert. In einer kaiserlichen Botschaft an den Reichstag gibt Kaiser Wilhelm I am 17. November 1881 den Startschuss für eine aktive staatliche Sozialpolitik – zu dieser Zeit und in dieser Form einzigartig in Europa. Das Deutsche Reich sei der „Pionier der gesamtstaatlichen Sozialgesetzgebung“ gewesen, urteilt der Heidelberger Politikwissenschaftler Manfred G. Schmidt. „Es waren konservative, auf Stabilisierung der Monarchie bedachte Ministerialbeamte und Politiker, nicht Re-

volutionäre, die eine Politik der sozialen Sicherung einleiteten.“ Dabei spielten freilich innenpolitische Gründe die Hauptrolle. Die Sozialreform folgte nicht einem neuen politischen Gerechtigkeitsverständnis, sondern diente primär dem Machterhalt der politischen Eliten und der beabsichtigten Befriedung der immer selbstbewusster auftretenden Arbeiterschaft.

Die Politik wollte „Dämme gegen gesellschaftliche Folgeprobleme der Industrialisierung und Urbanisierung errichten und einer Gefährdung der politischen und gesellschaftlichen Herrschaftsordnung im Lande entgegenwirken“, schreibt Schmidt in seinem Buch „Der deutsche Sozialstaat“.

Die Regierung setzt dabei auf eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche; das Deutsche Reich verwandelt sich in eine bislang unbekannte Staatsform – die des autoritären Wohlfahrtsstaates. Mit dem 1878 erlassenen „Gesetz wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ verbietet die Staatsmacht sozialistische und sozialdemokratische Organisationen.

Gleichzeitig teilt Kaiser Wilhelm seinen Untertanen mit, dass künftig „die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen“ sein werde. Unter Reichskanzler Otto von Bismarck kommt es zum Aufbau der gesetzlichen

Krankenversicherung (1883), der Unfallversicherung (1884) sowie einer Alters- und Invalidenversicherung (1889).

Zunächst gelten die neuen Sicherungssysteme nur für Industriearbeiter, da diese bei der politischen Führung als besonders empfänglich für revolutionäres Gedankengut gelten; erst ab 1913 werden auch Angestellte einbezogen. Bei den Arbeitern punkten will Bismarck auch dadurch, dass sich die Arbeitgeber an der Finanzierung der neuen Sozialkassen beteiligen müssen und die Unfallversicherungsbeiträge für ihre Beschäftigten sogar komplett übernehmen müssen (was bis heute gilt). Das Ziel, die Sozialdemokratie klein zu halten, erreicht Bismarck dennoch nicht: Die SPD holt bei den Reichstagswahlen 1893 über 23 Prozent der Stimmen – gegenüber 9,7 Prozent im Jahr 1884.

### SCHUB DURCH WIRTSCHAFTSKRISE

Die Bismarck'schen Sozialreformen sind der historische Startschuss für das Entstehen weiterer Sozial- und Wohlfahrtsstaaten. Den nächsten Schub gibt es im Gefolge der 1928 beginnenden Weltwirtschaftskrise – diesmal ist Amerika der Antreiber. Die Arbeitslosenzahlen in den USA sind in einem noch nie da gewesenen Tempo von 1,5 Millionen (1929) auf rund 12 Millionen (1932) in die Höhe geschossen, in manchen Regionen kommt es sogar zu Hungersnöten. In dieser Krise ruft Präsident Franklin D. Roosevelt seinen berühmten gewordenen „New Deal“ aus. Dahinter verbirgt sich ein sozialstaatliches Regierungsprogramm, das unter anderem auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, umfangreiche Finanzhilfen für Landwirte und einen allgemein steigenden Staatseinfluss auf die Wirtschaft setzt.

Mit dem Social Security Act von 1935 führen die USA Sozialversicherungen ein. Zuvor hatte es für Menschen in wirtschaftlichen Notlagen nur rudimentäre und regional unterschiedliche Unterstützung ge-



### Der Arbeiterpapst Leo XIII. (1878–1903), Verfasser der Sozialenzyklika „Rerum Novarum“

„Ein großer und gefährlicher Irrtum liegt in dem Ansinnen an den Staat, als müsse er nach seinem Gutdünken in das Innere der Familie, des Hauses eindringen. Allerdings, wenn sich eine Familie in äußerster Not und in so verzweifelter Lage befindet, dass sie sich in keiner Weise helfen kann, so ist es der Ordnung entsprechend, dass staatliche Hilfeleistung für die äußerst Bedrängten eintrete.“

geben. Parallel dazu beginnt in den Wirtschaftswissenschaften der (vorübergehende) Siegeszug des Keynesianismus, wonach steigende Staatsausgaben eine kriselnde Volkswirtschaft stabilisieren und die Arbeitslosigkeit senken kann (und soll).

Auch in Europa wird als Reaktion auf die Massenarbeitslosigkeit der Sozialstaat im 20. Jahrhundert immer weiter ausgebaut – obwohl es in der Wissenschaft nun auch zunehmend mahnende Stimmen gibt. Liberale Denker wie Friedrich August von Hayek (1899–1992) machen Front gegen das neue Staats- und Gerechtigkeitsverständnis. „Der vorherrschende Glaube an soziale Gerechtigkeit ist gegenwärtig wahrscheinlich die schwerste Bedrohung der meisten anderen Werte einer freien Zivilisation“, wettet Hayek.

Für den österreichischen Nobelpreisträger ist soziale Gerechtigkeit als politischer Kompass ein „quasireligiöser Aberglaube von der Art, dass wir ihn respektvoll in Frieden lassen sollten, solange er lediglich seine Anhänger glücklich macht – den wir aber bekämpfen müssen, wenn er zum Vorwand wird, gegen andere Menschen Zwang auszuüben“. Hayek bestreitet, dass soziale Gerechtigkeit ein legitimes Ziel des Staates sein kann. Der Staat sei angesichts von Millionen Einzelinteressen und unterschiedlichster Präferenzen der Menschen weder in der Lage, die individuellen Wünsche der Bürger zu kennen (geschweige denn zu gewichten), noch könne er ein objektives Allgemeininteresse definieren, aus dem sich Umverteilungsansprüche herleiten ließen.

### NEUER GERECHTIGKEITSBEGRIFF

Für Hayek ist es allein Aufgabe des Staates, Verfahrensregeln für den Umgang der Menschen untereinander aufzustellen, also eine Rechtsordnung, die Eigentumsrechte schützt und Vertragsfreiheit garantiert. In diesem Regime haben für ihn alle Menschen die Freiheit, ihre Interessen sel-



## Der liberale Skeptiker Friedrich August von Hayek (1899–1992)

„Womit wir es im Falle der ‚sozialen Gerechtigkeit‘ zu tun haben, ist ein quasi-religiöser Aberglaube von der Art, dass wir ihn respektvoll in Frieden lassen sollten, solange er lediglich seine Anhänger glücklich macht – den wir aber bekämpfen müssen, wenn er zum Vorwand wird, gegen andere Menschen Zwang auszuüben. Der vorherrschende Glaube an ‚soziale Gerechtigkeit‘ ist gegenwärtig wahrscheinlich die schwerste Bedrohung der meisten anderen Werte einer freien Zivilisation.“



## Der Vater der sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhard (1897–1977)

„Es ist ungleich sinnvoller, alle einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Energien auf die Mehrung des Ertrags der Volkswirtschaft zu richten, als sich in Kämpfen um die Distribution des Ertrages zu zermürben und sich dadurch von dem allein fruchtbaren Weg der Steigerung des Sozialproduktes abdrängen zu lassen. Das mir vorschwebende Ideal beruht auf der Stärke, dass der Einzelne sagen kann: Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein.“

ber zu verfolgen – wobei der Ökonom freilich mögliches Marktversagen und soziale Hierarchien, die die Freiheit des Einzelnen einschränken, komplett ausblendet.

Neben von Hayek haben vor allem zwei weitere Denker die moderne Gerechtigkeitsdebatte geprägt. Zum einen der Harvard-Professor John Rawls, (1921–2002), der in den Siebzigerjahren eine abstrakt-philosophische „Theorie der Gerechtigkeit“ entwickelt. Und zum anderen der indische Ökonomienobelpreisträger Amartya Sen, der 2010 mit seinem Buch „Eine Idee der Gerechtigkeit“ versucht, das Rawls’sche Ideen- und Theoriegebäude zu erden und an die realen Lebensbedingungen der Menschen anzupassen.

### IDEALBILD EINES GEMEINWESENS

Rawls vermengt in seiner Philosophie libertäre und egalitäre Ideen, sodass sich verschiedene Denkrichtungen auf ihn berufen. Rawls habe die „normative Fundierung für den Sozialstaat geliefert“, schreibt Ökonom Ebert. Der Philosoph entwirft das Idealbild eines Gemeinwesens mit kollektiver Fairness und weitreichender rechtlicher, sozialer und wirtschaftlicher Gleichheit der Menschen. Allerdings ist Ungleichheit erlaubt, wenn Chancengleichheit herrscht und die schlechter Gestellten von der Ungleichheit profitieren. „Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu gestalten, dass vernünftigerweise zu erwarten ist, dass sie zu jedermanns Vorteil dienen“, schreibt Rawls.

Vereinfacht ausgedrückt: Wenn beispielsweise in einer wachsenden Volkswirtschaft die Gewinnquote der Unternehmen zulasten der Lohnquote steigt, wäre dies nur dann akzeptabel, wenn die höheren Gewinne in Investitionen fließen, die wiederum über ein steigendes Sozialprodukt, neue Jobs und höhere Löhne den Arbeitnehmern zugutekommen.

Amartya Sen lehnt die Ausgangslage bei Rawls – das Konstrukt eines gesellschaft- ➤

» lichen Idealzustands – ab. Statt von einer vollkommen gerechten Gesellschaft zu träumen, muss es für Sen stets um die praktische Frage gehen, ob ein Zustand oder eine Entscheidung gerechter ist als eine dazu bestehende Alternative. Nach Sens sogenanntem „Fähigkeitenansatz“ ist bei der Bewertung weniger entscheidend, ob jemand viel oder wenig besitzt – sondern primär, was er mit seinen Fähigkeiten aus seinem Leben machen kann. Dieser Ansatz spielt vor allem in der Entwicklungspolitik eine Rolle. Auch ein besseres Bildungs- und Gesundheitssystem kann nach diesem Verständnis für mehr Gerechtigkeit sorgen.

### DER DRITTE WEG

In Deutschland haben die Väter des Grundgesetzes das Ziel soziale Gerechtigkeit 1949 in Form des Sozialstaatsgebots zum Verfassungsrang erhoben. „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“, heißt es in Artikel 20 des Grundgesetzes. Und Artikel 28 ergänzt: „Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muss den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen.“

Das Sozialstaatsprinzip verpflichtet somit Gesetzgeber, Justiz und Verwaltung, bei ihrem Handeln soziale Faktoren zu berücksichtigen. Damit war nach Ende des Zweiten Weltkriegs nicht unbedingt zu rechnen. In Deutschland bricht ein erbitterter Konflikt über das künftige Wirtschafts- und Sozialstaatsmodell aus. Auf der einen Seite stehen die Verfechter eines freien Marktes angelsächsischer Prägung, auf der anderen Seite die Anhänger einer



### Der Philosoph der Gerechtigkeit John Rawls (1921–2002)

„Jeder Mensch besitzt eine aus der Gerechtigkeit entspringende Unverletzlichkeit, die auch im Namen des Wohls der ganzen Gesellschaft nicht aufgehoben werden kann. Daher lässt es die Gerechtigkeit nicht zu, dass der Verlust der Freiheit bei einigen durch ein größeres Wohl für andere wettgemacht wird.“

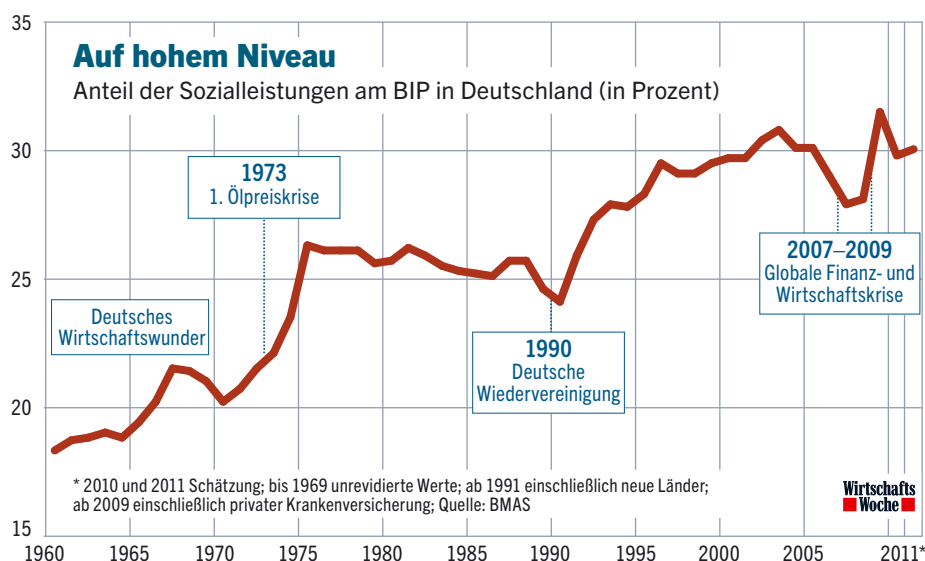
staatlichen Lenkungswirtschaft. Dass es schließlich anders kommt, liegt auch an einem Wirtschaftsprofessor aus Münster: Alfred Müller-Armack. Der Ökonom entwirft 1946 in seiner Schrift „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ einen dritten Weg, eine Synthese von marktwirtschaftlicher Ordnung und sozialer Gerechtigkeit, von der „das Schicksal unserer Zivilisation“ abhängt.

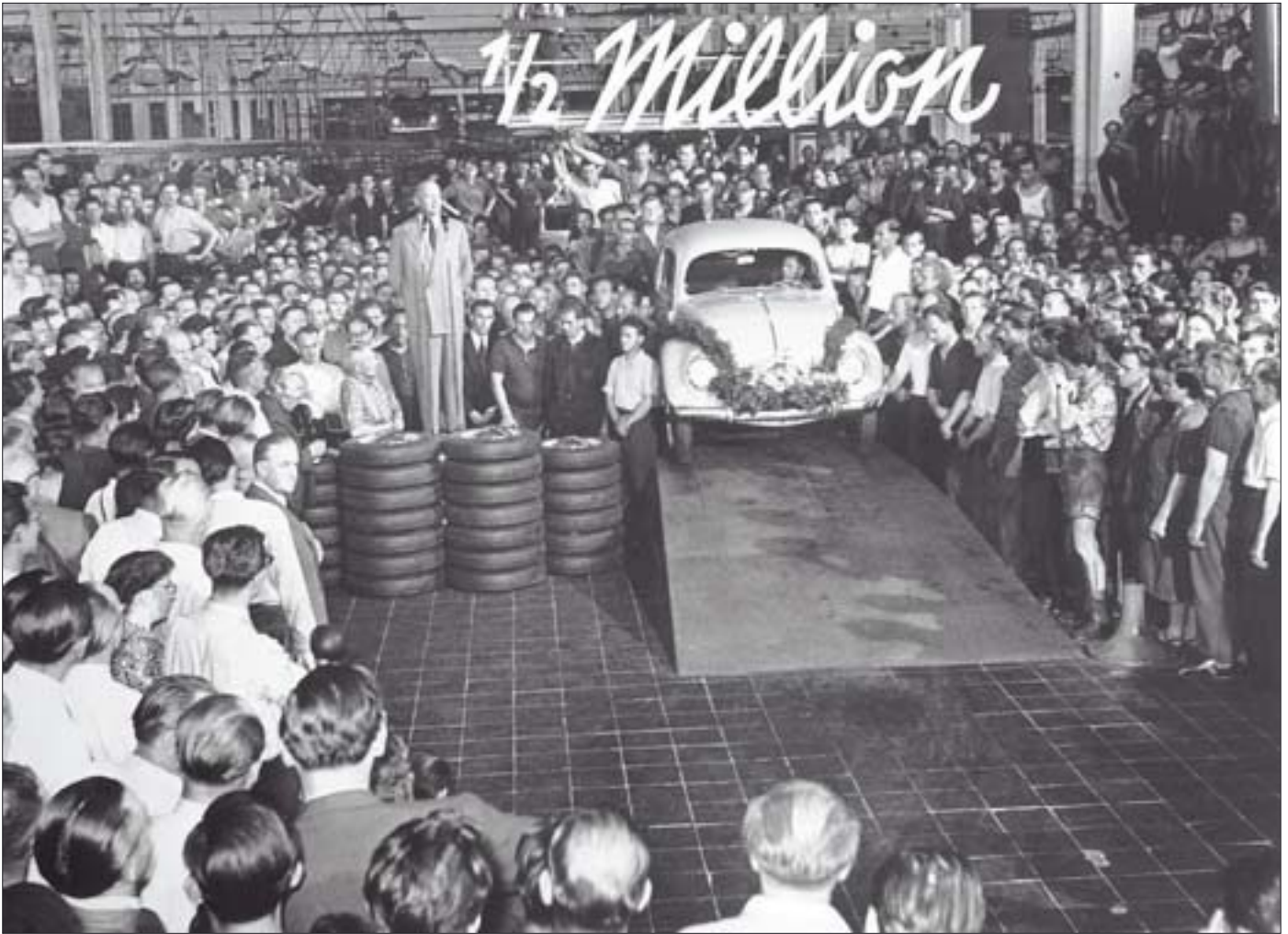
Zentrale Aufgabe der neuen Ordnung ist es für Müller-Armack, „das Prinzip der Freiheit auf dem Marke mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs zu verbinden“. Ein Name für das neue Konzept ist flugs gefunden: soziale Marktwirtschaft. 1952 wird Müller-Armack Leiter der Grundsatzabteilung im Bundeswirtschaftsministerium – und setzt mit Wirtschaftsminister Ludwig Erhard das Konzept in die Praxis um. Ihr Credo: Zu einem marktwirtschaftlichen System mit Wettbewerb und freier Preisbildung gibt es keine Alternative – allerdings muss gleichzeitig der soziale Frieden gewahrt und den Menschen eine Teilhabe am Wohlstand ermöglicht werden. Anders als in der reinen Lehre ist der Staat kein „Nachwächter“ mehr im Sinne von Adam Smith. Sondern er darf aktiv werden, sofern die staatlichen Interventionen „marktkonform“ sind, also den Wettbewerb nicht verzerren, sondern ihm dienen.

### EUCKENS ORDOLIBERALISMUS

Das theoretische Fundament dazu liefert der sogenannte Ordoliberalismus. Der in Freiburg lehrende Ökonom Walter Eucken, einer der führenden Ordoliberalen, rät der Politik, soziale Gerechtigkeit „durch Schaffung einer funktionsfähigen Gesamtordnung“ zu schaffen und „die Einkommensbildung den strengen Regeln des Wettbewerbs, des Risikos und der Haftung“ zu unterwerfen. Müller-Armack ist zwar dezidiert für eine Einkommensumverteilung, etwa durch eine progressive Einkommensteuer. Einig sind sich die Protagonisten der sozialen Marktwirtschaft allerdings darin, dass Wachstum die beste Medizin gegen soziale Unwuchten ist – weil nur eine wachsende Wirtschaft neue Jobs und steigende Einkommen schafft. „Es ist sehr viel leichter, jedem Einzelnen aus einem immer größer werdenden Kuchen ein größeres Stück zu gewähren, als einen Gewinn aus einer Auseinandersetzung um die Verteilung eines kleineren Kuchens ziehen zu wollen“, mahnt Erhard.

Das Wirtschaftswunder in Deutschland lässt die sozialen Auseinandersetzungen





zunächst in den Hintergrund treten. Die Wirtschaft boomt, es herrscht Vollbeschäftigung. „Wirtschaftswachstum mehrte den Wohlstand der Individuen, entspannte die sozialen Verteilungskämpfe, stabilisierte das politische System der Bundesrepublik und veränderte gleichzeitig Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt radikaler als der Krieg und die vorausgegangene Weltwirtschaftskrise zusammen“, schreibt der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshäuser.

Doch dann kommen die Ölkrise, die tiefe Rezession und die Massenarbeitslosigkeit der Siebzigerjahre; der Begriff „soziale Gerechtigkeit“ erlebt eine Metamorphose. Statt Leistungsgerechtigkeit steht nun Verteilungsgerechtigkeit im Mittelpunkt, und was gerecht ist, das bestimmt die Politik. Es beginnt ein „spektakulärer Sozialpolitikwettbewerb zwischen Regierung und Opposition“ (Schmidt). Die Staatsquote, die 1960 bei weniger als einem Drittel der Wirtschaftsleistung lag, schießt bis 1975 auf knapp 49 Prozent hoch. In den Achtziger-

**Symbol des Volkswohlstands** Feierstunde im VW-Werk Wolfsburg 1953, nachdem der 500 000. Käfer vom Band gelaufen war

jahren geht es wieder etwas runter, doch in den Neunzigerjahren steigt der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt wieder auf nahezu 50 Prozent.

### DIE NEUE UMVERTEILUNG

In dieser Region verharrt sie bis heute – zumal im Gefolge von Finanz- und Wirtschaftskrise eine neue Staatsgläubigkeit eingesetzt hat, die nicht nur Bevölkerung und Politik erfasst, sondern auch Teile der Wissenschaft. „Verringern kann die Ungleichheit nur der mächtigste Akteur: der moderne Staat“, schreibt der renommierte Soziologe Hans-Ulrich Wehler in seinem neuen Buch „Die neue Umverteilung“.

Auf der europäischen Bühne geht es ähnlich zu. „Kontinentaleuropa ist mit seiner Fokussierung auf Verteilungsfragen

mittlerweile eine Insel in der Welt. In den Schwellenländern herrscht hingegen eher die angelsächsische Idee der Leistungsgerechtigkeit vor“, sagt Wirtschaftshistoriker Nützenadel.

Und wie gerecht es im Deutschland des Jahres 2013 wirklich zugeht, ist durchaus umstritten. Der Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt liegt bei rund 30 Prozent – 1960 waren es nur 18 Prozent (siehe Grafik). „Die gefühlte Ungerechtigkeit ist in Deutschland höher als die tatsächliche. Insgesamt ist unsere Gesellschaft in den vergangenen 100 Jahren gerechter geworden“, urteilt Nützenadel. Die Möglichkeit benachteiligter Gruppen zur Partizipation, die soziale Durchlässigkeit und Chancengerechtigkeit – all dies habe sich verbessert. Nützenadel ist sich sicher: „Die Deutschen kreisen in der Gerechtigkeitsdebatte gern um sich selbst – und vergessen dabei den Blick auf den Rest der Welt.“

bert.losse@wiwo.de

# Diffuse Zukunftsängste

Welchen Grad an Freiheit und Selbstverwirklichung empfinden Berufseinsteiger in Deutschland, was macht ihnen Sorge? Eine Umfrage untersucht die Veränderungen über zwei Generationen hinweg.

**W**as bedeutet Freiheit für Sie persönlich? Wie frei fühlten Sie sich bei Ihrem Berufseinstieg und wie frei heute? Haben Sie zu Beginn Ihrer Karriere genug verdient, um Ihre Konsumwünsche erfüllen zu können? Wie schätzen Sie die Chancen zur Selbstverwirklichung heute im Vergleich zur Zeit zwischen 1965 und 1975 ein? Und schließlich: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Globalisierung?

Diese und eine Reihe weiterer Fragen stellte Professor Christoph Lütge, Inhaber des Peter Löscher-Stiftungslehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Technischen Universität München, im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. An der repräsentativen Umfrage beteiligten sich 1072 Teilnehmern. Lütges Ziel: Er wollte herausfinden, welches subjektive Freiheitsgefühl die Deutschen zu dem ihr ganzes späteres Leben prägenden Zeitpunkt ihres Berufseinstiegs empfunden haben.

## GENERATIONENVERGLEICH

Das Besondere an der Umfrage: Lütge befragte zwei Altersgruppen, die eine Hälfte bestand aus 32- bis 43-Jährigen, deren Berufseinstieg also noch nicht so lange zurückliegt. Die andere Hälfte bestand aus 57- bis 68-Jährigen, deren berufliche Weichenstellung vor ungefähr einer Generation stattgefunden hatte und die also heute ihr berufliches Leben weitgehend überschauen können.

Dabei zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen den Generationen. Interessant vor allem: Die Jüngeren sind trotz ihres erheblich höheren materiellen Wohlstands zu Beginn ihrer Berufstätigkeit nicht unerheblichen von Zukunftsängsten geplagt. Die Ergebnisse im Einzelnen:

## FREIHEIT

Die Freiheit bei der Berufswahl hat in den vergangenen 50 Jahren zugenommen. Auf die Frage, ob sie rückblickend ihre Entscheidung für die Berufsausbildung frei getroffen haben, gaben von den Jüngeren deutlich mehr an, dass sie sich gänzlich oder relativ frei entscheiden konnten. Dagegen überwog bei den Älteren der Anteil derjenigen, die sich dabei stark eingeschränkt fühlten.

Zwischen den Generationen bestehen allerdings große Unterschiede in dem, was sie unter Freiheit verstehen. So gab unter den 57- bis 68-Jährigen jeder Zweite an, dass für ihn zum Zeitpunkt des Berufseinstiegs Freiheit vor allem

**44 %**

der jungen Deutschen beziehen den Begriff Freiheit eher auf das Private. Für die Älteren hat Freiheit eher eine gesellschaftliche Dimension

bedeutete, selbst für sich verantwortlich zu sein. Für die 32- bis 43-Jährigen war dagegen Freiheit zur Zeit ihres Berufseinstiegs vor allem mit Handlungsfreiheit verbunden (siehe Grafik unten).

Zwar steht für beide Gruppen heute die Entscheidungs- und Handlungsfreiheit in der Lebensgestaltung an der Spitze der Prioritätenskala. Für die jüngere Generation ist die Freiheit aber eher im Persönlichen und Privaten anzusiedeln. 44 Prozent gaben hier Entscheidungs- und Handlungsfreiheit an – bei den Älteren waren es nur 34 Prozent.

Für die ältere Generation hat Freiheit dagegen eher eine gesellschaftliche Dimension. Auf die Frage, was Freiheit für sie persönlich bedeute, nannten 22 Prozent Meinungs-, Versammlungs- und Informationsfreiheit. Bei den Jüngeren waren es nur 13 Prozent (siehe Grafik links).

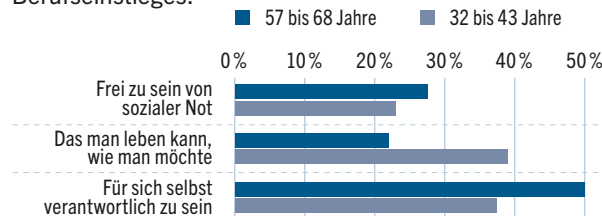
Als Grund der Diskrepanz vermutet Professor Lütge, dass die Älteren noch die Zeiten bewusst erlebt haben, in denen Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechte keine Selbstverständlichkeit waren – wie etwa in der früheren DDR.

## KONSUM

Die finanziellen Möglichkeiten, die eigenen Konsumwünsche in der Phase des Berufseinstiegs zu erfüllen, haben sich in den vergangenen 50 Jahren deutlich verbessert. 40 Prozent der älteren Generation gaben an, dass bei ihnen das Geld zur Zeit des Berufseinstiegs nur für das Nötigste reichte. Das sind deutlich mehr als bei der jungen Generation.

Deren Vertreter wiederum gaben mehrheitlich an, dass sie bereits zu ihrem Berufsbeginn genügend Geld für ihren Konsum und ihre

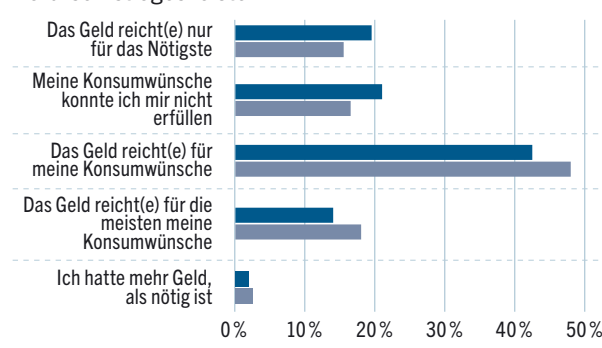
Frage: Was bedeutet Freiheit für Sie zur Zeit Ihres Berufseinstieges?



Und was bedeutet Freiheit für Sie heute?



Frage: Wie viel Konsum konnten Sie sich zur Zeit Ihres Berufseinstieges leisten?



Quelle: Lütge

WirtschaftsWoche

privaten Vergnügen haben (siehe Grafik Seite 38).

### ARBEITSPLATZSICHERHEIT

Das Angebot an Arbeitsplätzen hat im Bewusstsein der Umfrageteilnehmer in den vergangenen 50 Jahren stark abgenommen. Zum Zeitpunkt ihres Berufseinstiegs gab es nach Einschätzung von 47 Prozent der 57- bis 68-Jährigen mehr offene Stellen als Bewerber in ihrer Branche.

Von den Jüngeren hatten dem eigenen Empfinden nach lediglich 19 Prozent eine solche komfortable Situation zu Beginn ihrer Karriere. Nach mehrheitlicher Ansicht der 32- bis 43-Jährigen gab es zum Zeitpunkt ihres Berufseinstiegs mehr Bewerber als offene Stellen (siehe Grafik rechts).

### SELBSTVERWIRKLICHUNG

Abgenommen haben nach Ansicht der Befragten auch die Chancen zur beruflichen und persönlichen Selbstverwirklichung. Zwar schätzten die Teilnehmer jeweils die Zeit, die dem eigenen Berufseinstieg näher liegt, als positiver ein.

Während die ältere Generation die Selbstverwirklichungschancen in der Zeit zwischen 1965 und 1975 deutlich höher bewertete, waren dem Eindruck von mehr Jüngeren zufolge die Chancen damals schlechter als heute.

Insgesamt haben die Teilnehmer der jüngeren Generation jedoch ein deutlich positiveres Bild von den Chancen zum Zeitpunkt des Berufseinstiegs der älteren Generation: 40 Prozent finden, dass die beruflichen Selbstverwirklichungschancen damals besser waren als heute. Die Chancen zur persönlichen Selbstverwirklichung werden damals mit 28 Prozent allerdings etwas geringer eingeschätzt (siehe Grafik Mitte).

### GLOBALISIERUNG

Dennoch stehen die Jungen den Auswirkungen der Globalisierung in der Tendenz positiver gegenüber als die Älteren. So ist der Anteil der 57- bis 68-Jährigen, die durch die Globalisierung wesentlich mehr negative als positive Folgen be-

**19 %**  
der Jüngeren glauben, dass es zu Beginn ihrer Karriere mehr Jobs als Bewerber in ihrer jeweiligen Branche gibt

fürchten, ungefähr doppelt so groß wie der Anteil der 32- bis 43-Jährigen (siehe Grafik unten).

### FAZIT

Die Vertreter der Generation der 32- bis 43-Jährigen konnten sich beim Berufseinstieg tendenziell mehr Konsumwünsche erfüllen und trafen mit ihrer Berufswahl auf weniger Widerstände als die Generation der heute 57- bis 68-Jährigen.

Das ist als ein höherer Grad an Freiheit zu werten, auch wenn die jüngere Generation die Chancen zur Selbstverwirklichung zur Zeit

ihres Berufs insgesamt für schlechter hielt.

Das liegt vermutlich daran, dass sich in ihrer Wahrnehmung das Angebot an Arbeitsplätzen verringert hat. Die Arbeitsmarktchancen sind offenbar ein wichtiger Faktor, der das Urteil über die Chancen und Freiheiten insgesamt stark beeinflusst.

Die pessimistischere Einschätzung der jüngeren Generation ist nicht durch ihre finanzielle Lage bedingt, sondern hat mit einer veränderten Zukunftserwartung zu tun. Auch wenn die ältere Generation zur Zeit ihres Berufseinstiegs weniger Geld zur Verfügung hatte und auch weniger frei war bei der Wahl ihres Berufes, so stand sie doch der Zukunft in Bezug auf ihre beruflichen Chancen positiv gegenüber.

Wirtschaftlich waren die Sechziger- und die Siebzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts von hohem Wirtschaftswachstum, sicheren Arbeitsplätzen und ebenso sicheren Renten geprägt.

### LÄHMENDE UNGEWISSEHEIT

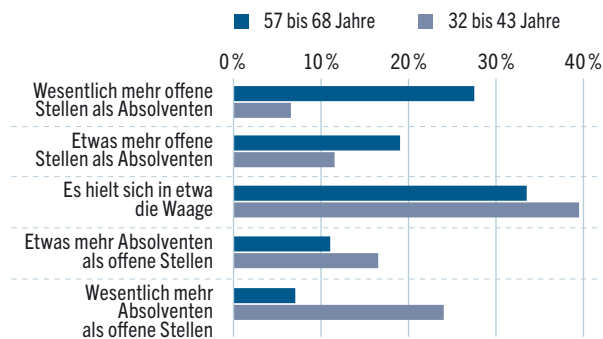
Den Berufseinsteigern im krisenbeutelten Jahrzehnt nach der Jahrtausendwende fehlen eben genau diese Sicherheiten. Auch wenn sie sich auf einem hohen Konsumniveau bewegen, unterliegen sie letztlich doch einer diffusen Zukunftsangst.

Die gestiegene Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt (Stichwort: befristete Verträge, Generation Praktikum) sowie die Unwägbarkeiten in Sachen Rente und Kapitalanlage für die Altersvorsorge wirken sich negativ auf ihre Einschätzung der aktuellen Freiheiten und Optionen aus.

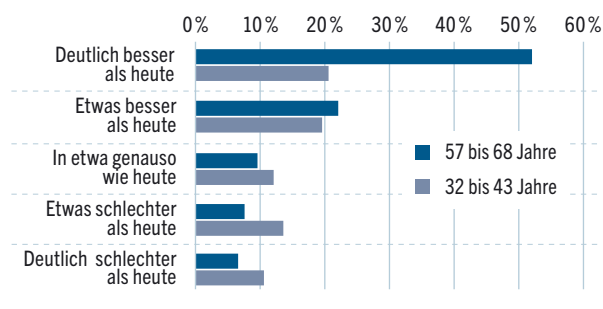
Es scheint also weniger die aktuelle Wirtschaftslage in der Bundesrepublik als die zukünftige zu sein, die die Wahrnehmung der Freiheit bestimmt.

Der Text basiert auf der Studie „Wahrnehmung von Freiheiten und Optionen beim Berufseinstieg im Generationenvergleich“ von Professor Christoph Lütge, Inhaber des Peter Löscher-Stiftungslehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Technischen Universität München. Die Studie erstellte er im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Redaktion: Klaus Methfessel

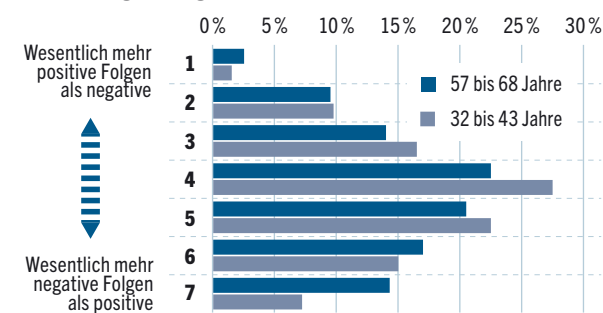
Frage: Wie war das Angebot an Arbeitsplätzen zur Zeit Ihres Berufseinstiegs in Ihrem Berufsfeld?



Frage: Wie waren Selbstverwirklichungschancen im Zeitraum von 1965 und 1975?



Frage: Wie beurteilen Sie die Globalisierung und ihre Auswirkungen insgesamt?



Quelle: Lütge



# Endlich richtig helfen!

Sind Finanzspekulanten schuld an den Hungerkatastrophen? Wirtschaftsethik-Professor Ingo Pies rät, genauer nach den Ursachen zu forschen. Denn falsche Antworten schaden den Betroffenen nur.



**H**unger ist nicht nur eine Verletzung der Menschenwürde und des kodifizierten Rechts auf Nahrung, sondern auch eine eklatante Beeinträchtigung individueller Lebenschancen. Deshalb ist Ernährungssicherung ein wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit im globalen Maßstab. Will man sie fördern, müssen allerdings einige Orientierungsschwierigkeiten überwunden werden. Hierzu drei wirtschaftsethische Thesen.

## 1. HUNGER HAT POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE GRÜNDE

Die strukturelle Ursache für Hunger ist Armut. Die strukturelle Ursache für Armut ist eine niedrige Arbeitsproduktivität. Die strukturelle Ursache für eine niedrige Arbeitsproduktivität sind Marktzugangsbarrieren. Hierzu zählt der Protektionismus, mit dem die USA und die Europäische Union ihre Märkte gegen Wettbewerber aus Entwicklungsländern abschotten. Und: Es gibt etliche Hindernisse, die in den Entwicklungsländern verhindern, dass Menschen, die unter Armut leiden, sich mit Sach- und Humankapital ausstatten können und eigenverantwortlich an der Wertschöpfung teilnehmen können.

**Schlange stehen für Nudeln** Kinder in Burkina Faso warten auf ihre Essensration

Gerade Subsistenzbauern können ihre niedrige Arbeitsproduktivität – und folglich ihren niedrigen Lebensstandard und ihre prekäre Nahrungssituation – nur dadurch verbessern, dass sie beginnen, sich in die weltwirtschaftliche Spezialisierung einzugliedern und mit Akteuren zusammenzuarbeiten, die ihnen Kapital und Know-how zugänglich machen. Deshalb sind nicht spendenfinanzierte Projekte, sondern ordnungspolitische Weichenstellungen für marktliche Inklusion der Schlüssel zum Erfolg, wenn es darum geht, eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, die Armut und damit auch Hunger wirksam bekämpft.

## 2. MAN MUSS DIE RICHTIGEN FRAGEN STELLEN

Die öffentliche Diskussion kreist immer wieder um die Frage, mit welchen Hilfsmaßnahmen sich die Lebenslage der Kleinbauern verbessern lässt. Diese Frage ist zweifellos gut gemeint, aber falsch gestellt. Natürlich verdienen Kleinbauern unsere Hilfe und Solidarität. Aber nicht des-

halb, weil sie Kleinbauern sind. Auch nicht deshalb, weil sie Dorfbewohner sind oder weil sie Subsistenzwirtschaft betreiben. Sie verdienen unsere Hilfe und Solidarität, weil sie Menschen sind, deren Menschenwürde und Menschenrecht durch Hunger und Armut verletzt werden. Man hilft ihnen, wenn man die institutionellen Hindernisse aus dem Weg räumt, die sie daran hindern, sich aus ihrer Armut und den prekären Lebensbedingungen mangelnder Nahrungssicherheit herauszuarbeiten.

## 3. IRREFÜHRENDE KAMPAGNEN SIND KONTRAPRODUKTIV

Namhafte Entwicklungsorganisationen haben in den letzten zwei Jahren viele Ressourcen dafür eingesetzt, die Öffentlichkeit vor den vermeintlich „hungermachenden“ Auswirkungen der Finanzspekulation mit Agrarrohstoffen zu warnen. Ihre oft erschreckend schlecht informierte Kritik an Terminmarktgeschäften von Indexfonds vermittelte den falschen Eindruck, als ließe sich der Hunger in der Welt wirksam dadurch bekämpfen, dass man Zugangsbarrieren für Finanzmärkte errichtet.

Doch dieser Alarm ist ein Fehl-Alarm. Durch ihn wurden wichtige Chancen vertan: Hätte man das moralische Engagement mit der gleichen Verve zum Beispiel auf eine Reformierung der Bioenergieförderung gerichtet, wäre für die Hungernden dieser Welt mehr zu erreichen gewesen.

Fazit: Es mangelt nicht an gutem Willen, die globale Ernährungssicherheit nachhaltig zu verbessern. Es fehlt an intellektueller Orientierung. So passiert es, dass engagierte Bürger, die Hunger und Armut auf dieser Welt wirksam bekämpfen wollen, besten Gewissens falschen Antworten anhängen, deren politische Umsetzung kontraproduktiv wäre und den betroffenen Menschen nicht nützen, sondern schaden würde. Hier tut (Selbst-)Aufklärung not. ■

Ingo Pies ist Professor für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Die Thesen basieren auf der Studie „Chancengerechtigkeit durch Ernährungssicherung – zur Solidaritätsfunktion der Marktwirtschaft bei der Bekämpfung des weltweiten Hungers“, die er im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft erstellt hat.



# Heute geben wir Ihnen ein neues Standardwerk an die Hand.



Der Tarifvertrag. Die aktuelle, umfassende und systematische Darstellung des gesamten Tarifrechts. Von den dogmatischen Grundlagen mit einem umfangreichen, alphabetisch geordneten Katalog typischer Tarifnormen über die eingehende Analyse und Bewertung einzelner Gestaltungsmodelle wie Haus- und Sanierungstarifverträge, Bündnisse für Arbeit oder Unternehmensumstrukturierungen bis hin zu wichtigen Einzelfragen zur gerichtlichen Durchsetzung tariflicher Ansprüche oder zum internationalen Tarifrecht.

Henssler/Moll/Bepler, Der Tarifvertrag. Von exzellenten Experten aus allen praktisch relevanten Bereichen der komplizierten Materie. Jetzt Probe lesen und bestellen bei [www.otto-schmidt.de/wiwo](http://www.otto-schmidt.de/wiwo)

Henssler/Moll/Bepler **Der Tarifvertrag** Handbuch für das gesamte Tarifrecht. Herausgegeben von Prof. Dr. Martin Henssler, FAAbR Dr. Wilhelm Moll und VorsRISAG a. D. Prof. Klaus Bepler. Bearbeitet von 18 exzellenten Experten des Tarifrechts. 2013, 1.312 Seiten Lexikonformat, geb. 139,- € ISBN 978-3-504-42060-4

# Die Aufholjagd kann beginnen

Wie gerecht geht es zu auf der Welt? Professor Dominik H. Enste untersucht anhand von Daten und Fakten, wie Deutschlands soziale Marktwirtschaft in dieser fundamentalen Frage gegenüber anderen Ländern abschneidet. Seine Diagnose: Mängel bestehen vor allem noch in der Chancengerechtigkeit.

**D**ie Deutschen hadern mit der sozialen Marktwirtschaft.

Hatten zur Jahrtausendwende noch 55 Prozent eine gute Meinung von ihr, fiel dieser Wert im Gefolge der Weltfinanzkrise auf 38 Prozent, wie das Institut für Demoskopie in Allensbach feststellte. Danach haben insbesondere Menschen mit niedrigem wirtschaftlichem Status entweder keine Meinung zur sozialen Marktwirtschaft (39 Prozent) oder keine gute Meinung (36 Prozent). Und in einer Infratest-Umfrage gaben 77 Prozent der Befragten an, die soziale Marktwirtschaft „mache die Reichen reicher und die Armen ärmer“.

Dabei war die soziale Marktwirtschaft von ihren Gründervätern so konzipiert worden, dass sie „auch in den breitesten Schichten allgemeine Zustimmung“ finden sollte, wie Alfred Müller-Armack, ein wichtiger Berater Ludwig Erhards, formulierte. So versucht die soziale Marktwirtschaft, die Stärken der freien Marktwirtschaft mit einer stärker egalitären Wirtschaftsform zu verbinden, also Marktelemente mit sozialstaatlichen Elementen zu kombinieren. Dem entsprechend ist die hohe Bedeutung der Gerechtigkeit auch verfassungsrechtlich in der Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes verankert: Darin heißt es, „für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen“.

Doch was genau ist unter Gerechtigkeit zu verstehen? Die empirische Forschung zeigt: Menschen

stützen sich bei spontanen Gerechtigkeitsurteilen auf Prinzipien, die meist nicht bewusst wahrgenommen werden. Dabei ist das spontane Gerechtigkeitsempfinden, das Bauchgefühl, nicht unbedingt ein guter Ratgeber. Denn dieses basiert auf evolutionär bedingten Emotionen, die in einer Zeit entstanden, als es noch keinen nennenswerten Zuwachs an Wohlstand gab und es um die Verteilung der Güter ging. In einer modernen Gesellschaft kommen andere Gerechtigkeitsmaßstäbe zum Tragen als in Jäger- und Sammlergesellschaften.

In der wissenschaftlichen Debatte haben sich sechs unterschiedliche Gerechtigkeitsprinzipien herauskristallisiert, denen unterschiedliche Wertvorstellungen zugrunde liegen: Bedarfsgerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit, Verteilungs- oder Einkommensgerechtigkeit, Regulgerechtigkeit sowie Generationengerechtigkeit.

Der im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft erstellte Gerechtigkeitsmonitor des Instituts der deutschen Wirtschaft ermöglicht einen internationalen Vergleich verschiedener Gerechtigkeitsvorstellungen. Er untersucht anhand von 33 Indikatoren, wie die entwickelten Länder diese Prinzipien in der Praxis erfüllen. Die Einzelergebnisse werden dann zu einem Gesamtindikator zusammengefasst. Berücksichtigt werden in erster Linie objektive Daten, nur in wenigen Fällen Umfragewerte.

## I. Bedarfsgerechtigkeit

**IDEE:** Sie orientiert sich an den menschlichen Grundbedürfnissen. Die Grundidee besteht darin, dass viele Mitglieder einer Gesellschaft nicht oder nur eingeschränkt leistungsfähig sind und ihre Bedürfnisse nicht oder nur begrenzt durch marktmäßige Einkommenserzielung decken können. Die Ermittlung des notwendigen Ausmaßes der Absicherung erweist sich jedoch als schwierig, da unklar ist, welche Ressourcenausstattung ein Mensch wirklich benötigt. Meist wird in diesem Zusammenhang die Absicherung eines soziokulturellen Existenzminimums gefordert. Die Bedarfsgerechtigkeit ist nach diesem Kriterium dann gesichert, „wenn der existenzielle Bedarf an Grund- und Gemeinschaftsgütern gedeckt ist und damit relative Armut vermieden wird“, erklärt der Ökonom Richard Hauser.

**INDIKATOREN:** Zu den Faktoren, die die menschlichen Grundbedürfnisse gewährleisten sollen, zählen die Gesundheit, die Vermeidung von Armut in den verschiedenen Ausprägungen, der Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft und die Grundbildung. Für Bereiche wie beispielsweise die Wohnsituation oder die Ausstattung mit Gütern, die auch zum Existenzminimum gehören, liegen allerdings keine vergleichbaren Daten vor.

Für den Indikator Gesundheitsversorgung wurden zwei Einzelindikatoren herangezogen: das zahlenmäßige Verhältnis von Ärzten zur Einwohnerzahl sowie der Anteil, den der Staat zur Finanzierung an den Gesundheitssystemen übernimmt.

Das Armutsrisiko wird hier nicht nur über die generelle Armutsquote der gesamten Bevölkerung, sondern zusätzlich über die Kinder- und Altersarmut gemessen. Die Absicherung der Familie wird durch den prozentualen Anteil

**77 %**  
der Deutschen glauben, dass die soziale Marktwirtschaft die Reichen reicher und die Armen ärmer macht



Auf in den Kampf Protestdemonstration gegen Bankerboni vor dem Reichstag

der staatlichen Ausgaben für Familien und Kinder an den gesamten Sozialleistungen erfasst.

Die Ermöglichung eines Mindestmaßes an Bildung wird über den Anteil der Personen bestimmt, die nur über einen sehr niedrigen oder über keinen qualifizierenden Bildungsabschluss und damit über Bildungsarmut verfügen.

**ERGEBNIS:** Deutschland belegt Platz sechs der 28 untersuchten Staaten (siehe Grafik rechts). Das ist Deutschlands bester Wert bei einem Gerechtigkeitskriterium, ein Indiz für die Stärken der sozialen Marktwirtschaft bei der Sicherung elementarer Bedürfnisse. Zwar sind die Ausgaben für Familien und Kinder sowie die Ärztedichte im internationalen Vergleich nur durchschnittlich hoch.

Dafür ist der Anteil junger Menschen mit keinem oder nur einem niedrigen Schulabschluss gering. Positiv wirken sich auch die staatlichen Investitionen in das Gesund-

heitswesen aus. Verbessert hat sich auch die Position Deutschlands in Bezug auf die Kinderarmut – wenn gleich teilweise bedingt durch eine massive Datenkorrektur durch das DIW bei der Berechnung der Kinderarmut seit 2010.

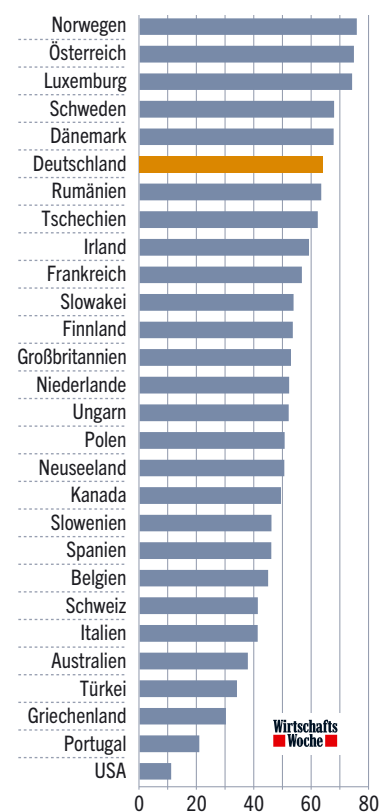
Am besten ist die Bedarfsgerechtigkeit in den skandinavischen Staaten gesichert. Der letzte Platz für die USA hat unter anderem mit der schlechten Gesundheitsversorgung von weiten Teilen der Bevölkerung zu tun.

Nicht zuletzt deshalb hat Barack Obama die flächendeckende Krankenversicherung zum Thema seiner Präsidentschaft gemacht. Auf den unteren Plätzen finden sich auch die südeuropäischen Staaten, die nur ein rudimentäres Wohlfahrtsmodell umsetzen.

Dieses Ergebnis zeigt, dass sowohl im angelsächsischen Kapitalismus als auch im Wirtschaftsmodell südeuropäischer Staaten der Anspruch auf staatliche Sicherung der Grundbedürfnisse wenig >>

**Bedarfsgerechtigkeit**  
Deutschland liegt mit 64 Punkten auf Platz sechs – ein im internationalen Vergleich hoher Wert.

Skala von 0 bis 100 (ein hoher Wert bedeutet ein großes Ausmaß an Gerechtigkeit);  
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft



» ausgeprägt ist. Während in den angelsächsischen Staaten der Markt Wohlfahrt genießen soll, bietet in Südeuropa die eigene Familie die beste Absicherung für die Grundbedürfnisse im Falle der eigenen Erwerbsunfähigkeit.

Gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise zeigt sich, wie wichtig in Südeuropa diese familiäre Absicherung ist.

## 2. Leistungsgerechtigkeit

**INHALT:** Die Menschen sollen so viel erhalten, wie sie erwirtschaften: Nicht jeder bekommt das Gleiche, sondern das, was er verdient. Dabei werden unter Leistung meist die mit Erwerbsarbeit erzielten Ergebnisse verstanden. In einem marktwirtschaftlichen System, in dem das Prinzip des Wettbewerbs und der Ausgleich von Angebot und Nachfrage über den Preis gelten, kommt allerdings die Knappheit als zentrales Kriterium für Verteilung und Bezahlung hinzu.

Die Güter, Dienstleistungen und Fähigkeiten, die knapp sind, erzielen einen höheren Preis oder Lohn als solche, bei denen ein Angebotsüberschuss besteht.

**INDIKATOREN:** Das Leistungskonzept wird anhand von Größen dargestellt, auf die das Individuum selber Einfluss nehmen und Leistung zeigen kann. Etwa wie es Ar-

mut durch eigene Anstrengungen tatsächlich vermeiden kann.

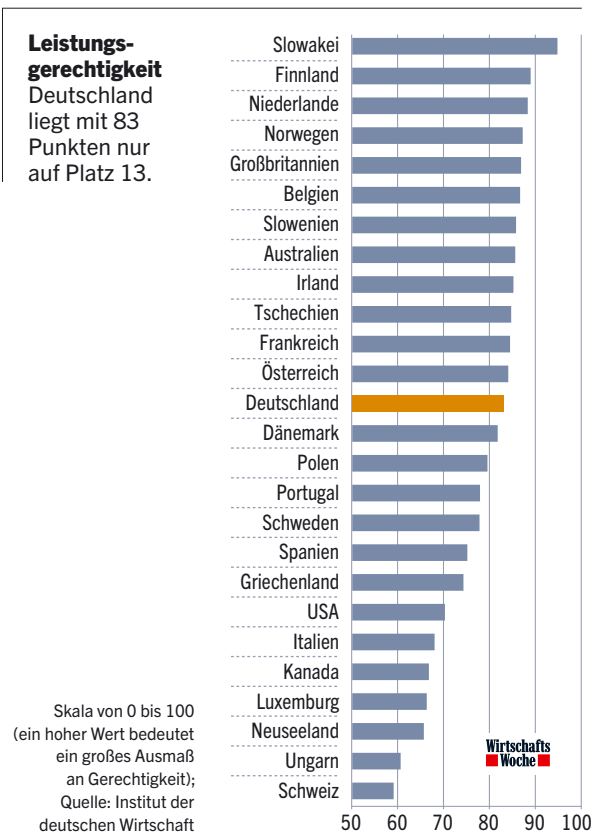
Ein guter Maßstab dafür ist beispielsweise, welcher Anteil der Arbeitnehmer trotz einer Vollzeittätigkeit lediglich über ein Einkommen unterhalb der relativen Armutsgrenze verfügt. Dies gibt Aufschluss darüber, ob sich Leistung am unteren Ende der Entlohnung lohnt und ob es dort entsprechende Leistungsanreize gibt.

Ein wichtiger Indikator ist, ob die Arbeitskräfte nach ihrer Produktivität und damit leistungsgerecht bezahlt werden. Ein weiterer Leistungsaspekt besteht in der individuellen Investition in die eigene Ausbildung. Wer ein höheres Bildungsniveau erreicht, soll entsprechend höher entlohnt werden. Höhere Bildungserlöse bilden insofern eine leistungsgerechtere Entlohnung für private Bildungsinvestitionen ab. Schließlich stellen die besseren Arbeitsmarktchancen, die durch ein gesteigertes Bildungsniveau erreicht werden können, einen guten Indikator für eine leistungsgerechte Gesellschaft dar. Dieses Element der Leistungsgerechtigkeit wird durch die Arbeitslosenquote der Personen mit dem höchsten Bildungsabschluss (in der Regel Hochschulabsolventen) in Relation zur gesamten Arbeitslosenquote geschätzt.

**ERGEBNIS:** Da Leistungsgerechtigkeit ein wichtiger Grundsatz marktwirtschaftlicher Wirtschaftssysteme ist, weisen die meisten In-

dustriestaaten im internationalen Vergleich ein recht homogenes Niveau auf. Deutschland liegt mit einem 13. Platz hier nur im Mittelfeld – dennoch eine Verbesserung gegenüber den Vorjahren. Die ist insbesondere auf die deutlich gestiegenen Arbeitsmarktchancen durch Bildung zurückzuführen. Bei diesem Teilindikator liegt die Bundesrepublik sogar auf Platz vier. Wobei das allgemeine Bildungsniveau in Deutschland im Vergleich zu ande-

**Leistungsgerechtigkeit**  
Deutschland liegt mit 83 Punkten nur auf Platz 13.



## Die Berechnungsmethode

Nach welchen Kriterien der Gerechtigkeitsmonitor angelegt ist.

Um die 28 OECD-Länder in puncto Gerechtigkeit miteinander vergleichen zu können, spalteten die Autoren der Studie das Thema Gerechtigkeit in sechs Teilkriterien auf. Für jedes dieser Teilkriterien wählten sie dann die Indikatoren aus, die den Inhalt dieses Kriteriums am realistischsten wiedergeben. Da die ausgewählten Einzelindikatoren (wie Gini-Koeffizient, Nettolohnersatzrate, Frauenerwerbstätigkeit) mit unterschiedlichen Skalen und in verschie-

denen Einheiten gemessen werden, müssen sie auf eine einheitliche Basis transformiert werden, um sie zusammenfassen zu können. Daher werden die originalen Indikatorwerte auf einem Intervall von 0 bis 100 skaliert. Das Land mit dem besten Ergebnis erhält den Wert 100, das Land mit dem schlechtesten Ergebnis den Wert null. Den dazwischenliegenden Ländern werden die Werte zugeordnet, welche die relative Position eines Landes zwischen den beiden

Extremländern widerspiegeln. So bleiben die Rangordnung der Länder und der relative Abstand zwischen ihnen erhalten. Die standardisierten Werte der Einzelindikatoren der Länder werden dann als arithmetisches Mittel zusammengefasst. Dieser Wert ist das Ergebnis eines Landes bei diesem Teilkriterien. Analog ergibt sich der Gesamtwert eines Landes in der internationalen Gerechtigkeitsrangliste aus dem arithmetischen Mittel seiner sechs Teilkriterien.

ren Staaten bereits auf einem hohen Niveau ist.

Interessant: Die soziale Marktwirtschaft zeigt sich auch in Bezug auf die Leistungsgerechtigkeit den Staaten des angelsächsischen Kapitalismus überlegen. Dass die USA nur auf Platz 20 liegen, überrascht umso mehr, als vor allem angelsächsisch geprägte Nationen die Leistungsgerechtigkeit gegenüber anderen Gerechtigkeitsdimensionen stärker betonen. Die schlechte Position der USA ist auf arbeitsmarktspezifische Indikatoren und die schlechte Arbeitsmarktentwicklung zurückzuführen.

### 3. Chancengerechtigkeit

**INHALT:** Bei ihr geht es nicht um die Verteilung von Gütern und Lasten, sondern um die „Verteilung der Möglichkeit und Fähigkeit, Güter zu erwerben und Lasten zu vermeiden“, sagt der Sozialexperte Thomas Ebert. Dafür bedarf es unterstützender Rahmenbedingungen wie vor allem den Zugang zu Bildung. Nur dadurch erhalten die Menschen die Möglichkeit, durch eigene Anstrengungen am wirtschaftlichen Leben teilzuhaben und die eigenen Fähigkeiten optimal nutzen zu können.

**INDIKATOREN:** Das Bildungssystem wird für den Gerechtigkeitsmonitor durch drei Teilindikatoren abgebildet. Für die frühkindliche Bildung der Anteil der Kinder, die an vorschulischer Bildung teilnehmen, dazu die Bildungsausgaben des Staates in Relation zu den gesamten staatlichen Ausgaben, um zu erfassen, welche Bedeutung die Bildungsfinanzierung gegenüber anderen Transferleistungen und staatlichen Ausgaben hat, und die Qualität der Lehre, gemessen am zahlenmäßigen Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern.

Entscheidend für die Chancengleichheit ist auch das Berufsleben. Neben der allgemeinen Lage auf dem Arbeitsmarkt (generelle Arbeitslosenquote) spielt insbeson-

dere die Chance auf den Einstieg ins Berufsleben eine zentrale Rolle. So mindert Arbeitslosigkeit in der Jugend dauerhaft die späteren beruflichen Aufstiegschancen. Neben einer niedrigen Jugendarbeitslosigkeit ist auch eine geringe Langzeitarbeitslosigkeit ein guter Indikator für gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Und um die geschlechterspezifischen Chancen im beruflichen Leben zu bewerten, wird der Anteil von Frauen in Führungspositionen berücksichtigt.

**ERGEBNIS:** In der Bundesrepublik Deutschland hat die Chancengerechtigkeit unter den Gerechtigkeitsdimensionen den höchsten Zuspruch. Die Startchancengerechtigkeit steht deshalb auch im Fokus vieler staatlicher Maßnahmen, wie zum Beispiel beim Ausbau von Kindertagesstätten. Dennoch liegt Deutschland im internationalen Vergleich hier nur auf Platz 14. Vom Spitzenreiter Norwegen trennen die Bundesrepublik 27 Punkte.

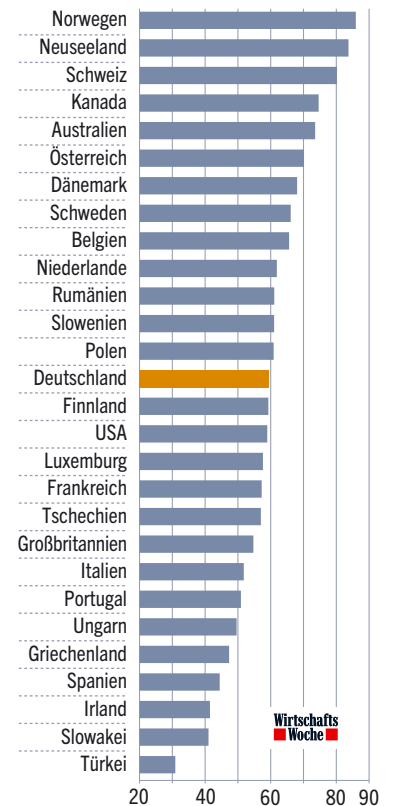
Allerdings sind die Unterschiede im Mittelfeld gering, und Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren auch deutlich verbessert. Dies gilt insbesondere bei den staatlichen Ausgaben für Bildung, der Langzeitarbeitslosigkeit und der Lage der Arbeitssuchenden.

Im internationalen Vergleich steht Deutschland bei den Arbeitsmarktchancen gut da. Grund sind die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010, die gute wirtschaftliche Entwicklung, kluge und nachhaltige Managemententscheidungen und eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik, die auch geringer Qualifizierten den Einstieg in Arbeit erleichtert.

Die Arbeitslosigkeit ist gegen den internationalen Trend seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise auf ein sehr niedriges Niveau gefallen. Relativ verschlechtert hat sich Deutschland lediglich im Schüler-Lehrer-Verhältnis, weil andere Ländern sich hier stark verbessert haben. Dennoch besteht noch Verbesserungspotenzial in puncto Chancengerechtigkeit in

**Chancengerechtigkeit**  
Mit Platz 14 schneidet Deutschland nur mittelmäßig ab, der Abstand zur Spitzengruppe ist recht groß.

Skala von 0 bis 100  
(ein hoher Wert bedeutet ein großes Ausmaß an Gerechtigkeit);  
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft



Deutschland. Andere sozial ausgerichtete Marktwirtschaften Kontinentaleuropas wie die Schweiz, Österreich oder auch einzelne skandinavische Länder erzielten hier wesentlich höhere Werte.

Interessant ist auch das Abschneiden der angelsächsischen Staaten, deren Position sich seit der Finanzkrise verschlechterte, weil insbesondere der Arbeitsmarkt stark von der Krise getroffen wurde. So stieg die Arbeitslosenquote in den USA von vier Prozent im Jahr 2000 auf mittlerweile über zehn Prozent, in Großbritannien von 5,5 auf 8,3 Prozent. Auch die Langzeitarbeitslosigkeit erhöhte sich in beiden Staaten stark.

**8,3 %**

beträgt die Arbeitslosenquote in Großbritannien. Im Jahr 2000 waren es 5,5%. In den USA waren es damals 4%, heute sind es über 10%

### 4. Verteilungs- oder Einkommensgerechtigkeit

**INHALT:** Danach sind in einer gerechten Gesellschaft Güter >>

» und Lasten möglichst gleich zwischen den Menschen verteilt. Das bedeutet jedoch nicht vollkommene Gleichheit. Es geht eher um den Wunsch, gesellschaftlicher Polarisierung und damit einhergehender Diskriminierung vorzubeugen. Dennoch wird häufig mehr soziale Gerechtigkeit mit mehr Gleichverteilung gleichgesetzt. Dabei kann Einkommensgerechtigkeit in der Regel nur auf relative Gleichheit abzielen, da ansonsten auch eine Gleichverteilung auf niedrigstem Niveau positiv bewertet würde.

**INDIKATOREN:** Ein – trotz gewisser Unzulänglichkeiten – akzeptiertes Maß der Einkommensgleichheit ist der Gini-Koeffizient: Je höher der Koeffizient, desto ungleicher sind die Einkommen in einer Gesellschaft verteilt.

In dieser Frage geht es auch um die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen. Bei den zur Verfügung stehenden Daten ergibt sich jedoch das Problem, dass weder die unterschiedlichen Tätigkeiten noch die Qualifikationsniveaus von Männern und Frauen berücksichtigt werden. Daher wird hier der Umfang der Frauenerwerbstätigkeit herangezogen. Er liefert zumindest eine Aussage darüber, wie viele Frauen am Arbeitsleben teilnehmen und somit ein eigenes Einkommen erzielen können.

In diesem Kontext ist auch das Einkommen im Falle von Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen, nämlich inwieweit der Lebensstandard auch unter dieser Bedingung gesichert ist. Ein Indikator dafür ist die durchschnittliche Nettolohnersatzrate, also die staatliche Ersatzleistung nach dem Verlust eines Arbeitsplatzes in Relation zu dem zuvor erwirtschafteten Einkommen.

Dabei wird hier verglichen, wie groß der Unterschied bei der Nettolohnersatzrate zwischen einem niedrigeren und einem höheren Verdienst ist. Je höher der Quotient aus der Nettolohnersatzrate eines Niedrigverdieners und eines Vielverdieners ist, desto einkommens-

## 88 Punkte hat Spitzenreiter Schweden in Sachen Einkommensgerechtigkeit. Das sind fast 50 Punkte mehr als Schlusslicht USA

gerechter sind diese Regelungen, weil niedrige Einkommensbezieher relativ mehr von ihrem früheren Einkommen erhalten.

Auch die Sicherheit des Arbeitsplatzes und damit des Erwerbseinkommens spielt bei diesem Gerechtigkeitskriterium eine Rolle. Wie gesichert die Beschäftigungsverhältnisse sind, erfasst ein von der OECD erhobener Indikator zum rechtlichen Schutz der Arbeitsverhältnisse.

**ERGEBNIS:** Zwischen den Ländern besteht eine große Spreizung: Der Spitzenreiter Schweden (88 Punkte) hat fast 50 Punkte mehr als das Schlusslicht USA (41 Punkte). Insgesamt schneiden die skandinavischen Staaten aufgrund stärkerer staatlicher Umverteilungsmaßnahmen hier deutlich besser ab als die angelsächsischen Staaten, in denen weniger die Umverteilung als die Leistungsdifferenzierung eine entscheidende Rolle spielt.

Die Bundesrepublik liegt mit 63 Punkten im Mittelfeld wie die anderen sozial ausgerichteten Marktwirt-

schaften Kontinentaleuropas. Deutschlands 14. Platz ist auch darauf zurückzuführen, dass die Nettolohnersatzraten hier für Geringverdiener und höhere Einkommensbezieher fast identisch sind und insofern über die Arbeitslosenversicherung keine Umverteilung stattfindet.

Die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung orientieren sich bis zu einem gewissen Grad am Einkommen. Dies ist leistungsgerecht und am Äquivalenzprinzip orientiert. Diese Berechnung sorgt jedoch nicht für eine Gleichverteilung der Einkommen, die hier gemessen wird.

Die Entwicklung des Gini-Koeffizienten seit dem Jahr 2000 zeigt, dass in Deutschland die Ungleichheit der Einkommen in der Krise zugenommen, sich seitdem aber wieder leicht verbessert hat. In Frankreich hält der Trend zu einer steigenden Ungleichverteilung der Einkommen hingegen an.

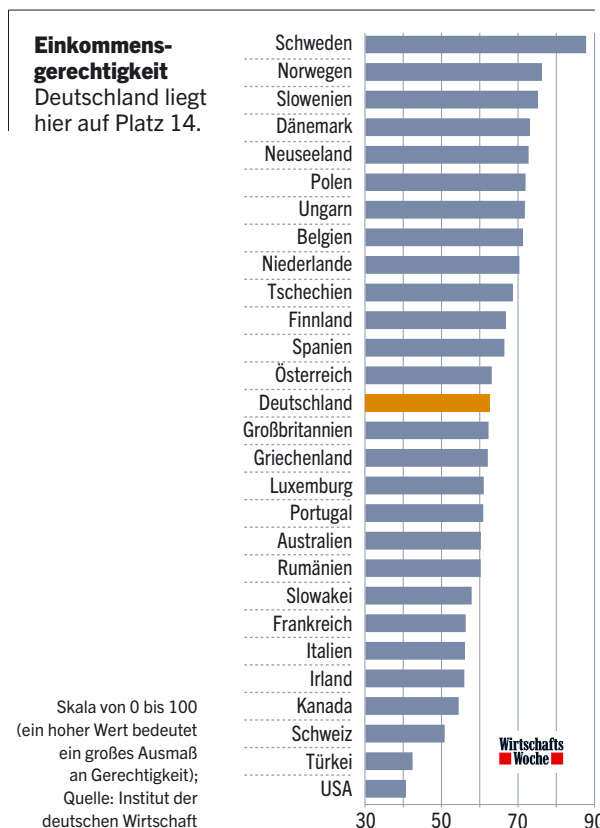
Die Frauenerwerbstätigkeit ist in fast allen Ländern hoch – ein Indiz dafür, dass hier wenig Diskriminierung besteht.

## 5. Regelgerechtigkeit

**INHALT:** Sie besagt, dass die Spielregeln beziehungsweise die Gesetze des gesellschaftlichen Zusammenlebens möglichst fair sein sollen und für alle ohne Ansehen der Person gelten. Demnach sollen alle Beteiligten innerhalb einer Wirtschaftsordnung den gleichen Regeln unterworfen sein.

Im Gegensatz zur Einkommens- und Leistungsgerechtigkeit, die auf die entstandenen Ungleichheiten zwischen den Individuen fokussieren, setzt die Regelgerechtigkeit an deren Entstehungsprozess an. Die Politik sollte dafür möglichst nur Regeln festlegen, die für alle gelten und dem Einzelnen möglichst viel Entscheidungsfreiheit lassen.

Das Ziel ist nicht Einzelfallgerechtigkeit, sondern allgemeine, klare und transparente Regeln, die verlässlich und nachvollziehbar sind. »



# Stockholmer Lehre

Schweden hat nicht nur eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, sondern gehört auch zu den am besten regierten Ländern der Welt. Dazu bedurfte es aber einschneidender Reformen im Staatssektor.

In vielen internationalen Vergleichen gehört Schweden zur Spitzengruppe, nicht nur beim Gerechtigkeitsmonitor: ein vierter Platz beim Global Competitiveness Ranking des World Economic Forum; ein zweiter Platz beim Global Innovation Ranking von Isead; nach Transparency International das Land mit der viertgeringsten Korruption.

Dabei war Schweden einmal das sozialdemokratische Musterland schlechthin, das mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates in die Krise geraten war. Die Bürger hatten ein umfassendes System sozialer Sicherheit und Fürsorge, der Sozialstaat sorgte für sie von der Wiege bis zur Bahre.

Doch in jahrzehntelanger Regierungszeit hatte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei das „Folkhemmet“ (Volksheim) so perfektioniert, dass es pervertierte und das Land in eine tiefe Krise geriet. 1993 erreichten die Staatsausgaben 67 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Die Schweden, in den Siebzigerjahren die Nation mit dem weltweit vierthöchsten Pro-Kopf-Einkommen, waren auf Platz 14 gefallen. Der Staat belastete die Bürger mit hohen Steuern. Astrid Lindgren, die Autorin von Pippi Langstrumpf, zahlte Einkommensteuer von über 100 Prozent. Dazu fühlten sich die Bürger von einer bevormundenden Sozialbürokratie geschurigelt.

Folge: Die Dominanz der Sozialdemokratie endete. Eine bürgerliche Regierung leitete einen Reformkurs ein, von dem auch spätere sozialdemokratische Minderheitsregierungen nicht mehr abrückten. Heute ist die Staatsquote um 18 Prozent geringer als 1993, niedriger als in Frankreich und nur vier Prozentpunkte über der deutschen.

## EINFACHES STEUERSYSTEM

Schweden hat zwar mit 56,6 Prozent noch immer den höchsten Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer, der ist jedoch 27 Prozent niedriger als zu seiner Rekordzeit 1983. Das Steuersystem ist heute viel einfacher, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer und Grundsteuer wurden gestrichen.

Die Einkommensteuer für die unteren Einkommensgruppen wurde gesenkt, für gering Qualifizierte wurden Anreize ge-



**Wikingerhelm gegen kalte Ohren** Migrantenkinder werden im Bus zur Schule gebracht. In der Kinderbetreuung und Integration von Migranten ist Schweden vorbildlich

schaffen, trotz relativ niedriger Löhne zu arbeiten. Für die Unternehmen wurde die Steuer auf 22 Prozent reduziert – in Deutschland beträgt sie 31,1 Prozent.

Heute fahren die Schweden die Erträge des Reformkurses ein. Das Haushaltsdefizit beträgt weniger als ein Prozent, 1993 waren es zehn. Die Staatsverschuldung ist seitdem von 70 auf 38 Prozent gefallen. Die Wirtschaft wächst seitdem stärker als im Schnitt der 15 größten EU-Länder.

Möglich war dies durch eine Radikalreform des zu üppig gewordenen Wohlfahrtsstaates. Mit der Privatisierung und Einführung marktwirtschaftlicher Mechanismen trimmten die Schweden Staatsapparat und Sozialbürokratie auf Effizienz. Sie kappten staatliche Transferleistungen, vom Arbeitslosengeld bis zu den Berufsunfähigkeitsrenten, und verschärften die Bedingungen für ihren Bezug. In das Rentensystem fügten sie automatische Anpassungsklauseln bei höherer Lebenserwartung ein.

Auch das Bildungssystem wurde reformiert. Die Regierung führte ein System von Bildungsgutscheinen ein, private Bildungseinrichtungen und öffentliche Schulen ste-

hen in fairem Wettbewerb um die beste Leistung. Eltern haben die freie Wahl, auf welche Schule sie ihre Kinder schicken können. „Wenn es um die freie Wahl geht, dann ist Milton Friedman eher in Stockholm als in Washington zu Hause“, staunt das britische Wirtschaftsmagazin „Economist“.

## HÖCHSTE SOZIALE MOBILITÄT

Mehr als 70 Prozent der Kinder des ärmsten Fünftels der Bevölkerung – darunter viele Migranten – sind in Kinderbetreuung und Ausbildungsprogrammen. Das Land hat damit einen der höchsten Grade an sozialer Mobilität erreicht: Nicht Einkommen und sozialer Status der Eltern entscheiden über die Zukunft der Kinder, sondern Talent und Fleiß. Marktwirtschaft praktizieren die Schweden auch gegenüber ihren Betrieben. Als Saab nicht mehr aus den roten Zahlen kam, ließ die Regierung den Autobauer pleitegehen. Schweden vereint eine wettbewerbsfähige Wirtschaft mit einem hohen Grad an sozialer Inklusion und einem effizienten Staatssektor. Wohl darum ist die Steuerhinterziehung in Schweden auch gering: Die Bürger zahlen ihre Steuern bereitwillig – sie erhalten dafür eine ordentliche Leistung. Nicht Steuererhöhungen, sondern mehr Marktmechanismen in den Sozialstaat, das ist die Lektion aus Stockholm.

klaus.methfessel@wiwo.de

» **INDIKATOREN:** Zu den Regeln zählen gemäß der Weltbank die Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit, die Sicherung der Qualität öffentlicher Verwaltung, die Effektivität der Regulierung, die Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung (damit einzelne Gruppen ihre Sonderinteressen nicht durchsetzen können) sowie das Vertrauen der Bevölkerung in das jeweilige Parlament.

Letzteres ist ein guter Indikator dafür, ob die Bürger insgesamt die Regeln und deren Zustandekommen als gerecht empfinden.

**ERGEBNIS:** Auch hier zeigen sich große Unterschiede zwischen dem Erstplatzierten Dänemark (97 Punkte) und dem letzten Rumänien (8 Punkte). Die skandinavischen Länder liegen weit vorne. Unterdurchschnittlich schneiden postsozialistische Staaten wie Ungarn oder Polen ab, die vielfach erst noch Regeln finden und vor allem durchsetzen müssen.

Naturngemäß sind Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung

**71 Punkte** erhält Deutschland für seine fairen Gesetze im gesellschaftlichen Zusammenleben – im Ländervergleich ist das weit über Durchschnitt

dort weitverbreitet. Weit unter dem Durchschnitt liegen auch südeuropäische Staaten wie Griechenland und Italien, bei denen der Abwärtstrend schon vor Ausbruch der Euro-Krise begann.

Die Bevölkerung dort hat nur geringes Vertrauen in die Sicherung ihrer eigenen Rechte, die Bekämpfung von Korruption sowie in die Qualität der öffentlichen Verwaltung.

Deutschland liegt mit 71 Punkten deutlich über dem Durchschnitt von 59 Punkten. Dabei ist Deutschlands Position gegenüber vielen anderen Staaten sehr stabil – ein Vorteil, da dies auf ein konstantes Vertrauen der Bevölkerung in die ihnen garantierten Rahmenbedingungen und damit auf Handlungsfreiheiten und Sicherheit zugleich schließen lässt.

Bei den Einzelindikatoren liegen Deutschlands Werte nahezu alle mit großer Konstanz innerhalb des oberen Drittels der Bewertungsskala. Ein leichter Rückgang der Bewertung ist lediglich innerhalb der Regulierungsqualität der letzten Jahre zu beobachten. Das Vertrauen in das Parlament unterliegt starken Schwankungen.

Allerdings nicht nur in Deutschland: Das Auf und Ab bildet das je nach Wahlperiode zu- und abnehmende Vertrauen der Wähler in ihre Politiker ab. Im internationalen Vergleich ist jedoch ein langfristiger Trend zu einer Verbesserung des Vertrauens in das Parlament erkennbar.

## 6. Generationengerechtigkeit

**INHALT:** Zwischen der jungen, der mittleren und der alten Generation einer Gesellschaft bestehen zahlreiche Transfers: So finanziert die mittlere Generation die Unterhaltsleistungen für die Jungen und über Steuern und Abgaben auch die staatlichen Transfers für die alte Generation in Form von Renten oder Gesundheits- und Pflegeleistungen. Zusätzlich bestehen Transfers aus den Steuer- und Abgaben-

leistungen der alten Generation sowie deren Erbschaften an die mittlere Generation. Die intergenerationale Gerechtigkeit gilt dann als erfüllt, wenn die künftigen Generationen durch die politischen Entscheidungen der heutigen Generation nicht stärker belastet werden, als sie auch von deren Entscheidungen profitieren. Man spricht von Nachhaltigkeit, wenn die heutigen Generationen nicht auf Kosten der künftigen Generationen leben und ihnen nicht durch ihre Entscheidungen die Chancen auf eine freiheitliche Lebensgestaltung nehmen.

**INDIKATOREN:** Die staatlichen Haushaltsdefizite sind ein wichtiges Signal. Steigen sie, belastet dies künftige Generationen zum einen durch die entstandenen Schulden und zum anderen auch durch die daraus resultierenden Zinslasten.

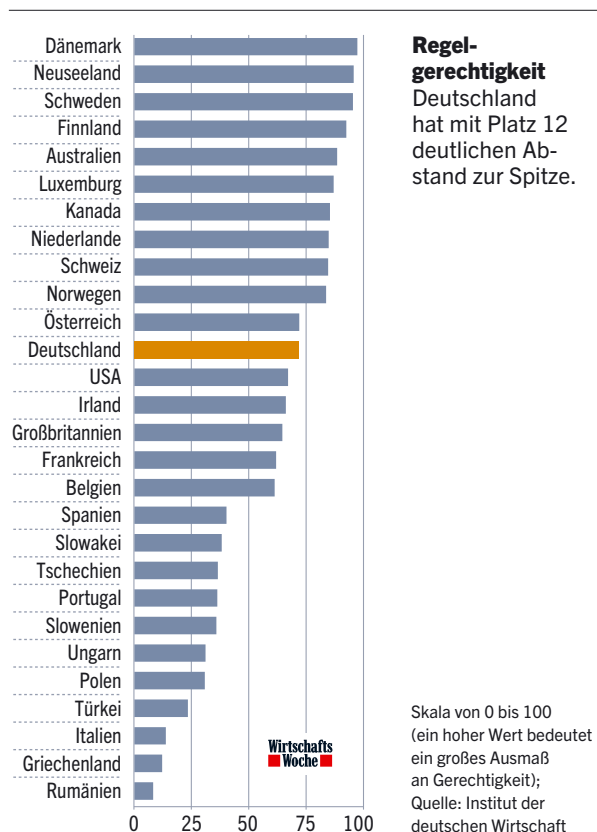
Zur Nachhaltigkeit gehört auch die Schonung von natürlichen Ressourcen, die heute geborene Menschen nicht stärker beanspruchen sollten als künftige Generationen.

Indikatoren hierfür sind der Primärenergieverbrauch sowie der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch.

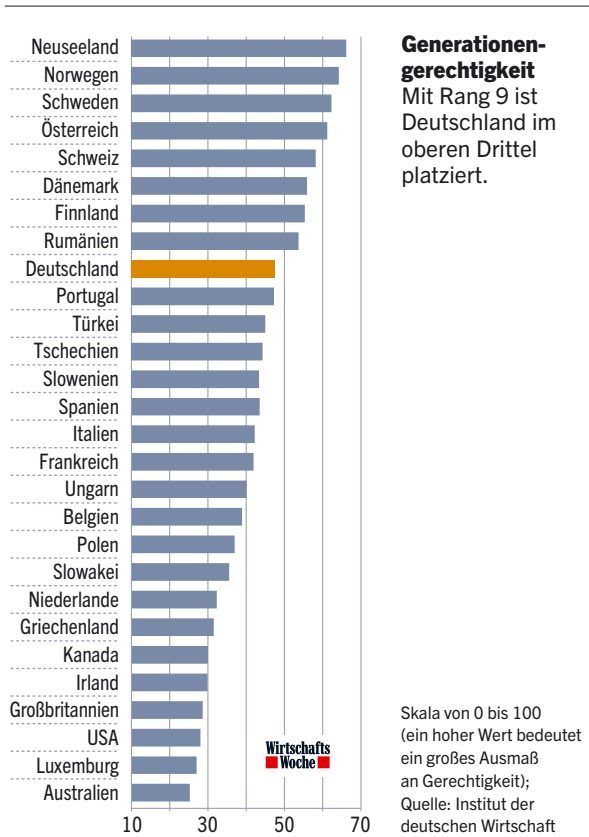
Zudem hat die heutige Generation die Aufgabe zu, günstige Ausgangsbedingungen für künftige Generationen zu schaffen, also die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu sichern.

Dazu dienen private Investitionen in Ausrüstungen und immaterielle Anlagen sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung. Je höher diese Ausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sind, desto größer sind die Aussichten auf Innovationen, höhere Produktivität und steigenden Wohlstand für künftige Generationen.

**ERGEBNIS:** Verglichen mit anderen Kriterien, ist die Streuung hier geringer: So beträgt die Differenz zwischen dem Ersten (Neuseeland) und dem Letzten (Australien) nur 41 Punkte. Das liegt vermutlich auch daran, dass sich einzelne Faktoren wie etwa die privatwirtschaft-







## Gesamtergebnis: Skandinavische Länder vorn

Die Zusammenfassung der sechs Teildimensionen von Gerechtigkeit offenbart eine große Kluft zwischen dem erstplatzierten Norwegen und dem letzten Rang, den die Türkei belegt: Die Differenz beträgt fast 50 Punkte. Die skandinavischen Länder, die die Plätze eins bis drei sowie sechs belegen, zeigen sich den anderen Staaten in der Realisierung einer allgemeinen Gerechtigkeit überlegen. Spitzenwerte erzielen sie bei den Dimensionen der Bedarfs-, Einkommens- und Generationengerechtigkeit. Erleichtert wird ihnen dies durch die relativ homogenere Bevölkerung, ähnlichere kulturelle Entwicklungen für die Mehrheit der Bevölkerung sowie die Tatsache, dass in den Ländern jeweils nur rund fünf Millionen Menschen (Schweden rund neun Millionen) leben. Am schlechtesten schneiden die rudimentären Wohlfahrtsmodelle Südeuropas, die postsozialistischen Länder sowie die Vereinigten Staaten ab.

### DEUTSCHLAND AUF PLATZ SIEBEN

Deutschland erreicht mit 65 Punkten gemeinsam mit den Niederlanden Rang sieben. Bei der Gewährleistung der Bedarfsgerechtigkeit erweist sich die soziale Marktwirtschaft als eine der führenden Wirtschaftsordnungen. Deutschland liegt bei allen Arten der Gerechtigkeit im oberen Mittelfeld.

Aufholbedarf besteht dennoch. Wengleich Deutschland sich bei der Chancengerechtigkeit von Rangplatz 24 auf 14 vorarbeiten konnte, ist ein Mittelfeldplatz für diese zentrale Gerechtigkeitsdimension nicht ausreichend, da dies eher der guten Bewältigung der Krise denn aktuellen politischen Maßnahmen im Bereich der Bildungspolitik geschuldet ist. Hier sind Reformen im Bildungssystem und Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit nötig. Was die Generationengerechtigkeit betrifft, so gibt es in Deutschland noch Potenziale bei der Innovationsförderung und bei Maßnahmen gegen die Staatsverschuldung. Bei Einkommens- und Leistungsgerechtigkeit belegt Deutschland zwar ebenfalls nur einen Mittelfeldplatz. Angesichts des Zielkonfliktes zwischen diesen beiden Gerechtigkeitsdimensionen ist diese Platzierung ein guter Kompromiss. Denn eine Top-Platzierung bei der Leistungsgerechtigkeit impliziert vielfach ein schlechteres Ergebnis bei der Einkommensgerechtigkeit. So liegt die Slowakei bei der Leistungsgerechtigkeit auf Rang eins, bei der Einkommensgerechtigkeit nur auf Rang 21. Umgekehrt erreicht Schweden den ersten Platz bei der Einkommensgerechtigkeit, bei der Leistungsgerechtigkeit nur Platz 17.

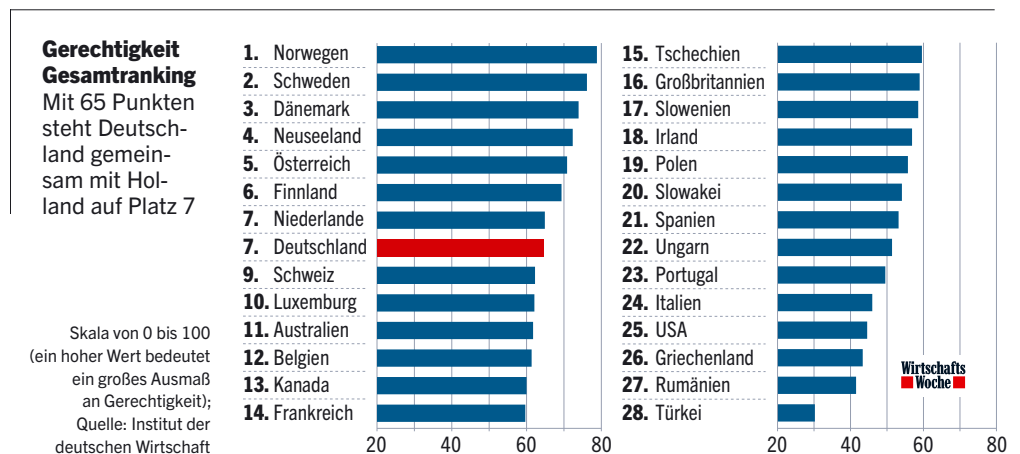
Basis des Textes ist die im Auftrag der INSM erstellte Studie „Internationaler Gerechtigkeitsmonitor 2013: So gerecht ist die Soziale Marktwirtschaft“ von Professor Dominik H. Enste und Jana Wies vom Institut der deutschen Wirtschaft. Redaktion: Klaus Methfessel

lichen Investitionen im Zuge der Globalisierung und von internationalen Abkommen immer weiter angleichen. Vorne liegen die skandinavischen Staaten, während Großbritannien und die USA auf den unteren Rängen positioniert sind. Verantwortlich dafür sind die wachsenden Budgetdefizite im Gefolge der Weltfinanzkrise.

Deutschland ist mit einem neunten Platz im oberen Drittel platziert. Seine Bewertung hat sich im vergangenen Jahrzehnt tendenziell verbessert, der Abstand zu den Spitzenreitern wird immer kleiner. Dazu trägt die Ressourcenschonung trotz der in Deutschland stark ausgebauten Industrie bei.

Die tendenziell niedrigen Ausgaben für Forschung und Entwicklung könnten perspektivisch allerdings zu Problemen bei der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch Innovationen führen.

Insbesondere im Bereich der Haushaltskonsolidierung ist Deutschland gegenüber den übrigen Ländern gerade in Krisenzeiten ein positives Beispiel.



# Was wir wollen

Für die Mehrheit der Deutschen ist der soziale Ausgleich ein notwendiger Bestandteil einer gerechten Gesellschaft. Warum sie den Abbau der Staatsverschuldung fordern und mehr Investitionen in Bildung und Ausbildung erwarten, weiß die Meinungsforscherin Renate Köcher.

**D**ie Bürger haben einen sehr differenzierten Gerechtigkeitsbegriff. In Deutschland wird häufig – und verstärkt in Wahljahren – über soziale Gerechtigkeit diskutiert. Dabei dominiert in der öffentlichen Diskussion einseitig der Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit, also die Entwicklung der Einkommen und Vermögen in den verschiedenen sozialen Schichten sowie der Beitrag des Staates und speziell des Steuersystems zu mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Der Gerechtigkeitsbegriff der Bürger ist jedoch wesentlich umfassender, als es die öffentliche Diskussion vermuten lässt. Soziale Gerechtigkeit bedeutet für die überwältigende Mehrheit beispielsweise konkret, dass man von einer Vollzeitbeschäftigung auch leben können sollte, ohne staatliche Unterstützung beanspruchen zu müssen. Gleichzeitig heißt soziale Gerechtigkeit für die überwältigende Mehrheit, dass der Staat mit seinem sozialen Netz dafür sorgt, dass niemand in existenzielle Not gerät. Noch höher rangiert das Ziel, allen Kindern gleiche Bildungschancen zu garantieren: Für 90 Prozent ist dies eine wesentliche Facette sozialer Gerechtigkeit. Auch Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt hat für die Mehrheit mit sozialer Gerechtigkeit zu tun; 68 Prozent verbinden mit sozialer Gerechtigkeit, dass ältere Arbeitnehmer die gleichen Beschäftigungschancen haben wie jüngere Arbeitnehmer.

## WER MEHR LEISTET, SOLL AUCH MEHR VERDIENEN

Nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch bei politischen Entscheidungen, hält es die große Mehrheit für unabdingbar, dass ein sozial gerechtes System keine Generation bevorzugt oder benachteiligt. Auch die Stellung von Familien mit Kindern hat für die überwältigende Mehrheit mit sozialer Gerechtigkeit zu tun: Zwei Drittel verstehen unter sozialer Gerechtigkeit unter anderem, dass Familien mit Kindern durch den Staat finanziell unterstützt werden. Auch Verteilungsgerechtigkeit gehört für die Mehrheit zu sozialer Gerechtigkeit, rangiert jedoch interessanterweise niedriger als Chancengerechtigkeit, Generationengerechtigkeit oder Leistungsgerechtigkeit. 53 Prozent definieren soziale Gerechtigkeit auch über eine Fiskalpolitik, die verhindert, dass die Einkommensunterschiede in der Gesellschaft größer werden.

Deutlich höher rangiert dagegen Leistungsgerechtigkeit: Für 70 Prozent der Bevölkerung ist es eine wesentliche Komponente sozialer Gerechtigkeit, dass diejenigen, die mehr leisten, auch mehr verdienen. Das Gerechtigkeitsverständnis der Bürger ist damit an sozialem Ausgleich, nicht aber an egalitären Zielen orientiert. Die überwältigende Mehrheit wünscht materielle Differenzierung und empfindet sie als gerecht, wenn sie auf unterschiedlicher individu-



**Renate Köcher** ist Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach und Mitglied des Aufsichtsrats mehrerer Dax-Unternehmen. Sie studierte VWL, Soziologie und Publizistik. Ihre Diplom-Arbeit schrieb sie bei der Grande Dame der Demoskopie, Elisabeth Noelle-Neumann.

eller Leistung aufbaut. So halten gerade einmal neun Prozent der Bevölkerung eine Gesellschaft für gerecht, in der es keine großen Einkommensunterschiede gibt. Dagegen entspricht es den Gerechtigkeitsvorstellungen der überwältigenden Mehrheit, dass diejenigen, die viel leisten, auch besonders viel verdienen. Auch die sozialen Sicherungssysteme werden nur dann als gerecht empfunden, wenn sie am Leistungsprinzip festmachen. So entspricht es nur den Gerechtigkeitsvorstellungen einer kleinen Minderheit, wenn die staatliche Unterstützung für Arbeitslose eine ähnliche Höhe erreicht wie Erwerbseinkommen. In Bezug auf die Altersversorgung sprechen sich nur 20 Prozent für eine egalitäre Lösung aus, die Mehrheit hält es dagegen für gerecht, wenn die Einkünfte im Alter die unterschiedlichen Vorsorgeaufwendungen widerspiegeln.

Gleichzeitig ist es für die überwältigende Mehrheit jedoch selbstverständlich, dass zu sozialer Differenzierung auch sozialer Ausgleich gehört. Entsprechend sind nicht nur größere Einkommensunterschiede mit den Gerechtigkeitsvorstellungen der großen Mehrheit kompatibel, sondern auch eine entsprechend unterschiedliche Belastung von

Einkommen nach der individuellen Leistungsfähigkeit. Das Prinzip der Steuerprogression entspricht den Gerechtigkeitsvorstellungen der überwältigenden Mehrheit: So halten 73 Prozent progressive Steuersätze für gerecht.

Der Gerechtigkeitsbegriff der Bürger ist breit und umfasst Chancengerechtigkeit genauso wie Leistungsgerechtigkeit, Familiengerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit. Wenn die Bürger selbst eine Rangfolge dieser verschiedenen Dimensionen von Gerechtigkeit herstellen sollen, setzen sie die Chancengerechtigkeit mit Abstand auf den ersten Rang. Auf den Plätzen zwei und drei folgenden Familiengerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit, gefolgt von Generationengerechtigkeit und dann erst Verteilungsgerechtigkeit.

## MEHRHEIT BEFÜRCHTET WACHSENDE UNGLEICHHEIT

Die besondere Bedeutung, die die Bevölkerung der Chancengerechtigkeit beimisst, wird auch in ihrer politischen Agenda deutlich. Chancengerechtigkeit, dass jeder, unabhängig von sozialer Herkunft oder Geschlecht, die gleichen Bildungs- und Berufschancen erhält, rangiert in dieser Agenda wesentlich höher als Familiengerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit oder Generationengerechtigkeit. Die gesellschaftliche Realität bleibt in vielen Bereichen hinter den Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürger zurück. Das gilt besonders für die Chancengerechtigkeit und für die Verteilungsgerechtigkeit. Die große Mehrheit ist seit Jahren überzeugt,

dass die sozialen Unterschiede kontinuierlich wachsen und ein ungesundes Maß erreicht haben. Für die Zukunft geht die überwältigende Mehrheit davon aus, dass die Unterschiede zwischen den sozialen Schichten größer werden, und sie befürchtet auch, dass ein Teil der Bevölkerung zurückbleibt und wirtschaftlich und sozial nicht mehr mithalten kann. Entsprechend wird die Spreizung der Einkommens- und Vermögensverteilung von der großen Mehrheit als ungerecht empfunden.

### **POLITIK SOLL SOZIALEN AUSGLEICH VORANTREIBEN**

Auch die Chancengerechtigkeit sehen viele Bürger kritisch. So sind 49 Prozent überzeugt, dass die Aufstiegschancen eines Arbeiterkindes in Deutschland unzureichend sind – eine Einschätzung, die durch den niedrigen Anteil von Arbeiterkindern an den höheren Schulen untermauert wird. Die überwältigende Mehrheit ist überzeugt, dass die Politik viel tun kann, um den sozialen Aus-

gleich und die Gerechtigkeit in der Gesellschaft voranzubringen – mehr als die Wirtschaft, die Bürger selbst oder beispielsweise die Gewerkschaften. Die große Mehrheit hat auch sehr klare Vorstellungen, was der Staat tun könnte, um auf den verschiedensten Feldern Gerechtigkeit voranzubringen. In Bezug auf die Gerechtigkeitsdimension, die die Bevölkerung für die wichtigste hält, die

Chancengerechtigkeit, sieht die Mehrheit mehrere Hebel, mit denen angesetzt werden könnte. Besonders viel versprechen sich die Bürger dabei von einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und von Maßnahmen, mit denen Schüler im Bildungssystem besser auf das Berufsleben vorbereitet werden. Auch eine bessere Förderung im Vorschulalter, kostenlose Betreuungsmöglichkeiten für alle Kinder unter drei Jahren und die Pflicht zum Kindergartenbesuch halten weite Bevölkerungskreise für vielversprechende Ansätze, um Chancengerechtigkeit voranzubringen.

In Bezug auf die Sicherung von Generationengerechtigkeit halten es die Bürger vor allem für wichtig, die sozialen Sicherungssysteme so zu reformieren, dass die Lasten für künftige Generationen nicht zu groß werden. Darüber hinaus verspricht sich die Bevölkerung am meisten von einem Abbau der Staatsverschuldung und von mehr Investitionen in Bildung und Ausbildung. Auch die stärkere Unterstützung von Familien mit Kindern wird unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit von der Mehrheit für wichtig gehalten, ebenso mehr staatliche Zuschüsse für die Pflege älterer Menschen. Auch die staatliche Unterstützung der Bürger beim Aufbau einer privaten Altersvorsorge ist aus der Sicht der Hälfte der Bevölkerung ein wichtiges Instrument, um mehr Generationengerechtigkeit zu erreichen. Darüber hinaus gehört auch der Aspekt der Ressourcenschonung für weite Bevölkerungskreise zu den Maßnahmen, die zugunsten von mehr Generationengerechtigkeit konsequent eingesetzt werden müssten.

»Um die nächste Generation zu retten, ist **eine Reform** im Sozialsystem nötig«

In Bezug auf Verteilungsgerechtigkeit versprechen sich die Bürger vor allem etwas von Maßnahmen, die es erschweren, Steuerlasten auszuweichen, sowie von einem flächendeckenden Mindesteinkommen. Drei Viertel der Bevölkerung halten diese Maßnahmen für besonders wichtig, um eine bessere Verteilungsgerechtigkeit sicherzustellen. Mit Abstand folgen eine stärkere Belastung von Unternehmen und den wohlhabenden Bevölkerungskreisen: 52 Prozent halten eine stärkere Besteuerung von Unternehmensgewinnen für eine wichtige Maßnahme, jeder Zweite auch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Die Erbschaftsteuer sehen dagegen nur 19 Prozent als besonders geeignet an, um Verteilungsgerechtigkeit zu befördern. Die Meinungsbildung zum Spitzensteuersatz ist jedoch keineswegs festgefügt. Wenn im Zusammenhang mit dem Spitzensteuersatz darüber informiert wird, dass er für Alleinstehende ab einem Jahreseinkommen von ungefähr 53 000 Euro gilt

und sich auf 42 Prozent beläuft, stuft ihn interessanterweise nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung als zu niedrig ein. 17 Prozent vertreten diese Auffassung, während 28 Prozent den Spitzensteuersatz als zu hoch bewerten, weitere 37 Prozent als angemessen. Dies zeigt, dass die Forderungen nach einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes von vielen unterstützt werden, ohne dass sie den

derzeitigen Spitzensteuersatz kennen.

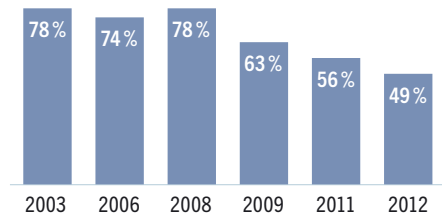
### **DAS STEUERSYSTEM WIRD WENIGER KRITISIERT**

Insgesamt ist die große Mehrheit der Bürger überzeugt, dass das Steuersystem alles in allem eher zur Vergrößerung als zur Verringerung sozialer Unterschiede beiträgt. Die erheblichen Umverteilungswirkungen, die durch die progressive Besteuerung erreicht werden, werden von der großen Mehrheit nicht gesehen oder nicht als wirksames Mittel zur Verringerung sozialer Unterschiede akzeptiert. Interessanterweise hat sich jedoch die Kritik an der unzureichenden Gerechtigkeit des Steuersystems in den letzten Jahren deutlich zurückgebildet. Während vor fünf Jahren noch 78 Prozent das Steuersystem als nicht gerecht bewerteten, sind es zurzeit 55 Prozent. Diese Entwicklung ist erklärungsbedürftig, da sich das Steuersystem in den letzten Jahren nicht von Grund auf verändert hat. Die entscheidende Erklärung liegt im wirtschaftlichen Aufschwung, der sich seit 2009 sehr dynamisch entwickelte und vor allem Breitenwirkung entfaltete. Obwohl die Bürger heute weitaus mehr Steuern zahlen als noch 2008, empfinden sie die Steuerlasten als weniger drückend und kritisieren auch das Steuersystem weniger, da sich auch die Einkommen positiv entwickelt haben. Als wie gerecht eine Gesellschaft und speziell auch ein Steuersystem wahrgenommen werden, hängt ganz wesentlich von den Möglichkeiten und dem Empfinden von Teilhabe an den Chancen und materiellen Erfolgen der Gesellschaft ab. ■

# Was ist wirklich wichtig?

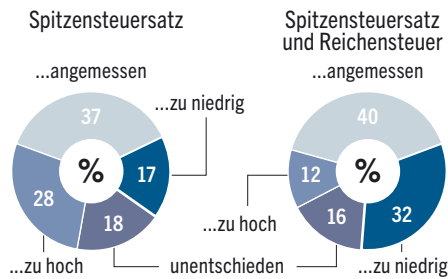
**Frage:** Finden Sie unser Steuersystem alles in allem gerecht oder ungerecht?

Es finden unser Steuersystem nicht gerecht:

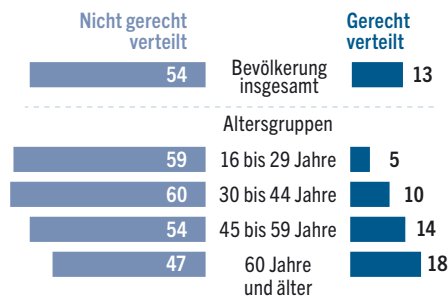


**Frage:** In Deutschland gilt der Spitzensatz von 42 Prozent, bei Einkommen über 250 000 Euro kommt Reichensteuer von 3 Prozent dazu.

Finden Sie diesen Steuersatz...

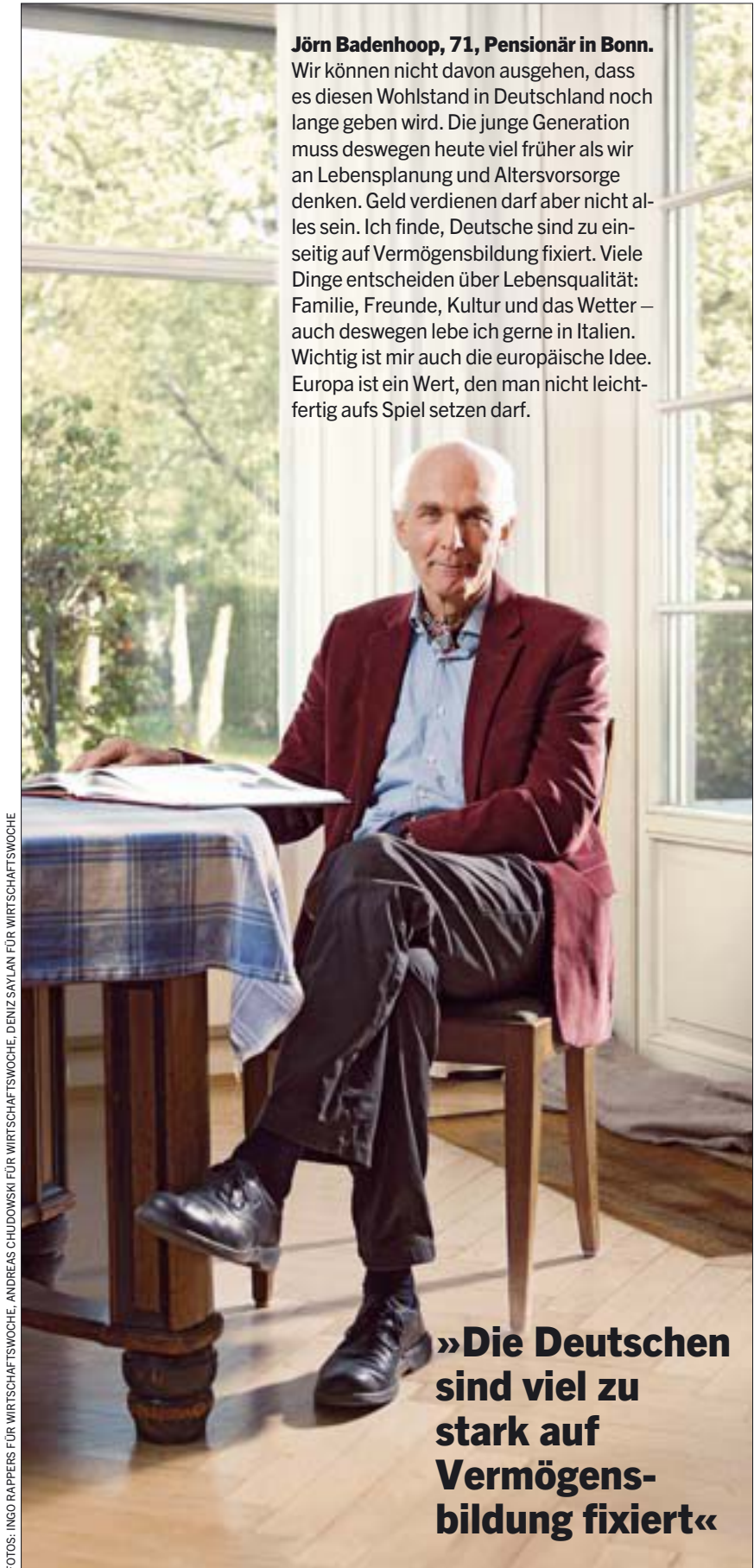


**Frage:** Sind die Lasten und Ansprüche der verschiedenen Generationen gerecht oder nicht gerecht verteilt (in Prozent)?



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv

WirtschaftsWoche



**Jörgen Badenhoop, 71, Pensionär in Bonn.**

Wir können nicht davon ausgehen, dass es diesen Wohlstand in Deutschland noch lange geben wird. Die junge Generation muss deswegen heute viel früher als wir an Lebensplanung und Altersvorsorge denken. Geld verdienen darf aber nicht alles sein. Ich finde, Deutsche sind zu einseitig auf Vermögensbildung fixiert. Viele Dinge entscheiden über Lebensqualität: Familie, Freunde, Kultur und das Wetter – auch deswegen lebe ich gerne in Italien. Wichtig ist mir auch die europäische Idee. Europa ist ein Wert, den man nicht leichtfertig aufs Spiel setzen darf.

**»Die Deutschen sind viel zu stark auf Vermögensbildung fixiert«**



**»Unsere Neidgesellschaft gefällt mir nicht«**

**Christa Winzer, 70, Rentnerin in Cottbus.**

Ich bin in Cottbus geboren. Nach dem Abitur lernte ich in einer Apotheke und arbeitete danach viele Jahre in der Lebensmittelchemie als medizinisch technische Assistentin. Meine Rente beträgt rund 1000 Euro netto im Monat. Das reicht so gerade. Ich lebe allein. Für die Miete zahle ich 340 Euro. Die Gehaltsexzesse in der Wirtschaft verfolge ich genau. Schwarze Schafe gibt es immer. Aber diese Neidgesellschaft gefällt mir auch nicht. Wenn jemand ein Unternehmen gut führt, dann darf er auch viel verdienen. Denn wer etwas leistet, macht unseren Staat stark.



**Otto Oberndorfer, 72, Rentner in Nürnberg.** Ich habe zunächst Dekorateur und Schriftmaler gelernt, mit Auszeichnung. Ich wollte mich aber ein wenig mehr bewegen – und schulte zum Fachsportlehrer um. Ich war dann Betriebsleiter in einem Sportzentrum. Meine Frau und ich haben immer viel gearbeitet. Mit unserer Rente kommen wir gut zurecht. Da können auch unsere Kinder noch von profitieren. Die jungen Leute heute haben es schon schwerer als wir. Wenn man sich früher um Arbeit bemüht hatte, kam auch was. Heute sind die Jobangebote nicht mehr so groß.

**»Die jungen Leute heute haben es schwerer. Wir müssen ihnen helfen«**

# Verknappte Subventionen

Hundefutter 7 Prozent, Babywindeln 19 Prozent – das deutsche Mehrwertsteuersystem ist ungerecht und teilweise absurd. Doch anstatt den Wirrwarr von Ausnahmen wie versprochen zu beseitigen, ist die Bundesregierung vor den Lobbyisten eingeknickt.

## **Dreigestirn**

Die Koalition wollte das Mehrwertsteuersystem reformieren. Doch es ist nur beim Plan geblieben



**O**ma Erna ist schuld. Sie ist eine ältere Dame mit Hund und der Gewohnheit, einmal in der Woche frische Blumen auf das Grab ihres verstorbenen Gemahls zu stellen. Oma Erna ist nur eine Fiktion und geistert als solche durch das Bundesfinanzministerium. Dort machte sie solchen Eindruck, dass Minister Wolfgang Schäuble (CDU) und seine Spitzenbeamten vor der Reform des Mehrwertsteuersystems zurückschreckten, aus Angst vor drohendem öffentlichem Widerstand, falls etwa der für Hundefutter und Schnittblumen geltende ermäßigte Satz von sieben Prozent angehoben würde.

Zu Beginn dieser Legislaturperiode sahen CDU, CSU und FDP noch „Handlungsbedarf bei den ermäßigten Mehrwertsteuersätzen“. Im Koalitionsvertrag erklärten sie im Herbst 2009: „Aus »

FOTO: PICTURE-ALLIANCE/DPA/HANNIBAL HANSCHKE

» diesem Grunde sollen wir eine Kommission einsetzen, die sich mit (...) dem Katalog der ermäßigten Mehrwertsteuersätze befasst“. Für Verfechter der Marktwirtschaft und eines gerechteren Steuersystems las sich diese Passage so, als würde eine Bundesregierung endlich mit dem Durcheinander aufräumen und einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz schaffen.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft gab denn auch gleich ein Reformgutachten in Auftrag, das der langjährige Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Rolf Peffekoven, erarbeitete. Das frühere Mitglied des Sachverständigenrates („Fünf Wirtschaftsweisen“) schlug vor, die Mehrwertsteuer weitestgehend zu vereinheitlichen. Außer Mieten und Pachten sollten alle Güter und Dienstleistungen mit einem einheitlichen Satz besteuert werden. Wegen der Steuermehreinnahmen, die sich aus der Abschaffung des ermäßigten Satzes ergäben, wäre eine Senkung des regulären Satzes von 19 auf 16 Prozent Mehrwertsteuer möglich, ohne dass der Staat auf Einnahmen verzichten müsste (siehe Studie Seite 59).

**LOBBYISTEN-STELLDICHEIN**

Der Wirtschaftsweisen und andere Befürworter einer großen Vereinfachung hatten jedoch die Macht von Oma Erna und den Lobbyisten unterschätzt. Schon im Koalitionsvertrag von 2009 schlug sich der Einfluss einer mächtigen Gruppe nieder. Mit Verweis auf die europäische Wettbewerbslage, aber ohne jeglichen Beweis ihrer Ge-

**QUIZ**

**Der Schäuble-Test**

7 oder 19 Prozent – testen Sie, ob Sie sich bei der Mehrwertsteuer auskennen. Wer alles weiß, hat das Zeug zum Finanzminister.

1. *Babywindeln*

7%  19%

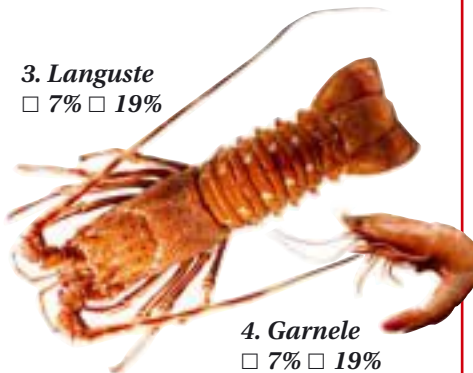


2. *Hundefutter*

7%  19%

3. *Languste*

7%  19%



4. *Garnele*

7%  19%



5. *Tomaten*

7%  19%

6. *Ketchup*

7%  19%



7. *Wildschwein*

7%  19%



8. *Hausschwein*

7%  19%



führung, steht dort, dass die Regierung „ab dem 1.1.2010 für Beherbergungsleistungen in Hotel- und Gastronomiegewerbe den Mehrwertsteuersatz auf 7 Prozent ermäßigen“ wolle.

Diesen Passus setzte die schwarz-gelbe Koalition dann auch zügig um. Das Einzelinteresse rangierte über dem Allgemeininteresse – kein Einzelfall, sondern eher die Regel im politischen Berlin. So sind in der offiziellen Lobbyliste des Bundestages 2141 Verbände registriert (Stand April 2013) – von der ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände bis zum Zweirad-Industrie-Verband; irgendwo dazwischen befinden sich der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) und der Deutsche Tourismusverband.

Ihre Vertreter dürfen inner- und außerhalb des Reichstags – ganz regulär und oft genug mit einem begehrten Hausausweis für den Bundestag ausgestattet – die Interessen ihrer jeweiligen Interessengruppe den Abgeordneten vortragen. Darüber hinaus unterbreiten sie mitunter den Politikern, ihren Mitarbeitern und auch den Ministerialbeamten Formulierungsvorschläge, die nicht selten eins zu eins in Gesetzentwürfe (oder Koalitionsverträge) einfließen.

Dem regen Treiben der Hotel- und Tourismuslobbyisten war es im Oktober 2009 zu verdanken, dass sich einige CSU- und FDP-Politiker bei den Koalitionsverhandlungen besonders für die Senkung des Mehrwertsteuersatzes in der Branche stark machten. Und zwar für sämtliche Restaurations- und Übernachtungsleistungen. Das aber sollte rund neun Milliarden Euro kosten, wobei allein der ermäßigte Satz für Speisen und Getränke in Restaurants mit über acht Milliarden Euro ins Kontor geschlagen hätte.

Das war den Koalitionären dann doch zu viel, obwohl ein einheitlicher Steuersatz für alle Nahrungsmittel durchaus sinnvoll gewesen wäre. Am Ende der Verhandlungen durften sich allein die Vertreter des Beherbergungsgewerbes über den ermäßigten Satz und eine damit verbundene



Steuerermäßigung von ungefähr einer Milliarde Euro freuen.

Der Koalition allerdings bescherte die neue Subvention Ärger. Die Kritik schwoll an, als bekannt wurde, dass die FDP zuvor vom Hotelunternehmer August von Finck eine Millionenspende erhalten hatte. Prompt erhielt der Sieben-Prozent-Satz für Hotels den Spitznamen „Mövenpick-Steuer“.

Übrigens führte die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes nicht zu einer messbaren Senkung der Übernachtungspreise – die Verbraucher hatten nichts davon, keine Rede kann also davon sein, dass die Branche mit niedrigeren Preisen ihre Wettbewerbsfähigkeit im Tourismus erhöhte. Der Fachverband Dehoga meinte unverblümt, es könne gar nicht das Ziel sein, „die Übernachtungspreise eins zu eins zu senken“.

### STEUERPRIVILEG DER POST

Auch das langjährige Mehrwertsteuerprivileg der Deutschen Post AG führte mitnichten dazu, dass die Verbraucher weniger Porto zahlen mussten. Vielmehr verschaffte dieses Privileg dem früheren Post-Monopolisten einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der neuen Konkurrenz, die zunächst nicht flächendeckend überall in Deutschland als Anbieter auftreten konnten – was wiederum Voraussetzung für das Mehrwertsteuerprivileg war.

Die Erfahrungen bei Hotels und Post widerlegen das Argument, der ermäßigte Steuersatz (insbesondere bei Lebensmitteln) habe eine soziale Funktion. Peffekoven stellt dazu fest: „Ein zielgerichteter sozialer Ausgleich, egal, ob durch Steuerbefreiung oder Ermäßigung, funktioniert nicht, da die Vergünstigung teilweise nicht an die Konsumenten weitergegeben wird, sondern es sich lediglich um Unternehmenssubventionen handelt.“

Und selbst dort, wo die Steuerermäßigung an Konsumenten weitergegeben werde, habe sie keine soziale Funktion, da sie allen und nicht nur den sozial schwächeren Gruppen zugutekomme, kritisiert der ehemalige Wirtschaftsweisen. Der soziale Ausgleich könne folglich nicht über die Mehrwertsteuer erfolgen, sondern nur über das Einkommensteuer- und Transfersystem erreicht werden.

Dabei sind die Einnahmeausfälle aufgrund des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes immens. Rund 23 Milliarden Euro sollen dem



9. Möhre  
 7%  19%

10. Möhrensaft  
 7%  19%



11. Döner-to-go  
 7%  19%

12. Döner (Restaurant)  
 7%  19%



Fiskus dadurch jährlich entgehen, schätzt das Bundesfinanzministerium. Davon

entfallen 17 Milliarden Euro auf Lebensmittel, 1,8 Milliarden auf kulturelle Leistungen, eine Milliarde auf Hotelleistungen und 800 Millionen auf Personenbeförderung.

Befürworter eines einheitlichen Steuersatzes schlagen vor, die Harmonisierung mit zusätzlichen Sozialtransfers für Bedürftige zu flankieren. So ließe sich insbesondere der dann höhere Steuersatz auf Lebensmittel abfedern. Die damit verbundene höhere Zielgenauigkeit wäre zudem ein Beitrag zu einer gerechteren Lastenverteilung.

Doch Brotpreise sind nicht nur in Entwicklungsländern politische Preise. Der Abbau der Brotsubventionen – um nichts anderes handelt es sich beim siebenprozentigen Steuersatz – würde in Deutschland zwar nicht zu Hungeraufständen führen, die Empörung über die Abschaffung dieses Privilegs wäre dennoch gewaltig.

Deshalb haben die Politiker in Deutschland es auch nie ernsthaft in Erwägung gezogen, Nahrungsmittel normal zu besteuern. Die schwarz-gelbe Koalition hat frühzeitig zu erkennen gegeben, dass sich hier nichts ändern sollte. Auch beim »



13. Esel  
 7%  19%

14. Maulesel  
 7%  19%



15. Tasse Kaffee  
 7%  19%



16. Kaffeebohnen  
 7%  19%

» öffentlichen Personennahverkehr und kulturellen Leistungen wollte man nichts ändern, wegen des Umweltschutzes und der Bildung.

Die Abschaffung des ermäßigten Satzes auf die restlichen Güter und Dienstleistungen hätte damit nur noch rund vier Milliarden Euro eingebracht. Doch deswegen die Steuer auf Hundefutter und Schnittblumen anheben und sich den Ärger von Oma Erna einhandeln? Nein, das wollte sich Bundesfinanzminister Schäuble nicht antun. Tatsächlich hat der altgediente CDU-Politiker schnell die im Koalitionsvertrag angekündigte Reform beerdigt. Nicht ein einziges Mal kam die dafür eingesetzte Reformkommission zu einer Sitzung zusammen.

## POLITIKER KAPITULIEREN

Solange die Politiker diese heiße Kartoffel nicht anfassen, müssen sie jedoch mit dem Vorwurf leben, vor dem Wirrwarr aus abstrusen Ausnahmeregelungen kapituliert zu haben: Sieben Prozent auf Schnittblumen, aber nicht auf Topfpflanzen, sieben Pro-



17. Forelle  
 7%  19%



18. Guppy  
 7%  19%

19. Hörbuch  
 7%  19%



20. Buch  
 7%  19%

21. Taxi  
 7%  19%



22. Mietwagen  
 7%  19%



23. Leitungswasser  
 7%  19%

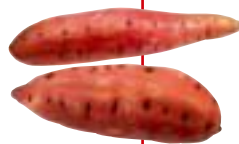


24. Mineralwasser  
 7%  19%



25. Frühkartoffeln  
 7%  19%

26. Süßkartoffeln  
 7%  19%



zent für Maultiere, aber nicht für Esel, sieben Prozent für Currywürste-to-go, aber bitte nicht beim Essen hinsetzen. Immer wieder stellt sich dabei auch die Frage nach der Gerechtigkeit solcher Ausnahmen. Warum ist es richtig, Hundefutter zu privilegieren, nicht aber Babywindeln?

Solange die Politiker nicht bereit sind, darauf Antworten zu geben (und diese dann auch in politisches Handeln umzusetzen), müssen sich stattdessen die Gerichte mit den unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen auseinandersetzen.

Ungerecht behandelt fühlte sich beispielsweise ein Fleischer aus Lemgo, der für Außer-Haus-Lieferungen von Suppen und Schnitzeln nach einer Betriebsprüfung plötzlich den vollen Mehrwertsteuersatz berappen sollte (siehe WirtschaftsWoche vom 30.1.2012). Fleischer Richard Nier zog denn auch vor Gericht, er ging vom Finanzgericht Münster bis hinauf zum Bundesfinanzhof nach München, von dort zum Europäischen Gerichtshof nach Luxemburg und wieder zurück. Längst hat der Fall Kreise gezogen, Pizzalieferdienste und Sozialcaterer für Seniorenheime oder Kitas sind ebenfalls davon betroffen.

Erst da lenkten die Finanzbehörden ein. Die Vertreter von Bundes- und Länderfinanzministerien entschieden nach rund einjährigen Gesprächen miteinander, dass von nun an sämtliche Auslieferungen von Speisen nach der Devise „Essen ist Essen“

einem einheitlichen, in diesem Fall dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz unterliegen sollen. Ein Sieg der Vernunft. Ein kleiner. ■

christian.ramthun@wiwo.de | Berlin

### Die richtigen Ergebnisse:

- 1: 19, 2: 7, 3: 19, 4: 7, 5: 7, 6: 19, 7: 19, 8: 7, 9: 7, 10: 19, 11: 7, 12: 19, 13: 19, 14: 7, 15: 19, 16: 7, 17: 7, 18: 19, 19: 19, 20: 7, 21: 7, 22: 19, 23: 7, 24: 19, 25: 7, 26: 19

### Wie viele richtige Antworten haben Sie?

### 26: Gratulation! Alles richtig.

Sie beherrschen die Logik der Finanzbürokratie aus dem Effeff. Ihre Bewerbungen schicken Sie an: Bundesministerium der Finanzen, Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin. Stichwort: Ich kann es genauso gut.

### 20–25 Punkte: Talent ist da, Sie müssen noch üben.

Wir empfehlen zunächst ein Praktikum beim örtlichen Finanzamt. Vielleicht bringen Sie es ja dann zum Leiter der Steuerabteilung im Bundesfinanzministerium.

### 12–19 Punkte: Nicht schlecht, aber für Wolfgang Schäuble sind Sie keine wirkliche Konkurrenz.

Wenn Sie unbedingt Minister werden wollen, dann probieren Sie's beim Wirtschaftsministerium.

### Weniger als 12 Punkte: Bei Ihnen ist Hopfen und Malz verloren, Sie haben nicht einmal die Zufalls-wahrscheinlichkeit von 50 Prozent erreicht.

Kommunizieren Sie mit Ihrem Finanzamt bitte nur über einen Steuerberater.

# Die Fisch- & Shrimps-Connection

Warum ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz von 16 Prozent gerechter ist und die zusätzliche Belastung für die Verbraucher quer durch alle Schichten minimal bleibt.

**D**er frühere Wirtschaftsweisen Professor Rolf Peffekoven hat 2010 in einem Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) vorgeschlagen, die Vergünstigungen in der Mehrwertsteuer zu streichen: Außer Mieten und Pachten sollen alle Güter und Dienstleistungen mit einem einheitlichen Satz von 16 Prozent besteuert werden.

Seine Begründung: Das heutige System weicht vom ursprünglichen Modell der Konsumbesteuerung ab. Die vielen Ausnahmen führen zu Wettbewerbsverzerrungen, da einzelne Güter, Branchen oder Rechts- und Organisationsformen subventioniert werden. Die Mehrwertsteuer ist über die Jahre zu einem Einfallstor zur Bedienung von Sonderinteressen geworden.

So benachteiligt die völlige Befreiung der Deutschen Post von der Mehrwertsteuer im Briefverkehr die Konkurrenz.

## KARTOFFEL-STEUER

Die Privilegierung der nur mit sieben Prozent Mehrwertsteuer belegten über 50 Warengruppen, die den Wettbewerb verzerren, ist in den meisten Fällen unsinnig und nicht nachvollziehbar. Warum sind auf Langusten und Schnecken, abgepacktes Trinkwasser sowie Frucht- und Gemüsesäfte 19 Prozent Mehrwertsteuer zu zahlen, für die meisten Lebensmittel aber nur sieben Prozent – zum Beispiel bei Fisch und Shrimps, Hausschwein und Kartoffel. Beim Wildschwein und der Süßkartoffel sind es 19 Prozent. Warum fallen bei der Taxifahrt sieben Prozent Mehrwertsteuer an, beim Mietwagen 19 Prozent?

Zudem führt weder die völlige Befreiung von der Mehrwertsteuer noch der ermäßigte Satz zu einem zielgerichteten sozialen Ausgleich,

wie gern behauptet wird. Denn die Vergünstigungen werden häufig nicht oder nur teilweise an die Konsumenten weitergegeben.

Dann aber handelt es sich lediglich um Unternehmenssubventionen. Und da, wo die Vergünstigungen an die Konsumenten weitergeleitet werden, haben alle und nicht nur die sozial Schwächsten etwas davon, sondern auch die Bezieher hoher Einkommen. Anstatt über die Mehrwertsteuer sollte der soziale Ausgleich über die Einkommensteuer oder Transfers zielgerichtet erfolgen – Subjekt- statt Objektförderung.

Peffekovens Rechnung: Der weitgehende Wegfall der Mehrwertsteuerbefreiung würde 15 Milliarden Euro Mehreinnahmen bringen, der Wegfall des ermäßigten Satzes 20 Milliarden. Dadurch wäre eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes von 19 auf 16 Prozent problemlos finanzierbar.

Da die Bezieher sehr niedriger Einkommen dabei per saldo stär-

**20 Milliarden Euro**

Mehreinnahmen würde der Wegfall des ermäßigten Steuersatzes bringen

ker belastet würden, müsste die Reform begleitet werden von einer Neuberechnung des Existenzminimums und – daraus folgend – der Erhöhung des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer sowie der Anhebung von Transferzahlungen, vor allem des Hartz-IV-Leistungen, des Kindergelds, des Wohngelds und der Bafög-Sätze.

## FAMILIEN ZAHLEN MEHR

Im Auftrag der INSM hat das Consultingunternehmen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, DIW econ, im April 2013 die Belastung durch einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz von 16 Prozent für unterschiedliche Haushaltstypen für das Jahr 2012 berechnet. Danach hätten Familien die höchste monatliche Mehrbelastung in Höhe von rund 20 Euro und Singles mit ungefähr fünf Euro die niedrigste (siehe Tabelle). Bei Rentnern liegt sie, je nach Einkommen und Personenzahl im Haushalt, zwischen 9 und 16 Euro.

Die Umverteilungswirkung hält sich also in Grenzen. „Zwar werden einkommensärmere Haushalte tendenziell stärker belastet als einkommensreiche, die Unterschiede fallen jedoch gering aus“, lautet das Fazit der Studie. Das liegt vor allem daran, dass die Ärmeren einen größeren Teil ihrer Ausgaben für Mieten ausgeben, die mehrwertsteuerfrei bleiben. Zudem zahlen sie derzeit schon für einen beachtlichen Teil ihrer Ausgaben den vollen Satz, während auch die Wohlhabenderen von der aktuellen Steuerermäßigung zum Beispiel bei Theaterbesuchen profitieren. ■

## In erster Linie Familien

Monatliche Zusatzbelastung der Haushalte (in Euro) durch eine einheitliche Mehrwertsteuer von 16 Prozent

<b>Familien</b>	Mittleres Einkommen	22,51
	Niedriges Einkommen	20,43
	Arbeitslosengeld I	22,85
	Arbeitslosengeld II	17,99
<b>Rentner</b>	1 Person, mittleres Einkommen	10,56
	1 Person, niedriges Einkommen	8,92
	2 Personen, mittleres Einkommen	13,97
	2 Personen, niedriges Einkommen	16,04
<b>Singles</b>	Mittleres Einkommen	5,00
	Niedriges Einkommen	6,51
	Arbeitslosengeld I	5,48
	Arbeitslosengeld II	4,92

Quelle: DIW econ

Rolf Peffekoven, „Zur Reform der Mehrwertsteuer“, Ferdinand Povel, DIW econ, „Wirkung eines einheitlichen Mehrwertsteuersatzes auf private Haushalte“, beide Studien im Auftrag der INSM. Redaktion: Klaus Methfessel

Herr Professor Fuest, wie gerecht ist ein Steuersystem, in dem die Begünstigten – also der Staat und die Politik – ganz alleine darüber bestimmen, wie viel Bürger und Unternehmen zu zahlen haben?

Fuest: In einer funktionierenden Demokratie bestimmen wir Bürger indirekt über Wahlen, wie hoch die Steuern sind, und wir sind die Nutznießer des Steueraufkommens – wir schicken unsere Kinder in staatliche Schulen und Universitäten, wir fahren auf Straßen, die der Staat gebaut hat, und wir meckern, wenn staatliche Dienstleistungen fehlen. Es hilft also wenig, zu sagen, hier ist der Steuerzahler und dort ist der Staat – der Staat, das sind wir alle.

**Aber warum entscheiden wir dann nicht alle über unsere finanziellen Angelegenheiten? Die Bürger würden ihre Steuergelder sicher oft ganz anders ausgeben als die Politik.**

Fuest: Es gehört zu den Unvollkommenheiten der Demokratie, dass der Bürgerwille oft nicht eins zu eins übersetzt wird – und es ist ja auch nicht immer klar, was der Bürgerwille oder der Wille der Mehrheit genau ist. Natürlich schielen Politiker insbesondere in einem Wahljahr nach dem, was populär ist – und sie denken dabei mitunter sehr kurzfristig oder bevorteilen Lobbygruppen. Wichtig ist daher Kontrolle durch die Öffentlichkeit und durch Institutionen wie etwa die Rechnungshöfe, die auf Qualität und Effizienz achten.

**Aber der Staat greift doch den Bürgern immer mehr in die Tasche. Abgesehen von Rot-Grün unter Bundeskanzler Gerhard Schröder haben alle Parteien in der Regierung die Steuerlast eher erhöht – auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sieht keinen Spielraum für Entlastung.**

Fuest: Die Senkung der Einkommensteuer unter Gerhard Schröder war tatsächlich eher eine Ausnahme, zumindest in jüngster Zeit. Aber langfristig ist der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt doch ziemlich konstant. Es wird also keineswegs ständig an der Steuerschraube gedreht. Was dagegen ständig steigt, ist die Staatsverschuldung – und auf diese Weise wird immer weiter an der Steuerschraube von morgen gedreht, denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.

**Da will jetzt der Staat mit der Schuldenbremse gegensteuern. Führt das nicht automatisch zu noch höheren Steuern?**

Fuest: Die Schuldenpolitik der Vergangenheit hat zur Folge, dass derzeit kaum Spielräume für Steuersenkungen vorhanden sind, wenn man die Schuldenbremse ein-

# »Maß halten«

Der Finanzexperte Clemens Fuest über Chancen und Grenzen der Gerechtigkeit im Steuersystem.



## DER POLITIKBERATER

Fuest, 44, ist seit März 2013 Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim. Von 2008 bis 2013 war er Professor und Forschungsdirektor des Centre for Business Taxation an der Saïd Business School der Universität Oxford. Seit 2003 gehört er dem wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums an.

halten will. Wer in der nächsten Legislaturperiode die staatlichen Leistungen sogar noch ausdehnen will, wie SPD und Grüne, wird auch Steuern erhöhen müssen. Wer keine Steuererhöhungen will, wie Union und FDP, wird bei den staatlichen Leistungen auf die Bremse treten müssen. **Alles unter der Voraussetzung, die Politik wird die Schuldengrenze eingehalten. Das war bislang meistens nicht der Fall. Was halten Sie von der These, das Parlament habe das Königsrecht der Budgethoheit**

### **verspielt, weil es permanent gegen die Generationengerechtigkeit verstößt?**

Fuest: Das kann man nicht allein dem Parlament in die Schuhe schieben, schließlich haben wir ja die Parteien gewählt, die dann die neuen Schulden beschlossen haben. Inzwischen wissen aber alle Beteiligten, dass dies auf Dauer nicht der richtige Weg ist. Die Regierungen und Oppositionsparteien im Bund und in den Ländern haben sich die Schuldenbremse auch deshalb auferlegt, weil in der Bevölkerung und in der Politik die Einsicht wächst, dass beim Schuldenmachen das Ende der Fahnenstange erreicht ist.

### **Sie betonen das Umdenken in der Bevölkerung – sollte man nicht viel öfter auf die Bürger hören, zum Beispiel auch mit Volksentscheiden zu finanzpolitischen Fragen?**

Fuest: Zu einzelnen Fragen könnte ich mir das vorstellen.

#### **Zum Beispiel?**

Fuest: Wird der Solidaritätszuschlag weitergeführt – ja oder nein? Das könnte eine Volksabstimmung entscheiden.

**Geht es nach Vox populi, sollen die Reichen noch mehr bluten, dabei zahlen die oberen zehn Prozent der Einkommensteuerzahler bereits 54 Prozent des Aufkommens.**

### **Lässt sich da behaupten, es wird zu wenig umverteilt?**

Fuest: Wie viel Umverteilung sinnvoll ist, kann nicht wissenschaftlich entschieden werden, denn dabei geht es um politische Wertungen. Die Folgen dieser Entscheidung können allerdings wissenschaftlich untersucht werden. Wissenschaftlich untersuchen lässt sich auch, wie sich die Ungleichheit der Einkommen im Zeitablauf entwickelt hat und wie dies im Vergleich zu anderen Ländern aussieht.

### **Wie hat sie sich entwickelt?**

Fuest: Die Bruttoeinkommensverteilung ist in Deutschland in den letzten Jahrzehnten tatsächlich ungleicher geworden. Der Einkommensunterschied zwischen Arbeitnehmern mit einer guten Ausbildung und solchen ohne Ausbildung hat zugenommen. Diese Diskrepanz wird in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern sehr stark durch das Steuer- und Transfersystem gedämpft, aber sicherlich nicht völlig neutralisiert. Deutschland bewegt sich bei der Einkommensungleichheit im Mittelfeld der Industriestaaten. Wir sind also weder ein extrem egalitäres Land noch ein Land mit exzessiven Ungleichheiten.

### **Ist ein Auseinanderdriften der Einkommen per se schlecht?**

Fuest: Nein, aber auch nicht per se gut. Wenn sich Leistung nicht lohnt, sinkt die Leistungsbereitschaft. Insofern hat das Zulassen von Ungleichheit etwas Positives. Gleichzeitig führt es aber auch zu Neid und Spannungen in der Gesellschaft. Extreme Ungleichheit hat negative Folgen wie beispielsweise zunehmende Kriminalität oder sinkende Teilhabe ganzer Schichten am kulturellen und politischen Leben. Wenn solche Entwicklungen drohen, darf man das nicht auf die leichte Schulter nehmen.

### **Stoßen deshalb die roten und grünen Steuererhöhungspläne auch bei Wählern auf Sympathie, die selbst mehr zahlen müssten?**

Fuest: Der Sprung von der Ungleichheit zur Steuerpolitik ist mir ein wenig zu groß. Zunächst müsste man dort ansetzen, wo die wichtigste Ursache der Einkommensun-

## **»Das Problem mangelnder Bildung lässt sich mit höheren Steuern nicht lösen«**

gleichheit ist – bei Mängeln in Erziehung und Bildung. Wer Einkommensungleichheit vornehmlich über Steuern und Umverteilung korrigieren will, hat im Grunde vor der Bekämpfung ihrer Ursachen schon kapituliert. Das Problem mangelnder Bildung und Ausbildung lässt sich durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes nicht lösen.

### **Was halten Sie von der französischen Reichensteuer – 75 Prozent auf alle Einkommen oberhalb von einer Million Euro?**

Fuest: Dabei geht es nicht darum, Steuereinnahmen zu erzielen, denn diese Steuer betrifft nur wenige Menschen. Diese Steuer ist vielmehr Ausdruck einer Neidkultur und ein Signal, dass Reichtum in einer Gesellschaft unerwünscht ist. Die Folgen sind, dass Unternehmen woanders gegründet werden und Arbeitsplätze woanders entstehen.

### **In Deutschland wollen die Oppositionsparteien den Spitzensteuersatz für die Reichen anheben, wenn auch nicht so krass.**

Fuest: Wenn man das übertreibt, drohen negative Auswirkungen für uns alle. Wer ein Unternehmen gründet, wer Arbeitsplätze schafft, braucht nicht nur Geld, sondern er muss auch das Risiko eingehen, dieses Geld womöglich zu verlieren. Das

aber machen vor allem Leute, die viel Geld haben. Eine Gesellschaft braucht deshalb Reichtum, und dazu gehört auch die Belohnung, Geld zu verdienen. Bei der Festlegung des Spitzensteuersatzes darf man die negativen ökonomischen Konsequenzen hoher Steuern nicht vergessen.

### **Was wären diese?**

Fuest: Man zerstört Anreize, zu arbeiten und zu investieren, und provoziert Ausweichreaktionen wie Abwanderung oder Schwarzarbeit. Exzessive Besteuerung führt auch zu Entfremdung zwischen den betroffenen Steuerzahlern und dem Staat. Bis in die Neunzigerjahre hinein hatten wir sehr hohe Spitzensteuersätze. Man brauchte deshalb steuerliche Anreize wie Sonderabschreibungen und Ausnahmen, damit trotzdem investiert wird und Arbeitsplätze entstehen. Diese Kombination von hohen Steuersätzen und Subventionen ist aber intransparent und ineffizient. Besser ist es, niedrigere Steuersätze zu haben und dafür auf Sonderabschreibungen und andere Steueranreize zu verzichten. Deshalb hat die rot-grüne Bundesregierung die Spitzensteuersätze gesenkt – jetzt drehen wir das Rad der Geschichte wieder zurück.

### **Aber ohne die Ausnahmen...**

Fuest: ...richtig, die werden vermutlich dann wieder eingeführt, wenn die Wirtschaft nicht mehr richtig läuft. Dann sind wir wieder da, wo wir vor 20 Jahren waren.

### **Die untere Hälfte der Einkommensteuerzahler trägt gerade mal 5,4 Prozent zum Aufkommen dieser Steuer bei. Ist die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auch deswegen so populär, weil die Mehrheit der Arbeitnehmer kaum oder gar keine Einkommensteuer zahlt?**

Fuest: Das spielt sicherlich eine Rolle. In der Demokratie kann es eben dazu kommen, dass Mehrheiten Minderheiten gezielt belasten. Dass viele Menschen gar keine Einkommensteuer zahlen, ist in der Tat ein Problem. Jeder Staatsbürger sollte mit der Einkommensteuer in Berührung kommen und spüren, dass öffentliche Leistungen finanziert werden müssen.

### **Woran lässt sich überhaupt festmachen, welcher Steuersatz gerecht ist – unser Grundsatz der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit hilft in dieser Frage wenig.**

Fuest: Dafür gibt es keinen objektiven Maßstab. Der gesunde Menschenverstand bietet allerdings Anhaltspunkte. Man sollte vor allem den Steuersatz nicht so weit anheben, dass das Steueraufkommen zu sinken beginnt. Bei 75 Prozent Einkommensteuer ist dieser Punkt sicherlich über- ➤

» schritten. Das Bundesverfassungsgericht hat einmal mit dem sogenannten Halbteilungsgrundsatz entschieden, mehr als die Hälfte solle es nicht sein. Allerdings haben die Verfassungsrichter diese Grenze später relativiert. Sicherlich hängt die Angemessenheit der steuerlichen Belastung auch davon ab, in welcher Lage ein Land sich befindet. In einer wirtschaftlich normalen Lage, wie wir sie in Deutschland haben, stößt alles über 50 Prozent auf Stirnrunzeln. In einem Land, das sich in einer wirtschaftlichen Notlage befindet, kann vielleicht auch einmal mehr akzeptabel sein, immer vorausgesetzt, das Steueraufkommen nimmt dann noch zu.

**2005 zog die CDU mit der Idee einer Flat-Tax in den Wahlkampf – 25 Prozent auf alle Einkommen, ohne Ausnahmen. Wäre ein solcher Tarif gerecht?**

Fuest: Was als gerecht empfunden wird, ist immer subjektiv. Die Botschaft der Flat-Tax ist eher, dass es die vielen Ausnahmen, die unser Steuersystem hat, unmöglich machen, das Ziel einer gerechten Steuererhebung noch zu erreichen. Wer gut beraten ist und in diesem Steuerdschungel seinen Weg findet, der kann seine Belastung reduzieren, andere nicht. Die Idee, dass ein sehr kompliziertes Steuersystem in der Praxis nicht zu Steuergerechtigkeit führt, ist sehr plausibel.

**Das Vermögen in Deutschland ist wesentlich ungleicher verteilt als das Einkommen. Die oberen zehn Prozent besitzen mehr als die Hälfte der privaten Vermögen. Ist es gerecht, diese zu besteuern?**

Fuest: Manche Menschen finden es gerecht, Vermögen zu besteuern, andere höchst ungerecht. Beide Standpunkte kann man vertreten. Problematisch sind allerdings die wirtschaftlichen Folgen der Vermögensbesteuerung.

**Welche da wären?**

Fuest: Wenn es um Entscheidungen darüber geht, durch Investitionen Arbeitsplätze zu schaffen, kommt es auf die gesamte Steuerbelastung an, also auf die Kombination von Ertrag- und Vermögensteuern. Wenn eine Investition zum Beispiel fünf Prozent Rendite abwirft und ein Prozent Vermögensteuer erhoben wird, dann wirkt diese Vermögensteuer wie eine 20-prozentige Ertragsteuer, die zur Einkommensteuererlast hinzukommt. Die Vermögensteuer führt also zu einer dramatischen Steuererhöhung. Hinzu kommt, dass diese Steuer unabhängig vom Gewinn auch in Krisenzeiten erhoben wird. Unternehmen müssen die Steuer dann aus der Substanz bezahlen. Viele empirische Untersuchungen



**Lohn für Leistung – oder Objekt des Neids?**  
Jugendstilvilla in Niedersachsen

zeigen, dass eine solche Steuererhöhung massive negative Wirkungen bei Investitionen und Arbeitsplätzen hätte. **Deshalb wollen SPD und Grüne, die für die Einführung der Vermögensteuer plädieren, Betriebsvermögen wenigstens teilweise ausnehmen.**

Fuest: Das ist eine Scheinlösung. Wir drehen an der Steuerschraube, stellen fest, dass dies negative Auswirkungen hat und denken uns aus Furcht davor Ausnahmen von der Besteuerung aus. Dann aber kann die Vermögensteuer nicht mehr gerecht sein, weil die reichen Leute in Deutschland in ihrer großen Mehrheit Menschen sind, die viel Betriebsvermögen haben. Am Ende müssen wir viele sehr Reiche von der Vermögensteuer ausnehmen, und ein Handwerker, der sich für seine Altersvorsorge ein oder zwei Mietshäuser zusammengespart hat, ist dann derjenige, der die Steuer zahlt. Das hat mit Steuergerechtigkeit nichts mehr zu tun. Aus diesem Grund haben die meisten Länder um uns herum die Vermögensteuern abgeschafft. Wir sollten nicht so unklug sein, diese wieder einzuführen. Das würde nur dazu führen, dass die Reichen, wenn sie von der Steuer getroffen werden, in Scharen Deutschland verlassen. Reiche sind meistens sehr mobil.

**»Ein Steuersatz über 50 Prozent stößt auf Stirnrunzeln«**

**Wenn das so ist, sollte dann nicht wenigstens im Erbfall stärker auf das Vermögen zugegriffen werden?**

Fuest: Für eine Besteuerung von Erbschaften kann man anführen, dass eine Erbschaft ähnlich wie Einkommen die individuelle wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöht. Auch hier gibt es Ausweichreaktionen, aber Erbschaftsteuer fällt nur einmal in einer Generation an. Das Verhältnis aus Kosten und Nutzen ist bei einer maßvollen Erbschaftsteuer besser als bei der Vermögensteuer.

**Sahra Wagenknecht von der Partei Die Linken, aber auch einige Libertäre halten eine Erbschaftsteuer von 100 Prozent für gerecht, weil nur so Gleichheit zu schaffen sei.**

Fuest: Viele Menschen sparen oder kümmern sich um ein Unternehmen, weil sie an die nächste Generation denken. Die Folgen einer Konfiskation des gesamten Vermögens wären verheerend. Aus gutem Grund gehört zum Recht auf Privateigentum auch das Recht, dieses vererben zu können. Eine 100-prozentige Erbschaftsteuer wäre deshalb mit unserer Verfassung nicht vereinbar. Dies hätte auch mit einer sozialen Marktwirtschaft nichts mehr zu tun und würde den Übergang in eine andere Gesellschaftsform bedeuten, vor der mir graut.

**Die aktuelle Steuerdebatte dreht sich nur um Fragen der Erhöhung und Umverteilung. Die Wertschöpfung, die Grundlage aller Besteuerung ist, spielt dagegen überhaupt keine Rolle. Haben Sie eine Erklärung dafür?**

Fuest: Das ist möglicherweise ein Wohlstandsphänomen. Wenn etwas selbstverständlich ist, dann macht man sich darüber keine Sorgen. Vor zehn Jahren ging es Kanzler Schröder gemeinsam mit der damaligen Opposition darum, die wirtschaftliche Stagnation in Deutschland zu überwinden und das Wachstum zu stärken. Das war das Anliegen der Agenda 2010. Es ist wohl der Fluch der guten Jahre, dass man Wachstum und Wohlstand als selbstverständlich hinnimmt und dann nur noch über Verteilungsgerechtigkeit diskutiert. Wenn die Politik hier den Bogen überspannt, wird man schnell feststellen, dass zu viel Umverteilung den Wohlstand bedroht. Spätestens dann wird sich die Diskussion wieder drehen. Besser wäre es allerdings, Maß zu halten, ohne die gute Wirtschaftsentwicklung aufs Spiel zu setzen.

konrad.handschuch@wiwo.de

# Mehr Ungleichheit

Die kalte Progression beruht auf einem Konstruktionsfehler in unserem Einkommensteuersystem. Sie belastet die Steuerzahler jährlich mit etlichen Milliarden Euro. Problematisch vor allem: Sie schlägt bei den niedrigeren Einkommensbezieheren viel stärker zu.

Der Sachverständigenrat kritisiert sie als „heimliche Steuererhöhungen“ – die knapp drei Milliarden Euro, die Einkommensbezieher jährlich mehr an den Fiskus abführen müssen, weil aufgrund des progressiven Steuertarifs die Einkommensteuerschuld stärker wächst als das Einkommen. Dieser kalte Progression genannte Effekt kommt dadurch zustande, dass Arbeitnehmer bei Lohnerhöhungen in einen höheren Steuertarif rutschen mit der Folge, dass der höhere Steuersatz und die Inflation einen Großteil ihres Einkommenszuwachses auffressen.

Ein wachsender Teil des zusätzlichen Lohns wandert an den Staat. Auf diese Weise steigt das Einkommensteueraufkommen bereits bei real konstanten, also inflationsbereinigten Löhnen und Gehältern überproportional an. Steuerzahler bemerken die Wirkung der kalten Progression meist nur, wenn sie eine Gehaltserhöhung erhalten. Steigt der Bruttolohn nur im gleichen Maß wie die Inflation, kann der Arbeitnehmer sich von seinem Nettogehalt weniger leisten.

## SPRUDELNDE QUELLE

Was den Steuerzahler ärgert, ist für den Fiskus eine Quelle ständiger Mehreinnahmen: Er verdient an jeder Gehaltssteigerung überproportional mit. Seine Steuereinnahmen steigen dadurch, dass keine Anpassung des Tarifs an die zwischenzeitliche Inflation erfolgt. So besteht der aktuelle Einkommensteuertarif unverändert seit dem Jahr 2010. Angehoben hat die Bundesregierung lediglich den Grundfreibetrag für 2013 und 2014. Dazu war sie schon allein deshalb gezwungen, weil das Existenzminimum aufgrund von Preiserhöhungen gestiegen ist, und der sozialrechtliche

Mindestbedarf ist von der Einkommensbesteuerung auszunehmen.

Finanzminister Wolfgang Schäuble hatte geplant, nicht nur den Grundfreibetrag, sondern den Steuertarif insgesamt anzuheben. Das ist jedoch an der rot-grünen Mehrheit im Bundesrat gescheitert. Thilo Schäfer vom Institut der deutschen Wirtschaft hat den Effekt der kalten Progression berechnet. Mithilfe eines Simulationsmodells, ermittelte er, wie hoch die Belastung durch die kalte Progression bis zum Jahr 2017 ausfällt. Dazu hat er zwei Szenarien simuliert. Das erste schreibt den geltenden Tarif fort. Im zweiten werden von 2010 an die Steuertarifgrenzen jährlich in Höhe der Preissteigerungsrate angepasst. Für alle Einkommen unterstellt Schäfer von 2014 an ein nominales jährliches Wachstum von 2,9 Prozent, für die Inflation einen Zuwachs von 2,0 Prozent. Ergebnis: Die Anhebung des Grundfreibetrags 2013 und 2014 schmälert den Effekt der kalten Progression, sie macht aber in diesen beiden Jahren über 3,5 Milliarden Euro aus. Von 2010 bis 2017 verursacht die kalte Progression über 20 Milliarden

## 20 Milliarden Euro

zusätzliche Einkommenssteuereinnahmen verursacht die kalte Progression in den Jahren 2010 bis 2017

Euro zusätzliche Einkommenssteuereinnahmen (siehe Grafik). Die durchschnittliche Steuerbelastung pro Steuerpflichtigen durch die kalte Progression beträgt über die sieben Jahre hinweg 651 Euro.

Problematisch sind die Verteilungswirkungen der kalten Progression. Zwar macht der Zuwachs wegen der kalten Progression an der von jedem Steuerpflichtigen zu zahlenden Steuerschuld nur einen kleineren Teil aus. Dieser Anteil ist aber umso größer, je niedriger die zu zahlende Einkommensteuer ist.

## REGELMÄSSIGE ANPASSUNG

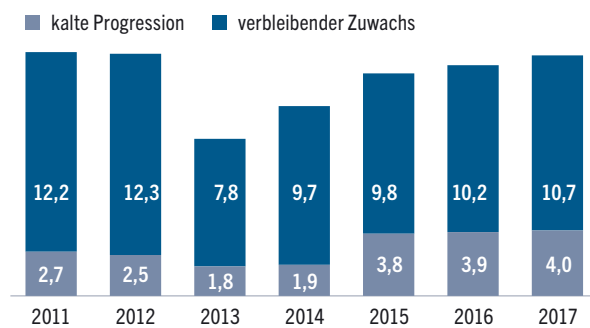
Die zusätzliche Belastung eines Steuerpflichtigen beträgt bei einem Einkommen von 30 000 bis 40 000 Euro 1176 Euro. Davon entfallen allein 468 Euro, 40 Prozent, auf die kalte Progression. Wer ein Einkommen von 100 000 bis 250 000 Euro bezieht, muss zwar mit 9202 Euro mehr Steuern zahlen. Der auf die kalte Progression entfallene Anteil ist mit 21 Prozent viel geringer. Schäfer fordert, die Politik müsse sich zu einer regelmäßigen Tarifanpassung aufgrund der Preisentwicklung verpflichten.

Noch besser wäre es, den Tarif durch eine inflationsabhängige Indexierung automatisch anzupassen. So ließe sich verhindern, dass die reale Kaufkraft der Bürger durch die Besteuerung der Einkommenszuwächse abnimmt.

Ob die Politik dem zustimmt, bezweifelt Schäfer. Denn dann ließe sich der Abbau der kalten Progression nicht mehr als Steuererleichterung verkaufen. Vor allem vor Wahlen ist das ein beliebtes Mittel. ■

## Steter Zufluss

Zuwachs des Einkommensteueraufkommens pro Jahr (in Milliarden Euro)



Quelle: IW Köln

WirtschaftsWoche

Basis des Textes ist die im Auftrag der INSM erstellte Studie „Kalte Progression“ von Thilo Schäfer vom Institut der deutschen Wirtschaft. Redaktion: Klaus Methfessel

# Risiko und Nebenwirkungen

Die Steuerprogramme der Bundestagsparteien auf dem Prüfstand: Welche Folgen sich für Staat, Steuerzahler und Wirtschaft aus den geplanten Veränderungen bei der Einkommensteuer ergeben.

**D**er deutsche Staat hat kein strukturelles Einnahmeproblem. 2012 kassierte der Fiskus von den deutschen Steuerzahlern die Rekordsumme von 600 Milliarden Euro, und bis 2017 soll der Betrag nach Angaben des Arbeitskreises Steuerschätzungen sogar auf 700 Milliarden Euro steigen. Die Steuerquote erreichte im vergangenen Jahr mit 23,4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung.

Die Regierungsparteien haben deshalb versprochen, die Steuerzahler nach der Bundestagswahl im Ausmaß der durch die kalte Progression verursachten Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer entlasten.

Für die Oppositionsparteien steht die Steuerpolitik im Zentrum des Wahlkampfs. Sollten sie an die Regierung kommen, wollen sie die Steuern erhöhen. Zum einen, weil sie zusätzlichen Finanzbedarf für Infrastruktur und Bildung sehen. Zum anderen soll die Steuerpolitik zu mehr Gerechtigkeit beitragen, indem hohe Einkommen stärker

belastet und niedrige Einkommen entlastet werden.

So wollen SPD, Grüne und die Linke die Steuersätze bei der Einkommensteuer erhöhen und Erbschaften und Vermögen stärker belasten.

## AUF TARIF KONZENTRIERT

Auch wenn noch nicht alle Parteien ihre Wahlprogramme vorgelegt haben, sind ihre Positionen in der Steuerpolitik klar. Wissenschaftler des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) aus Essen haben im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) auf dieser Basis

## Steuerbilanz

Mehr-/Minderaufkommen an Steuern...

...auf Basis von Aussagen im Wahlprogramm von...	in Milliarden Euro	in Prozent
CDU/CSU, FDP	-3,12	-1,5
SPD	5,20	+2,5
Grüne	5,39	+2,6
Die Linke	-11,00	-5,0

Quelle: RWI

# 600 Milliarden Euro

kassierte der Fiskus vom deutschen Steuerzahler – eine absolute Rekordsumme. Bis 2017 soll sich der Betrag auf 700 Milliarden Euro steigern

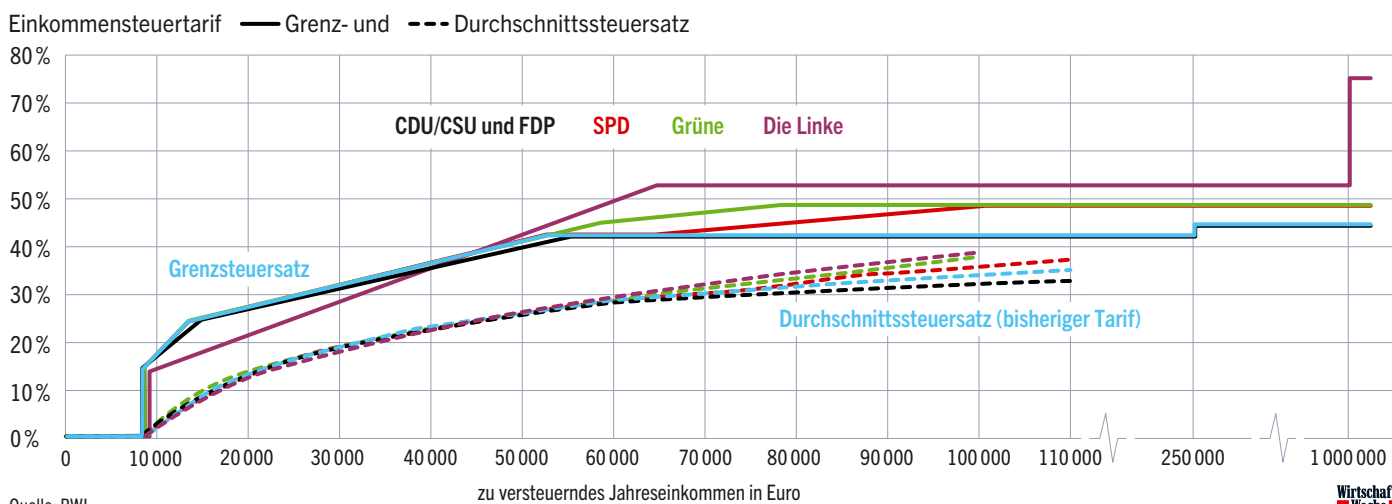
die Folgen für Steueraufkommen und die Be- oder Entlastung der Steuerzahler untersucht. Dabei bleiben die Piraten und die Alternative für Deutschland ausgeklammert, weil von ihnen noch keine konkreten Aussagen vorliegen.

Die Analyse der Wahlprogramme konzentriert sich auf die Aussagen zum Tarif der Einkommensteuer. Die Forscher äußern sich dabei nicht zu den Vorschlägen der Oppositionsparteien zur Reform des Ehegattensplittings, weil sie bislang zu unkonkret sind. Das Gleiche gilt für die Vorschläge zu einer höheren Besteuerung von Erbschaften und Vermögen.

## STEILER ANSTIEG

Ausgangspunkt ist der Einkommensteuertarif für das Jahr 2014: Nach dem Grundfreibetrag von 8354 Euro steigt die Grenzbelastung des zu versteuernden Einkommens bis 13 469 Euro linear von 14 auf 24 Prozent steil an. Danach steigt der Grenzsteuersatz bis 52 881 Euro ebenfalls linear, aber flacher auf 42 Prozent. Bis 250 730 Euro bleibt der Grenzsteu-

## Die Steuerpläne der Parteien





ersatz dann konstant 42 Prozent und springt dann auf 45 Prozent (die sogenannte Reichensteuer).

### UNION UND LIBERALE

Die Regierungsparteien haben angekündigt, im Falle eines Wahlsieges nicht die Steuern erhöhen zu wollen. Zwar spricht sich die FDP weiterhin für einen einfachen Stufentarif in der Einkommenbesteuerung und die schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags aus, sie bleibt dabei aber nebulös, weshalb die RWI-Forscher bei den Regierungsparteien allein deren Vorschläge zur Beseitigung der kalten Progression berücksichtigen.

Deshalb beschränkt sich das Steuerprogramm von Union und Liberalen auf die Absicht, den Tarif in der Einkommensteuer an die zwischenzeitliche Inflation anzupassen. Das hatten sie schon 2011 beschlossen, das Gesetz war aber im Bundesrat an den Oppositionsparteien gescheitert.

Im Prinzip läuft dies auf eine leichte Rechtsverschiebung des Tarifs und eine marginale Verringerung der Grenzbelastung der Einkommen und der durchschnittlichen Steuerlast hinaus. Der Entlastungseffekt für die Steuerzahler: 3,1 Milliarden Euro. Dabei steigt die Entlastung der Steuerzahler mit der Höhe des Einkommens.

### SPD, GRÜNE, LINKE

Die SPD macht sich für eine „gerechte Steuerpolitik“ stark. Sie will eine mittlere Proportionalzone einführen für zu versteuernde Einkommen in Höhe von 52 882 bis 64 000 Euro, für die der Grenzsteuersatz von 42 Prozent gelten soll. Danach soll dieser bis 100 000 Euro linear auf den neuen Spitzenwert 49 Prozent steigen.

Der Einkommensteuertarif der Grünen unterscheidet sich nur wenig von dem der SPD. Sie wollen den Grundfreibetrag leicht anheben auf 8712 Euro, der Eingangsteuersatz von 14 Prozent steigt dann wie bei dem bestehenden Tarif auf 24 Prozent bei 13 469 Euro. Dann steigt der Grenzsteuersatz bis 59 440 Euro linear auf 45 Prozent, der Anstieg flacht dann aber

**75 %**  
soll nach den Plänen der Linken der Steuersatz für alle mit mehr als einer Million Euro Einkommen pro Jahr betragen

im nächsten Tarifbereich ein wenig ab, um bei 80 000 Euro den neuen Spitzensteuersatz von 49 Prozent zu erreichen. Ähnlich wie bei der SPD steigt die durchschnittliche Steuerbelastung ab einem Einkommen von 60 000 Euro deutlich. Bei 100 000 Euro liegt sie gegenüber dem aktuellen Tarif schon um rund 2,5 Prozentpunkte höher, bei 250 000 Euro sogar um 5,2 Punkte.

Die Linke will „mit Steuern umsteuern“. Konkret will sie den Grundfreibetrag auf 9300 Euro anheben, ab dem der Grenzsteuersatz linear von 14 auf 53 Prozent („wie unter der Kohl-Regierung“) bei 65 000 Euro steigen soll. Der Spitzensteuersatz gilt dann bis zu einer Million Euro, jeder Euro darüber hinaus soll dann mit 75 Prozent besteuert werden – die sogenannte Reichensteuer. Aufgrund der deutlichen Anhebung des Grundfreibetrages und der reduzierten Grenzbelastung bis 43 000 Euro liegt die durchschnittliche Belastung der Steuerpflichtigen im unteren Einkommensbereich deutlich unter der des alten Tarifs. Von der deutlich höheren Grenzbelastung ab 43 000 Euro dürften aber erhebliche negative Anreize ausgehen.

### DIE BELASTUNGSEFFEKTE

Die Steuerzahler würden durch Grüne und SPD um gut fünf Milliarden Euro mehr belastet, von Union und FDP um drei Milliarden

entlastet (siehe Grafik). Der deutliche Entlastungseffekt bei der Linken würde jedoch durch Veränderungen in der Bemessungsgrundlage kompensiert, weil die Reform aufkommensneutral sein soll.

Weil bei SPD und Grünen die Grenzbelastungen erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 53 000 Euro höher wird, steigt die Belastung vor allem des oberen Einkommensdezils (ab einem Jahreseinkommen von 69 100 Euro).

Die ungefähr 3,5 Millionen Steuerpflichtigen dieser Einkommensgruppe würden bei SPD knapp 1000 Euro und bei den Grünen durchschnittlich über 1300 Euro mehr an den Fiskus zahlen müssen, während sie nach den Regierungsplänen mit einer Entlastung von 360 Euro rechnen könnten.

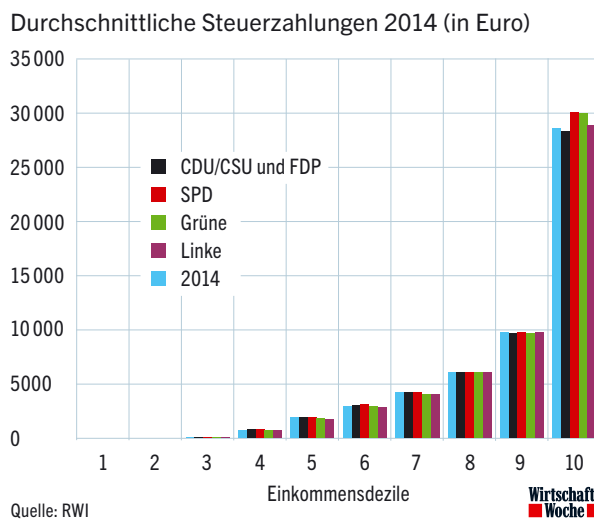
### HOHER GRUNDFREIBETRAG

Bis inklusive des achten Dezils verändern die Wahlprogramme von Union, FDP, SPD und Grünen die Steuerbelastung jedoch kaum, solange sie nicht mit einer Einschränkung des Ehegattensplittings verbunden sind. Die 30 Prozent der Steuerpflichtigen am unteren Ende der Einkommensskala zahlen infolge des hohen Grundfreibetrages ohnehin keine Steuern, und selbst die im vierten Dezil nur wenig. Erst im fünften Dezil mit einem Einkommen zwischen 18 800 und 25 500 Euro steigt die Steuerbelastung dann bis auf 1838 nach dem SPD-Tarif.

Die Beseitigung der kalten Progression nach den Regierungsplänen führt relativ gesehen zu einer eher gleichmäßig ansteigenden Entlastung der Steuerpflichtigen, und zwar von 0,1 Prozent im vierten bis zu 0,7 Prozent im oberen Dezil. Relativ am stärksten entlastet würden die Steuerpflichtigen durch den Tarif der Linken – am stärksten im neunten Dezil um knapp sechs Prozent. Selbst die Steuerpflichtigen im obersten Dezil würden noch um drei Prozent entlastet.

Da die Linke jedoch die Bemessungsgrundlage gezielt so ändern will, dass die höheren Einkommensbezieher belastet würden, dürfte es für diese insgesamt zu >>

### Wer die Einkommensteuer zahlt



» einer erheblichen Zunahme der Gesamtbelastung kommen. Denn wenn die Reform aufkommensneutral sein soll, müsste diese Gruppe die Entlastung der unteren Einkommensbezieher finanzieren.

Die relative Mehrbelastung des oberen Einkommensdezils soll nach den Vorstellungen der SPD um 0,6 Prozent und der Grünen um 0,8 Prozent zunehmen. Gemessen an der von den Regierungsparteien angestrebten Entlastung durch die Beseitigung der kalten Progression wäre sie jedoch deutlich. Anders als bei der SPD, die keine Steuerpflichtigen entlasten, sondern lediglich die im obersten Dezil mehr belasten will, werden bei den Plänen der Grünen die Steuerzahler bis zum neunten Dezil entlastet, allerdings mit maximal 0,34 Prozent relativ gering.

**VERMÖGENSTEUER**

Bei der Besteuerung von Vermögen bestehen Probleme schon bei der Festlegung der Bemessungsgrundlage. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht die Besteuerung so lange ausgesetzt, wie es keine einheitliche Definition der Bemessungsgrundlagen für die verschiedenen Vermögensformen gibt.

Auch wenn die Grünen die Vermögensteuer zunächst nur zeitlich befristet wieder einführen wollen, so bleiben sie in ihrem Wahlprogramm die Erklärung schuldig, wie sie ihre Vorschläge in Einklang mit Karlsruhe bringen wollen.

Völlig unklar ist auch bei der SPD, wie sie ihr Versprechen umsetzen will, betriebliches Vermögen von der Vermögensteuer auszunehmen. Denn das müsste das Bundesverfassungsgericht wieder auf den Plan rufen: Denn eine solche Ausnahmeregelung würde dem Grundsatz einer gleichmäßigen Besteuerung widersprechen.

Im Gegensatz zu Union und FDP wollen die Oppositionsparteien auch das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer deutlich erhöhen. Die Grünen wollen es sogar verdoppeln, was die Steuerzahler zusätzlich in Höhe von etwa vier Milliarden Euro belasten würde.

Die Pläne der Parteien zum Ein-

kommensteuertarif zeigen, dass zwischen den Regierungsparteien und der Opposition erhebliche Unterschiede darin bestehen, welche Belastung sie den Steuerzahlern zumuten wollen: CDU/CSU und FDP wollen die Bürger um rund drei Milliarden Euro entlasten, nach Ansicht von SPD und Grünen sollen sie dagegen gut fünf Milliarden Euro mehr an den Staat abführen.

**UNTERSCHIEDLICHE WERTE**

Dahinter stehen auch unterschiedlichen Wertvorstellungen von einer gerechten Verteilung der Steuerlasten und den Aufgaben staatlicher Finanzierung. Wenn die Oppositionsparteien ihre Steuererhöhungspläne mit dem Argument einer unzureichenden finanziellen Ausstattung der öffentlichen Haushalte rechtfertigen, überzeugt das jedoch nicht. Denn die Steuereinnahmen fließen seit dem Jahr 2010 aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung wie seit Langem nicht mehr.

Auch bei hohen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und andere zukunftsrelevante Bereiche sollten

**3 Milliarden Euro**

sollen laut Union und FDP die Entlastungen für die Bürger betragen, SPD fordern 5 und die Linken 16 Milliarden Euro

die Einnahmen ausreichen, um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weiter vorantreiben zu können. Dabei gilt es, die richtigen Prioritäten bei den Ausgaben zu setzen, was durchaus einschließt, den Schwächsten in unserer Gesellschaft „bessere Möglichkeiten zur Teilhabe“ (Grüne) zu bieten. Voraussetzung dafür ist aber eine solide Haushaltsführung auf allen Ebenen des Staates.

**FAZIT: NEGATIVE FOLGEN**

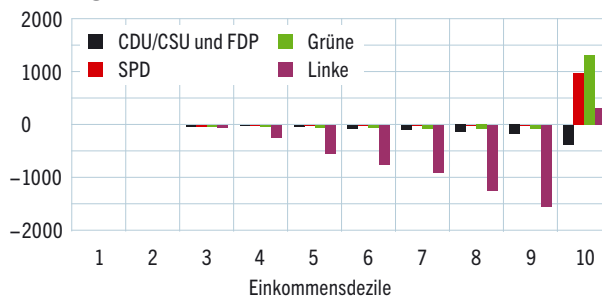
Studien zufolge besteht ein negativer Zusammenhang zwischen der Höhe der staatlichen Umverteilung über die Einkommensteuer und der Neutralität der Einkommensteuer. Das heißt, je stärker die Belastung der Steuerpflichtigen ist, desto eher hemmt dies wegen der negativen Anreize ihre wirtschaftlichen Aktivitäten.

Die Kunst des Staates bei der Festlegung der Einkommensteuerbelastung und damit des Steuertarifs besteht darin, die gewünschte Verteilung der Steuerbelastung so auszutarieren, dass die Entscheidungen der Steuerpflichtigen und damit die wirtschaftliche Entwicklung möglichst wenig beeinträchtigt werden.

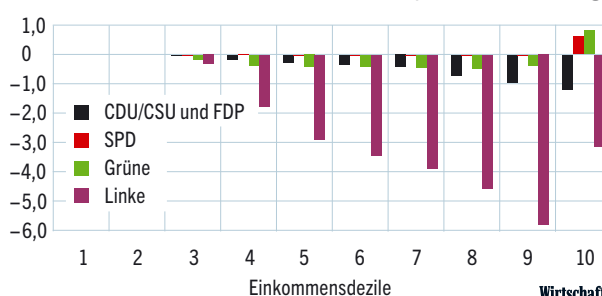
Die Pläne von SPD und Grünen haben jedoch zusätzliche Belastungen der Steuerpflichtigen zur Folge, die die wirtschaftliche Entwicklung negativ beeinflussen können. Da Deutschland einen vergleichsweise hohen Anteil an einkommensteuerpflichtigen Privatunternehmen hat, dürfte eine gezielte Belastung der sogenannten Besserverdienenden die wirtschaftliche Aktivität erheblich beeinträchtigen. Die von den Oppositionsparteien geplanten Steuererhöhungen gefährden also die in den vergangenen Jahren durch Reformen erreichte Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Steuersystems.

**Wer gewinnt, wer verliert**

Absolute Be- und Entlastungen der Einkommensteuerzahlung 2014 (in Euro)



Relative Be- und Entlastungen der Einkommensteuerreformen 2014 (in Prozent der Status-quo-Steuerzahlung)



Quelle: RWI



Basis des Textes ist die Studie im Auftrag der INSM „Mehr Gerechtigkeit: Was steht zur Wahl – Analyse und Kommentierung der Parteiaussagen“ vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung in Essen (RWI).  
Redaktion: Klaus Methfessel

# è

## AQUA

### Kaffee und Tee lieben è.

Das erste echte Zubereitungswasser für Caffè und Tè.

Entdecken Sie Kaffee und Tee neu: è Aqua bringt alle Geschmacksnuancen zur vollen Entfaltung. Mit seinem optimalen Härtegrad eignet sich das natürliche Hochquellwasser ideal zur Zubereitung – ohne Wasserfilter und Kalkablagerungen in Kaffeemaschine und Wasserkocher. è Aqua entspringt einem Naturschutzgebiet in den italienischen Alpen. Es ist frei von Umwelteinflüssen, ohne Konservierungsstoffe und nicht ozonbehandelt. [www.e-aqua.de](http://www.e-aqua.de)



# Mehr als genug

Nicht Steuererhöhungen, sondern mehr Effizienz und neue Prioritäten bei den Staatsausgaben sind das Gebot der Stunde, mahnen Hamburger Wirtschaftswissenschaftler in einer Studie.

**S**ozialdemokraten und Grüne wollen die Staatskasse aufbessern. Sollten sie nach der Bundestagswahl die Regierung stellen, so verkündeten sie in ihren Wahlprogrammen, werden sie die Steuern erhöhen. Unter anderem wollen sie den Spitzensteuersatz und die Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge anheben, die 1995 abgeschaffte Vermögensteuer wieder einführen und den Ertrag aus der Erbschaftsteuer massiv steigern.

Dadurch wollen sie den Staat in die Lage versetzen, mehr Geld für Bildung bereitzustellen und die öffentlichen Schulden abzubauen – diese sind auch in Deutschland infolge der Finanzkrise gestiegen. Selbst noch 2012, als Deutschlands Steuerzahler dem Staat einen Zuwachs von 4,9 Prozent bei den Staatseinnahmen bescherten, stieg die staatliche Verschuldung um 2,7 Prozent und in Relation zum Bruttoinlandsprodukt von 80,5 auf 81,7 Prozent. Ehrgeiz, zu den Maastricht-Kriterien zurückzukehren, ist das nicht.

## GELD RICHTIG AUSGEBEN

Doch für höhere Steuern besteht keine Notwendigkeit, sagen Michael Bräuninger, Jörg Hinze und Thomas Straubhaar vom Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI): „Der Staat hat genug Geld, es muss nur richtig ausgegeben werden.“ Tatsächlich liegen Staatsausgaben und Steuereinnahmen auf Rekordhöhen, sie sind stärker expandiert als das Bruttoinlandsprodukt (siehe Grafik).

Für Arbeitnehmer(innen) mit Familie und zwei Kindern ist die Abgabenbelastung schon recht hoch. Für ledige Arbeitnehmer ohne Kinder ist sie sogar am höchsten unter den großen Industrieländern (siehe Grafik). Diese Abgaben weiter zu erhöhen würde die Leis-

tungsanreize beeinträchtigen. „Arbeit muss sich lohnen“ und „mehr Netto vom Brutto“ – diese Forderungen finden zu Recht breite politische Zustimmung.

Die Belastung der Arbeitnehmerinnen durch Steuern und Sozialabgaben hat einen wesentlichen Einfluss auf die Entscheidung, entweder hart zu arbeiten und dafür entlohnt zu werden, in der Schattenwirtschaft „schwarz“ zu arbeiten oder von staatlichen Transfers zu leben. Deshalb ist es richtig, Geringverdiener – wenn überhaupt – nur gering mit Steuern und Sozialabgaben zu belasten.

## RISIKO NIEDRIGZINSEN

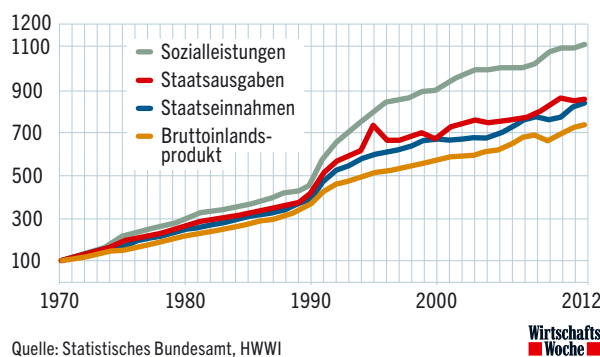
Die deutsche Regierung kann gegenwärtig ihre Verschuldung zu außergewöhnlich günstigen Konditionen refinanzieren. Die Rendite für zehnjährige Bundesanleihen beträgt rund 1,5 Prozent und für kurzfristige Papiere nur etwa 0,25 Prozent. Der Realzins ist bei der aktuellen Inflationsrate sogar negativ.

Die Bundesrepublik profitiert von der Niedrigzinspolitik der EZB und davon, dass die Märkte Deutschland als sicheren Hafen erachten.

## Expansiver Staat

Entwicklung von BIP sowie Staatseinnahmen und -ausgaben

Index 1970 = 100



## 25 Milliarden Euro

Einsparmöglichkeiten hat der Bundesrechnungshof schon allein beim Bund ermittelt

Obwohl sich die deutsche Staatsschuld seit Mitte der Neunzigerjahre mehr als verdoppelt hat, haben sich die Zinsausgaben der öffentlichen Hand seitdem von 65 auf 55 Milliarden Euro verringert, weil sich die Rendite öffentlicher Anleihen mehr als halbiert hat.

Dies ist riskant, da die Niedrigzinspolitik nicht ewig anhalten kann. Steigen die Zinsen für deutsche Staatsanleihen auf etwa das Niveau von Mitte der Neunzigerjahre, würde die Zinslast auf fast 130 Milliarden Euro hochschnellen. Dann bräuchte der Staat zu seiner Finanzierung zusätzlich 75 Milliarden Euro, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt fast drei Prozent.

Politisch ist es einfacher, Staatsdefizite durch Schulden oder Steuererhöhungen zu decken als durch Einsparungen. Denn diese treffen auf den Widerstand der Interessengruppen, während die Kreditaufnahme Gruppen belastet, die keine Lobby haben – Kinder und künftige Generationen.

## VERSCHWENDUNG STOPPEN

Die Staatsausgabenquote beträgt jetzt bereits rund 45 Prozent. Damit wird fast jeder zweite Euro vom Staat ausgegeben. Leitmotiv einer verantwortungsvollen Ausgabenpolitik sollte deshalb sein, die erzielten Einnahmen effizient auszugeben und die Verschwendung öffentlicher Mittel zu stoppen.

Dafür gibt es zahlreiche Beispiele. So hat der Bundesrechnungshof Einsparmöglichkeiten allein beim Bund in Höhe von 25 Milliarden Euro ermittelt. Auch der Steuerzahlerbund kommt auf jährliche Fehltausgaben in zweistelliger Milliardenhöhe. Doch dies dürfte lediglich die Spitze des Eisbergs sein.

Die kräftige Expansion staatlicher Leistungen begann in den

Siebzigerjahren – mit einer falschen Priorität: Gestärkt wurden in erster Linie Institutionen und Leistungen zur sozialen Sicherung. Die größten Ausgabenposten in den öffentlichen Haushalten sind seitdem die Sozialleistungen, die zusammen mehr als die Hälfte aller Staatsausgaben ausmachen.

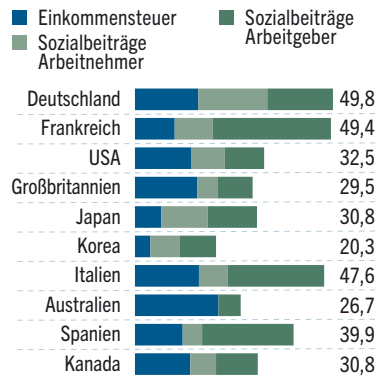
Dabei wird staatliches Geld vielfach nach dem Gießkannenprinzip ausgeschüttet. Stattdessen sollte sich staatliches Handeln doch lieber am Subsidiaritätsprinzip orientieren, also ein ausgewogenes Gleichgewicht von Anreizen zur Eigenverantwortung, Hilfe zur Selbsthilfe und solidarischer Unterstützung herstellen.

### VERWÄSSERTE LEISTUNGEN

Stattdessen wurden existenzielle Transferleistungen wie das Arbeitslosengeld sukzessive durch Leistungskürzungen verwässert, andererseits in ihrer Effizienz heftig umstrittene Leistungen wie beispielsweise zuletzt das Betreuungs-

## Teures Deutschland

Einkommensteuer und Sozialbeiträge 2011 (in Prozent)



Quelle: OECD, HWWI

WirtschaftsWoche

geld eingeführt. Der Sozialversicherung wurden zudem eine Reihe versicherungsfremder Leistungen aufgebürdet, die zwar durch einen Bundeszuschuss ausgeglichen werden sollen, doch ist zweifelhaft, ob dies in ausreichendem Maße geschieht. Ohnehin neigen Finanzminister dazu, Überschüsse in der

Sozialversicherung, wie wir sie derzeit haben, zu kürzen.

Auch die beitragsfreie Mitversicherung von Familienangehörigen in der Sozialversicherung ist sozial nicht gerecht. So finanzieren alleinerziehende Mütter, die arbeiten müssen, in der gesetzlichen Krankenversicherung mit ihren Beiträgen selbst kinderlose, nicht erwerbstätige Frauen mit, die es sich leisten können zu Hause zu bleiben.

Viele Transferleistungen orientieren sich an der am Einkommen gemessenen Leistungsfähigkeit und nicht an der potenziellen Leistungsfähigkeit. Letzteres könnte das Transfervolumen jedoch merklich vermindern und so zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen.

### SUBVENTIONEN ABBAUEN

Subventionen sind ein Dauerthema, wenn nach Sparmöglichkeiten in den öffentlichen Haushalten gesucht wird – bislang allerdings ohne nachhaltigen Erfolg. So hatte die Steinbrück-Koch-Kommission »



Weil Sie später keinem auf der Tasche liegen wollen. Die Pflege-Zusatzversicherung.

Wenn im Pflegefall Kosten von mehreren Tausend Euro im Monat zusammenkommen, reicht die gesetzliche Pflegeversicherung nicht aus. Letztlich müssen unsere Kinder für unsere Pflege aufkommen. Gut, dass der Staat jetzt die zusätzliche private Pflegevorsorge fördert. Sie hilft Jung und Alt. Erfahren Sie mehr unter [www.pkv.de](http://www.pkv.de)

**PKV**  
Verband der Privaten  
Krankenversicherung

» Streichlisten erarbeitet in Höhe von mehr als zehn Milliarden Euro, von denen bislang aber kaum etwas umgesetzt wurde.

Nach dem Subventionsbericht der Bundesregierung summierten sich 2012 die in Deutschland gezahlten Subventionen auf 31,2 Milliarden Euro. Auf Basis einer erweiterten Subventionsabgrenzung kommt das Kieler Institut für Weltwirtschaft für 2010 sogar auf 163,6 Milliarden Euro.

**BESITZSTÄNDE ABSCHAFFEN**

Vielfach handelt es sich bei den Subventionen um „Besitzstände“, die verteidigt werden, auch wenn sie wirtschaftlich überholt sind. Das Sparpotenzial ist deshalb erheblich. Eine Umstrukturierung ineffizienter öffentlicher konsumtiver Ausgaben zugunsten investiver Ausgaben für Bildung, Forschung, Infrastruktur und Gesundheit könnte Wachstumsimpulse freisetzen. Denn der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen des Staates an seinen Gesamtausgaben ist seit den Siebzigerjahren von gut 12 auf 3,5 Prozent, ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt von mehr als 4,5 Prozent auf 1,5 Prozent gefallen (siehe Grafik). Würde der Staat hier umsteuern, würde das letztlich auch zu mehr Steuereinnahmen führen – und zwar ohne Steuererhöhungen. Das wieder würde die Konsolidierung der Staatsfinanzen erleichtern.

**WACHSTUMSPOLITIK NÖTIG**

Eine geringere Abgabenbelastung ist Voraussetzung und Folge wirtschaftlichen Wachstums. Deshalb ist eine auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtete Wirtschaftspolitik die beste Voraussetzung für ausgeglichene Staatshalte. Sie ermöglicht mehr Menschen zu arbeiten und ein eigenes Einkommen zu erzielen.

Dadurch würden auch die Steuereinnahmen zunehmen. So können Staatseinnahmen auch ohne Abgabenerhöhungen wachsen. Weil dann mehr Menschen arbeiten und weniger auf staatliche Hilfen angewiesen sind, bleiben dem Staat mehr Mittel für Investitionen

in Bildung, Forschung, Infrastruktur und Gesundheit.

Staatliche Wirtschaftspolitik sollte die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Unternehmen Anreize haben, gut bezahlte, nachhaltig sichere Arbeitsplätze zu schaffen. Staatliche Gelder sollen nicht dazu eingesetzt werden, reaktiv Probleme zu beseitigen, sondern aktiv und präventiv, damit Probleme gar nicht erst entstehen.

**IN BILDUNG INVESTIEREN**

Anstatt Chancengerechtigkeit zu schaffen, hat das deutsche Bildungssystem die Vererbung von Bildungschancen zementiert. Die Bildung der Eltern bestimmt immer noch maßgeblich den Bildungserfolg der Kinder. Deshalb muss unser Bildungssystem durchlässiger werden.

Bildungsreform ist deshalb vor allem eine Reform ihrer Finanzierung. Staatliche Angebote müssen die fehlende Förderung der Kinder in bildungsfernen Familien kompensieren: Frühe Qualitätssicherung ist effizienter als teure und mühselige Reparaturen später. Auch in der Hochschulausbildung ist eine Finanzierungsreform nötig. Deutschland kehrt jetzt zu einem gebührenfreien System zurück, obwohl gerade dieses System die Vererbung von Bildungsbiografien gefördert hatte. Studiengebühren wurden von ihren Gegnern als ungerecht gebrandmarkt.

Aber das Gegenteil ist richtig. Es sind nicht die Gebühren, die Ju-

**163,6 Milliarden Euro**

betrogen laut dem Kieler Institut für Weltwirtschaft 2010 die in Deutschland gewährten Subventionen

gendliche aus finanziell schwächeren Familien vom Studium fernhalten, sondern das fehlende Abitur. Was nützt ein gebührenfreier Uni-Zugang, wenn Kinder aus Arbeiterfamilien schon viel früher benachteiligt werden, sodass sie es gar nicht erst bis zur Hochschulreife schaffen?

Die Kinder der wohlhabenden Akademikerfamilien erhalten dagegen das Studium geschenkt, das beispielsweise auch Wachleute, Wäscherinnen und Reinigungskräfte mit ihrem kargen Gehalt mitfinanzieren.

Ein System aus Studiengebühren, -krediten in bundesweiter Ausfallbürgschaft und Zinssubvention sowie einkommensabhängigen und nicht rückzahlbaren Bafög-Zuschüssen würde einen effizienten und fairen Hochschulzugang für alle ermöglichen. Damit würde Chancengleichheit weniger vom Familienhintergrund und mehr vom eigenen ökonomischen Erfolg abhängen.

**FÄHIGKEITEN ENTSCHEIDEN**

Nachhaltige Bildungspolitik muss allerdings nicht nur bei Jugendlichen, sondern auch bei Erwachsenen dafür sorgen, dass die Menschen beschäftigungsfähig sind und bleiben.

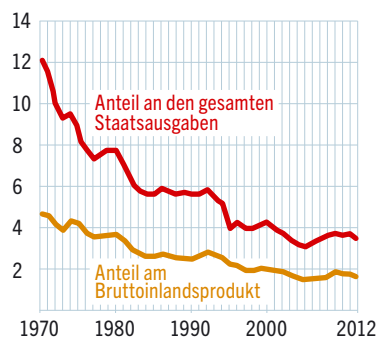
Denn in der Arbeitsmarktpolitik geht es immer mehr um die Beschäftigungsfähigkeit und nicht allein um Beschäftigung. Wissen und berufliches Können sind für die meisten Deutschen das größte Vermögen, ihr Arbeitslohn ist bei Weitem ihr wichtigstes Einkommen. Eine Strategie, die sich an der Beschäftigungsfähigkeit orientiert, verringert die Gefahr, dass Menschen ohne eigene Einkommensmöglichkeit bleiben.

Einer staatlichen Bildungspolitik kommt deshalb die fundamentale Aufgabe zu, immer wieder für Aufstieg, Durchlässigkeit und dauerhafte Beschäftigungsfähigkeit zu sorgen.

Grundlage des Textes ist die im Auftrag der INSM erstellte Studie „Der Staat hat genug“ von Michael Bräuninger, Jörg Hinze und Thomas Straubhaar vom Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut. Redaktion: Klaus Methfessel

**Stetig abwärts**

Entwicklung der öffentlichen Investitionen (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt, HWWI WirtschaftsWoche

# Fatale Nebenwirkungen

Die Finanztransaktionssteuer soll zu mehr Gerechtigkeit beitragen, indem sie die Banken an den Lasten der Finanzkrise beteiligt. Tatsächlich belastet sie jedoch auch die private Altersvorsorge stark.

Nach Vorstellungen der EU-Kommission soll die Finanztransaktionssteuer einen fairen und substanziellen Beitrag zur Deckung der durch die Finanzkrise entstandenen Kosten leisten, für die bisher der Steuerzahler geradestand. Auch soll sie die Privilegierung des Finanzsektors, der ja von der Mehrwertsteuer befreit ist, gegenüber anderen Wirtschaftssektoren beenden.

Doch gut gemeint ist nicht immer gut gemacht. Denn diese Steuer, die im Januar 2014 eingeführt werden und jährlich 57 Milliarden Euro Einnahmen generieren soll, würde die private Altersvorsorge erheblich belasten, wie eine Studie des Münchner Professors Christoph Kaserer im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zeigt. Die Belastung klingt minimal, sie soll mindestens 0,1 Prozent des Transaktionsvolumens im Handel mit Aktien, Anleihen, Geldmarktinstrumenten und Fondsanteilen sowie bei Derivatekontrakten mindestens 0,01 Prozent des Nominalwerts betragen.

## ALTERSVORSORGE IN NOT

Die Steuer ist von jedem in der EU ansässigen Institut geschuldet, das an einer Transaktion beteiligt ist. Sind an den Transaktionen auf beiden Seiten Finanzinstitute beteiligt, verdoppelt sich die Steuer. Zu den Finanzinstituten zählen neben Kreditinstituten und Wertpapierfirmen auch Versicherungen, Pensionsfonds und Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge sowie Kapitalanlagegesellschaften.

Die Belastung durch die Finanztransaktionssteuer auf die private Altersvorsorge wird bislang vernachlässigt, weil eine langfristige Vermögensanlage bei Versicherungen, Pensionsfonds oder Invest-

mentfonds davon angeblich nicht so sehr betroffen ist, da diese Anlageformen nur eine geringe jährliche Umschlaghäufigkeit hätten.

Hinter dieser Annahme steht die Vermutung, dass private Anleger eine sogenannte Buy-and-hold-Strategie verfolgen. Dann würde die Transaktionssteuer in Höhe von 0,1 Prozent bei einer Altersvorsorge von 30 Jahren wie eine einmalig zu zahlende Vermögensteuer in Höhe von 0,2 Prozent wirken. Eine jährliche Rendite von 5,0 Prozent würde sich dadurch auf 4,99 Prozent vermindern. Das wäre in der Tat zu vernachlässigen.

Diese Annahme ist jedoch wirklichkeitsfremd, denn auch das Vermögen zur Altersvorsorge wird kontinuierlich umgeschichtet. Wer privat vorsorgt, hält sein Vermögen meist nicht selbst in Form von Aktien oder Anleihen, sondern als betriebliche Altersvorsorge oder als Portfolio von streng regulierten, von institutionellen Investoren angebotenen Altersvorsorgeprodukten wie Lebensversicherungen oder Investmentfonds.

Bei diesen Finanzanlagen nimmt die Umschlaghäufigkeit kontinuierlich zu. So stieg sie an den Aktienmärkten von 50 Prozent Anfang der Neunzigerjahre auf weltweit 169 Prozent und europaweit auf 133 Prozent für den Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2011. Wurde also früher die Hälfte aller Aktien einmal im Jahr umgeschichtet, ist der Wert weltweit heute mehr als dreimal so hoch und in Europa gut zweieinhalbmal so hoch.

Bei den Investmentmanagern, die speziell Pensionsfonds und Versicherungen steuern, dürfte die Umschlaghäufigkeit geringer sein, da sie in ihrem Portfolio auch Immobilien halten und langfristiger orientiert sind. Zwar liegen zu die-

## 57 Milliarden Euro

soll die Finanztransaktionssteuer bringen – und würde die private Altersvorsorge erheblich belasten

ser Gruppe für Deutschland keine Daten vor. Als Anhaltspunkt können Werte aus den USA dienen, wo 2011 die Umschlaghäufigkeit für Pensionsfonds bei 39 Prozent und für Versicherungen bei 37 Prozent lag. Da aber Versicherungen und Pensionskassen 25 Prozent ihrer Anlagen direkt über Fonds halten, ist eine Umschlaghäufigkeit von 30 bis 60 Prozent für Versicherungen und Pensionsfonds möglich.

## JÄHRLICH HOHE EINBUSSEN

Bei allen Finanzanlagen für die Altersvorsorge ist also mit einer Umschlaghäufigkeit zwischen 40 und 80 Prozent zu rechnen. Eine Finanztransaktionssteuer würde bei privaten Renten zu einer jährlichen Einbuße von 2,5 bis 5,5 Prozent führen – eine 40-jährige Ansparphase, eine Lebenserwartung von 20 Jahren nach Renteneintritt und eine Rendite von fünf Prozent unterstellt. Damit würde die Belastung durch die Finanztransaktionssteuer die Staatszulagen durch die Riester-Rente übertreffen.

Welche Größenordnung die Belastung erreicht, lässt sich am Beispiel der Lebensversicherungen illustrieren. Diese haben 2011 Leistungen im Erlebensfall in Höhe von rund 50 Milliarden Euro ausgeschüttet. Bei dem günstigsten Fall einer Einbuße in Höhe von 2,5 Prozent durch die Transaktionssteuer wäre das allein schon ein Betrag von 1,25 Milliarden Euro pro Jahr.

Der Anspruch größerer Gerechtigkeit an den Finanzmärkten geht also auch zulasten derjenigen, die privat fürs Alter vorsorgen. ■

Basis des Textes ist die im Auftrag der INSM erstellte Studie „Finanztransaktionssteuer und Altersvorsorge – Wirkungen und Nebenwirkungen“ von Professor Christoph Kaserer vom Lehrstuhl für Finanzmanagement und Kapitalmärkte an der TU München. Redaktion: Klaus Methfessel

# Wem die Sonne scheint

Die Finanzierung der Energiewende ist ein Skandal: Nicht nur weil die Kosten explodieren, sondern weil sie vor allem die unteren Einkommenschichten belastet.

**S**pätestens seit dem beschlossenen beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie ist es politischer Konsens in Deutschland, dass die Energieversorgung bis zur Mitte des Jahrhunderts weitgehend auf erneuerbare Energien umgestellt werden soll.

Im Mittelpunkt der Energiewende steht die Stromerzeugung. Die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen wird allerdings schon seit mehr als 20 Jahren gefördert – zunächst mit dem Stromeinspeisegesetz und seit 2000 mit dem Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz, kurz EEG).

Dadurch ist der Anteil erneuerbaren Stroms an der gesamten Stromerzeugung auf inzwischen rund 25 Prozent gestiegen. Das klingt nach einer Erfolgsgeschichte – wäre sie nicht mit Milliardensubventionen verbunden, durch die ärmere Haushalte deutlich stärker belastet werden.

## DAS EEG VERPFLICHTET

Das liegt an der besonderen Konstruktion des EEG. Danach sind die Netzbetreiber verpflichtet, Erneuerbare-Energien-Anlagen vorrangig an ihr Netz anzuschließen. Sie müssen den gesamten dadurch erzeugten Strom vorrangig und vollständig abnehmen, an die Stromverbraucher weitergeben und vergüten – unabhängig von der aktuellen Stromnachfrage und dem aktuellen Marktpreis.

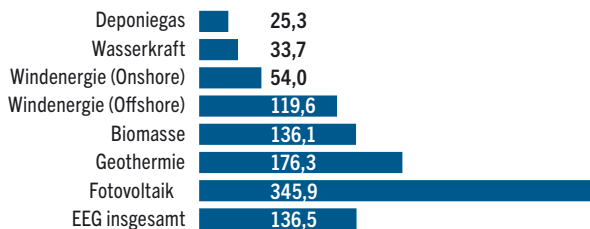
Den Anlagenbetreibern wird dafür eine Mindestvergütung garantiert, die sich nach der Technologie und der Anlagengröße richtet. Sie wird in der Regel für 20 Jahre zugesichert und übersteigt den Marktpreis oft um ein Vielfaches.

Der abgenommene und vergütete Strom wird von den Netzbetreibern an der Strombörse zu Markt-

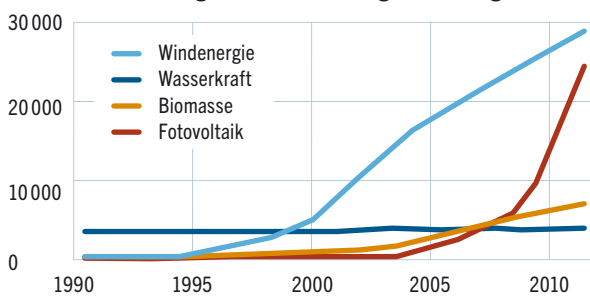
preisen verkauft. Die Differenzkosten zwischen der durchschnittlich gezahlten Vergütung nach dem EEG und dem durchschnittlichen Marktpreis wird über ein Umlageverfahren auf die Stromverbraucher gewälzt. Betrug die Umlage im Jahr 2000 erst 0,2 Cent pro Kilowattstunde, kletterte sie bis 2009 kontinuierlich auf 1,31 Cent. Seitdem steigt sie sprunghaft: 2010 auf 2,05 Cent, 2011 auf 3,53 Cent und

## Aus dem Ruder gelaufen

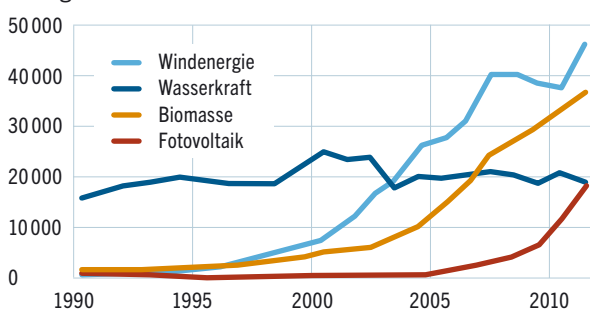
CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten im EEG (in Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> 2011)



Installierte Leistung erneuerbarer Energien (in Megawatt)



Beitrag erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung (in Gigawattstunden)



Quelle: BMU, eigene Berechnungen

in diesem auf auf 5,277 Cent pro verbrauchter Kilowattstunde.

Durch eine regelmäßige Senkung der Vergütungssätze sowie weitere Anpassungen sollten die Kosten des EEG eigentlich langsamer steigen als die erzeugte Strommenge. So sinkt die Vergütung für Strom aus Wasserkraft jährlich um ein Prozent, für Strom aus Biomasse um zwei Prozent.

## MILLIARDENBELASTUNG

Doch eine Erfolgsgeschichte ist das nicht, obwohl sich die durch erneuerbare Energien gewonnene Strommenge seit dem Jahr 2000 mehr als verdreifacht hat. Denn der erneuerbare Strom wird nicht wie beabsichtigt immer günstiger.

Tatsächlich steigen die durchschnittlichen Vergütungssätze seit der Einführung des EEG kontinuierlich. So kostete 2000 eine Kilowattstunde Ökostrom 8,5 Cent, heute sind es 18,1 Cent, ein Anstieg um 112 Prozent. Die gesamte Umlage belastet die Stromverbraucher in diesem Jahr mit gut 20 Milliarden Euro, nach rund 14 Milliarden 2012.

Insgesamt sind dadurch gut 50 Milliarden Euro an Subventionen geflossen. Die Summe der künftig zu zahlenden Subventionen aufgrund schon bestehender Anlagen dürfte sogar einen dreistelligen Milliardenbetrag erreichen.

## KOSTENEXPLOSION

Die durchschnittlichen Vermeidungskosten pro Tonne CO<sub>2</sub> betragen damit heute beim EEG ungefähr 137 Euro, bei der Fotovoltaik sind es sogar 346 Euro. Das ist ungleich mehr als beim CO<sub>2</sub>-Emissionshandel, bei dem die Kosten pro Tonne in den vergangenen Jahren rapide gefallen sind, und zwar von 18 Euro 2011 bis zum Mai dieses Jahres auf vier Euro.



Die Kostenexplosion beim EEG liegt vor allem am Ausbau der besonders teuren Fotovoltaik. Deutschland liegt bei der installierten Leistung von Fotovoltaikanlagen weltweit auf Platz eins. Die insgesamt installierte Leistung aus erneuerbaren Energien lag im August 2012 bei rund 70 Gigawatt. Das entspricht über 40 Prozent der verfügbaren Kraftwerksleistung in Deutschland.

### SOLIDE BIOMASSE

Wobei sich nicht alle regenerativen Quellen gleichermaßen gut nutzen lassen. Biomassekraftwerke etwa können mit rund 85 Prozent sehr gut ausgelastet werden. Die Leistung von Wind- und Fotovoltaikanlagen schwankt dagegen stärker. Sie sind durchschnittlich nur zu 15 bis 25 Prozent (Wind) beziehungsweise zu zehn Prozent (Fotovoltaik) ausgelastet. Aufgrund der unterschiedlichen Einspeisevergütung lag der Anteil des im Jahr 2011 durch Fotovoltaik erzeugten Stroms am EEG-Strom bei 21 Prozent, die Besitzer der Anlagen hingegen kassierten aber knapp 46 Prozent der gesamten Subvention. Für einen typischen Haushalt mit einer Abnahmemenge von 500 Kilowattstunden Strom pro Jahr bedeutete dies eine Zunahme der ausgewiesenen EEG-Kosten von rund sieben Euro 2000 über 71,80 Euro 2010 auf 185 Euro 2013. Inklusive Mehrwertsteuer, die ja auf den Strompreis aufgeschlagen wird, sind das 220 Euro.

### GROSSE UMVERTEILUNG

Da die EEG-Umlage von den Stromkunden und nicht aus dem allgemeinen Staatshaushalt finanziert wird, ist mit ihr eine erhebliche Umverteilung verbunden. Denn der Stromverbrauch wächst mit steigendem Einkommen nur wenig, sodass Geringverdiener von den Extrakosten für Ökostrom fast genauso stark betroffen sind wie wohlhabende Haushalte. So liegen die Stromkosten in den oberen Einkommensklassen absolut zwar etwas höher als in den unteren. Im Vergleich zu den Einkommen ist dieser Unterschied jedoch gering.

# 20 Milliarden Euro

beträgt die Belastung, die dem Verbraucher in diesem Jahr durch das EEG entstehen wird

Während das Nettoeinkommen des wohlhabendsten Zehntels der Bevölkerung rund sechsmal so hoch ist wie das des ärmsten Zehntels, sind die Stromkosten des oberen Zehntes nur rund ein Viertel höher. Entsprechend verhält es sich mit der EEG-Umlage. Für die ärmere Hälfte der Bevölkerung liegt die bedarfsgewichtete EEG-Umlage in diesem Jahr bei 8,75 Euro pro Kopf, bei den reichsten zehn Prozent bei 10,75 Euro.

### UMLAGE WIRKT REGRESSIV

Die einkommensschwächsten zehn Prozent der Bevölkerung mussten damit 2013 mehr als 1,3 Prozent ihres Einkommens für die EEG-Subvention aufwenden,

das einkommensstärkste zehnte nur etwa 0,25 Prozent. Besonders belastet sind auch Alleinerziehende. Sie müssen im Durchschnitt fast 0,9 Prozent ihres Einkommens für die Umlage aufbringen – im Verhältnis zu ihrem Einkommen doppelt so viel wie kinderlose Paare.

Die EEG-Umlage wirkt somit eindeutig regressiv. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass von den Einnahmen aus dem EEG vor allem die oberen Einkommenschichten profitieren. Denn in den unteren Einkommensbereichen sind so gut wie keine Solarhaushalte zu finden.

Ihre Anzahl steigt mit zunehmendem Einkommen. Jeder fünfte Solarhaushalt gehört zum reichsten Zehntel der Bevölkerung. Insgesamt erwirtschafteten die etwa eine Million Solarhaushalte – das sind knapp 2,5 Prozent der über 40,4 Millionen Privathaushalte in Deutschland – im Jahr 2011 einen Überschuss von knapp einer Milliarde Euro. Über die Hälfte dieses Überschusses ging an die Haushalte der obersten drei Einkommenszehntel.

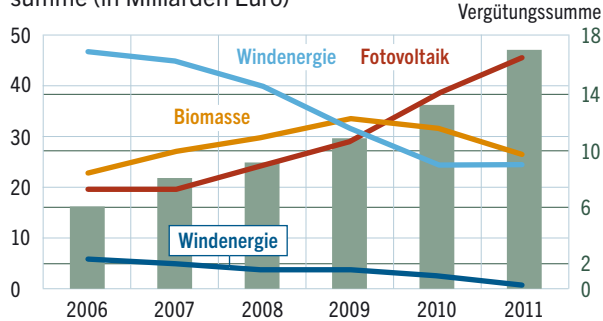
### ÄRMERE SIND NETTOZAHLER

Stellt man diesen Vergütungen die EEG-Kosten der Haushalte gegenüber, die auf Fotovoltaikanlagen zurückzuführen sind, so gehören nur die ärmsten 20 Prozent der Haushalte zu den Nettozahlern. Im Durchschnitt profitieren die wohlhabenderen Haushalte, weil durch den Betrieb von Fotovoltaikanlagen mehr Vergütungen an die privaten Haushalte fließen, als diese über die EEG-Kosten selbst finanzieren.

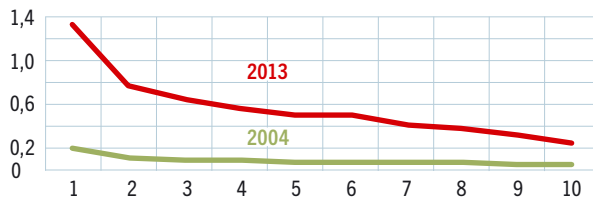
Das liegt daran, dass der Anteil privater Fotovoltaikanlagen höher ist als der Finanzierungsanteil der privaten Haushalte an der EEG-Umlage. Denn zu rund zwei Dritteln wird diese Umlage von Unternehmen aus dem Industrie- und Dienstleistungssektor getragen. ■

### Teure Fotovoltaik

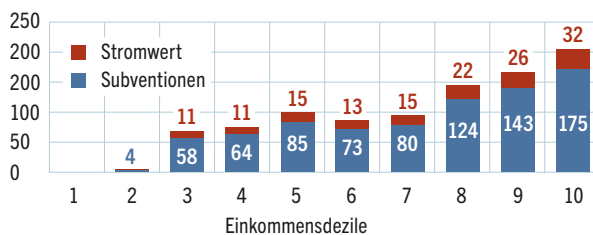
Vergütungen für erneuerbare Energien aus der EEG-Umlage (in Prozent der Vergütungen) und Vergütungssumme (in Milliarden Euro)



Anteile der EEG-Umlage am Einkommen (Einkommensdezile auf Basis bedarfsgemäßer Pro-Kopf-Einkommen in Euro)



Gewinne aus privaten Fotovoltaikanlagen (in Millionen Euro, 2011, Einkommensdezile auf Basis bedarfsgemäßer Pro-Kopf-Einkommen)



Quelle: SOEP, Übertragungsnetzbetreiber, eigene Berechnungen

WirtschaftsWoche

Basis des Textes ist die Studie im Auftrag der INSM, „Die Förderung erneuerbarer Energien“ von Hubertus Bardt, Judith Niehues und Holger Teichert vom Institut der deutschen Wirtschaft. Redaktion: Klaus Methfessel

# Utopie der Gerechtigkeit

Keine Generation lebt wie die vorherige. Jede Zeit ist von Unvorhersehbarem bestimmt – von Krisen, Kriegen oder Erfolgen. Insofern kann es auch keine wirkliche Generationengerechtigkeit geben, meint Axel Börsch-Supan. Aber wir brauchen verbindliche, langfristige Regeln, etwa fürs Rentenalter.

**G**erechtigkeit ist eine für den Zusammenhalt einer Gesellschaft zentrale Maxime, und so ist man selbstverständlich schnell bereit, auch die Gerechtigkeit zwischen den Generationen als eine solche anzusehen. Angesichts des demografischen Wandels stellt sich die Frage der Generationengerechtigkeit besonders deutlich. Denn die politische Brisanz der Reformen, mit denen wir unsere Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung langfristig finanzierbar machen wollen, sind vor allem Probleme des Ausgleichs zwischen den Generationen.

Wie schön wäre es da, ein transparentes, quantifizierbares und für alle verifizierbares Konzept zu haben, das uns sagt, welche Handlungsoptionen generationengerecht sind und welche nicht.

Um es auf den Punkt zu bringen: Dies gibt es leider nicht. Es erweist sich als unmöglich, für die allseits wohlfeil im Munde geführte Generationengerechtigkeit ein Konzept auf die Beine stellen, das uns klar sagt, so weit müssen wir die eine Generation belasten oder die andere entlasten.

Zu kompliziert ist das, was eine Generation vereint und von anderen Generationen unterscheidet, und zu eng ist das Korsett, mit dem uns die finanziellen Sachzwänge einschnüren.

Generationengerechtigkeit ist eine Schimäre, die bei genauerer Betrachtung weder zu konkreten Handlungsanweisungen führt – ein pragmatischer Grund zur Skepsis – noch auf einem theoretisch sauber definierten Konzept beruht – ein konzeptioneller Grund zur Skepsis.

## DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG IST DRAMATISCH

Am konkreten Beispiel zeigt sich am besten, die Schwächen des Begriffs klarzumachen. Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist ein besonders geeignetes Beispiel, da sie in Reinkultur den ins Schwanken geratenen Ausgleich zwischen den Generationen verkörpert. Die finanzielle Lage der gesetzlichen Rentenversicherung ist durch unser relativ geringes Wirtschaftswachstum, vor allem aber durch den demografischen Wandel bedroht.

Die Zahlen sind bekannt: Zwischen 2000 und 2035 verdoppelt sich die Zahl der Menschen im Renten empfangenden Alter, bezogen auf die Zahl derjenigen Menschen, die in die Rentenversicherung einzahlen. Wie soll man auf diese dramatische Entwicklung reagieren, um generationengerecht zu handeln?

Option 1 setzt das gewohnte Rentenniveau unserer Eltern generation als Maßstab fest. Daraus kann man berechnen, wie hoch die Einnahmen, das heißt der Beitragssatz und der steuerfinanzierte Bundeszuschuss, sein müssen, um dieses Rentenniveau zu finan-



**Axel Börsch-Supan**, Professor für Makroökonomie und Wirtschaftspolitik, ist Direktor des Munich Center for the Economics of Aging des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik, Mitglied der Deutschen Nationalakademie Leopoldina und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

zieren. Aufgrund des demografischen Wandels müssten sich diese bis 2035 in etwa verdoppeln. Option 2 ist das Spiegelbild von Option 1: Wir legen die heutigen Einnahmenparameter fest, das heißt Beitragssatz und Bundeszuschuss. Daraus ergibt sich, dass sich bis 2035 das Rentenniveau in etwa halbieren muss. Option 3 knüpft schließlich an das Rentenalter an. Es müsste bis 2035 um etwa sieben Jahre ansteigen, wenn Rentenniveau und Beitragssatz bei ihren heutigen Werten bleiben.

## MENSCHEN LEBEN ZU LANG

Welche der drei Optionen ist generationengerecht? Die intuitive Antwort – eine Mischung aller drei Optionen ist besser als jedes der drei Extreme – liegt nicht so falsch. Aber wie soll sie gewichtet sein? Je ein Drittel? Die beiden ersten zu einem Viertel und die letzte zur Hälfte? Eine gute Grundlage einer Quantifikation wäre das Verursacherprinzip.

Es gibt zwei Ursachen des demografischen Umbruchs: zum einen die ungebrochene Erhöhung der Lebenserwartung, zum anderen der Geburtenrückgang.

Derzeit erhöht sich die Lebenserwartung etwa alle sieben Jahre um ein Jahr. Dies bedeutet, dass

jede Generation etwa vier Jahre länger lebt als die vorherige. Wer sollte diese zusätzliche Finanzierungs last tragen? Man könnte argumentieren, dass diejenige Generation die Finanzierungs last tragen muss, die von der längeren Lebensspanne profitiert.

Im konkreten Fall hieße das, die neue Rentner generation muss entweder vier Jahre später in Rente gehen oder eine entsprechend niedrigere Rente in Kauf nehmen. Genauso gut könnte man aber auch argumentieren, dass der Generationenvertrag der Umlagefinanzierung impliziert, dass die junge Generation die Finanzierungs last der zusätzlichen vier Jahre trägt, denn schließlich ist die Verlängerung der Lebensspanne ja kein neues Ereignis, vielmehr hat schon seit Begründung der Rentenversicherung jede jüngere Generation die zusätzliche Lebenserwartung der älteren Generation finanziert. Das Konzept der Generationengerechtigkeit hilft uns also hier nicht weiter.

## KINDER ALS SOZIALVERSICHERUNG

Der zweite Grund für den demografische Wandel ist die niedrige Geburtenrate. Die Babyboom-Generation, in einer Zeit geboren, als ihre Mütter im Durchschnitt circa 2,4 Kinder auf die Welt brachten, hat selbst weniger als 1,4 Kinder pro Mutter bekommen. Ein Kind pro Mutter fehlt, um die Finanzierungs last über die beiden Generationen hinweg gleichzuhalten. Wer soll die Kosten für die zusätzliche Finanzierungs last tragen?

Im derzeitigen Umlageverfahren wird die Last der dritten Generation, nämlich den Kindern der Babyboom-Generation aufgebürdet. Das erscheint ungerecht: Intuitiv erscheint es richtiger, der Babyboom-Generation die Folgen ihrer eigenen „Kinderunfreudigkeit“ anzulasten. Etwas nüchterner betrachtet, sehen wir jedoch wiederum die Untauglichkeit solcher naiven Generationengerechtigkeitsargumente.

Das Umlageverfahren bürdet einer Generation die Lasten der nächsten Generation auf, in der Hoffnung, dass in der Zukunft entstehende neue Lasten von der übernächsten Generation getragen werden. Zudem ist der Geburtenrückgang nur vordergründig der Babyboom-Generation anzurechnen, weil sie zu wenig Kinder bekommen hat, denn namhafte Wissenschaftler vertreten die These, dass die Einführung der Sozialversicherung Kinder als Mittel zur Altersvorsorge überflüssig gemacht hat und es daher für die Babyboom-Generation nur sinnvoll war, weniger Kinder zu bekommen.

Schuld wäre also Bismarck und die Sozialpolitiker seiner Generation, weil diese eine Fehlkonstruktion im Aufbau der Sozialversicherungen dadurch verursacht haben, dass sie nicht an die entsprechenden Fehlansätze gedacht haben. Das Beispiel zeigt, wie schnell uns die Anwendung des Verursacherprinzips auf eine geschichtliche Ausgangssituation überfordert und zu absurden Ergebnissen führen kann.

### JEDER GENERATION IST GESCHICHTSABHÄNGIG

Das Grundproblem des Konzepts der Generationengerechtigkeit liegt in der Geschichtsabhängigkeit unserer heutigen Situation. Gerechtigkeitskonzepte kann man relativ einfach und in sich konsistent in einer linear sich entwickelnden Welt definieren, weil sich dann auch die Lasten und der Fortschritt gleichmäßig entwickeln. In der Realität macht die Geschichte jedoch Sprünge: Sie ist gekennzeichnet durch Erfindungen und Wirtschaftswunder, aber auch Krisen und Kriege. Keine Generation lebt so wie die vorherige, multipliziert mit einem konstanten Fortschrittsfaktor.

Ein sauber definiertes Konzept der Generationengerechtigkeit muss also eine Bilanz aller Vor- und Nachteile aufstellen, welche die Geschichte einer bestimmten Generation beschert, und darin die Gewinne und Kosten von Erfindungen, Kriegen, wirtschaftlichen und demografischen Krisen jeder einzelnen Generation nach dem Verursacherprinzip zurechnen. Das ist schlichtweg unmöglich.

Das Konzept der Generationengerechtigkeit ist daher eine Utopie, die abstrakt bleibt, weil sie sich nicht quantifizieren lässt, und die naiv ist, weil sich aus ihr für zentrale Fragen der Gesell-

schaft, wie zum Beispiel eine nachhaltige Rentenreform, keine konkreten Handlungsanweisungen ergeben. Genau so, wie die Nachkriegsgeneration keine andere Wahl hatte, als wieder von vorne anzufangen, generationengerecht oder nicht, hat die Babyboom-Generation keine andere Wahl, als einen Teil ihrer Rente selbst zu finanzieren.

### POLITIK BRAUCHT GENERATIONSGERECHTE REGELN

Die Babyboom-Generation ist daher – ebenso wie alle übrigen Generationen – in ihrer Geschichte gefangen. Ob sie es besser oder

schlechter hat als ihre Elterngeneration, deren Jugend während Nazizeit und Zweitem Weltkrieg stattfand, kann man nicht beurteilen. Und ob sie es besser oder schlechter hat als ihre Kindergeneration, können wir nicht wissen. Neben der mangelnden Umsetzbarkeit in konkretes politisches Handeln macht diese Geschichtsabhängigkeit das Konzept der Generationengerechtigkeit auch prinzipiell fragwürdig.

Die notwendigen Handlungsanweisungen ergeben sich eher aus dem engen Korsett, in das uns die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik einzwängt, und aus dem allgemeinen Prinzip der Nachhaltigkeit. Für beides braucht man entsprechende Re-

geln, in welche die langfristige Politik und die Kompromisse, die dann als „generationengerecht“ politisch vermarktet werden, gegossen werden. So brauchen wir beispielsweise eine einsichtige Regel für das Rentenalter.

Mein Vorschlag ist eine 2:1 Aufteilungsregel, nach der drei gewonnene Lebensjahre zwei Jahre mehr Arbeit und ein Jahr mehr Rentenbezug bedeuten. Wir brauchen ebenso einen Nachhaltigkeitsfaktor, der Beitragssatz und Rentenniveau an den Altersquotienten anpasst, und dieser darf nicht andauernd so ausgesetzt werden, dass er den „generationengerechten“ Kompromiss wieder aushebelt.

### HÖHERER EIGENANTEIL DER ÄLTEREN AN DER RENTE

Wir brauchen einen gleitenden Übergang zu einem höheren Eigenanteil der an Lebensjahren gewinnenden Generation an der eigenen Rente, weil er die Generationen entkoppeln kann. Und schließlich dürfen Staatsschulden nicht immer weiter steigen, denn dadurch bürdet eine Generation unilateral der nächsten Generation höhere Belastungen auf.

All dies sind praktikable Handlungsanweisungen, die sich auch umsetzen lassen. Wie immer man Generationengerechtigkeit auch definiert: Gerecht kann nur sein, solche einmal gefundenen Regeln und Prinzipien auch langfristig und zeitkonsistent durchzuhalten. ■

»Die Staatsschulden dürfen nicht immer weiter steigen. Denn es ist nicht gerecht, wenn eine Generation der nächsten unilateral stets höhere Belastungen aufbürdet«

# Welche Kompromisse müssen wir machen?

**Frage:** Wird man in unserem Wirtschaftssystem für gute Leistungen belohnt oder lohnt sich die Leistung bei uns nicht?

Lohnt sich nicht		Leistung lohnt sich	
26	Bevölkerung insgesamt	53	
24	West	57	
34	Ost	39	
Haushalteinkommen			
36	unter 1750 Euro	38	
28	1750 bis unter 3000 Euro	55	
17	3000 Euro und mehr	63	
Aufstiegschancen in Deutschland sind...			
17	...(sehr) gut	65	
35	...weniger gut	45	

**Um mehr Leistungsgerechtigkeit zu erreichen, ist folgendes wichtig:**

Wer arbeitet, sollte spürbar mehr verdienen als derjenige, der von staatlicher Unterstützung lebt	81%
Gleiche Bezahlung für gleiche Leistung durchsetzen	73%
Ein Mindesteinkommen für Arbeitnehmer sicherstellen	72%
Eine Zuschussrente für Rentner einführen, die viele Jahre gearbeitet haben und trotzdem eine geringe Rente erhalten	70%
Die Bezahlung auch im öffentlichen Dienst stärker an der Leistung orientieren	59%
Die Steuerprogression abmildern	44%

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv

**WirtschaftsWoche**

FOTOS: DENZ SAYLAN FÜR WIRTSCHAFTSWOCHÉ (2), ANDREAS CHUDOWSKI FÜR WIRTSCHAFTSWOCHÉ



**Sabine Janzen, 52, Kommunikationsdesignerin im Saarland.** Ich habe Kommunikationsdesign studiert. Danach war ich drei Jahre in Frankfurt und zehn Jahre in Hamburg Art-direktorin bei großen Werbeagenturen. 2002 machte ich mich selbstständig. Als Freiberuflerin in der Werbebranche in einer Stadt wie Hamburg wird einem viel abverlangt. Es ist dann schwierig, nächtelang durchzuarbeiten und den Lebensstandard zu halten – vor allem auch als Mutter von damals zwei kleinen Töchtern. Mit meinem Mann und den Kindern sind wir in unsere Heimat ins Saarland zurückgezogen. Hier haben wir familiären Rückhalt, und es gibt viel zu tun. Gute Arbeit wird überall belohnt.

**»Es ist schwierig, als Freiberuflerin und Mutter junger Kinder konkurrenzfähig im Job zu bleiben«**

**Michael Pein, 47, Büroleiter am Gymnasium Klosterschule in Hamburg.** Ich war fünf Jahre arbeitslos. Ich hatte eine kaufmännische Ausbildung absolviert und danach viele Jahre im Großhandel als Fahrer und zeitweise als Buchhalter gearbeitet. Nach mehreren Knie-Operationen musste ich meinen Job aufgeben. Ich bin jeden Tag zum Arbeitsamt gegangen. Mein guter Wille wurde nicht belohnt. Es gab nichts. Ich wollte unbedingt arbeiten. Vom Arbeitsamt hätte ich mir mehr erwartet. Es ist schlimm ohne Job. Das muss man erst mal aushalten. Freunde halfen mir in dieser Zeit. Ich habe dann viel ehrenamtlich gearbeitet. Über einen Ein-Euro-Job kam ich schließlich zu meiner heutigen Stelle. Das ist auch dem Engagement des Schuldirektors zu verdanken. Die Arbeit hier erfüllt mich.



**»Keine Arbeit zu haben, muss man erst einmal aushalten«**

**Gregor Kirchner, 47, Unternehmensberater in Starnberg.** Nach dem Studium habe ich im In- und Ausland für große Konzerne im Personal und Vertrieb gearbeitet. Seit acht Jahren bin ich selbstständiger Unternehmensberater. So ein Job funktioniert nur über Leistung. Man braucht ein Netzwerk und das Glück, zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu sein. Finanziell stünde ich in vergleichbarer Position bei einem Konzern sicher nicht schlechter da – aber selbstbestimmtes Arbeiten wiegt für mich alles auf. Von Verbänden und Kammern erwarte ich mehr Innovation in der Förderung von kleinen Firmen. Ich wünsche mir Plattformen, auf denen Dienstleister mit Auftraggebern besser in Kontakt kommen. In Deutschland wird Networking oft mit Seilschaft verwechselt. Das ist wirklich verkrampft.



**»Geld ist nicht die einzige Motivation. Selbstbestimmtes Arbeiten ist für mich wichtiger«**

# Der große Einschnitt

Der Mindestlohn wird Wahlkampfthema: SPD, Grüne und Linke fordern ihn, die CDU nimmt sich des Themas an, die FDP stellt sich nicht mehr dagegen. Doch Vorsicht: Zwischen Nutzen und Schaden liegt nur ein schmaler Grat.



FOTO: PICTURE-ALLIANCE/DPA/WOODBOARD

**Cooler Cut** Ab August 2013 bekommen Friseure im Osten einen Mindestlohn von 6,50 Euro, im Westen 7,50 Euro. Ab 2015 soll er 8,50 Euro betragen

**E**s klingt nach einer Allparteienkoalition im Kampf um Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Als eine ihrer ersten Amtshandlungen, so verspricht die SPD, würde sie nach der Bundestagswahl per Gesetz einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde einführen, damit man von seiner Arbeit „ordentlich leben kann“. Mit der Losung „wenigstens 8,50 Euro“ haben sich die Grünen ihrem Wunschpartner angeschlossen. Vorweg marschiert die Linke im Kampf gegen „Hungerlöhne“ und „Lohndumping“ und fordert zehn Euro. Im Bundesrat unterstützte die Linke die von den SPD-Ländern eingebrachte 8,50-Euro-Gesetzesinitiative, der sogar Saarlands CDU-Ministerpräsidentin »



» Annegret Kramp-Karrenbauer zustimmte. Denn die Union will, zumal im Bundestagswahlkampf, das Thema nicht der Opposition überlassen, auch wenn sie sich nicht direkt für einen Mindestlohn starkmacht. Aber ihre Lösung klingt ähnlich: Sie will eine „allgemeinverbindliche Lohnuntergrenze“ einführen, die überall dort gelten soll, wo keine Tarifverträge in Kraft sind.

Eine Kommission aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern soll die Höhe festsetzen – und zwar je nach Branche und Region differenziert. Der Charme aus Sicht der CDU: Die Lohnfindung respektiert die angestammte Rolle der Tarifpartner, die Politik hält sich heraus. So werde man örtlichen Gegebenheiten gerecht und eliminiere nur die weißen Flecken der Tarifpolitik. „Das ist Marktwirtschaft pur“, sagt Bundesar-

Dies ist auch eine Folge davon, dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt entspannt hat. Konnte vor wenigen Jahren noch die Linke angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen allgemeine Existenzängste schüren („Hartz IV ist Armut per Gesetz“), so zeigt sich mit den Erfolgen der Arbeitsmarktpolitik mehr und mehr: Es droht kein allgemeines Massenelend, vielmehr müssen vernünftige Lösungen für spezielle Gruppen gefunden werden.

So existieren Mindestlöhne inzwischen in 14 Branchen, in denen mehr als vier Millionen Menschen arbeiten – darunter einige, die von der schwarz-gelben Bundesregierung für allgemein verbindlich erklärt wurden. In den meisten liegt die untere Lohnuntergrenze sogar erheblich über oder auf dem Zielwert von SPD und Grünen (siehe Grafik). In diesen Branchen sind auch Un-

insbesondere Jugendliche, die noch keine ausreichende Qualifikation erworben haben, sowie geringfügig Beschäftigte, die nur nebenbei arbeiten (siehe Studie Mindestlöhne Seite 83).

Deshalb auch ist Niedrigentlohnung nicht unbedingt mit Armut verbunden, so paradox es auf den ersten Blick scheinen mag: Denn viele der Geringverdiener leben mit besser verdienenden Partnern zusammen. So wohnen viele Jugendliche, die noch in der Ausbildung sind, bei ihren Eltern, verdienen dann aber mit zunehmendem Alter und höherer Qualifikation schnell mehr.

### MODERATER MINDESTLOHN HILFT

Auch in der Wirtschaftswissenschaft geht der Streit kaum noch um pro oder contra Mindestlohn, sondern vielmehr um die Frage, wie hoch die Lohnuntergrenzen anzusetzen sind. Der 2006 verstorbene klassische Nationalökonom Milton Friedman sah in Mindestlöhnen eine Diskriminierung von niedrigqualifizierten Arbeitern: Für Friedman galt: Wird der Lohn nicht im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage, sondern per Dekret angehoben, verlieren die weniger qualifizierten Arbeitskräfte als Erste ihren Job.

So kamen auch die meisten empirischen Studien bis vor zwei Jahrzehnten zu dem Schluss, dass ein Mindestlohn Arbeitsplätze kostet, insbesondere von jungen Beschäftigten.

Doch jüngere Studien zeigen, dass eine Lohnuntergrenze nicht unbedingt zu Entlassungen führt. „Es zeigt sich mehr und mehr, dass moderate Mindestlöhne mehr nützen als schaden“, urteilte kürzlich das liberale britische Wirtschaftsmagazin „Economist“, früher ein entschiedener Gegner von Lohnuntergrenzen. „Einen Mindestlohn kann man nur nach seiner Höhe bewerten“, sagt auch der Arbeitsmarktpolizist Hilmar Schneider vom Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA). „Es gibt kein Schwarz und Weiß.“

Doch wie hoch darf er sein, ohne Schaden anzurichten? Für den Freiburger Wirtschaftsweisen Lars Feld geht die SPD-Forderung eindeutig zu weit. „Bei einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro“, warnt er, „würde die Arbeitslosigkeit deutlich anschwellen.“ Michael Hüther, als Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft eine laute Stimme der Mindestlohn-Gegner, sieht das ähnlich: „Mit einem Niveau von 5,50 Euro würde man keinen Schaden anrichten. Die »

## »Der Streit um den Mindestlohn geht kaum noch um pro oder contra, sondern darum, wie hoch die Lohnuntergrenzen anzusetzen sind«

beitsministerin Ursula von der Leyen. Selbst die FDP bewegt sich, um nicht den Anschluss an den Koalitionspartner und an den gesellschaftlichen Zeitgeist zu verlieren. Zwar wettet sie aus ordnungspolitischen Gründen weiter gegen einen flächendeckenden Mindestlohn. Werde er zu niedrig angesetzt, schade er zwar nicht. Aber sei er zu hoch, „vernichtet er alle Arbeitsplätze, die unter diesem Niveau sind“, warnt Parteichef Philipp Rösler. Den von der Union präferierten systematischen Lohnuntergrenzen will sich die FDP aber nicht verschließen. So gebe es in Ostdeutschland Regionen, „wo es keine Tarifautonomie mehr gibt, weil es keine Tarifpartner mehr gibt“, weiß Rösler. Auch hier müssten Arbeitnehmer auskömmliche Löhne verdienen.

### FAST RELIGIÖSE INBRUNST

Tatsächlich geht es weder in der Opposition noch in den Regierungsparteien noch wirklich um das Für und Wider eines Lohnminimums, sondern nur noch um das Wie. So verschieden die Positionen scheinen, die „fast religiöse Inbrunst“ (Bert Rürup), mit der Ökonomen und Politiker in den vergangenen Jahrzehnten über Lohnuntergrenzen stritten, weicht Pragmatismus und Nüchternheit.

ternehmen ohne Tarifbindung verpflichtet, mindestens die auf Grundlage von Tarifverträgen festgelegten Löhne zu zahlen. Das Arbeitsministerium schrieb die geltenden Mindestlöhne per Verordnung für die gesamte Branche vor. Es handelt sich dabei aber nicht um gesetzliche Mindestlöhne, weil die Lohnuntergrenze das Ergebnis der Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ist.

Jüngstes Beispiel sind die Friseure: Für die 260 000 Beschäftigten der Branche gilt bundesweit von August an ein Mindestlohn von 6,50 Euro im Osten und von 7,50 Euro im Westen, der bis 2015 schrittweise auf 8,50 Euro angehoben werden soll. Ein gewaltiger Sprung: 3,18 Euro war zuvor das Minimum pro Stunde für Schneiden, Legen, Föhnen in Thüringen und sogar nur 3,05 Euro in Brandenburg. Die Branche feierte das mit der Gewerkschaft Verdi im April ausgehandelte Ergebnis als eine „einheitliche und faire Lohnuntergrenze“.

Die öffentliche Debatte um leistungsgerechte Bezahlung treibt Wirtschaftszweig nach Wirtschaftszweig raus aus der Schmutzdecke. Schon vor zwei Jahren (neuere Daten liegen noch nicht vor) verdienten nur noch 19,2 Prozent der Beschäftigten in Deutschland einen Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro. Dazu zählten





Briten haben den Mut aufgebracht, so tief einzusteigen.“ Tatsächlich ist das Beispiel von der Insel lehrreich. International ist Deutschland mit der bisher gezeigten Zurückhaltung ohnehin eher die Ausnahme als die Regel. In 20 von 27 EU-Ländern gibt es einen Mindestlohn; in der aufstrebenden Volkswirtschaft Polen liegt er bei etwas mehr als zwei Euro, im wohlhabenden Luxemburg beträgt er fast elf Euro. Der Blick ins Ausland lohnt, um die deutsche Debatte zu versachlichen.

### GROSSBRITANNIEN

Als Labour-Premier Tony Blair 1999 eine Lohnuntergrenze einführte, jaulte die Wirtschaft auf. Doch inzwischen wird der Schritt parteiübergreifend akzeptiert. „Es ist allgemeiner Konsens, dass die Einführung des Mindestlohnes eine gute Sache war und dass er auch nicht mehr abgeschafft wird“, sagte Alan Manning, Arbeitsmarktexperte an der London School of Economics.

Als Untergrenze gilt ein Satz flächendeckend fürs gesamte Königreich, nicht nach Branchen differenziert, dafür aber nach Alter gestaffelt. Es gibt vier Kategorien – Auszubildende bekommen am wenigsten. Als Jobkiller wirkt der Mindestlohn deshalb nicht, weil er mit aktuell umgerechnet 7,10 Euro pro Stunde relativ niedrig liegt. Und er wurde eingeführt, als in Großbritannien nahezu Vollbeschäftigung herrschte.

Festgelegt wird der Betrag einmal im Jahr von der Regierung auf Empfehlung der Low Pay Commission. Diese besteht aus jeweils drei Vertretern des Arbeitgeber- und

**Forderungen** Steinbrücks SPD will 8,50 Euro Mindestlohn – in Frankreich ist er noch höher, wie auch die Jugendarbeitslosigkeit

Gewerkschaftslagers, hinzukommen zwei Wirtschaftswissenschaftler und ein Vorsitzender. Das Gremium muss eine einstimmige Empfehlung ausarbeiten, was Konflikte von vornherein entschärft. Für das Votum werden die konjunkturelle Lage sowie Arbeitsmarkt-, Lohn- und Gehaltsstatistiken zu Rate gezogen. Unternehmensverbände und Gewerkschaften befragen ihre Mitglieder, die Kommissare reisen sogar selbst durchs Land und recherchieren. Außerdem hat die Kommission ein Budget, um eigene Analysen in Auftrag zu geben. In der FDP liebäugelt man vor allem mit diesem Modell.

### FRANKREICH

Hier gilt seit 1950 ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn (Smic), den die Regierung in der Regel jeweils zu Jahresbeginn der allgemeinen Lohnentwicklung anpasst. Aktuell beträgt er 9,43 Euro pro Stunde – etwa 60 Prozent des mittleren Einkommens. Verglichen mit Großbritannien ist das ein sehr hoher Wert: Dort erreicht der Mindestlohn nur knapp die Hälfte eines mittleren Einkommens.

Dass der französische Mindestlohn vermutlich zu hoch ist, dafür ist auch die steigende Arbeitslosigkeit ein Beleg. Mit mehr als zehn Prozent klettert sie in Richtung neuer Rekorde. Aber nicht einmal Kritiker wollen den Mindestlohn völlig abschaffen.

„Sein gesellschaftlicher Nutzen ist unbestreitbar“, sagt Olivier Duha, Chef des Unternehmerverbands Croissance Plus. Mit Blick auf die extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit, gut jeder vierte Jugendliche ist ohne Job, sieht er aber auch die Gefahr, dass „der Smic für die jungen Menschen in die Arbeitslosigkeit führt“. Genau das wenden auch die deutschen Kritiker ein: „In Frankreich ist der Mindestlohn gerade bei den Jugendlichen ziemlich schädlich“, sagt Ökonom Feld.

### VEREINIGTE STAATEN

Im Land der unbegrenzten Möglichkeiten gibt es den nach unten begrenzten Tarif per Gesetz schon seit 1938. Damals lag er bei 0,25 Dollar pro Stunde, seit 2009 rangiert er bei 7,25 Dollar (rund 5,56 Euro). Mit 38 Prozent des mittleren Einkommens ist er noch moderater als der britische. US-Präsident Barack Obama hat angekündigt, den Mindestlohn auf neun Dollar pro Stunde anzuheben und ihn an den Preis-Index zu koppeln. Ob Obama damit im Kongress durchkommt, ist fraglich. Die Opposition hält eine Erhöhung für schädlich, vor allem für Unternehmen, die viele Kleinverdiener beschäftigen. Das sind Fast-Food-Ketten oder der Handel, wo viele Mitarbeiter nur in Teilzeit beschäftigt sind.

Die meisten dieser Betriebe wehren sich vehement gegen eine Erhöhung. Aber es gibt auch Ausnahmen: Das US-Handelshaus Costco – vergleichbar mit der Metro in Deutschland – unterstützt einen höheren Mindestlohn, weil dies die Produktivität der Angestellten erhöhe und für we- ➤

## »Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro, der in der Uckermark genauso gilt wie in Stuttgart, dürfte mehr schaden als nutzen«

» niger Fluktuation Sorge. Problematisch an dem US-System ist vor allem, dass die Anhebungen sporadisch im Abstand mehrerer Jahre erfolgen, dann aber sehr abrupt – aktuell ist das ein Anstieg um 24 Prozent. Solche schlagartigen Kostensteigerungen belasten die betroffenen Unternehmen weitaus stärker als die eher sanften jährlichen Anpassungen in Großbritannien.

Es muss also nicht sein, dass Mindestlöhne Arbeitsplätze en masse vernichten. Aber als Beitrag für mehr Gerechtigkeit taugen sie auch nicht zwangsläufig. Denn Probleme bleiben bei allen in Deutschland diskutierten Optionen: Wenn Löhne von drei Euro „nichts mehr mit Leistungs-gerechtigkeit zu tun“ haben, wie FDP-Vor-mann Guido Westerwelle findet, dann wird eine Kommission, die nur dort einen Boden einzieht, wo es keine Tarifverträge gibt, denen nicht helfen, wo solche Niedriglöh-ne tariflich abgesegnet sind. Gleichzeitig werden die 8,50 Euro, die sich die SPD wünscht, selbst bei 160 Stunden Arbeit im Monat allein kaum reichen, um eine Familie zu ernähren.

Ein gesetzlicher Mindestlohn für ganz Deutschland in dieser Höhe, der in der Uckermark genauso gilt wie in Stuttgart, dürfte am Ende mehr schaden als nutzen. 6,1 Millionen Menschen arbeiteten 2011 für einen Stundensatz unterhalb dieser Schwelle. Sie alle könnten sich – theoretisch – Hoffnungen auf mehr Geld machen. Praktisch aber wird so mancher – gerade aus den untersten Lohngruppen – dann die Kündigung erhalten. Schmerzen wird das gerade die tatsächlich Armen.

### BRANCHENLÖSUNG GEWÜNSCHT

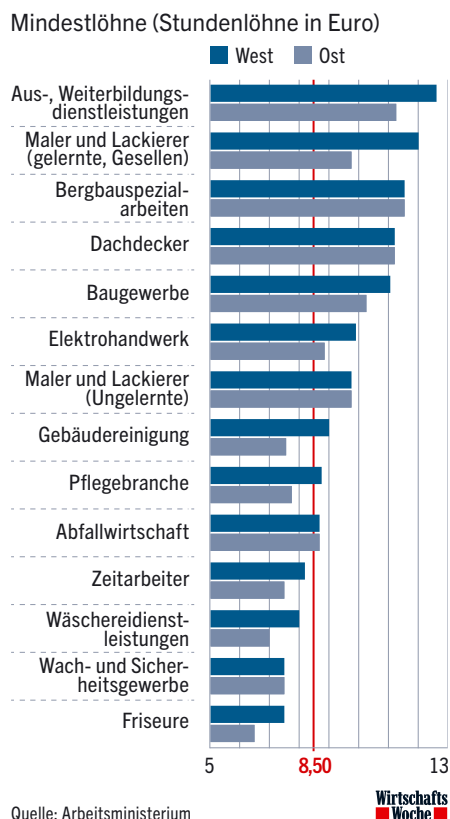
Vorsicht ist deshalb angebracht, mahnen die Fachleute. „Die Branchenlösung wäre dem gesetzlichen Mindestlohn vorzuziehen“, sagt IZA-Experte Schneider, weil Erstere eher auf regionale Bedürfnisse Rücksicht nehmen kann. „Aber noch lieber wäre mir, wenn die Regierung gar nichts täte.“ Zu viel Politisierung, das zeige das Beispiel Frankreich, verführe zu Populismus und errichte hohe Hürden für Jobeinstiege.

In der Wirtschaft wird das Thema mittlerweile pragmatisch diskutiert. Vielleicht auch deswegen, weil der Aufschwung der

vergangenen Jahre sowieso für bessere Jobchancen gesorgt hat. Zwar lehnen Verbände wie der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband Dehoga kompromisslos immer noch jede Mindestlohn-Einführung mit staatlicher Mitwirkung ab. Doch in Zeiten des Fachkräftemangels wird faire Bezahlung mehr und mehr zum Argument.

Die Arbeitgeber jener Wirtschaftszweige, die Erfahrungen mit Mindestlöhnen haben, sind mit ihnen weitgehend zufrieden. Für die Altenpflegebranche, der aktuell 40 000 Fachkräfte fehlen, resümiert Thomas Greiner, Präsident des Arbeitgeberverbands Pflege: „Uns ging es um die Aufwertung der Branche, und die haben wir erreicht. Die Zahl der Bewerber und die Bereitschaft zur Umschulung in Pflegeberufe sind durch den Mindestlohn deutlich gewachsen.“ Der Pflege-Mindestlohn steigt zum 1. Juli in Westdeutschland auf neun und in Ostdeutschland auf acht Euro. Aber

### Schlusslicht Friseure



selbst Pflegehilfskräfte verdienen in der Regel schon mehr – und Fachkräfte sowieso. Schmerzlich ist die Untergrenze also nicht.

Die Funktionäre und Top-Manager der Zeitarbeitsbranche sehen ihren für 2012 beschlossenen Mindestlohn von 8,19 Euro in West- und 7,50 Euro in Ostdeutschland als Befreiungsschlag. „Die Einführung eines Mindestlohnes war und ist ein gutes Signal, dass Zeitarbeit nichts mehr mit Hungerlöhnen in Deutschland zu tun hat“, erklärt Werner Stolz, Hauptgeschäftsführer des Zeitarbeit-Verbandes iGZ in Münster.

Marcus Schulz, Geschäftsführer des hierzulande achtgrößten Personaldienstleisters USG People, sieht einen weiteren Vorteil: Denn die tariflich vereinbarte Lohnuntergrenze gilt auch für die nicht tarifgebundenen Unternehmen. Das schützt nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Arbeitgeber: „Auch ausländische Personaldienstleister müssen die mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund ausgehandelten Mindestentgelte bezahlen.“ Für Lohndumping bleibe somit so gut wie kein Raum. Mit anderen Worten: Günstige Konkurrenz wird mit Staatshilfe ausgebremst.

### DRÜCKERIMAGE MUSS WEG

Offenbar steigt das Bewusstsein, vom Drückerimage wegkommen zu müssen. Um mit Verdi verhandeln zu können, will sich auch der Call-Center-Verband Deutschland (CCV) als Arbeitgeberverband formieren. Klaus Gump, Geschäftsführer des Callcenter-Betreibers Walter Services: „Ich möchte, dass wir in der Callcenter-Branche baldmöglichst einen Tarifvertrag und einen für alle Unternehmen verbindlichen Mindestlohn bekommen – Niedrigstlöhne passen nicht zum Anspruch und Wert unserer Dienstleistungen.“ Walter Services ist immerhin der zweitgrößte Callcenter-Betreiber in Deutschland. Im eigenen Haustarifvertrag stehen derzeit 7,60 Euro plus Leistungszulagen als unterster Tarif.

Es tut sich also einiges. Auch ohne den Gesetzgeber. In Berlin dürfte sich der Kampf um die soziale Deutungshoheit ohnehin noch hinziehen. Wenn die Koalition sich auf ein Konzept verständigt, steht immer noch der SPD-dominierte Bundesrat im Weg. Regionale Lohnuntergrenzen oder gesetzlicher Mindestlohn?

Ein besseres Wahlkampfthema können sich die sozialdemokratischen Strategen kaum wünschen.

max.haerder@wiwo.de | Berlin  
yvonne esterhazy | London, karin finkenzeller | Paris  
angela hennersdorf | New York, harald schumacher

# Das falsche Instrument

Ein flächendeckender Mindestlohn würde nicht nur Arbeitsplätze kosten, er wäre auch ineffizient im Kampf gegen die Armut, besagt eine empirische Studie.

Die Studie basiert auf Daten des sozio-ökonomischen Panels – eine jährliche Haushaltsbefragung von ungefähr 20 000 Personen aus dem Jahr 2011. Die Stichprobe umfasst alle abhängig beschäftigten Arbeitnehmer, also auch Studenten oder Rentner, die gegen Entgelt gearbeitet haben. Die Stichprobe erlaubt die Hochrechnung der Löhne für 32,7 Millionen Beschäftigte.

## Wie viele Arbeitnehmer wären vom Mindestlohn betroffen?

Das hängt von der Höhe der gesetzlichen Lohnuntergrenze ab. Die Linkspartei fordert einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro je Stunde, SPD und Deutscher Gewerkschaftsbund 8,50 Euro. Bei 8,50 Euro müsste für 19,2 Prozent aller Beschäftigten der Lohn angehoben werden. Das wären ungefähr 6,1 Millionen Arbeitnehmer. Bei einem Mindestlohn von zehn Euro würde sich der Kreis auf 28,7 Prozent oder konkret 9,1 Millionen Arbeitnehmer ausweiten.

Auch im internationalen Maßstab wäre das sehr viel. In Frankreich beziehen rund 13 Prozent aller Arbeitnehmer einen Mindestlohn von 7,50 Euro und in Großbritannien vier bis fünf Prozent einen Mindestlohn von fünf Euro.

Ein Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde entspräche bei Vollzeitbeschäftigten 53 Prozent des Durchschnittslohns. Das wäre ebenfalls ein internationaler Spitzenwert. Frankreich kam im Jahr 2011 auf 48 Prozent, Großbritannien auf 38 Prozent, die USA auf 28 Prozent.

## Wer würde unter die Mindestlohn-Regelung fallen?

Frauen würden in jedem Fall häufiger von dieser Regelung erfasst werden als Männer. Im Jahr 2011 verdiente fast jede vierte Frau weniger als 8,50 Euro je Stunde. Auch beim Erwerbsstatus zeigen sich eklatante

Unterschiede. Bei geringfügig Beschäftigten wären fast zwei Drittel von einem Mindestlohn in Höhe von 8,50 betroffen. Hier entspricht allerdings der Bruttolohn dem Nettolohn, da die Betroffenen keine Steuern und Sozialabgaben zahlen.

Groß ist der regionale Unterschied. Bei 8,50 Euro wäre der Anteil in Ostdeutschland etwa doppelt so hoch wie im Westen. Die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns würde vor allem jün-

**32 %**  
der Ostdeutschen verdienen weniger als 8,50 Euro.

## Wer wie viel verdient

Kumulierte Anteile in Prozent

	Bruttostundenlohn (in Euro)	
	bis 8,49	bis 9,99
Männer	14,5	21,7
Frauen	24,1	36,0
Vollzeit	12,6	20,6
Teilzeit	25,3	37,6
Geringfügig	63,1	79,5
West	16,4	25,5
Ost	32,1	43,7
Unter 25	49,6	68,7
25 bis 39	18,5	29,0
40 bis 49	14,5	23,6
50 bis 64	17,6	24,5
65 und älter	44,3	58,6
Land-/Forstwirtschaft	43,7	57,4
Bergbau/Energie	5,7	11,4
Verarbeitendes Gewerbe	18,0	25,6
Baugewerbe	12,2	20,5
Handel/Gastronomie	36,4	50,7
Verkehr	22,2	33,0
Banken/Versicherungen	7,3	9,9
Weniger als 5 Beschäftigte	42,0	55,8
5 bis 10	36,5	50,8
11 bis 19	29,7	42,6
20 bis 99	23,1	34,5
100 bis 199	16,3	25,1
200 bis 1999	11,2	19,1
2000 und mehr	8,1	13,6
Alleinstehende	18,6	27,9
Paare ohne Kinder	16,8	25,4
Alleinerziehende	29,1	41,2
Paare mit mind. 1 Kind	19,6	29,5

Quelle: SOEP, IW

gere Arbeitnehmer tangieren – und zwar diejenigen, die in der Regel noch ein relativ geringes Niveau berufsqualifizierender Kenntnisse und Kompetenzen aufweisen.

Fast die Hälfte der unter 25-Jährigen hat weniger als 8,50 Euro in der Stunde. Sie haben allerdings die Aussicht, ihre Verdienste im Laufe ihres Berufslebens aufgrund zunehmender Erfahrung und Weiterbildung zu verbessern.

## Welche Arbeitsplätze wären betroffen?

Im produzierenden Gewerbe liegt der Anteil an Arbeitnehmern, deren Löhne auf 8,50 Euro aufgestockt werden müsste, unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Bei Bergbau/Energie wären es 5,7 Prozent, auf dem Bau 12,2 und im verarbeitenden Gewerbe 18,0 Prozent.

Sehr niedrig ist der Anteil auch bei Banken und Versicherungen. Hoch dagegen in der Land- und Forstwirtschaft mit 43,7 Prozent. Allerdings ist die Beschäftigung im Primären vergleichsweise klein.

Ebenso wäre ein überproportional großer Anteil der Beschäftigten in Handel und Gastronomie betroffen. Hier verdient jeder Zweite weniger als zehn Euro, gut jeder Dritte weniger als 8,50 Euro in der Stunde. Allein in der Gastronomie wären gut 60 Prozent der Arbeitsplätze davon betroffen.

Ein gesetzlicher Mindestlohn würde vor allem kleinere Betriebe belasten. Bei 8,50 Euro müssten 42 Prozent der Beschäftigten Lohnerhöhungen erhalten, bei Großbetrieben lediglich 8,1 Prozent. Größere Unternehmen in einer Branche würden also durch Mindestlöhne Wettbewerbsvorteile bekommen.

## Welche Haushaltstypen wären betroffen?

Die sozialpolitische Bewertung eines Mindestlohns hängt maß- ➤

» geblich davon ab, ob ein geringes individuelles Gehalt die einzige Einkommensquelle eines Haushalts ist oder ob es durch weitere Haushaltseinkommen aufgestockt wird.

Alleinerziehende erzielen häufig nur einen Stundenverdienst, der unterhalb der geforderten gesetzlichen Mindestlohnregelungen liegt. Ein Mindestlohn würde in der Regel ihre Einkommenssituation jedoch kaum verbessern, da ihre Möglichkeiten zur Ausweitung ihrer Arbeitszeit beschränkt sind. Sie werden daher auch nach Einführung eines Mindestlohns auf ergänzende staatliche Transfers angewiesen sein. Die anderen Haushaltstypen liegen entweder im gesellschaftlichen Durchschnitt (Paare mit mindestens einem Kind, Alleinstehende) oder darunter (Paare ohne Kinder).

**Haben Niedriglöhner auch ein niedriges Haushaltseinkommen?**

Ein Argument der Mindestlohn-Befürworter lautet: Ein Arbeitslohn müsse zumindest reichen, den eigenen Lebensunterhalt zu sichern. Doch dafür ist nicht nur das Individualeinkommen maßgeblich, sondern auch das jeweilige Haushaltseinkommen.

Zur Berechnung des nötigen Lebensunterhalts wird das Haushaltseinkommen je nach Haushaltstyp gewichtet (sogenanntes Äquivalenzeinkommen). Denn in größeren Haushalten entstehen durch gemeinsames Wirtschaften Skaleneffekte, zudem haben Kinder bis 14 Jahren einen geringeren Bedarf als Erwachsene. Nach der Berechnung, die auch für die soziale Grundsicherung in Deutschland vorgenommen wird, braucht ein kinderloses Paar ein rund 1,6-mal so hohes Einkommen wie ein Alleinstehender, um dessen Lebenshaltungsniveau zu erreichen. Bei Paaren mit zwei Kindern beträgt der Faktor 2,4.

Wie ist es nun um das Äquivalenzeinkommen des Fünftels der Arbeitnehmer mit dem niedrigsten Bruttostundenlohn bestellt, die von einem Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde erfasst würden? Neben der Haushaltssi-

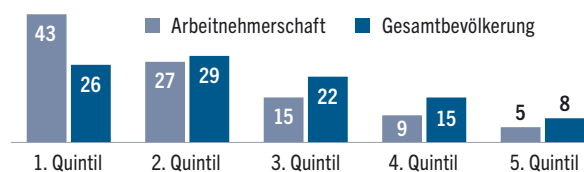
tuation spielen hier auch Faktoren wie die Länge der Arbeitszeit, die Steuerklasse und die Höhe der Einkommen weiterer Haushaltsmitglieder eine wichtige Rolle. Tatsächlich zeigen die empirischen Daten, dass von dem Fünftel der Arbeitnehmer mit den niedrigsten Löhnen bei nur 43 Prozent auch das Nettoäquivalenzeinkommen im untersten Fünftel lag. Fünf Prozent gehörten dagegen zum einkommensstärksten Fünftel (siehe Grafik unten).

Untersucht man die Einkommensposition der Arbeitnehmer mit niedrigen Löhnen nicht nur in Relation zu den Arbeitnehmern, sondern zur Bevölkerung insgesamt, ist der Zusammenhang zwischen Niedriglohn und niedrigem Haushaltseinkommen noch schwächer. Denn Arbeitnehmer haben im Schnitt ein deutlich höheres Äquivalenzeinkommen als die Gesamtbevölkerung, 2011 war es mit 1700 Euro um etwa 200 Euro höher. Danach lagen nur noch 26 Prozent der Arbeitnehmer mit den niedrigsten Löhnen auch im einkommensschwächsten Fünftel.

Die Einkommenssituation vieler Niedrigverdiener ist somit günstiger, als ihr Stundenverdienst vermuten lässt, weil es im Haushalt einen weiteren Erwerbstätigen mit höherem Monatsverdienst gibt. So stellen in Paarhaushalten potenzielle Mindestlohnempfänger nur zu gut einem Drittel den Hauptverdiener. Das bestätigt, dass die Festsetzung eines Mindestlohns ein

**Schwacher Zusammenhang**

Einkommensposition der Arbeitnehmer mit niedrigem Bruttostundenverdienst in der Arbeitnehmerschaft und in der Gesamtbevölkerung



**Lesebeispiel:** Von dem Fünftel der Arbeitnehmer mit dem niedrigsten Bruttostundenverdienst (1. Quintil) lag bei 43 Prozent auch das Nettoäquivalenzeinkommen im untersten Fünftel, während 5 Prozent zum einkommensstärksten Fünftel (5. Quintil) zählten.

**Äquivalenzeinkommen:** Bedarfsgewichtetes Netto-Pro-Kopf-Einkommen mit Berücksichtigung des Haushaltszusammenhangs.

Quelle: SOEP, IW Köln



**14 %**  
der deutschen Bevölkerung gelten als relativ einkommensarm.

verteilungspolitisch ineffizientes Instrument wäre, denn in vielen Fällen handelt es sich bei den Arbeitnehmern mit eher niedrigem Stundenlohn um Hinzuerdienere. Lohnsubventionen, die den jeweiligen Haushaltskontext berücksichtigen, wären deshalb verteilungspolitisch effizienter.

**Mindert ein gesetzlicher Mindestlohn das Armutsrisiko?**

Auch als Instrument gegen Armut ist ein Mindestlohn nicht zwingend erforderlich. Als armutsgefährdet gilt, wer ein Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des sogenannten Medianeinkommens (das ist das mittlere Einkommen) zur Verfügung hat.

Dies trifft aber nur auf 18 Prozent der Arbeitnehmer zu, die einen Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro beziehen. Bei den Vollzeitarbeitnehmern sinkt die Armutsgefährdungsquote auf 14,1 Prozent. Im Umkehrschluss wären also bei dieser Lohngrenze fast 86 Prozent der potenziellen Mindestlohnbezieher mit einem Vollzeitjob und 82 Prozent aller Arbeitnehmer gar nicht einkommensarm.

Das Risiko, arm zu sein, steigt zwar auch bei Vollzeitarbeitnehmern mit abnehmendem Stundenlohn, allerdings besteht auch bei einem Stundenlohnsatz von 8,50 Euro keine überdurchschnittlich große Gefährdungslage. In der Gesamtbevölkerung gelten gut 14 Prozent als relativ einkommensarm.

Ein Mindestlohn könnte das Armutsrisiko der Geringverdiener ohnehin nur reduzieren, wenn er keine negativen Beschäftigungswirkungen hätte. Senkt er aber die Beschäftigungschancen, würde nur ein Teil der potenziell betroffenen Arbeitnehmer von einem Mindestlohn profitieren. Und bei denjenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, würde das Armutsrisiko deutlich steigen. Denn die Armutsgefährdungsquote ist bei Arbeitslosen ungefähr viermal so hoch wie bei Geringverdienern.

Der Text basiert auf der Studie „Mindestlohn, Einkommensverteilung und Armutsrisiko“ von Moritz Heumer, Hagen Lesch und Christoph Schröder vom Institut der deutschen Wirtschaft. Redaktion: Klaus Methfessel



**STREITBARER ARBEITSÖKONOM**

**Schneider**, 56, ist Direktor am sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut Ceps Instead in Luxemburg. Zuvor war er Direktor für Arbeitsmarktpolitik beim Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn.

## »Leistung nur bei Gegenleistung«

Der Ökonom Hilmar Schneider sieht noch Gerechtigkeitsdefizite am Arbeitsmarkt. Deshalb fordert er eine Arbeitspflicht für Hartz-IV-Empfänger – und mehr Transparenz in der Arbeit der Jobcenter.

**Herr Schneider, vor zehn Jahren hat Gerhard Schröder seine Agenda 2010 verkündet...**

Schneider: ...das war eine Revolution, die Liberalisierung der Zeitarbeit, die Einschränkung der Frühverrentung, das strenge Hartz-IV-System. Wir haben heute in Deutschland am Arbeitsmarkt eine einmalige Kombination aus Regulierung und Flexibilität, um die uns die Welt beneidet.

**Aber Hartz IV hat auch den Druck auf Arbeitslose massiv erhöht, sich um einen neuen Job zu kümmern. Ist das System gerecht?**

Schneider: Was wäre die Alternative gewesen? Der Sozialstaat war an seine Grenzen gekommen. Die Reformen haben dazu beigetragen, ihn wieder bezahlbar zu machen. Dass es dabei auch zu sozialen Härten kommt, die viele als ungerecht empfinden,

ist klar. Das zentrale Problem ist, dass der Grundgedanke der Agenda 2010 – das Fordern und Fördern – noch immer nicht befriedigend umgesetzt worden ist.

**Wo würden Sie nachjustieren?**

Schneider: Das gesetzliche Regelwerk ist ausreichend. Es geht um die Art, wie es in der Praxis umgesetzt wird. Wie ein Sachbearbeiter im Jobcenter mit seiner Kundschaft umgeht, lässt sich in keinem »

» Gesetz niederschreiben. Wer Hartz-IV-Empfänger für faule Säcke hält und sie das spüren lässt, muss sich nicht wundern, wenn deren Motivation und Kooperationsbereitschaft nachlässt. Hier geht es um Fragen der Personalführung und Qualifikation. Leider liegt hier vieles im Argen. Die Qualität der Arbeitsvermittlung ist regional geradezu grotesk unterschiedlich, es fehlt an Transparenz und zentralen Monitoringsystemen für die einzelnen Jobcenter.

**Hartz-IV-Kritiker rügen vor allem das geringe Schonvermögen der Betroffenen. Bevor es Geld gibt, müssen Langzeitarbeitslose in der Regel – von einem Freibetrag abgesehen – ihr Vermögen aufbrauchen. Finden Sie das richtig?**

Schneider: Vom Prinzip her schon. Der Sozialstaat handelt nach dem Subsidiaritätsprinzip: Wer eine Notlage aus eigener Kraft überwinden kann, ist verpflichtet, dies auch zu tun. Deswegen kann eigenes Vermögen nicht grundsätzlich tabu sein. Ob die derzeitigen Schwellenwerte fair und vernünftig sind, steht auf einem anderen Blatt, da muss man gegebenenfalls nachjustieren. Dies ist aber eine politische Ent-

Umgekehrt wäre es aber ungerecht, wenn jemand staatliche Stütze erhält und durch Nebenjobs mehr in der Tasche hat als sein Nachbar mit einer Vollzeitstelle. Dieses Dilemma lässt sich nur auf eine Weise lösen: Der Sozialstaat sollte von jedem arbeitsfähigen Transferempfänger grundsätzlich eine Gegenleistung in Form von Arbeit einfordern.

**Heißt das, Sie fordern eine Arbeitspflicht für Hartz-IV-Empfänger?**

Schneider: Ja. In dem Moment, in dem ein Hartz-IV-Empfänger sein Geld nicht mehr umsonst erhält, sondern dafür etwas tun muss, steigt der Anreiz zur Arbeitsaufnahme. Nehmen wir an, jemand erhält einschließlich der Kosten für Wohnung und Heizung netto 800 Euro ohne Gegenleistung. Dann nimmt er im Regelfall keinen Vollzeit-Job an, der nur 1000 Euro netto bringt. Muss er hingegen für den Hartz-IV-Bezug ohnehin acht Stunden am Tag arbeiten, sind 200 Euro mehr im Portemonnaie viel – er nimmt die Arbeit an, weil diese mit keinem zusätzlichen Zeitaufwand verbunden ist. So schafft man es, auch schwer Vermittelbare wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

andere wäre ungerecht gegenüber den Arbeitslosen, die sich ernsthaft und regelmäßig um einen Job bemühen.

**Die Grünen wollen die Zumutbarkeitskriterien für die Annahme eines Jobs entschärfen und Sanktionen für Arbeitsunwillige aussetzen. Sie begründen dies mit einer unzureichenden Vermittlung von Langzeitarbeitslosen durch die BA. Was halten Sie davon?**

Schneider: Nichts. Das wäre eine staatliche Kapitulationserklärung. Wenn die von den Grünen propagierte Reform kommt, dauert es noch länger, bis jemand wieder Fuß am Arbeitsmarkt fasst. Es gibt heute bereits einen harten Kern von 300 000 bis 400 000 Langzeitarbeitslosen, die als unvermittelbar gelten, weil sie schon viele Jahre nicht mehr gearbeitet haben. Diese Gruppe könnte dann auf die doppelte Größe anwachsen. Richtig an der grünen Argumentation ist allein, dass die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in Deutschland große Defizite aufweist.

**Die durchschnittliche Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes liegt bei nur rund drei Monaten. Aber sobald die Leute in Hartz IV rutschen, sinken ihre Jobchancen rapide. Woran liegt das?**

Schneider: Das hat zu einem beträchtlichen Teil mit der Situation von Alleinerziehenden zu tun. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in Deutschland trotz diverser politischer Maßnahmen immer noch schwierig – vor allem im ländlichen Raum. Im Gegensatz zu vielen anderen EU-Staaten sind die Kinderbetreuungsangebote in Deutschland unterentwickelt. Wer ein kleines Kind hat und keine Betreuungsmöglichkeit findet, kann in der Regel noch nicht mal einen Halbtagsjob annehmen. Da brauchen wir eine bessere Infrastruktur. Hier ist der Staat in der Pflicht. **Ein weiteres großes Problem: Rund 50 Prozent der Langzeitarbeitslosen, die einen sozialversicherungspflichtigen Job finden, sind nach einem Jahr wieder arbeitslos. Was kann man dagegen tun?**

Schneider: Es reicht nicht aus, jemanden zu vermitteln und den Menschen danach aus der Liste zu streichen und zu vergessen. Die Jobcenter müssen ein System entwickeln, Arbeitnehmer mit Defiziten eine Zeit lang weiter zu begleiten, nachdem sie einen Job gefunden haben. Ganz wird man das Problem allerdings nicht lösen können. Langzeitarbeitslose bekommen häufig saisonale Jobs, die irgendwann automatisch wegfallen, das hat nichts mit der Arbeitsleistung zu tun. Und natürlich gilt auch diese bittere Wahrheit: Wenn

## »Es gibt genug Arbeit in Deutschland, gerade im Bereich einfacher Dienstleistungen«

scheidung, ökonomisch lässt sich hier keine Grenze herleiten.

**Wenn ein Hartz-IV-Empfänger einen 400-Euro-Job annimmt, darf er nur 160 Euro behalten, der Rest wird fast vollständig auf den Regelsatz angerechnet. Das empfinden viele Betroffene als ungerecht und demotivierend. Können Sie das nachvollziehen?**

Schneider: Ja. Ich bin trotzdem dafür, jeglichen Hinzuverdienst voll auf die Unterstützung anzurechnen.

**Wie bitte?**

Schneider: Wir müssen das gesamte System umkrempeln. Heute arbeiten die meisten Bedürftigen exakt so viel, dass sie den anrechnungsfreien Betrag ausschöpfen. Die Menschen werden in einer verrückten Situation gefangen gehalten. Viele würden gerne mehr arbeiten, aber der Sozialstaat macht es ihnen schwer, weil er signalisiert: Es lohnt sich nicht zu arbeiten, hier hast du dein Geld, bleib zu Hause und lass uns in Ruhe. Das darf ein moderner Sozialstaat nicht tun, das ist ungerecht.

**Mit Verlaub: Das ist arg theoretisch gedacht. Wo sollen denn die dafür nötigen Stellen alle herkommen?**

Schneider: Es gibt genug Arbeit, gerade im Bereich einfacher Dienstleistungen. Nur sind die Anreize, diese anzunehmen zu gering; vieles läuft über Schwarzarbeit. Ich bin sicher: Wenn sich die Politik zu so einem radikalen Schritt durchringt, entstehen urplötzlich Hunderttausende von – legeren – neuen Einfachjobs.

**Und Sie meinen, die Betroffenen würden begeistert Schlange stehen? 2012 wurden über eine Million Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger verhängt, zum Beispiel weil diese Meldefristen versäumten oder Arbeit ablehnten. Das ist neuer Rekord...**

Schneider: ...und da muss man fragen, wie so Meldefristen versäumt und zumutbare Jobs in einem solchen Umfang abgelehnt werden. Womöglich ist das ja sogar ein Beleg dafür, dass die Betroffenen in vielen Fällen längst einer Beschäftigung nachgehen, nur eben nicht legal. Prinzipiell muss es bei Verstößen auch Sanktionen geben, alles

**Warten auf bessere Zeiten**  
Der Fachkräftemangel in Deutschland  
könnte auch die Chancen für Ungelernte  
am Arbeitsmarkt erhöhen



schlecht- oder unqualifizierte Arbeitslose einen Job finden, sind das nicht die stabilsten Stellen, sondern solche, die in Krisen oft als erste wegrationalisiert werden.

**Wird die Schere zwischen Qualifizierten und Unqualifizierten weiter auseinandergehen? Oder führt der Fachkräftemangel dazu, dass Betriebe auch vermehrt Problemfälle einstellen?**

Schneider: Eindeutig letzteres. Der dramatische Bevölkerungsrückgang vor allem im ländlichen Raum wird ein Umdenken der Betriebe erzwingen; viele Hidden Champions sitzen nun mal in der Provinz. Die Unternehmen werden sich stärker als in der Vergangenheit um die Nachschulung und betriebliche Integration von leistungsschwächeren Arbeitnehmern kümmern müssen. In manchen Regionen hat dieser Wandel bereits eingesetzt. Jugendliche mit schlechtem Schulabschluss etwa bekommen in Baden-Württemberg, wo die Arbeitskräftenachfrage hoch ist, leichter eine Stelle als in Lübeck oder Rostock.

**In der Debatte um soziale Gerechtigkeit steht häufig die sogenannte prekäre Beschäftigung im Mittelpunkt. Gemeint ist die wachsende Zahl von befristeten Verträgen, Mini- und Teilzeitjobs. Ist diese Entwicklung gefährlich?**

Schneider: Die Prekariatsdebatte führt in die Irre. Man kann doch nicht sagen, es sei schlecht, wenn Arbeitslose einen neuen Job kriegen, nur weil es als Gehalt nicht gleich 3000 Euro aufwärts gibt. Erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik führt dazu, dass vormals Arbeitslose einen neuen Job finden, und dass sind oft nun mal schlechter bezahlte Stellen. Die Skandalisierung der Zunahme schlecht bezahlter und befristeter Jobs beruht auf der impliziten Unterstellung, dass dadurch gut bezahlte unbefristete Stellen ersetzt würden. Dafür gibt es keinen Beleg. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen ist in Deutschland in den vergangenen Jahren kräftig gewachsen und die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland niedriger als in den Achtzigerjahren.

**Machen Sie es sich da nicht zu einfach? Studien und Umfragen sagen: Die Jobqualität hat sich vielerorts verschlechtert.**

Schneider: Ich kenne diese These und halte sie für fragwürdig. Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen. Nehmen Sie das Beispiel Belgien. Dort sind im Zuge des Strukturwandels viele Jobs mit geringer Qualität verschwunden, sodass es nun relativ gesehen mehr hochwertige Arbeitsplätze gibt. Die durchschnittliche Jobqualität hat so-

mit zugenommen. De facto aber hat sich die Situation am Arbeitsmarkt verschlechtert. Der gleichzeitige Anstieg der Arbeitslosigkeit findet in dieser Statistik keinen Niederschlag.

**Der Chef der Fünf Wirtschaftsweisen, Christoph Schmidt, sieht noch Reformbedarf am Arbeitsmarkt, vor allem beim Kündigungsschutz. Teilen Sie diese Einschätzung?**

Schneider: Nein. Der strenge Kündigungsschutz hat in der vergangenen Krise dazu geführt, dass die Betriebe ihre Belegschaften zusammengehalten haben. Die Anpassung lief stattdessen über die Arbeitszeit – also das Herunterfahren von Zeitkonten und die ausgiebig genutzte Kurzarbeit. Das hat exzellent funktioniert. Ohne den Kündigungsschutz hätten sich die Unternehmen so verhalten wie die Wirtschaft in anderen Staaten und hätten überzähliges Personal entlassen. Dass dies nicht ging, war am Ende ein immenser Wettbewerbsvorteil: Die deutschen Unternehmen mussten nämlich in der überraschend schnell kommenden konjunkturellen Erholung nicht wie viele ausländische Konkurrenten erst mühsam wieder ihre Kapazitäten aufbauen. Sie konnten direkt voll durchstarten. ■

bert.losse@wiwo.de

# Brachliegende Potenziale

Arbeit ist für die meisten Menschen Grundlage ihres persönlichen Wohlstands. Aber nicht alle, die arbeiten wollen, haben die Möglichkeit dazu, weil strukturelle Hemmnisse sie an der Beschäftigung hindern. Diese Studie zeigt, wie diese Menschen in die Lage versetzt werden könnten, zu arbeiten.

**N**och nie waren in Deutschland so viele Menschen in Beschäftigung wie derzeit. Doch nicht alle, die arbeiten wollen, sind in Arbeitsplätze zu vermitteln. Dazu zählen nicht nur die Arbeitslosen, die keinen Job finden. Es sind auch diejenigen, die keine Arbeitsstelle annehmen können, weil sie für ihre kleinen Kinder keinen Krippenplatz finden oder die eigentlich eine Vollzeitstelle suchen, sich wegen der Kinder aber mit einer Teilzeitstelle begnügen.

Arbeitsmarktexperten fassen diese Menschen unter dem Begriff „ungenutztes Arbeitskräftepotenzial“ zusammen. Dazu zählen erstens Erwerbslose, die einen Job suchen und kurzfristig verfügbar sind. Zweitens die Teilzeiterwerbstätigen, die länger arbeiten wollen. Drittens die „stille Reserve“, also jene, die, obwohl sie verfügbar wären, nicht mehr Arbeit suchen, weil sie die Hoffnung auf einen Job aufgegeben haben, und die, die zwar prinzipiell suchen, aber aktuell nicht verfügbar sind.

Dieses ungenutzte Arbeitskräftepotenzial addierte sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 2011 auf 7,4 Millionen. 2010 waren es noch 8,4 Millionen – der Aufschwung am Arbeitsmarkt hat also vielen Beschäftigung ermöglicht. Diese Studie untersucht, wie viele Personen davon durch geeignete Maßnahmen realistisch in Arbeit zu bringen sind, wenn die Politik Beschäftigungshemmnisse abbaut. Solche Hemmnisse bestehen bei insgesamt sieben Gruppen.

## 1. MÜTTER

Das Erwerbsverhalten von Frauen in Deutschland hängt davon ab, ob sie Kinder haben. Während 79,1 Prozent der kinderlosen Frauen im Alter von 25 bis 59 Jahren 2010 er-

werbstätig waren, sind es bei den Frauen mit einem Kind unter drei Jahren nur 48,4 Prozent. Zwar steigt ihre Erwerbstätigenquote mit dem Alter des Kindes. Aber selbst wenn das Kind zehn Jahre oder älter ist, liegt ihre Erwerbstätigenquote mit 77,5 Prozent noch immer unter jener kinderloser Frauen.

Für viele Mütter von Kleinkindern ist die Abkehr vom Arbeitsmarkt eine bewusste Entscheidung aufgrund der gegebenen Rahmenbedingungen. Sie suchen weder eine Beschäftigung noch sind sie für den Arbeitsmarkt verfügbar. Nur relativ wenige sind arbeitslos gemeldet oder gehören zur stillen Reserve. Der Anteil dieser Mütter von Kleinkindern ist mit 46,1 Prozent fast genauso hoch wie der Anteil der erwerbstätigen Mütter. 2010 waren dies 2,1 Millionen Frauen im Alter von 25 bis 59 Jahren mit mindestens einem Kind im Haushalt.

Wird die Infrastruktur für die Kinderbetreuung ausgebaut und bleiben die Gebühren erträglich, dürfte dies die Neigung der Mütter, sich um eine Arbeitsstelle zu bemühen, steigern. Gleichfalls dürfte

**2,1 Millionen Mütter**

haben sich 2010 in Deutschland aufgrund der Rahmenbedingungen bewusst vom Arbeitsmarkt abgewendet

mehr Ganztagsbetreuung von Schulkindern es ihnen erleichtern, erwerbstätig zu werden oder eine Vollzeitbeschäftigung ausüben.

Für fast 540 000 Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren war 2010 unzureichende Kinderbetreuung ein Hauptgrund, nicht erwerbstätig zu sein. Mehr als 640 000 Mütter arbeiteten in Teilzeit aufgrund unzureichender Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Das entspricht umgerechnet 310 000 Vollzeitstellen. Bei entsprechender Ganztagsbetreuung der Kinder könnte also rund 850 000 Mütter im Alter von 25 bis 59 Jahren zusätzlich ihrem Wunsch nach Beschäftigung nachgehen.

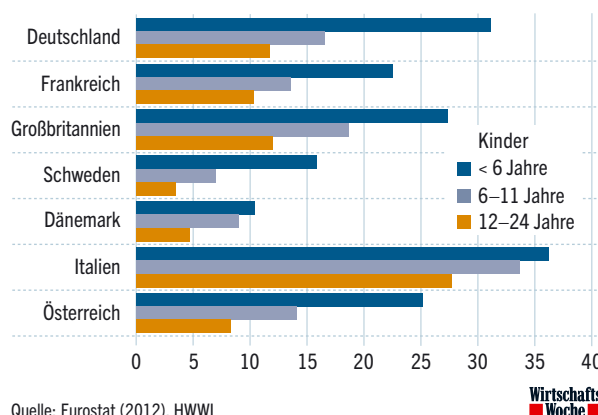
## 2. ÄLTERE MENSCHEN

Das Erwerbsverhalten der Älteren in Deutschland ist stark durch die gesetzlichen Regelungen zum Renteneintritt beeinflusst. Für abhängig Beschäftigte, die in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind, wird die Regelaltersgrenze seit 2012 schrittweise von 65 auf 67 Jahre angehoben. Das Durchschnittsrentenzugangsalter lag 2010 für Männer bei 63,8 Jahren und für Frauen bei 63,3 Jahren. Viele Arbeitnehmer machen von der Möglichkeit eines vorgezogenen Rentenbeginns Gebrauch.

Das durchschnittliche Zugangsalter für Altersrenten steigt aber: 1995 lag es für Männer bei 62,3 Jahren und für Frauen bei 62,5 Jahren. Grund: Die Möglichkeiten eines vorzeitigen Rentenbezugs wurden eingeschränkt. Um sicherzustellen, dass das tatsächliche Rentenzugangsalters weiter steigt, müssen die Arbeitsbedingungen in den Unternehmen an die Bedürfnisse der Älteren angepasst werden. Weiterbildung, Arbeitsorganisation, Arbeitsplatzgestaltung und Arbeitsflexibilität sollen die Erwerbstätigen

## Die Last der Kinder

Um wie viel die Erwerbstätigenquote von Müttern geringer ist als die von Männern (nach Alter des Kindes, in Prozent)





keit im Alter attraktiver machen. Bei einem tatsächlichen Renteneintrittsalter von 67 Jahren könnten 351 000 Frauen und 325 000 Männer zusätzlich für den Arbeitsmarkt aktiviert werden.

### 3. VERHEIRATETE FRAUEN

Auch der Ehestatus beeinflusst das Erwerbsverhalten von Frauen. In Westdeutschland ist jede fünfte verheiratete Frau ohne Kinder nicht erwerbstätig, in Ostdeutschland jede achte. 2010 gab es 2,1 Millionen verheiratete Frauen im Alter von 25 bis 59 Jahren, die nicht erwerbstätig waren. Verheiratete Frauen sind, unabhängig davon, ob sie Kinder haben, deutlich weniger am Arbeitsmarkt aktiv als unverheiratete. Frauen, die in Lebenspartnerschaften leben, sind in Westdeutschland zu 89,9 Prozent und in Ostdeutschland zu 83,9 Prozent erwerbstätig. Verheiratete Frauen empfinden Erwerbstätigkeit eher als eine Option, nicht als „conditio sine qua non“ wie Single-Frauen oder Männer.

Das Ehegattensplitting kostete 2010 knapp 20 Milliarden Euro. Der Vorteil ist höher, je höher das Haushaltseinkommen und je unterschiedlicher die Partnereinkommen ausfallen. Der höher verdienende Partner unterliegt beim Splitting einem niedrigeren Grenzsteuersatz als bei individueller Besteuerung, beim geringer verdienenden ist es umgekehrt. Wegen des relativ starren Arbeitsangebots von Männern ergibt sich daraus ein negativer Arbeitsangebotseffekt auf Paarebene: Die Ehefrau beschränkt ihre Erwerbstätigkeit oder stellt sie sogar völlig ein. Die anhaltend niedrige Geburtenziffer und die Tatsache, dass Kinder immer mehr außerhalb von Ehen geboren werden, zeigen, dass das Ehegattensplitting als geburtenfördernde Maßnahme untauglich ist. Auch scheint die Spezialisierung eines Partners auf unbezahlte Arbeit aufgrund der wirtschaftlichen Folgen, die eine solche Entscheidung für den weiteren Lebensverlauf im Falle einer Trennung mit sich bringt, als ausgesprochen riskant.

# 11,7 Millionen Menschen

mit Migrationshintergrund leben in Deutschland. Ihre Erwerbstätigenquote ist geringer als beim Rest der Bevölkerung

Großbritannien, Schweden, die Niederlande und Österreich sind deshalb von der gemeinsamen Einkommensbesteuerung von Paaren zur Individualbesteuerung übergegangen. Eine Erwerbstätigkeit würde für Frauen durch einen Übergang vom Ehegattensplitting zur Individualbesteuerung attraktiver werden. Die individuelle Besteuerung mindert auch den Knick im Haushaltseinkommen, wenn die Hinzuverdienerin die Minijobgrenze überschreitet, da ihr Grenzsteuersatz geringer wird.

Wenn sich verheiratete Frauen am Arbeitsmarkt infolge der Reform genauso verhalten wie unverheiratet mit einem Partner Zusammenlebende, ergibt dies ein zusätzliches Arbeitskräftepotenzial von mehr als 580 000 Frauen. Da sie sich jedoch in Bezug auf Bildung, Altersstruktur ihrer Kinder und der Freizeitpräferenz unterscheiden, ist realistisch nur mit einem zusätzlichen Arbeitsangebot von 250 000 Frauen zu rechnen.

### 4. MIGRANTEN

Die 11,7 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund weisen gegenüber der übrigen deutschen Bevölkerung eine geringere Erwerbstätigenquote und höhere Erwerbslosigkeit auf. Dies gilt für beide Geschlechter; gibt es im Haushalt aber Kinder unter 18 Jahren, bleiben besonders die Frauen häufig dem Arbeitsmarkt fern. Die Erwerbsquote der weiblichen Zu-

wanderer ist geringer als die der übrigen Frauen. Demgegenüber sind die Unterschiede zwischen den Männern mit und ohne Migrationshintergrund vergleichsweise klein. Die Nachkommen von Zuwanderern, die zweite Generation, weist jedoch eine etwas höhere Erwerbslosenquote auf als die erste Zuwanderergeneration.

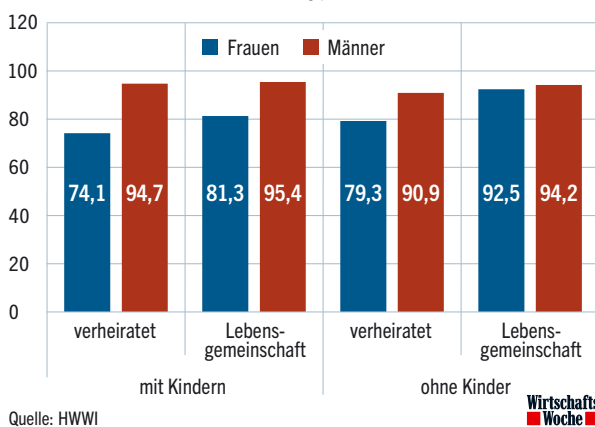
Um die Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund zu steigern, eignen sich die gleichen Maßnahmen, die generell für Frauen vorgeschlagen werden: der Ausbau von Ganztagsbetreuung für Vorschul- und Schulkinder sowie der Abbau negativer steuerlicher Erwerbsanreize durch das Ehegattensplitting. Darüber hinaus sollten diese Frauen durch bildungs-, integrations- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt werden. Dies gilt besonders für Frauen, die zur Familiengründung nach Deutschland gekommen sind und häufig über keine anerkannte Ausbildung und keinerlei Erfahrung auf dem Arbeitsmarkt verfügen.

Menschen mit Migrationshintergrund finden in vielen Branchen häufig auch deshalb keine Beschäftigung, weil ihre im Ausland erworbene Qualifikation nicht anerkannt wird – selbst wenn sie über die gesuchten Fähigkeiten verfügen. Dies ändert sich jetzt durch das Anerkennungsgesetz des Bundes, das einen Rechtsanspruch auf eine Gleichwertigkeitsprüfung ausländischer Qualifikationen begründet. Niedrig qualifizierte Zuwanderer brauchen eine Ausbildung sowie Nach- und Weiterqualifizierung.

Dazu gehören die Vermittlung berufsbezogener Deutschkenntnisse für die erste Generation der Zuwanderer und bessere Möglichkeiten zum Erwerb von höheren Abschlüssen auf dem zweiten Bildungsweg. 2010 waren 62 000 Männer und knapp 190 000 Frauen mit Migrationshintergrund hoch qualifiziert, aber nicht erwerbstätig. Bei mittlerer Bildung waren es 178 471 Männer und 435 674 Frauen. Würden sie sich am Arbeitsmarkt so verhalten wie

## Der Reiz der Ehe

Erwerbsquoten im Alter 25–59 Jahre nach Geschlecht, Familien- oder Lebensformtyp 2010 (in Prozent)



» die entsprechende Gruppe der übrigen Bevölkerung, ließen sich 115 000 Männer zusätzlich aktivieren. (Das zusätzliche Beschäftigungspotenzial der Frauen ist bereits im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung und dem Ehegattensplitting erfasst.)

**5. AKADEMIKER**

In Deutschland lag 2010 die Erwerbsquote von Akademikerinnen im Alter bis zu 74 Jahren bei 77,5 Prozent, bei Akademikern waren es 78,9 Prozent. Jede(r) Fünfte war also weder auf der Suche nach einem Job noch kurzfristig für den Arbeitsmarkt verfügbar. Im EU-Schnitt liegt die Erwerbsquote für Akademiker dagegen bei 84,7 Prozent und für Akademikerinnen bei 80,4 Prozent. Höher ist sie in Ländern mit Studiengebühren wie in Holland und Großbritannien.

Offenbar besteht ein Zusammenhang zwischen den Studiengebühren und den Erwerbsanreizen von Akademikern. Untersuchungen zeigen, dass die private Rendite eines Studiums in Ländern mit Studiengebühren eher höher ist als in Ländern ohne solche. Es ist deshalb nicht nur effizienter, sondern auch sozial gerechter, den Nutzer der Bildungsleistungen statt den Steuerzahler zur Finanzierung von Hochschulen heranzuziehen und Studiengebühren einzuführen.

Zur Chancengleichheit sollten sie durch eine Studienförderung flankiert werden sollte. Kinder ärmerer Eltern werden dann nicht benachteiligt, da die Zugangschancen zur Hochschule stärker vom Umfang der Unterstützung als durch die Gebühren beeinflusst werden.

Vor dem Hintergrund der höheren Erwerbsquoten in europäischen Vergleichsländern scheint es möglich, dass 100 000 Akademiker zusätzlich durch die Einführung von Studiengebühren motiviert werden könnten, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen. (Die Akademikerinnen werden hier ebenfalls ausgeklammert, um Überschneidungen mit den zuvor thematisierten Frauengruppen zu vermeiden.)

**6. AM ARBEITSMARKT INAKTIVE JUNGE**

2011 haben 49 560 Schüler das Schulsystem ohne Abschluss verlassen, das sind 6,2 Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung. Der Anteil junger Frauen ohne Schulabschluss ist mit 39,7 Prozent deutlich geringer als bei den jungen Männern. Ein Schulabschluss ist eine wesentliche Voraussetzung für eine Lehrstelle. Dem Großteil der Schulabgänger ohne Abschluss gelingt der Einstieg in das duale Ausbildungssystem jedoch nicht, mit negativen Folgen für die weitere Erwerbskarriere.

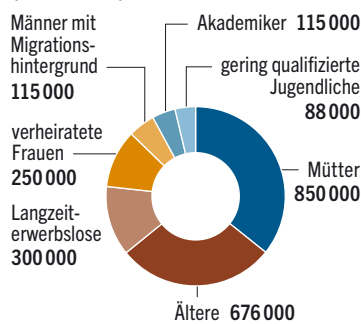
Entscheidend für das Scheitern in der Schule ist die soziale Herkunft. Verfügen weder Mutter noch Vater über einen Hauptschulabschluss und haben die Kinder einen Migrationshintergrund, steigt das Risiko, selbst keinen Hauptschulabschluss zu erreichen. Auf dem Arbeitsmarkt haben diese jungen Menschen schlechte Chancen. Das Arbeitsplatzangebot für gering Qualifizierte ist rückläufig.

Um ihnen die Chance auf eine Erwerbstätigkeit zu eröffnen, brauchen junge Mütter Kinderbetreuungsmöglichkeiten und flexible Unterrichtszeiten. Wichtig sind zudem Angebote, frühzeitig Deutsch zu lernen. Zusätzlich sollte die Weiterbildung für gering Qualifizierte in den Unternehmen ausgebaut werden, um ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern.

2010 gehörten 207 000 Frauen und 150 000 Männer im Alter von 20 bis 24 Jahren zu den sogenann-

**Mehr als zwei Millionen**

Aktivierbare Arbeitskräftepotenziale (in Prozent)



Quelle: HWWI



**6,2 %**

der Schüler in Deutschland haben 2011 das Schulsystem ohne Abschluss verlassen – das sind 49 560 Schülerinnen und Schüler

ten Nichterwerbspersonen. Bei einer besseren Berufsqualifizierung dürfte das Erwerbspersonenpotenzial dieser Altersgruppe um mindestens 88 000 steigen – konservativ geschätzt: Die Bundesagentur für Arbeit sieht hier ein Potenzial bis zu 300 000 Personen.

**7. LANGZEITERWERBSLOSE**

Die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland hat sich seit 2005 von 4,7 auf 2,6 Millionen fast halbiert. Parallel dazu fiel auch die Zahl Langzeiterwerbslosen, die schon seit mehr als zwölf Monaten nicht beschäftigt waren. Ihr Anteil an den Erwerbspersonen sank von sechs Prozent auf unter drei Prozent. Insgesamt zählten 2011 rund 1,2 Millionen Menschen dazu.

Um das Arbeitskräftepotenzial von Langzeiterwerbslosen zu erschließen, gilt es, Grundqualifikation aufzubauen, zu fördern und durch klare Standards zu kommunizieren. Besonders in den Gesundheits- und Pflegeberufen bestehen dazu Möglichkeiten.

2011 ist die Zahl der Langzeiterwerbslosen um 257 000 Personen zurückgegangen. Geht man davon aus, dass die 25 Prozent der unter 50-jährigen Langzeiterwerbslosen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung besitzen, prinzipiell für eine Beschäftigung geeignet sind, ergibt sich ein Arbeitskräftepotenzial von fast 300 000 Personen.

**FAZIT**

In der deutschen Erwerbsbevölkerung liegt ein erhebliches Arbeitskräftepotenzial brach, das durch den Abbau von Beschäftigungshemmnissen aktivierbar ist. Selbst bei konservativer Abschätzung sind das rund 2,25 Millionen Menschen. Die größten Erfolge sind bei Müttern und Älteren zu erzielen: Allein die beiden Gruppen machen etwa 1,5 Millionen, zwei Drittel, des gesamten Potenzials aus.

Basis des Beitrags ist die Studie im Auftrag der INSM „Ungenutzte Arbeitskräftepotenziale in Deutschland“ von Christina Boll, Alexandra Kloss, Johannes Puckelwald, Christina B. Wilke, Anne-Kathrin Will vom Hamburgischen Welt-Wirtschaftsinstitut. Redaktion: Klaus Methfessel



# Green geht online.

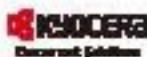
**WirtschaftsWoche Green.**

**Das neue Internetportal zum Thema Nachhaltigkeit.**

Die grüne Website der WirtschaftsWoche ist der neue Treffpunkt der Green Economy. Hier finden Sie die neuesten Nachrichten, Meldungen und Meinungen, exklusive Analysen und Studien, fundierte Portraits und Best-Practice-Beispiele. Bleiben Sie informiert im Wachstumsmarkt Nachhaltigkeit – und erkennen Sie Trends, bevor es andere tun. **Auf [green.wiwo.de](http://green.wiwo.de)**

Das Nachhaltigkeitsportal:  
[green.wiwo.de](http://green.wiwo.de)

Premium-Werbepartener:



Mercedes-Benz



# Reform der Mini- und Midijobs

Ein relevanter Teil der Deutschen arbeitet nur wenige Stunden die Woche, knapp die Hälfte der Arbeitslosen bleibt länger als ein Jahr erwerbslos. Das liegt vor allem am Konstrukt der Minijobs und Hartz-IV-Regeln. Was verändert werden muss, erklären Norbert Berthold und Mustafa Coban.

Die Welt kann verändert werden, Zukunft ist kein Schicksal“, hat der österreichische Schriftsteller und Zukunftsforscher Robert Jungk einmal gesagt. Wer unser gesellschaftliches Leben in diesem Sinne als gestaltbar ansieht, wer daran glaubt, dass wir Schlechtes zum Guten, Gutes zum Besseren wenden können, der ist in Zeiten wie diesen besonders gefordert.

Denn der Reformeifer ist gering. Den Deutschen geht es relativ gut. Die Arbeitslosigkeit ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken, die europäische Wirtschaftskrise geht an Deutschland noch immer relativ spurlos vorüber. Wo aber die Notwendigkeit für Veränderungen kaum sichtbar ist, da fehlt der Politik der Mut. Weil Veränderung Widerstände schafft.

Doch nichts muss bleiben, wie es ist. Wolken am Horizont sind schon lange zu sehen. Bis 2050 werden im statistischen Durchschnitt jährlich 500 000 Menschen weniger potenziell dem Arbeitsmarkt in Deutschland zur Verfügung stehen.

Arbeit aber ist die Grundlage unseres Wohlstands. Wollen wir diesen Wohlstand halten oder steigern, muss zukünftig die geringere Zahl an Erwerbspersonen stärker in den Arbeitsmarkt integriert werden und bereits Beschäftigte mehr arbeiten. Genauer gesagt, darf Arbeitslosigkeit für bestimmte Bevölkerungsgruppen kein Dauerzustand sein, und Beschäftigte mit wenigen Wochenarbeitsstunden müssen den Wunsch haben, mehr zu arbeiten.

## KAUM ATTRAKTIVE ANREIZE FÜR MINIJOBBER

Diese Ziele werden aber nur erreicht, wenn wir den Rahmen verbessern, in dem sich Arbeitsbeziehungen heute entfalten – oder eben nicht. So belegt Deutschland im europäischen Vergleich bei der Langzeitarbeitslosigkeit nach Ungarn und Rumänien Platz 22. Schweden und Norwegen übernehmen die Tabellenführung. Zudem ist in Deutschland ein Phänomen zu beobachten, das es in wirtschaftlich ähnlich entwickelten Ländern kaum gibt: Ein relevanter Teil der erwerbstätigen Bevölkerung arbeitet nur wenig. Ein Achtel aller Erwerbstätigen geht hierzulande ausschließlich einem sogenannten Minijob nach – eine Beschäftigungsform, die außerhalb von Deutschland praktisch unbekannt ist.

Es liegt die Vermutung nahe, dass es nicht an einer überproportionalen Präferenz der Deutschen für Freizeit liegt, dass ein relevanter Teil der Deutschen nur wenige Stunden die Woche arbeitet oder knapp die Hälfte der Arbeitslosen länger als ein Jahr erwerbslos bleibt. Es liegt vielmehr am staatlichen Konstrukt der Minijobs und der Hartz-IV-Regeln, die es unattraktiv machen, mehr zu arbeiten oder überhaupt zu arbeiten. Was wir dringend brauchen, ist eine Verbesserung dieser Regeln. Darin liegt nicht nur ein großes



**Norbert Berthold** ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg sowie Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft. Mustafa Coban ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Professor Berthold.

Beschäftigungs- und Wachstumspotenzial, sondern auch eine Teillösung für das demografische Problem und die Langzeitarbeitslosigkeit.

Bevor wir zu den notwendigen Reformvorschlägen kommen, zunächst die Analyse: Derzeit handelt es sich bei jedem fünften Arbeitsverhältnis in Deutschland um einen Minijob. Jeder dritte Minijob wird jedoch nur im Nebenerwerb ausgeführt. Zwei Drittel der geringfügigen Beschäftigungen werden von Frauen besetzt. Während knapp 60 Prozent der Minijobs keinen beruflichen Ausbildungsabschluss erfordern, besitzen drei Viertel der Minijobber eine abgeschlossene Ausbildung oder eine höhere Bildung. Das Absurde: Jeder kann unabhängig von seiner Qualifikation, seinem Geschlecht und seinem Alter einen Minijob aufnehmen. Dabei sind die eigentlichen Adressaten gering Qualifizierte und Arbeitslosengeld-II-Bezieher (ALG-II-Bezieher).

## GEBURT DER GERINGFÜGIGKEITSGRENZE

Ein kurzer Blick zurück: 2003 kam es im Zuge der Hartz-Reformen zu einer Neuausrichtung der geringfügigen Beschäftigung. Die Geringfügigkeitsgrenze wurde auf einen Monatsbruttolohn von 400 Euro angehoben, die zusätzliche Bedingung einer Arbeitszeit von weniger als 15 Stunden pro Woche abgeschafft. Beschäftigungsverhältnisse innerhalb dieses Einkommensbereichs nennt man seitdem Minijobs. Sie sind für die Arbeitnehmer steuer- und sozialabgabenfrei und können neben einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung aufgenommen werden. Nur der Arbeitgeber tätigt pauschale Beiträge an die Rentenversicherung in Höhe von zwölf Prozent und an die gesetzliche Krankenversicherung in Höhe von elf Prozent. Zudem muss dieser eine pauschale Lohnsteuer von zwei Prozent abführen. Mit einer weiteren Anpassung 2006 wurden der Beitrag zur Rentenversicherung auf 15 Prozent und der Beitrag zur Krankenversicherung auf 13 Prozent erhöht. Die pauschale Lohnsteuer blieb unverändert.

Somit summiert sich die Belastung des Arbeitgebers aus einem Minijob derzeit auf 30 Prozent, wenn man von den marginalen Umlagen bei Krankheit, Schwangerschaft und Insolvenz absieht.

Zur Verringerung der Abgabefalle wurde außerdem eine Gleitzone für Bruttomonatseinkommen zwischen 400 und 800 Euro eingerichtet. Beschäftigungsverhältnisse innerhalb dieses Einkommensintervalls heißen Midijobs. Bei mehreren Beschäftigungsverhältnissen ist das insgesamt erzielte Arbeitsentgelt maßgebend. Die vom Arbeitgeber zu entrichtenden Beiträge an die Sozialversicherungen verhalten sich wie bei normalen Beschäftigungsverhältnissen und bleiben über die gesamte Gleitzone konstant. Somit ergibt sich eine Gesamtbelastung für den Arbeitgeber

in Höhe von 19,58 Prozent. Ab 2013 wurden die Grenzen für Minijobs auf 450 Euro und für Midijobs auf 850 Euro angehoben.

Die Attraktivität der Minijobs liegt darin, dass der Bruttolohn dem Nettoverdienst entspricht. Hierdurch sind Erwerbslose bereit, auch zu niedrigeren Löhnen eine geringfügige Beschäftigung aufzunehmen, und Unternehmen können auf der Ebene der Bruttostundenlöhne Arbeitskosten einsparen. Aufgrund der geringeren Entlohnung beschränkt sich ein Großteil der geringfügigen Beschäftigung auf einfache Tätigkeiten.

Gelingt durch Mini- und Midijob-Regelungen der Einstieg in Arbeit? Wie sehen die Chancen aus, einen Mini- oder Midijob nach oben (mehr Einkommen) zu verlassen. Geht ein Dachdecker neben seinem normalen Arbeitsverhältnis einem Minijob nach, hilft das gering qualifizierten ALG-II-Beziehern wenig. Er kann ihnen sogar schaden, wenn nämlich ein per Nebenerwerb subventionierter Dachdecker dem Jobeinsteiger die Arbeitsmöglichkeit wegschnappt. Unabhängig von der Nebenerwerbsfrage ist ein Minijob wegen der Anrechnung auf Lohnersatzleistungen kaum geeignet, gering Qualifizierte in Beschäftigung zu bringen. Denn ein gering qualifizierter Arbeitslosengeld-II-Bezieher wird es sich sehr gut überlegen, ob er einen Minijob von 450 Euro annimmt, wenn er davon 280 Euro an den Staat abgeben muss.

Wie bizarr die Regeln sind, zeigt ein zweites Beispiel: Nimmt eine Person einen Minijob bis 450 Euro an, erhält sie „brutto gleich netto“. Entscheidet sie sich jedoch für einen Midijob über beispielsweise 500 Euro (und arbeitet dafür länger), erhält sie netto nur noch 436 Euro. Das ist eine klassische Abgabenfalle. Es spricht vieles dafür, die Mini- und Midijobs neu auszurichten. Dazu sind allerdings drei grundlegende Reformen notwendig.

### **JOBCHANCEN FÜR GERING QUALIFIZIERTE ERHÖHEN**

Als Erstes sollte die Steuer- und Abgabefreiheit im Nebenerwerb abgeschafft werden. Schließlich geht es darum die Beschäftigungschancen der gering Qualifizierten und ALG-II-Bezieher zu verbessern. Minijobber im Nebenerwerb befinden sich bereits über ihre Hauptbeschäftigung auf dem Arbeitsmarkt. Ihre Förderung erhöht nicht die Erwerbstätigenquote, sondern schafft nur günstige Konditionen zur Aufbesserung ihres Haushaltseinkommens.

Zweitens müssen höhere Brutto- auch zu höheren Nettoeinkommen führen. Es sind zwei Strategien mit unterschiedlichen fiskalischen Belastungen denkbar. In der ersten Variante wird eine Gleitzone für Monatseinkommen bis 1000 Euro eingerichtet. In diesem Einkommensbereich steigt der Arbeitnehmersatz zur Sozialversicherung linear an und erreicht bei der Gleitzonengrenze den Prozentsatz aus einer regulären Beschäftigung. Auch der Beitragssatz der Arbeitgeber wird neu geregelt. Für Beschäftigungsverhältnisse bis 200 Euro soll der Arbeitgeber anstatt derzeit 30

Prozent nur noch 25 Prozent abführen. Ab einem Monatseinkommen von 200 Euro wird demnach der allgemeine Arbeitgebersatz zur Sozialversicherung in Höhe von 19,28 Prozent wirksam. Diese Senkung soll den Arbeitgebern weiterhin ermöglichen, in Stoßzeiten Kleinbeschäftigungsverhältnisse (Beschäftigungen bis 200 Euro) anzubieten. Dennoch darf die neue Pauschale den allgemeinen Arbeitgebersatz nicht unterschreiten, damit Beschäftigungen mit geringen Bruttomonatseinkommen und geringen Arbeitsstunden unattraktiv bleiben. Kleinbeschäftigungsverhältnisse sollen sich auf kurzfristige Tätigkeiten begrenzen.

### **VOM SELBST VERDIENTEN MEHR EINBEHALTEN**

Die zweite Möglichkeit ist eine Einkommenssubvention nach britischem Vorbild. Hier gilt für alle Arbeitnehmer unabhängig von der Einkommenshöhe der allgemeine Sozialversicherungssatz. Einkommensbezieher mit Kindern (ohne Kinder) erhalten bis zu einer Einkommenshöhe von 1500 Euro (1200 Euro) eine Steuergutschrift, die bis zu 28 Prozent des Bruttoeinkommens betragen kann. Drittens müssen die Hartz-IV-Regelungen angepasst werden. Neben niedrigeren Bedarfsleistungen sind geringere Entzugsraten auf Hinzuverdienste der ALG-II-Bezieher nötig. Das bedeutet: Vom selbst Verdienten darf mehr behalten werden. Das

erhöht die Bereitschaft der ALG-II-Bezieher, einen Job im Niedriglohnsektor ohne stärkere Einkommenseinbußen anzunehmen.

Zudem dürfen die Entzugsraten künftig nicht mit dem Mehrverdienst steigen, sondern müssen abnehmen. Während heute die effektiven Entzugsraten mit jedem weiteren Euro zunehmen, muss künftig das Gegenteil der Fall sein.

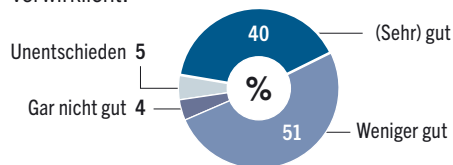
Unser Vorschlag: Eine volle Anrechnung bis zu einem Einkommen von 200 Euro, damit ALG-II-Bezieher keinen Kleinbeschäftigungen nachgehen, die weder die Belastung des Steuersystems merklich reduzieren noch dem Leistungsberechtigten eine Chance zu einer langfristigen Integration in den Arbeitsmarkt bieten. Ab einem Einkommen von 200 Euro soll die Entzugsrate mit jedem hinzuverdienten Euro sinken. Übersteigt das Einkommen 1000 Euro, nehmen die effektiven Transferentzugsraten zu, da für Beschäftigungsverhältnisse oberhalb dieser Grenze eine langfristige Integration in das Erwerbsleben wahrscheinlicher wird.

Eine solche Reform ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Arbeitslosigkeit unter gering Qualifizierten würde sinken, die Beschäftigung von ALG-II-Beziehern steigen. Das ist in Zeiten einer rückläufigen Nachfrage nach einfacher Arbeit wichtig und verhindert, dass einfache Arbeit massenhaft arbeitslos wird und verringert die Gefahr steigender Armut. Es gilt: Sozial gerecht ist, was Arbeit schafft. Ein gesetzlicher Mindestlohn erstickt die Reform der Mini- und Midijobs im Keim. Er vernichtet Arbeitsplätze für einfache Arbeit. Das ist weder effizient noch gerecht. ■

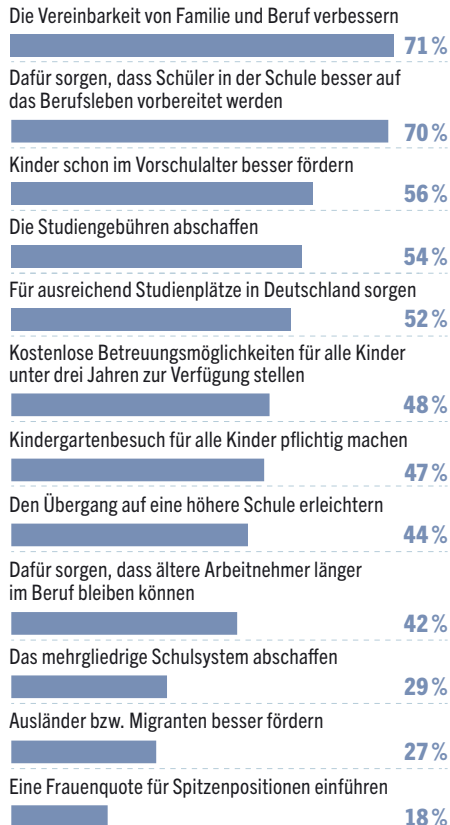
»Ein gesetzlicher Mindestlohn **vernichtet Arbeitsplätze** für einfache Arbeit«

# Wie hast du's mit der Schule?

Frage: Wie gut ist in unserer Gesellschaft Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich verwirklicht?



## Was sollte der Staat tun, um Chancengerechtigkeit zu fördern?



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv

WirtschaftsWoche

FOTOS: INGO RAPPERS FÜR WIRTSCHAFTSWOCH



»Abitur will ich auf jeden Fall machen. So halte ich mir alle Türen offen«

**Emanuel, 13, Schüler in Dortmund.** Die Schule ist in Ordnung. Es wäre gut, wenn es noch ein paar kreative Fächer geben würde. Theater zum Beispiel. In der Rockband der Schule spiele ich Cello. Wir treten auch auf. Mein Musiklehrer hat mich motiviert, nun auch zu singen. Er hat einen Sponsor gefunden, der mir jetzt einen Gesangslehrer finanziert. Das ist schon klasse. Abitur will ich auf jeden Fall machen. So halte ich mir für später alle Türen offen. Vorher möchte ich noch über einen Schüleraustausch ins Ausland – am liebsten nach Schweden oder Australien.

**Hannah, 10, Schülerin in Düsseldorf.** Als es darum ging, auf welches Gymnasium ich gehen soll, kam von meinen Mitschülern viel Druck. Das war blöd. Lernen finde ich aber gut. Ich bin halt ziemlich neugierig. Angst vor den Lehrern habe ich nicht. Ich traue mich schon, meine Meinung zu sagen. Später will ich mal Drehbuchautorin werden. Oder Kamerafrau. Am wichtigsten ist mir meine Familie. Nur mit meinem Bruder streite ich viel. Das nervt. Aber ohne ihn wäre es auch ziemlich langweilig.




**»Lernen finde ich gut. Blöd ist es, wenn man nur auf Leistung schaut«**

**»In der Schule werde ich gemobbt. Ich gehe trotzdem gerne hin«**



**Noah, 10, Schüler in Köln.** Wegen meiner Hautfarbe werde ich in der Schule oft gemobbt. Die beschimpfen mich und sagen, mein Vater kommt aus Afrika. Ich wehre mich natürlich und trete die. Jeden Tag geht das so. Ich bin deswegen auch in Therapie. Dabei müssten die anderen doch eigentlich mal behandelt werden. Trotzdem gehe ich gerne in die Schule. Mein Lieblingsfach ist Mathe. Und ich spiele dort Basketball und Fußball. Meine Mutter ist Hamburgerin, meinen Vater sehe ich selten. Aber der sollte denen in der Schule mal erklären, wo er wirklich herkommt: von den Antillen!

A photograph of a classroom. In the foreground, a young girl with red hair in pigtails, wearing a black dress with white polka dots, is sitting at a desk and raising her right hand. In the background, a teacher with blonde hair, wearing a black dress, stands with her back to the camera, facing a green chalkboard. The chalkboard has the words 'Das ABC' written on it in white chalk. Above the chalkboard, a string of colorful circular ornaments (orange, yellow, red, blue, green, purple) hangs across the top of the frame.

**O**b die Fahrt nach oben oder nach unten ging, ist leider nicht überliefert. Es war 1995, nach einer Zusammenkunft europäischer Bildungsminister, als der Bildungsforscher Andreas Schleicher, damals Referent bei der OECD, im Aufzug mit einem Kollegen diskutierte. Über die Nutzlosigkeit solcher Zusammenkünfte im Allgemeinen und dieser im Besonderen. Darüber, dass all die Zusammenarbeit umsonst sei, so lang man gar nicht vergleichen könne, wovon man da rede. Schleichers Kollege sagte, er könne das ja mal ausarbeiten, mit dem Vergleich. Schleicher setzte sich daran, es folgte eine große Idee, manche sagen eine revolutionäre: Pisa. Heute ist Schleicher Chef der Bildungsabteilung bei der OECD, aus dem Traum, Bildung international vergleichen zu können, sind eine ganze Reihe von Tests mit Tausenden von Teilnehmern geworden.

Vor allem aber wird seit der ersten Studie im Jahr 2000 nicht nur in Deutsch- >>

FOTO: PICTURE-ALLIANCE/DP/ADAMIEL REINHARDT



**Tatort Schulklasse** Noch wirkt alles fein und fair – wie in der Hamburger Katharinschule. Kinder von Akademikern landen an der Uni, Arbeiterkinder eher nicht

# Fuß in der Tür

**Im deutschen Bildungssystem hat sich in den vergangenen Jahren einiges getan. Bloß am größten Misstand hat sich kaum etwas geändert: der mangelnden Chancengerechtigkeit.**

» land anders über Bildung diskutiert. Aus einer politischen ist eine nutzenorientierte Debatte geworden: Wie muss Bildung organisiert werden, damit sie am meisten bringt?

Aus Sicht von Ökonomen geht es dabei vor allem um eine Sache: Chancengerechtigkeit. Damit Kapitalismus funktioniert und Fortschritt entsteht, soll der Bildungserfolg eines Kindes möglichst unabhängig vom Einfluss der Eltern sein.

### ZIEMLICH SCHLECHTES ZEUGNIS

Genau bei diesem Aspekt stellten die Pisa-Studien Deutschland von Anfang an ein schlechtes Zeugnis aus. Stärker als in den meisten anderen Industrieländern hängt schulischer Erfolg hierzulande vom Elternhaus ab. Mit großer Wahrscheinlichkeit landet das Kind von Akademikern wieder an der Universität, das Arbeiterkind eher nicht.

So ging bei der Pisa-Studie 2009 ein Unterschied auf dem Teilindex für sozialen Status von einem Punkt im internationalen Schnitt mit einem Unterschied bei der Lesekompetenz von 38 Punkten einher. In Deutschland betrug dieser Unterschied 44 Punkte.

Insgesamt zeigte sich, dass Akademikerkinder im Durchschnitt eine um 75 Punkte höhere Lesekompetenz aufwiesen als Arbeiterkinder. Das war zwar deutlich weniger als in der ersten Pisa-Studie 2001 (108 Punkte), aber immer noch ein deutlicher Unterschied.

Dieser Unterschied spiegelt sich in den Arbeitsmarktchancen der verschiedenen Gruppen wider. Allein seit der Jahrtausendwende hat sich die Zahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Akademiker um 34 Prozent auf rund drei Millionen erhöht. Zugleich war die Zahl von Beschäftigten ohne Berufsabschluss um 24 Prozent rückläufig. Entsprechend deutlich unterscheidet sich das Einkommen.

Wer in Deutschland einen Hochschulabschluss aufweisen kann, erzielt im Durchschnitt ein um 68 Prozent höheres Einkommen als ein Arbeitnehmer mit Abitur, im Vergleich zu Hauptschulabsolventen liegt das Einkommen sogar um 98 Prozent höher. So groß wie in Deutschland sind die Spreizungen nur in wenigen anderen Ländern der OECD.

Der grundsätzliche Nutzen eines chancengerechten Bildungssystems ergibt sich dabei aus einer einfachen Logik: Ein marktwirtschaftliches System wird nur dann nicht zur erdrückenden Oligarchie,



**Spiel der Erfolgreichen** Die Mittelstufe auf der Privatschule Schloss Salem spielt Hockey. Und egal, welches Team verliert – alle, die hier mitspielen, gehören zu den Gewinnern

## Stärker als in anderen Ländern hängt schulischer Erfolg bei uns vom Elternhaus ab

wenn mit jeder Generation die Wohlstandsverteilung neu verhandelt wird. Nur wo jeder alles werden kann, setzt sich zum einen der effizienteste Wettbewerber durch. Zum anderen erhält das System auch nur so seine Legitimität. Wenn Chancen vererbt werden, wird die vermeintlich freie Marktwirtschaft zur schalen Rechtfertigung für die Zementierung einer Klassengesellschaft.

### UTOPIE DER CHANCENGLEICHHEIT

Doch so einleuchtend die generelle Notwendigkeit von Chancengerechtigkeit in der Marktwirtschaft ist, so umstritten ist im Detail, wie weit sie gehen soll und mit welchen Mitteln sie umzusetzen ist. Denn wenn man Chancengerechtigkeit zu Ende denkt, wird offensichtlich, dass sie in Konflikt zu den Freiheitsrechten der Eltern ge-

raten kann. So haben die ersten Lebensjahre den größten Einfluss auf die Entwicklung der Persönlichkeit eines Kindes. Wer hundertprozentige Chancengerechtigkeit will, müsste daraus in letzter Konsequenz den Schluss ziehen, Kinder möglichst früh von den Eltern zu trennen, am besten schon unmittelbar nach der Geburt. Rechnet man hinzu, dass Teile der angeborenen Persönlichkeitsmerkmale vom Verhalten der Mutter in der Schwangerschaft abhängen, ginge die vollständige Chancengerechtigkeit sogar noch einen Schritt weiter: Schwangerschaften müssten gemeldet werden, die Mutter käme in eine betreute Wohneinrichtung. Kein Alkohol, keine Kippen, gleiches Essen für alle.

So abstrus es klingt, das Gedankenspiel zeigt deutlich: Vollkommene Chancengleichheit kann keiner ernsthaft wollen, sie wäre kaum zu realisieren, denn dann würde der Anreiz fehlen, überhaupt Kinder in die Welt zu setzen.

Diese Einsicht entlastet den Begriff Chancengerechtigkeit von seinem schwülen Pathos. Denn Chancengerechtigkeit wird nicht im luftleeren Raum realisiert, sondern bringt eine Vielzahl von Konflikten mit anderen Zielen mit sich. Das be-



**Zeichen setzen** Ob Berlin oder Hückeswagen – in Deutschland ist es in keiner gesellschaftlichen Gruppe ein Stigma, seine Kinder auf staatliche oder kirchliche Schulen zu schicken

ginnt schon bei harmloseren Aspekten von Bildung wie dem Nachhilfeunterricht oder Auslandsaufenthalten. Da diese nur begüterte Familien bezahlen können, entsteht eine Ungleichheit in den Lernvoraussetzungen der Kinder. Aber sollten sie deshalb verboten werden?

Denn natürlich kann man es dem Bildungsbürgertum nicht vorwerfen, dass es kulturelles Kapital an den Nachwuchs weitergeben will. Ohne dieses Interesse wären zwar vielleicht die Chancen gleicher verteilt, insgesamt würde aber das gesellschaftliche Humankapital darunter leiden.

#### OBJEKTIVER IDEALZUSTAND

In der Praxis ist die Absolutheit, mit dem „Chancengerechtigkeit“ als politisches Ziel von den Politikern fast aller Couleur benannt wird, somit vor allem ein großes Märchen: Der Begriff vermittelt die Existenz eines objektivierbaren Idealzustandes, den es in Wahrheit so gar nicht geben kann.

Im Kern ist Chancengerechtigkeit eine zutiefst politische Frage: Wie weit können und wollen wir in die Freiheit der Eltern eingreifen, um den Kindern gleiche Chancen zu bieten? Um sich nicht schon am

## Auch das Studienfach und das Engagement neben der Universität spielen eine Rolle

Ausgangspunkt in ideologischen Debatten zu verhaken, bietet sich deshalb eine problemorientierte Herangehensweise an.

Wo liegen die Weichenstellungen, an denen die Ungleichheit der Chancen ihre schärfsten Auswirkungen hat, und inwieweit lassen sich diese verändern, ohne neue Konflikte heraufzubeschwören?

Zunächst fällt auf, zwischen welchen Gruppen in Deutschland ungleich verteilt wird. Anders als in vielen angelsächsischen Ländern haben die Probleme mangelnder sozialer Durchlässigkeit in Deutschland weniger mit einer in sich abgeschlossenen Elite zu tun. Ob Mittelschicht oder Upper Class, in Deutschland ist es, anders als in den USA oder Großbritannien, in keiner gesellschaftlichen Gruppe ein Stigma, seine Kinder auf staatliche oder kirchliche Bildungseinrichtungen zu schicken.

Entsprechend gering ist denn auch im Vergleich mit den angelsächsischen Bildungssystemen nach wie vor die Anzahl privater Schulen. Auch die privat finanzierten Universitäten haben es hierzulande in knapp drei Jahrzehnten nicht geschafft, zu den besten staatlichen Universitäten aufzuschließen.

#### VIELE BILDUNGS-AUSSTEIGER

Die Probleme in Sachen Chancengerechtigkeit sind in Deutschland eher mit einer Abgrenzung nach unten verbunden. In den Bundesländern, die noch Hauptschulen haben, produzieren sie einen hohen Anteil an Bildungsaussteigern.

Vergleicht man die verschiedenen Bildungsinstitutionen nach ihrem Einfluss auf die Chancengerechtigkeit, so fällt der Arbeitsmarkt zunächst eher positiv auf. So lassen sich zwischen den Karriereverläufen von Universitätsabsolventen kaum noch strukturelle Unterschiede feststellen, die mit der sozialen Herkunft zusammenhängen. Jüngst zeigte eine Vergleichsstudie der Karriereverläufe von Uni-Absolventen, dass sich deren beruflicher Status und Einkommen unabhängig von Einkommen und Schichtzugehörigkeit der Eltern entwickeln.

Stattdessen spielten das Studienfach und das Engagement neben der Universität eine entscheidende Rolle.

Die Studie zweier Forscher von den Universitäten Köln und Mannheim brachte jedoch neben dieser generell positiven Erkenntnis eine bedenkliche Ausnahme zum Vorschein: Juristen. In dieser Gruppe zeigte sich, dass Absolventen aus vermögendem Elternhaus fünf Jahre nach Abschluss im Mittel deutlich mehr verdienten als ihre Kommilitonen aus Arbeiterfamilien. Der Grund dürfte darin liegen, dass sich bei Juristen, anders als in vielen anderen Berufsgruppen, Renommee und Kundenstamm einfach vererben lassen. Wenn die Kanzlei der Eltern sich einen guten Ruf erworben hat, dann werden die Kunden ihr weiter vertrauen, egal, ob der Junior nun ein besserer oder schlechterer Jurist ist.

#### DIE ROLLE DER SOZIALEN CODES

Diese Ausnahme weist auf eine generelle Problematik hin, welche die Chancenverteilung in Deutschland subtil an vielerlei Stellen beeinflusst. Anders als in angelsächsischen Ländern spielen hierzulande soziale Codes eine große Rolle, um den Bildungsstand einer Person zu klassifizieren. Das zeigt sich an Kleinigkeiten. Während »

» es in den USA beispielsweise völlig unüblich ist, seinen akademischen Titel (PhD) überhaupt auf der Visitenkarte zu vermerken, ist es in Deutschland Gang und Gäbe, dass der Azubi im Lebenslauf auch die Berufe seiner Eltern nennt oder die Gattin des Landarztes beim Bäcker als „Frau Doktor“ begrüßt wird.

### MESSER-UND-GABEL-KOMPLEX

Auch bei der Wohnungssuche kann für junge Menschen der Beruf der Eltern viele Türen öffnen, die für andere schon wegen des Klangs ihres Nachnamens verschlossen bleiben. Die Auswirkungen dieser subtilen Normen setzen sich bis an den Arbeitsmarkt fort: Wer im humanistischen Elternhaus Messer und Gabel richtig zu halten gelernt hat und weiß, wie die Serviette auf dem Schoß gefaltet gehört, der wird im Arbeitsleben viel schneller Erfolg haben als der fachlich gleich qualifizierte Konkurrent, dem dieses Wissen fehlt.

Studien zur Ungleichheitsforschung unterscheiden bei der Ursachenanalyse dementsprechend in sozialstrukturelle Faktoren und solche, die im Bildungssystem liegen. Während beispielsweise in den USA die Sozialstruktur relativ ungleich ist, ist das Bildungssystem eher egalitär.

In Deutschland ist es umgekehrt: Relativ egalitäre Sozialstrukturen führen im Zusammenspiel mit einem sozial-selektiven Bildungssystem zu ungleichen Bildungsergebnissen. Wissenschaftler bezeichnen diesen Typ von Ländern, zu dem die meisten kontinentaleuropäischen Staaten zählen, als „konservative“ Wohlfahrtsregime.

Anders als in „liberalen“ Staaten wie den USA ist die Statussicherung durch den Staat hier relativ ausgeprägt, im Gegensatz zu den „sozialdemokratischen“ Staaten Skandinaviens wird jedoch verhältnismäßig wenig Einkommen umverteilt.

### BILDUNG ALS SOZIALE SCHRANKE

Dabei trifft die inzwischen fast ein Jahrhundert alte Diagnose des großen Soziologen Max Weber im Großen und Ganzen bis heute zu: „Unterschiede der Bildung sind heute zweifellos eine der allerstärksten wirkenden sozialen Schranken. Vor allem in Deutschland, wo privilegierte Stellungen nicht nur an eine Qualifikation von Fachwissen, sondern außerdem von allgemeiner Bildung geknüpft [sind] und das ganze Schul- und Hochschulsystem in deren Dienst gestellt ist.“

Vergleicht man die Bildungsergebnisse dieser Gruppen in den Pisa-Studien,



**Weisheiten im Quadrat** Chinesische Grundschüler lernen im Buch Di-Zi-Gui „Regeln, um ein gutes Kind und guter Student zu werden“. In Deutschland haben wir den guten alten Knigge

## Wer weiß, wie die Serviette auf dem Schoß gefaltet gehört, hat schneller Erfolg

schneidet die konservative Gruppe am schlechtesten ab, in Deutschland liegen die Ergebnisse zwar im Mittelfeld, dafür ist die Streuung besonders groß. Die Universität spielt in Sachen Chancenverteilung vor allem was den Zugang zum Studium angeht eine Rolle.

Das System der „Allgemeinen Hochschulreife“ transportiert Bildung als standesbildendes Merkmal, wie es seit dem 19. Jahrhundert fort dauert: Ein Teil der Bevölkerung ist ohne jede Einschränkung zugangsberechtigt, ein anderer unter gar keinen Umständen.

Auch wenn sich diese Funktion in den letzten Jahren allein dadurch verringert, dass die Zahl der Abiturienten massiv steigt, ändert es nichts an der Tatsache, dass ein dichotomes Denken in Bildungsfragen angesichts der komplexen Ausdiffe-

renzierung der Arbeitswelt kaum noch angebracht ist. Zudem blockiert es Aufstiegschancen zwischen den Klassen, die im Schnitt zwangsläufig weiter auseinanderliegen als in einem gestaffelten System.

### BEFÜRWORDER VON GEBÜHREN

An der Frage, ob das Studium kostenfrei sein sollte oder nicht, scheiden sich in Sachen Gerechtigkeit bis heute die Geister. Ideologisch stehen sich dabei zwei unvereinbare Argumentationsmuster gegenüber. Die Befürworter von Gebühren sind davon überzeugt, dass diese erst eine gute finanzielle Ausstattung der Hochschulen möglich machen, die wiederum zwingende Voraussetzung für ein Bestehen im internationalen Wettbewerb sei. Zudem sei die Gebühr zutiefst gerecht: Schließlich würden Studierende später ja auch im Schnitt deutlich mehr verdienen als beruflich Ausgebildete, die Kostenbeteiligung sei daher nur fair.

Die Gegner sehen es umgekehrt: Auch das beste Stipendiensystem kann aus ihrer Sicht nichts daran ändern, dass Gebühren Kinder aus sozial schwachen Elternhäusern vom Studium abhalten. Und wer Vermögende stärker an der Finanzierung von



**Mehr als Knäckebrötchen** In finnischen Vaasa freuen sich die Grundschüler über das zurzeit beste Schulsystem Europas. Deutschland sortiert eher seine Schüler, als dass es sie fördert

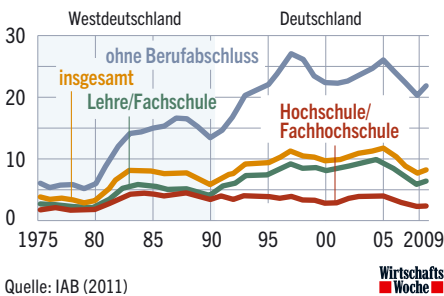
Bildung beteiligen wolle, könne das gerne über Steuern tun.

In der Praxis hat letztere Position zuletzt die Überhand gewonnen. Nachdem um die Jahrtausendwende eine Vielzahl von Bundesländern das Studium kostenpflichtig machte, ist Anfang 2013 nach einem erfolgreichen Volksentscheid gegen die Gebühr auch Bayern als letztes verbliebenes Land wieder aus der Regelung ausgestiegen.

Geblieben sind von dem Intermezzo zumindest eine ganze Reihe aussagekräftiger Studien über die Folgen der Gebühr. Dabei

### Lücke wächst

Arbeitslosenquoten nach Bildungsabschluss (in Prozent)



## Die deutsche Berufsschule wird wegen ihres Praxisbezugs international gefeiert

zeigen die Vergleiche zwischen Ländern mit und ohne Gebühren zum einen, dass sich die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft nicht fundamental unterschiedlich entwickelt hat. Der Punkt geht an die Befürworter.

### Zahl der Studierenden wichtig

Doch zugleich zeigen Befragungen von potenziellen Studienanfängern nicht nur, dass ein bedeutender Anteil die Gebühren als Grund dafür nennt, gar nicht erst ein Studium zu beginnen. Innerhalb dieser Gruppe wiederum ist der Anteil von Kindern aus sozial schwachen Elternhäusern überproportional hoch. Punkt für die Gegner, die daraus folgern, dass die soziale Schichtung der Studentenschaft selbst durch die generelle Bildungsexpansion der vergangenen Jahre verzerrt ist. Erwidern

die Befürworter: Die Befragungsergebnisse sind sekundär, entscheidend ist, wie viele Schüler sich am Ende tatsächlich für ein Studium entscheiden.

Objektiv lässt sich diese Frage offensichtlich kaum entscheiden, als pragmatische Erkenntnis bietet sich deshalb an: Zumindest gerechter machen Gebühren das Studium nicht. Wer Bildung verbessern will, sucht sich deshalb zurzeit schon aus pragmatischen Gründen andere Felder.

Ein kontroverses Feld in Sachen Chancengerechtigkeit ist auch die viel gepriesene deutsche Berufsschule. Denn trotz ihres international hervorragenden Rufs weist diese in Sachen Chancengerechtigkeit einige Mängel auf.

### STARKE BERUFSSCHULE

So zeichnet sich die deutsche Berufsschule durch einen starken Praxisbezug aus, die Stellung der Betriebe ist hier stärker als in allen anderen Ländern. Diese für die Qualifikation der Absolventen positive Eigenschaft hat jedoch unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten zwei Nebenwirkungen. Zum einen sorgt die starke Rolle der Betriebe dafür, dass ihnen auch bei der Kandidatenauswahl eine herausgehobene Rolle zukommt. Verbände wie Wissenschaftler jedoch bemängeln, dass die Betriebe sich trotz Fachkräftemangels nach wie vor viel zu stark an formalen Abschlüssen orientierten.

Praktisch begabte Schüler mit schwachen schulischen Noten kommen viel zu selten zum Zug. Vor allem aber sorgt das hohe Ansehen der betrieblichen Ausbildung dafür, dass die schulischen Ersatzqualifikationen als reine „Warteschleifen“ für nicht vermittelbare Kandidaten wahrgenommen werden.

Wieder sorgt das Bildungssystem für die Weber'sche Trennung in Oben und Unten. Gegen die Konkurrenten mit Berufsausbildung haben schulisch qualifizierte Bewerber auf dem Arbeitsmarkt letztlich keine Chance.

Trotz des internationalen Hypes um die deutsche Berufsschule spiegelt sich dieser Mangel auch in Ergebnissen. So ergab im vergangenen Jahr eine große Vergleichsstudie der Berufsschulen in Deutschland (spezifische Ausbildung, hoher Praxisbezug), Dänemark (generalisierte Ausbildung, stark verschult) und Österreich (Kombination), dass der Königsweg in der Mitte liegt: Die besten Arbeitsmarktchancen ergaben sich für die beruflich qualifizierten Bewerber in Österreich. ➤

» Das deutsche System hingegen neigt dazu, speziell qualifizierte Fachidioten zu produzieren, die bei einem späteren Jobwechsel kaum noch eine Chance haben. Deshalb ist die Jugendarbeitslosigkeit zwar vergleichsweise niedrig, Langzeitarbeitslosigkeit aber immer noch eines der größten Probleme im Land. Nicht nur aus Gerechtigkeitsaspekten wäre eine Annäherung der schulischen und praktischen Systeme an dieser Stelle wohl angebracht.

### SCHULE HAT FILTERFUNKTION

Die größte Chancenumverteilung aber findet nach wie vor an der Schule statt. Während die Sechsjährigen noch auf einem halbwegs vergleichbaren Level ihre Laufbahn beginnen, verlassen sie die Schule fürs Leben gezeichnet. Während dem gymnasialen Abiturienten alle Türen offenstehen, ist dem Hauptschüler ein Großteil der beruflichen Optionen schon verstellt.

So bedeutsam die Auslese an dieser Stelle ist, so wichtig wäre es, dass sie nach den geeigneten Kriterien erfolgt: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Wünschen.

Doch das ist offenbar kaum der Fall: Die Chance, die allgemeine Hochschulreife zu erreichen, ist für Schüler aus gebildeten Elternhäusern etwa siebenmal höher als für Schüler aus bildungsfernen Familien. Bleibt die Frage: Wie viel Wunsch steckt hinter dieser Verteilung, wie viel Fähigkeit?

Wie in Sachen Studiengebühren ist auch hier das Feld ideologisch viel zu vermint, um objektive Schlüsse zu ziehen, ohne vorher ein paar Aspekte auszuklammern. Denn während die eine Seite davon überzeugt ist, dass nur ein Mehr an gemeinsamem Lernen – Kampfgegenbegriff „Einheitsschule“ – die Erfolgchancen der Schüler gerechter verteilen könne, glaubt die andere Seite fest daran, nur homogene Lerngruppen – „Dreigliedrigkeit“ – seien geeignet, Talente richtig zu fördern.

Zwar zeigen die vorliegenden Studien ein leichtes Übergewicht zu ersterer These: In heterogenen Lerngruppen profitieren die Schwachen, während sich die Ergebnisse der Talentierten kaum verändern, doch ein Konsens ist in dieser Frage nicht zu erwarten.

### GEFAHR DER ÜBERGÄNGE

Doch selbst wenn man die Ideologie erfolgreich ausklammert, um ein Problem des existierenden Bildungssystems kommt man nicht herum: die Übergänge. Ob zwischen Grundschule und weiterführenden



**Unten auf der Straße** Die Chance, Abitur zu machen, ist in Deutschland für Schüler aus gebildeten Elternhäusern etwa siebenmal höher als für Schüler aus bildungsfernen Familien

## Den Hauptschülern bleibt ein großer Teil der beruflichen Optionen verstellt

der Schule, ob beim Wechsel in eine andere Schulart oder in ein anderes Bundesland, immer wieder erweist sich diese Schwelle als große Selektionsmaschine, die Humankapital verbrennt und Standesdünkel herstellt.

So zeigten beispielsweise die Iglu-Studien aus dem Jahr 2006, das bei gleichen kognitiven Leistungen die Wahrscheinlichkeit einer Gymnasialempfehlung für Kinder aus dem obersten Viertel der sozialen Verteilung zweieinhalbmal so groß war wie für Kinder von Facharbeitern und sogar viermal so hoch wie für Kinder von ungelerten Arbeitern.

Ein Ansatzpunkt für Verbesserungen bei den Übergängen wäre aus Sicht der meisten Experten zum einen eine etwas spätere Trennung der Schüler, wenn sich die intellektuellen Anlagen deutlicher zeigen, als

das bei der bisherigen Trennung im Alter von zehn Jahren der Fall ist.

Angesichts dieser Tatsache könnte es dann auch leichter fallen, die zweite Problematik am Übergang zu lösen, nämlich die Frage, wer darüber entscheidet, auf welchem Schultyp ein Kind landet. Wird den Eltern dabei völliger Freiraum gelassen, kommt es zu einer Trennung der Schüler entsprechend ihres sozioökonomischen Hintergrunds.

### MENTALITÄT DER ELTERN

Akademikereltern korrigieren ihre Kinder nach oben, weil sie davon überzeugt sind, dass ihrem Schützling der Intelligenzsprung bloß erst noch bevorsteht. Arbeitereltern hingegen halten sich eher an die Empfehlung der Lehrer oder korrigieren diese sogar nach unten, weil sie sich einen Bildungserfolg ihrer Kinder auch aufgrund der eigenen Erfahrungen nicht vorstellen können.

Grundsätzlich raten Wissenschaftler daher zu einer verbindlichen Empfehlung, die sich angesichts dann offensichtlicher Entwicklungsunterschiede zu einem späteren Zeitpunkt auch einfacher durchsetzen ließe.



**Prime Time** Die Frau des britischen Premierministers, Samantha Cameron, eröffnet eine Grundschule in Bromley in Kent. Briten legen für ihre Kinder Wert auf die „richtige“ Schule

Verpflichtende Empfehlungen allein genügen jedoch nicht, um die Chancengerechtigkeit herzustellen, solange die Entscheidung des Lehrers durch das Wissen über den sozialen Hintergrund seiner Schüler bestimmt ist. So zeigt eine Studie des Dortmunder Bildungsforschers Wilfried Bos, dass ein Kind aus der oberen Schicht mit einem IQ von weniger als 100 mit 50 Prozent Wahrscheinlichkeit eine Gymnasialempfehlung bekommt.

Mit der gleichen Wahrscheinlichkeit wird einem Kind aus der unteren sozialen Schicht mit einem IQ von über 115 das Gymnasium empfohlen.

### FRÜHE KINDHEIT ENTSCHEIDET

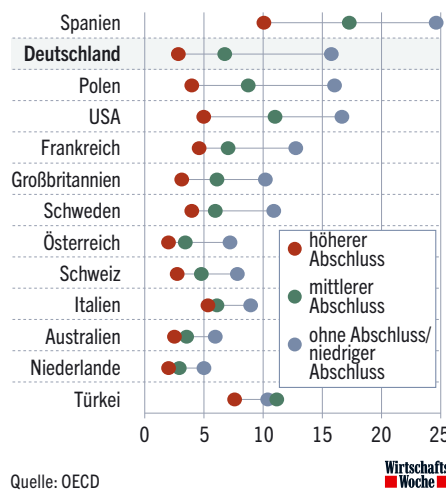
Den wichtigsten Ansatzpunkt für die Herstellung von Chancengleichheit jedoch bildet die Zeit vor der Einschulung. Zum einen ist diese Phase für den Bildungserfolg eines Kindes so entscheidend wie keine andere. Zum anderen ist dies die einzige Phase, wo nicht nur die Art und Weise der Förderung, sondern die Förderung an sich bis heute umstritten ist.

Drei Gründe sind dafür ausschlaggebend, dass der frühen Kindheit für die weitere Biografie eine besondere Bedeutung

zukommt. Zum einen liegt eine besonders große Zahl neuropsychologisch bedeutsamer Entwicklungsphasen in dieser Zeit, entsprechend groß ist die potenzielle Wirkung von Förderung oder Beeinträchtigungen. Zudem baut jeder Entwicklungsschritt auf den vorausgegangenen auf, frühe Fehl-

### Deutschland hat Probleme

Arbeitslosenquoten und Bildungsabschluss im Ländervergleich (in Prozent)



entwicklungen potenzieren sich entsprechend stärker als spätere. Hinzu kommt die beschriebene selektive Wirkung des deutschen Schulsystems, die vorhandene Unterschiede weiter betont.

### KIND IN DER KRIPPE

Das Problem bei der Förderung in diesem Alter liegt in der Bundesrepublik zurzeit weniger in der Qualität der Angebote als vielmehr in der Art ihrer Ausschöpfung. So erhört sich laut einer Bertelsmann-Studie die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, um ungefähr 40 Prozent, wenn das Kind auch eine Kindertagesstätte besucht hat.

Dabei profitiert das Kind umso stärker, je bildungsbiografisch „schlechter“ seine Voraussetzungen sind: Bei Zuwandererkindern steigt die Wahrscheinlichkeit um 55 Prozent, bei Kindern von Eltern mit Hauptschulabschluss um 50 Prozent.

Bisher erfolgt der Besuch von Kitas aber weniger aus Motiven der Förderung als aus der Lebensplanung der Eltern. Wo beide Eltern arbeiten wollen, kommt das Kind in die Krippe. Das sorgt für eine unter Chancenaspekten negative Selbstselektion: In Kitas sind Kinder aus Akademikerhaushalten deutlich überrepräsentiert. Gerade Kinder aus tendenziell prekären Haushalten bleiben der Kita hingegen fern.

Ein geradezu verheerendes Signal hat in dieser Situation das im vergangenen Jahr vom Bundestag beschlossene Betreuungsgeld gesendet. Denn unabhängig von fiskalischen Folgen stärkt das Betreuungsgeld das Ideal von der zu Hause versammelten Familie: Wer sein Kind selbst betreut, wird dafür belohnt.

### WENIGER SORTIEREN

Die Beispiele aus nahezu allen Bildungsbereichen zeigen, worin bis heute der grundlegende Mangel des deutschen Bildungssystems liegt: es sortiert, anstatt zu fördern. Zwar gibt es erste Veränderungen, die diese Wirkung aufbrechen könnten, wie die Öffnung der Universitäten für beruflich Gebildete.

Doch auf die Frage, wohin die Fahrt mit dem Aufzug der Bildungsreform des vergangenen Jahrzehnts letztlich führen wird, bleibt nur die skeptische Antwort: Vielleicht hat tatsächlich einer den Knopf nach oben gedrückt – doch solange die Ideologie immer wieder den Fuß in die Lichtschranke hält, kommt der Aufzug einfach nicht von der Stelle.

konrad.fischer@wiwo.de

# »Das ist wie Schattenboxen«

Nur mit einer neuen Unterrichtskultur wird unser Bildungssystem sozial durchlässiger, meint der Bildungsexperte Jörg Dräger. Und warnt die Politiker vor einem Schwenk zurück in alte Zeiten.

**Herr Dräger, stimmt der Eindruck, dass Deutschlands Schüler nach dem Pisa-Schock 2000 beim Bildungsniveau aufgeholt haben, der schulische Erfolg aber immer noch vorwiegend von Bildungsgrad und Einkommen der Eltern abhängt?**

Dräger: Stimmt. Deutschland hat von allen Industriestaaten in den vergangenen zehn Jahren den größten Sprung nach vorn gemacht. Das ist beeindruckend. Mit zwei Entwicklungen können wir allerdings nicht zufrieden sein: Zum einen haben sich nicht alle nach oben bewegt. Die Schwächsten wurden zwar besser, aber die Besseren stagnieren. Zum anderen ist die Gruppe der Bildungsverlierer, die mit 15 Jahren noch nicht richtig lesen, schreiben und rechnen können, nach wie vor viel zu groß.

**Das Problem mangelnder Bildungsgerechtigkeit besteht also nach wie vor?**

Dräger: Ja, aber wir machen Fortschritte. Kinderkrippen und Ganztagschulen werden ausgebaut. Beides sind Schlüsselfaktoren, um Bildungserfolg stärker von sozialer Herkunft zu lösen. Deutschland ist da auf dem richtigen Weg, auch wenn der Aufholbedarf noch riesig ist und das Tempo höher sein könnte.

**Aber reichen diese beiden Maßnahmen schon?**

Dräger: Nein, wir brauchen insbesondere eine andere Unterrichtskultur. Aber diese beiden Maßnahmen sind allemal sinnvoller als so manch populistischer Unsinn in Wahlprogrammen.

**Welche meinen Sie?**

Dräger: Eine beliebte Forderung von Parteien im Wahlkampf sind kleinere Klassen. Klingt gut, hat aber kaum einen Effekt und ist dazu noch teuer. Die durchschnitt-



## POLITIKER UND BERATER

**Dräger**, 45, ist seit 2008 Vorstandsmitglied der Bertelsmann-Stiftung mit der Zuständigkeit für Bildung, dazu leitet er das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE). Der promovierte Physiker war zuvor sieben Jahre parteiloser Wissenschaftssenator in einer CDU-geführten Regierung in Hamburg, wo er Studiengebühren einführte.



liche Klassengröße in Deutschland um einen Schüler zu senken, kostet ein bis zwei Milliarden Euro. Zudem das Hin und Her bei der Schulstruktur. Sich über die Frage Gesamtschule oder Gymnasium zu streiten ist wie Schattenboxen.

#### **Was Politiker, Lehrer und Eltern über Jahre auf die Barrikaden brachte, war also ein rein ideologischer Kampf?**

Dräger: Ja, für den Lernerfolg der Kinder ist das alles nicht entscheidend. Gute Schule lässt sich in einem gegliederten genauso wie in einem ungegliederten System machen. Es kommt auf den Unterricht an, dafür hat uns Pisa die Augen geöffnet. Durch die Transparenz über die Bildungsergebnisse hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr bewegt als in den 30 Jahren Ideologiestreit zuvor. Umso dramatischer, dass die Politik hier offensichtlich einen Schwenk zurück in alte Zeiten macht.

#### **Was meinen Sie damit?**

Dräger: Die Bundesländer sollen sich selbst kontrollieren, und das funktioniert nicht. Sie entziehen sich wieder mehr und mehr der Transparenz und Ergebniskontrolle. Den Pisa-Bundesländervergleich haben sie schon abgeschafft: Wir erfahren in Zukunft zwar noch, wie Deutschland gegenüber Schweden abschneidet, aber nicht mehr, wie Sachsen gegenüber Bayern dasteht. Die Sorge vieler Wissenschaftler ist, dass wir über kurz oder lang wieder in alte Ideologiestreits zurückfallen, weil an die Stelle von Daten und Fakten wieder das alte Bauchgefühl treten wird. Ich teile diese Sorge.

#### **Welchen Sinn hat unser Bildungsföderalismus dann noch?**

Dräger: Eine sehr berechtigte Frage. 16 verschiedenen Schulsysteme und 100 verschiedene Schultypen ergeben nur dann Sinn, wenn man die Ergebnisse misst, vergleicht und voneinander lernt. Sonst führt sich unser Föderalismus ad absurdum.

#### **Gibt es ein Land, das dies besser macht?**

Dräger: Kanada, ein föderales Land, hohe Unabhängigkeit der Provinzen, ähnlich viele Zuwanderer, vorbildliche Transparenz über Bildungsergebnisse. Bei Pisa ist Kanada in der Spitzengruppe, auch weil die Provinzen bereit sind, gute Ideen voneinander zu übernehmen. Aber ohne sich auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner einigen zu müssen, wie das bei uns häufig der Fall ist.

#### **Warum ist das gut?**

Dräger: Weil unterschiedliche Wege sinnvoll sind, wenn die Problemlagen unter-

schiedlich sind. Nur ein Beispiel: Die Kultusminister der Länder haben sich nach jahrelangen Verhandlungen geeinigt, dass ein Abiturient in Deutschland weiterhin 265 Wochenstunden Unterricht bis zum Abitur haben muss. Nur: Starnberg ist nicht Berlin-Kreuzberg, ein junger Mensch braucht bei hohen sozialen Herausforderungen mehr Unterricht, um den gleichen Wissensstand zu erreichen. Wir sind zu sehr fixiert auf den Input. Warum lässt man nicht den Schulen und Städten mehr Eigenverantwortung, misst dann aber am Ende, was rauskommt?

#### **Wann kann man überhaupt von Chancengerechtigkeit sprechen? Wenn es keinen statistischen Zusammenhang mehr zwischen sozialer Herkunft und Bildungsabschluss gibt, der Anteil der Arbeiterkinder an der Uni also ihrem Bevölkerungsanteil entspricht?**

## Die Gruppe der **Bildungsverlierer** ist bei uns über 50 Jahre hinweg gleich groß geblieben

Dräger: Der Einfluss des Elternhauses wird sich immer auswirken. Denn natürlich bringt es etwas, wenn sich Eltern für ihre Kinder engagieren. Aber der Zusammenhang zwischen Sozialstatus und Bildungsergebnis kann deutlich schwächer sein als in Deutschland.

#### **Wo ist das zum Beispiel der Fall?**

Dräger: In Kanada ist trotz ähnlich großer gesellschaftlicher Vielfalt die Koppelung von Bildungserfolg und Sozialstatus längst nicht so groß. Die Gruppe der Bildungsverlierer macht dort auch nur etwa zehn Prozent aus, bei uns kommen fast 20 Prozent der 15-Jährigen nicht über Grundschulniveau hinaus.

#### **Warum ist dieser Anteil in Deutschland so hoch?**

Dräger: Das hat bei uns leider Tradition. Schon in den Sechzigerjahren fielen mehr als 20 Prozent der Jugendlichen durchs Raster unseres Bildungssystems. Damals war es typischerweise das katholische Arbeitermädchen auf dem Lande. Heute ist es der Zuwanderer-Junge in der Großstadt. Das wahre Drama der sozialen Gerechtigkeit im deutschen Bildungssystem ist, dass die Gruppe der Bildungsverlierer über 50 Jahre hinweg nahezu gleich groß geblieben ist. Zwar hat sich die Zusammensetzung geändert, aber nach wie vor wird ein großer Teil der Bevölkerung so

schlecht ausgebildet, dass er faktisch nicht am gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Leben der Bundesrepublik teilhaben kann.

#### **Sie sagen, schuld sei das Bildungssystem. Helmut Schmidt sagt, das liegt an der falschen Zuwanderung: Türken, Libanesen, Araber seien halt wenig integrationsfähig.**

Dräger: Natürlich hat es eine Gesellschaft einfacher, die unabhängig von den Herkunftsregionen stärker auf qualifizierte Zuwanderung setzt. Trotzdem könnten wir besser sein. Nicht einmal fünf Prozent unserer Lehrer haben Migrationshintergrund, aber bei den Kindern in den Innenstädten sind es 50 Prozent. Wo sind da die Vorbilder für den sozialen Aufstieg? Helmut Schmidt meint vermutlich, dass manche Zuwanderer kein Interesse am Aufstieg durch Bildung haben.

Dräger: Umfragen widerlegen diese Skepsis. Einwanderer setzen – übrigens mehr als die Ursprungsbevölkerung – sehr wohl auf Bildung als Schlüssel für den beruflichen Erfolg und Wohlstand. Deshalb wäre ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer gebundenen Ganztagschule so wichtig, denn dort können mögliche Defizite des familiären Umfelds besser aufgefangen werden – was im Übrigen auch für einheimische Kinder gilt.

#### **Liegt der kontinuierlich hohe Anteil der Bildungsverlierer in Deutschland daran, dass bei uns soziale Durchlässigkeit und hohes Bildungsniveau als Gegensätze betrachtet werden? Bayerns Schulsystem ist erfolgreich, aber sozial kaum durchlässig.**

Dräger: Ja. Der vermeintliche Widerspruch zwischen Leistung und Gerechtigkeit hat die deutsche Bildungsdebatte über Jahrzehnte bestimmt. Das konservative Lager fürchtete, mehr Durchlässigkeit ginge auf Kosten der Leistung, und die Sozialdemokratie fürchtete, der Leistungsgedanke verhindere mehr Gerechtigkeit. Dieser Irrglaube hat die Politik in die Reformunfähigkeit geführt. Andere Länder sind da weniger verbohrt.

#### **Beispielsweise?**

Dräger: In anderen Ländern sind Gerechtigkeit und Leistung gleichberechtigte >>

» **Bildungsziele:** In Kanada heißt das „equity and excellence“, in Großbritannien „raising the bar, closing the gap“. Die Kanadier sind an Deutschland sowohl in der Leistung als auch in der Gerechtigkeit vorbeigezogen.

### Wie lassen sich denn Leistung und Gerechtigkeit gleichermaßen erreichen?

Dräger: Nur durch eine neue Unterrichtskultur, die die Unterschiedlichkeit der Schüler nicht als Problem, sondern als selbstverständlich ansieht. Wir brauchen eine andere Pädagogik im Klassenzimmer, die mit Vielfalt umzugehen weiß und jeden Schüler zu fördern versteht: den mit Lernschwierigkeiten genauso wie den Hochbegabten. Dann lernen beide mehr und schneller als sie das im traditionellen System getan hätten.

### Wie kann das gelingen?

### Hat ein Lehrer dann noch Sanktionsmöglichkeiten?

Dräger: Um eins klarzustellen: Ein gutes Bildungssystem ist leistungsorientiert und gerecht, aber nicht beliebig. Ein individualisierter Unterricht umfasst Lernpläne für jeden einzelnen Schüler. Wenn er seinen Plan ein oder zwei Wochen lang nicht erfüllt, muss der Lehrer sofort intervenieren. Das ist viel besser als eine Sanktion qua Sitzenbleiber-Zeugnis am Ende des Schuljahrs.

### Müsste man mit diesem neuen Unterricht nicht schon in der Grundschule beginnen? Denn dort entscheidet sich doch der Übergang auf die weiterführende Schule.

Dräger: Das hat schon längst begonnen. Pädagogisch ist die Grundschule weiter als die Sekundarstufe, weil immer klar war, dass die Klassen dort sehr heterogen

Dräger: Dazu tragen Eltern wie Lehrer gleichermaßen bei. Eltern aus dem Bildungsbürgertum kämpfen oft sehr für die Gymnasialempfehlung ihrer Kinder. Aber auch Lehrer kalkulieren bei dieser Schulempfehlung mindestens unbewusst die künftige Unterstützung der Eltern mit ein. Auch diese Ungerechtigkeit könnte sich abbauen, wenn es die gebundene Ganztagschule für alle gibt. Dann wird Schule wieder wichtiger als häusliche Nachhilfe.

### Wie weit darf der Staat denn im Interesse von Chancengerechtigkeit in die Freiheit der Eltern eingreifen?

### Sollte die Kita Pflicht werden? Hier ist der Anteil der Migrantenkinder, die es am nötigsten haben, doch noch sehr gering.

Dräger: Bevor wir hier über Pflicht nachdenken können, muss erst mal jeder sein Recht auf einen Krippenplatz durchsetzen können. Derzeit ist es ja eher ein Wettlauf um zu wenige Plätze. Dass Migranten ihre Kinder alle nicht in die Kita schicken wollen, ist jedoch ein Mythos. Aber den Wettlauf gewinnen zumeist die Bildungsbürger.

### Zumal die Krippenplätze die Eltern einiges kosten.

Dräger: Ja, das ist Wahnsinn. Bis zu 600 Euro pro Monat für einen staatlichen Krippenplatz, aber 87 Euro Studiengebühren gelten als sozial unverträglich. Unsere Bildungsfinanzierung steht auf dem Kopf. Aber zurück zur Kita-Pflicht: Wenn genügend Plätze vorhanden sind und der Besuch kostenlos wäre, halte ich einen regelmäßigen Kita-Besuch durchaus für zielführend. Aber wer seine Kinder bewusst zu Hause erziehen möchte, sollte dies in unserer freiheitlichen Gesellschaft tun können.

### ...und dann das Betreuungsgeld kassieren.

Dräger: Das ist in der Tat kontraproduktiv. Schade um das viele Geld, das man sinnvoller einsetzen könnte.

### Woran liegt es, dass Studiengebühren politisch nicht durchsetzbar scheinen, aber nach wie vor Kindergartenplätze viel kosten?

Dräger: An einer Mischung aus Tradition und Populismus. Das Thema Studiengebühren ist in Wahlkämpfen zu verführerisch, und nachher sind die Parteien an ihre Wahlversprechen gebunden, obwohl sie wissen, dass es Quatsch ist. Es wäre viel gerechter, wie in Australien Studiengebühren nach dem Ende eines erfolgreichen Studiums zu zahlen.

## Es ist ein Mythos, dass Migranten ihre Kinder nicht in die Kita schicken wollen

Dräger: Der Kerngedanke dafür lautet: Lernen lernen ist wichtiger als Wissen wissen. Frontalunterricht und Wissensvermittlung im Gleichschritt für eine Klasse, in der die Kinder vom Lernstand her in der Regel mehrere Jahre auseinander sind, kann nicht funktionieren. Der Unterricht muss stärker individualisiert werden, der Lehrer jeden Schüler besser aktivieren: Er sollte mehr Lernbegleiter als nur Wissensvermittler sein und sich vor allem kontinuierlich vergewissern, was beim einzelnen Schüler ankommt. Da wird übrigens auch die Digitalisierung helfen: Den Pythagoras kann auch ein Lernvideo erklären, dafür hat der Lehrer mehr Zeit, die Schüler beim Üben, Diskutieren und Reflektieren zu unterstützen.

### Dann, glauben Sie, könnten wir auch das Sitzenbleiben abschaffen?

Dräger: Absolut. Was mich bei der Debatte stört, ist die Rhetorik nach dem Motto: Mir hat das früher auch nicht geschadet. Als ob es schon ein Argument wäre, dass nur kein Schaden entsteht. Fakt ist: Sitzenbleiben bringt in den meisten Fällen nichts. Dem Wiederholer hilft es allenfalls nur im ersten Jahr, dann sackt seine Leistung noch stärker ab. Der Klasse bringt es auch nichts, weil von oben ja Sitzenbleiber nachrücken. Und teuer ist es auch noch, knapp eine Milliarde pro Jahr lässt sich Deutschland das kosten.



sind. Dagegen glaubten die weiterführenden Schulen, die Selektion nach der Grundschule sollte für homogene Lerngruppen. Ein Irrglaube, wie wir heute wissen: Selbst in Bayern, wo das Schulsystem bekanntlich hoch selektiv ist, haben das obere und das untere Viertel der 15-jährigen Gymnasiasten einen Lernabstand von mehr als zwei Jahren.

### Aber warum scheitern so viele Kinder am Übergang zur weiterführenden Schule? Ein Kind aus der Oberschicht mit einem Intelligenzquotient von weniger als 100 hat die gleiche Wahrscheinlichkeit einer Gymnasialempfehlung wie ein Kind aus der Unterschicht mit einem IQ von 115.



**Verführerische Themen für den Wahlkampf** Protestdemonstration gegen Studiengebühren in Nürnberg, Deutschkurs für Migrantinnen an der Volkshochschule in Leipzig

**Deutschland gibt 5,2 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Bildung aus – damit liegen wir unter dem OECD-Durchschnitt, pro Kopf aber leicht darüber. Ist das genug?**

Dräger: Im Großen und Ganzen reicht das aus. Wir brauchen zwar zusätzlich neun Milliarden Euro für Ganztagschulen, zwei Milliarden für Krippen und auch etwas für die Inklusion. Das Geld ist im System aber bereits vorhanden, es wird nur falsch ausgegeben. Wir haben unglaublich viele Transferleistungen, die an Eltern

mit der Gießkanne verteilt werden und auf die wir in Teilen verzichten könnten. Ehegattensplitting für Kinderlose etwa, oder die letzte Kindergelderhöhung. Das sollten wir umschichten.

**Bräuchten wir aber nicht vor allem neue, besser ausgebildete Lehrer?**

Dräger: Ja. Gute Schule ist guter Unterricht, und der wird von guten Lehrern gemacht. Vor allem zwei Dinge sind hier in Deutschland reformbedürftig: die Auswahl und die Ausbildung der Lehrer. Es sollte strengere Kriterien vor Studienbe-

ginn geben, ob der angehende Lehrer geeignet und motiviert für den Beruf ist. Und im Studium sollte es mehr Praxisanteile geben und mehr individuelle Förderung gelehrt werden.

**Und was geschieht mit den Lehrern, die offensichtlich überfordert sind?**

Dräger: In jedem Beruf gibt es Menschen, die besser anders eingesetzt werden sollten. In vielen anderen Jobs können im Team Stärken und Schwächen ausgeglichen werden. Bei schlechten Lehrern geht das weniger – die allermeisten stehen allein vor der Klasse. Die Amerikaner haben einmal untersucht, was geschehen würde, wenn die schlechtesten fünf Prozent Lehrer dort ersetzt würden durch durchschnittlich gute. Das Ergebnis: Die USA würden bei Pisa an Finnland vorbeiziehen. Der Effekt eines überforderten Lehrers ist also dramatisch.

**Das erfordert dann aber auch Schulleitungen, die Kompetenz, Macht und Mut haben, ungeeignete Lehrer notfalls zu versetzen.**

Dräger: Auch das. Aber viele Möglichkeiten, Lehrer besser zu machen, werden noch gar nicht ausgeschöpft: mehr Fortbildung, Teamarbeit, Peer Reviews. Das alles könnten Schulleitungen anschieben. Sie sind extrem wichtig für die Qualität einer Schule, aber leider wird die zusätzliche Verantwortung kaum entlohnt. Wir sollten die Bedeutung dieser Aufgabe stärker anerkennen.

**Also die Gehälter der Schulleiter gegenüber dem Kollegium anheben. Denn die deutschen Lehrer werden im europäischen Vergleich doch eigentlich gut bezahlt. Bedingt die Aufwertung der Schulleiterposition dann auch ein anderes Rollenverständnis?**

Dräger: Unbedingt. Als ich kürzlich in den USA in einer Klasse den Unterricht beobachtete, saß da auch die Schulleiterin. „Das ist ja ein schöner Zufall, dass ich Sie hier treffe“, begrüßte ich sie – und sie antwortete: „Das ist kein Zufall, ich verbringe pro Tag vier Stunden mit der Unterrichtsbeobachtung.“ Sie verstand sich nicht als Administrator, sondern als pädagogische Leitung, als Coach ihrer Lehrer. Diese Offenheit und Transparenz haben mich beeindruckt. Wenn bei uns der Direktor ausnahmsweise eine Klasse besucht, meldet er sich vorher an, der Lehrer versteht das als Test und verspricht den Schülern eine Runde Schokoküsse, wenn sie gut mitmachen. ■

klaus.methfessel@wiwo.de

# Gezielte Förderung ist fairer

Anders als gemeinhin behauptet sind Studiengebühren nicht ungerecht: Sie könnten sogar das Bildungssystem gerechter machen – wenn es vernünftige Angebote zur Studienfinanzierung gibt.

**S**tudiengebühren – es gibt nur wenig, was die Gemüter an den deutschen Hochschulen stärker erhitzt. In einigen Bundesländern haben sie sogar zum Sturz der Landesregierung beigetragen. Kein Wunder, dass den Gebühren nur ein kurzes Intermezzo beschieden war. Nordrhein-Westfalen hatte sie 2006 eingeführt, dann folgten Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen und das Saarland. Mittlerweile sind die Gebühren überall wieder abgeschafft, als letztes in Bayern.

Die Idee scheint tot. „Studiengebühren bleiben ein hochschulpolitischer Irrweg. Sie wirken sozial selektiv, schrecken ab und belasten die finanzielle Situation der Studierenden beziehungsweise ihrer Eltern“, behaupten die Grünen. Doch verbessert ihre Abschaffung wirklich die Bildungschancen von benachteiligten jungen Leuten?

## MEHR GELD FÜR DIE LEHRE

Deutschlands Hochschulen sind unterfinanziert. Zwar liegen die Pro-Kopf-Ausgaben für die Hochschullehre (ohne Forschung) leicht über dem internationalen Durchschnitt. Doch verharrt der Anteil der Hochschulausgaben am Bruttoinlandsprodukt seit 1996 bei 0,9 Prozent – bei steigenden Studen-tenzahlen. Die Pro-Kopf-Ausgaben für die Lehre sind seit 2000 von 7280 auf 7200 Euro gesunken.

Gleichzeitig wächst der Betreuungsaufwand aufgrund der Bologna-Reform. Die Neugliederung der Studienzeiten und die modulbasierte Studienorganisation erfordern einen deutlich intensiveren Personaleinsatz. Auf 1,1 Milliarden Euro jährlich schätzt der Wissenschaftsrat die Kosten dafür.

Aufgrund der Schuldenbremse ist jedoch nicht zu erwarten, dass sich die finanzielle Lage der Hoch-

schulen verbessert. Zusätzliche private Mittel sind erforderlich. Studiengebühren könnten einen Teil dieses Aufwands decken. 2008 nahmen die staatlichen Hochschulen in den sieben Bundesländern Gebühren in Höhe von rund 870 Millionen Euro ein.

Nach einer Untersuchung des Deutschen Studentenwerks wurden mit ihrer Hilfe spürbare Verbesserungen der Ausstattung und der Lehrqualität erreicht, beispielsweise bei der Ausstattung von Bibliotheken und Laboren. Rund die Hälfte dieser Einnahmen verwandten die Hochschulen auf zusätzliches Lehrpersonal.

Während anfangs Skepsis überwog, hatte sich die Zufriedenheit der Studierenden mit der Verwendung der Gebühren mit der Zeit verbessert, ergab eine Umfrage der Universität Hohenheim. Häufiger als ihre Kommilitonen in Ländern ohne Gebühren stellten die Studenten in den Gebührenländern eine Verbesserung der Ausstattung, der Service- und Beratungsleistungen und der Betreuung durch die Lehrenden fest.

Mit einem moderaten Gebührensystem wie dem bayrischen, in welchem knapp jeder dritte Studierende aus sozialen Gründen von den Gebühren befreit war, stünden bei deutschlandweit eingeführten Studiengebühren jährlich rund 1,75 Milliarden Euro für Qualitätsverbesserungen in der Lehre zur Verfügung. Damit wäre auch Geld vorhanden für gezielte Betreuungsmaßnahmen für Studierende aus bildungsfernen Elternhäusern.

Die Diskussion über Studiengebühren hat nur einen kleinen Teil der Studienwilligen verunsichert. Nach einer Umfrage 2008 waren für 5,9 Prozent der Abiturienten Studiengebühren ein wichtiger Faktor, bei denen aus Nichtakademikerfa-

milien lag dieser Anteil bei 8,0 Prozent. Überraschend jedoch: Zwischen Bundesländern mit und ohne Studiengebühren bestand kein Unterschied in den Angaben der Abiturienten.

Auch für die Abiturientenjahrgänge 2002/2004/2006/2008 zeigte sich zwischen Ländern mit und ohne Studiengebühren kein Unterschied im beabsichtigten Übergangsverhalten zur Hochschule. Hinsichtlich der familiären Herkunft gemessen am Bildungsabschluss der Eltern gab es ebenfalls keine negative Verschiebung in den Ländern, die Studiengebühren erhoben.

Dass sich Studiengebühren nicht negativ auf die Studienabsicht auswirkten, obgleich sie die Studienkosten erhöhten, hat einen Grund: Die Studenten schätzten ihre Berufsaussichten als günstiger ein, weil sie von den Gebühren eine qualitative Verbesserung des Studiums und dadurch bessere Arbeitsmarktchancen erwarteten. Dies traf besonders häufig bei Studienberechtigten aus nichtakademischen Elternhäusern zu.

## NICHT ATTRAKTIV FÜR ARME

Dass Studiengebühren nicht Abiturienten aus sozial schwächeren Familien vom Studium abhalten, zeigt auch eine Untersuchung aus Bayern. Danach blieb der Anteil der Studierenden aus der niedrigsten sozialen Herkunftsgruppe trotz Einführung von Studiengebühren mit knapp 13 Prozent nahezu unverändert. In der zweitniedrigsten Herkunftsgruppe stieg der Anteil sogar um knapp drei Prozentpunkte gegenüber dem gebührenlosen Jahr 2006 auf 26,4 Prozent.

Die bestehende soziale Selektivität des Hochschulzugangs wurde also durch die Gebühren nicht verschärft (siehe Grafik). Bildungs-

**1,1  
Milliarden  
Euro**

kostet die Neugliederung der Studienzeiten und die modulbasierte Studienorganisation

stand und berufliche Position der Eltern beeinflussen die Wahrscheinlichkeit der Studienaufnahme unabhängig von der Existenz von Studiengebühren in hohem Maße. Nur 17 Prozent der Kinder aus Arbeiterfamilien nahmen 2007 ein Studium auf, 1996 waren es sogar erst zwölf Prozent. Von den Kindern, deren Vater maximal über einen Hauptschulabschluss verfügte, gingen 2007 lediglich 20 Prozent auf eine Hochschule, 1996 waren es 18 Prozent.

## GERECHTERE VERTEILUNG

Einer Untersuchung auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels zufolge subventionieren diejenigen, die nicht studieren und ein geringes Lebenseinkommen haben, die später besser verdienenden angehenden Akademiker. Stellt man den öffentlichen Kosten des Studiums inklusive aller Leistungen die Summe derjenigen Steueranteile gegenüber, die prozentual bei den öffentlichen Ausgaben auf die Hochschulen entfallen, so hat jeder Universitätsabsolvent undiskontiert einen Nettovorteil von rund 48 000 Euro, ein Fachhochschulabsolvent von 17 000 Euro. Diese Beträge werden von denjenigen erwirtschaftet, die nicht studiert haben. Wollte man diesen Vorteil durch entsprechende Studiengebühren ausgleichen, so müsste man an den Universitäten durchschnittlich 5300 Euro und an den Fachhochschulen durchschnittlich 2100 Euro pro Semester an Studiengebühren erheben.

Mit Studiengebühren würden Kosten und Nutzen des Studiums verursachergerecht verteilt. Bei 1000 Euro Gebühren pro Semester bleibt eine hohe staatliche Beteiligung weiterhin bestehen. Damit wird der gesamtgesellschaftliche Nutzen akademischer Ausbildung mehr als ausreichend berücksichtigt.

## FALSCHER SCHWERPUNKT

Die Weichen für den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung werden früh gestellt. Untersuchungen zeigen, dass Kinder aus bildungsfernen Familien durch den

# 1000 Euro

Studiengebühren sind ideal, um Kosten und Nutzen des Studiums verursachergerecht zu verteilen

Besuch eines Kindergartens mit höherer Wahrscheinlichkeit aufs Gymnasium gehen. Die Auswirkungen mangelnder fachlicher und ideeller Unterstützung durch das Elternhaus könnten durch gut ausgestattete Ganztagschulen verringert werden.

Aber ausgerechnet für die Grundschule und die Sekundarstufe I schneidet Deutschland im OECD-Vergleich schlecht ab: Während die Ausgaben im Tertiärbereich (Studenten) leicht über dem Durchschnitt und im Sekundarbereich II dank der beruflichen Bildung durch die Wirtschaft sogar deutlich über dem Durchschnitt liegen, liegen sie für Grundschüler um 14 Prozent und für Haupt- und Realschüler um acht Prozent unter dem Durchschnitt.

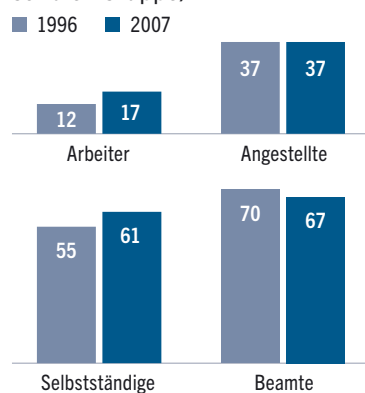
Im Elementarbereich liegen die Aufwendungen 18 Prozent über dem OECD-Durchschnitt, allerdings nur aufgrund der Kindergartenengebühren. Ohne diesen privaten Anteil würden pro Kind 17 Prozent weniger aufgewendet werden als im OECD-Durchschnitt.

Steuergelder sollten bevorzugt auf den unteren Bildungsstufen eingesetzt werden. Dort entscheidet sich die Bildungs- und Lebenslaufbahn derjenigen, die von zu Hause wenig materielle und ideelle Unterstützung erfahren.

Richtig im Sinne gleicher Chancen auf Bildungsbeteiligung wäre

## Soziale Selektion

Anteile der Kinder, die ein Studium aufnehmen (in Prozent aller Kinder der jeweiligen sozialen Gruppe)



Quelle: BMBF

WirtschaftsWoche

es, Familien mit durchschnittlichem Einkommen einen kostenfreien Kindergartenplatz zu garantieren und für sie eine gute Schulinfrastruktur aufzubauen – und dafür den Studierenden im Gegenzug eine höhere private Beteiligung abzuverlangen.

Denn das gebührenfreie Studium bedeutet letztlich für die Verteilung staatlicher Mittel, dass weniger Steuergelder für Investitionen bereit stehen, die Kindern und jungen Leuten aus bildungsfernen Familien gezielt im Aufbau ihrer Bildungslaufbahn helfen könnten.

## NEBENJOBS NÖTIG

Der Mehraufwand an Steuern, der die Abschaffung der Studiengebühren kompensieren musste, wäre sinnvoller in ein Studienfinanzierungssystem investiert, das weniger begüterte Abiturienten gezielt unterstützt. Denn es sind nicht die Studiengebühren, es ist die Studienfinanzierung insgesamt, die zu Ungleichheiten beim Hochschulzugang beiträgt.

Demzufolge ist nicht die kostenlose Bereitstellung der Hochschulbildung für alle der adäquate Weg zu größerer Chancengerechtigkeit, sondern die gezielte individuelle Förderung von Studierfähigen aus einkommensschwachen oder hochschulfernen Elternhäusern.

Die gegenwärtigen staatlichen Unterstützungsleistungen sind weder vom Umfang noch in der Struktur zufriedenstellend. Trotz Bafög sind Studierende aus einkommensschwachen Haushalten deutlich häufiger auf Nebenerwerb angewiesen als Studierende aus Akademikerfamilien.

Neben dem Bafög existieren zudem 27 weitere staatliche Unterstützungsleistungen, die dazu führen, dass Studierende aus einkommensstarken Haushalten in nahezu gleichem Umfang subventioniert werden wie Studierende aus einkommensschwachen Schichten.

Basis dieses Beitrags ist die Studie „Sind Studiengebühren ungerecht?“ von Christiane Konegen-Grenier vom Institut der deutschen Wirtschaft. Redaktion: Klaus Methfessel

# Die entscheidende Säule

Gerechte Startchancen in der sozialen Marktwirtschaft? Nur eine aktive Bildungspolitik kann faire Teilhabe am Wettbewerbssystem sichern. Sie wird im Gedankengebäude der sozialen Marktwirtschaft bisher sträflich vernachlässigt.

Die Idee der sozialen Marktwirtschaft trägt ein doppeltes Versprechen in sich. Zum einen die Marktwirtschaft: Sie sichert den Menschen Freiheit und faire Beteiligung am Wettbewerb zu, was insgesamt zu hoher Produktivität führt und gesamtwirtschaftlichen Wohlstand sichert. Zum anderen das Soziale: Wer in der Wettbewerbswirtschaft ohne eigenes Verschulden unter die Räder kommt – denn der Markt ist nicht „gerecht“ –, dem verspricht sie eine soziale Absicherung. Mit diesem Leitbild sind wir in Deutschland seit Ludwig Erhards Zeiten insgesamt sehr gut gefahren: Wir leben in historisch unvergleichlichem Wohlstand, und nur wenige fallen gänzlich durch das Raster.

## CHANGENGLEICHHEIT UND FREIHEIT

Gleichwohl scheint die Akzeptanz dieser Gesellschaftskonzeption zunehmend zu schwinden. Warum? Eine entscheidende Ursache dürfte darin liegen, dass den Menschen offenkundig ist, dass in unserem Gesellschaftssystem eben keine Chancengerechtigkeit herrscht. In einem freien System ist es unausweichlich, dass es keine Gleichheit der Ergebnisse gibt. Solange das auf unterschiedlichen Anstrengungen beruht, ist es sogar erwünscht. Aber eine Gleichheit der Chancen sollte es so weit wie möglich geben – das ist der für die Akzeptanz einer Gesellschaftsordnung vermutlich wichtigste Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit.

Und hierin besteht das große Problem: Das Individuum existiert im Gedankengebäude der sozialen Marktwirtschaft gleich als Erwachsener. Aber die Realität lehrt uns: In dem Alter, in dem der Mensch gemeinhin als mündig angesehen wird, für sich selbst Entscheidungen zu treffen, ist der Zug für viele längst abgefahren. Das liegt an der aus der modernen Wirtschaftswissenschaft nicht mehr wegzudenkenden zentralen wirtschaftlichen Rolle einer guten Bildung, die zu großem Teil in Kindheit und Jugend erworben wird: Das vermittelte Wissen und Können, die erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen sind es, die die Produktivität der Beschäftigten und damit ihr Einkommenspotenzial ausmachen.

## GUTE BILDUNG ERÖFFNET LEBENSCHANCEN

So haben Personen mit Hochschulabschluss derzeit bei uns eine Arbeitslosenquote von 2,4 Prozent, Personen mit abgeschlossener Lehre 5,1 Prozent und Personen ohne Berufsbildungsabschluss 19,6 Prozent, in Ostdeutschland sogar 31,8 Prozent. Das durchschnittliche Einkommen von Personen mit Hochschulabschluss ist rund 70 Prozent höher als das von Personen mit abgeschlossener Lehre und etwa doppelt so hoch wie das von Personen ohne Berufsbildungsabschluss. Die Chancen am Arbeitsmarkt hängen



**Ludger Wößmann**, 40, ist Professor für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Bildungsökonomik an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Außerdem leitet er den Bereich Humankapital und Innovation am ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München.

also entscheidend davon ab, ob man eine gute Bildung bekommen hat.

Hierzulande kommt aber etwa jeder fünfte 15-Jährige im Pisa-Test nicht über das Grundschulniveau hinaus. In jedem Jahrgang bleiben rund 18 Prozent ohne jeglichen beruflichen Bildungsabschluss. Und es ist nicht zufällig, wer in diese Kategorien fällt: Es gibt kaum ein Land, in dem die Kompetenzen am Ende der Mittelstufe eine größere Streuung aufweisen und stärker vom sozioökonomischen Hintergrund abhängen als in Deutschland. Selbst wenn wir nur Kinder miteinander vergleichen, die objektiv *dasselbe* gemessene Kompetenzniveau aufweisen, ist die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, für ein Kind aus einer Akademikerfamilie viermal so hoch wie für ein Kind aus einer Arbeiterfamilie. Von Jugendlichen, deren Vater einen Hochschulabschluss erworben hat, nehmen 71 Prozent selbst ein Studium auf – aber nur 24 Prozent der Kinder von Vätern ohne Hochschulabschluss.

All dies belegt: Im Ursprungsland der sozialen Marktwirtschaft ist es mit der Chancengleichheit schlecht bestellt. Einem ganzen Teil der Bevölkerung sind, wenn sie mündig werden, aufgrund ei-

ner qualitativ unzureichenden Bildung schon viele Zukunftschancen verbaut. Und ein Großteil der Entscheidungen über den Bildungsweg – von der frühkindlichen Erziehung bis zur Wahl der weiterführenden Schule – liegt nicht in der Hand der Individuen selbst, sondern ihrer Erziehungsberechtigten.

## BILDUNG IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Deshalb muss Bildungspolitik als Instrument zur Herstellung gleicher Startchancen eine – vermutlich die – entscheidende Säule im Gedankengebäude der sozialen Marktwirtschaft sein. Aber sie wird sträflich vernachlässigt. Bei den Vätern der sozialen Marktwirtschaft kam Bildung nicht als wesentlicher Bestandteil vor. Wem es aber um die Schaffung einer zugleich freiheitlichen und menschenwürdigen Ordnung von Gesellschaft und Wirtschaft geht, für den muss Bildungspolitik ins Zentrum rücken. Denn die Akzeptanz eines freiheitlichen Systems hängt davon ab, ob es die Menschen in die Lage versetzt, von den Möglichkeiten zu profitieren, die sich in einer freien Wirtschaft bieten. Und dazu müssen sie zu dem Zeitpunkt, an dem sie beginnen, selbstständig über ihren Lebensweg zu entscheiden, die gleichen Startchancen haben – ungeachtet der gesellschaftlichen Stellung ihrer Familie.

Das muss Aufgabe des Gemeinwesens sein. Dabei geht es nicht darum, die Bürger zu bevormunden oder an ihrer freien Entfaltung und der ihrer Familien zu hindern. Es geht um die Ermöglichung von Freiheit, nämlich für die Kinder, die noch nicht selbst

über die entscheidenden Weichenstellungen verfügen dürfen – damit ihnen in ihrer Zukunft eine freiheitliche Lebensentfaltung möglich ist. Gute Bildung muss zur eigenverantwortlichen Teilnahme am gesellschaftlichen Leben befähigen.

Für Kinder, deren Familien nicht schon von sich aus sicherstellen, dass ihr volles Bildungspotenzial ausgeschöpft wird, hat der Staat eine fundamentale Aufgabe, aus deren Verantwortung er sich nicht stehlen darf.

### CHANCEN DURCH FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Das ist leichter gesagt als getan. Bildungspolitik ist nicht allmächtig. Die Schule kann nicht komplett ersetzen, was in den Familien versäumt wird. Hier darf man sich keinen Illusionen hingeben. Aber gleichwohl gibt es klare empirische Belege dafür, dass Bildungspolitik etwas bewegen kann. Ein erster zentraler Ansatzpunkt dafür ist die frühkindliche Bildung. Es ist belegt, dass frühkindliche Bildungsprogramme sehr effektiv sein können in der Förderung langfristiger Bildungs- und Arbeitsmarkterfolge, gerade für Kinder aus problembelasteten familiären Verhältnissen – insbesondere dann, wenn sie die Eltern involvieren und ihnen bei der Lösung erzieherischer Probleme helfen. Wie der Wirtschaftsnobelpreisträger James Heckman gezeigt hat, sind die Erträge von Bildungsinvestitionen am höchsten, wenn sie früh im Lebenslauf ansetzen und auf Kinder mit benachteiligtem Hintergrund abzielen.

Deshalb muss endlich Ernst gemacht werden mit öffentlicher Finanzierung von qualitativ hochwertiger frühkindlicher Bildung, mit besonderem Fokus auf Kinder aus bildungsfernen Schichten. Im Vergleich zu anderen Ländern gibt der Staat in Deutschland pro Kind relativ wenig im frühkindlichen Bereich aus, aber relativ viel pro Student im Hochschulbereich. Wir machen es genau falsch herum: Dort, wo die Grundlagen für Chancengleichheit gelegt werden, hält sich der Staat zurück; dort, wo Mündigkeit und Eigenverantwortung gefragt wären, greift der Staat ein.

### BETREUUNGSGELD WIRKT KONTRAPRODUKTIV

Stattdessen drängt gerade die Partei, die am ehesten die soziale Marktwirtschaft hochhält, auf die Einführung eines Betreuungsgeldes, das Eltern dann zusteht, wenn ihre Kinder nicht die frühkindlichen Bildungseinrichtungen besuchen. Es liegt nahe, dass das Betreuungsgeld in erster Linie die Entscheidungen von Familien beeinflusst, in denen es auf jeden Euro ankommt. Das sind aber genau diejenigen Schichten, für deren Kinder der Besuch frühkindlicher Bildungseinrichtungen besonders wichtig wäre. Das Betreuungsgeld dürfte also dazu beitragen, Kinder mit sozial schwachem Hintergrund aus den Krippen fernzuhalten – aus Sicht der Chancengerechtigkeit ausgesprochen kontraproduktiv.

Beim aktuellen Ausbau von Krippenplätzen wird zudem viel zu wenig bedacht, wie eine hohe Qualität der frühkindlichen Bildung zu erreichen ist. Krippen und Kindergärten müssen nicht als „Kinderaufbewahrungsstätten“, sondern als Einrichtungen der frühkindlichen Bildung verstanden werden.

Es geht nicht darum, schon Kleinkinder Lern- und Leistungsdruck auszusetzen, sondern um die Integration eines spielenden Lernens in den Tagesablauf. Jedes Kind ist wissbegierig; dies gilt es zu fördern. Es ist an der Zeit, auch in Deutschland den Status von Erzieherinnen und Erziehern aufzuwerten und eine entsprechende Erweiterung und Aufwertung ihrer Ausbildung – und Bezahlung – anzugehen.

### NICHT SO FRÜH AUFTEILEN

Ein zweiter zentraler Hinderungspunkt für Chancengleichheit ist die frühe Aufteilung auf verschiedene Schularten. Es gibt zahlreiche Belege dafür, dass eine spätere Aufteilung die Chancen von Kindern aus benachteiligtem Hintergrund erhöhen würde, ohne dass darunter die besten Schüler leiden. In der Realität hängt die frühe Übertrittsentscheidung in die weiterführende Schulart einfach sehr stark von der Herkunft der Kinder und zu wenig von ihrer tatsächlichen Befähigung ab. Wohl gemerkt geht es bei der

ausgleichenden Wirkung einer späteren Aufteilung nicht um die deutsche Form der Gesamtschule, denn die tritt ja als weitere Schulform neben die bereits bestehenden.

Manche sehen in einer Abkehr von der frühen Aufteilung bereits den Untergang des Abendlandes kommen. Aber das Abendland macht das schon lange nicht mehr – die Aufteilung mit zehn Jahren gibt es außer bei uns und in Österreich nirgendwo mehr. Nationen wie Finnland, Großbritannien und auch Schweden haben die frühe Selektion spätestens in den Siebzigerjahren aufgegeben. Zwei Drittel der entwickelten Länder teilen die Kinder frühestens mit 15 Jahren auf.

Die bürgerliche Gemeinschaftsschule, die allen Schichten ein Recht auf Teilhabe an guter Bildung gewährt, hat überall längst Einzug gehalten – außer bei uns.

Das Problem der ideologisierten deutschen Bildungsdebatten seit den Sechzigerjahren lag vor allem darin, dass die Idee eines integrierenden Systems gedanklich immer mit der Ablehnung von Leistung und Wettbewerb verbunden wurde. Es ist eine ebenso falsche wie verhängnisvolle Verknüpfung im deutschen Denken zu meinen, dass gemeinsamer Unterricht für alle mit einem Absenken des Leistungsanspruchs einhergehen müsse.

Wir benötigen beides, sowohl die Abkehr vom selektiven System als auch klare Leistungsorientierung und Wettbewerb, damit alle Kinder eine hervorragende Bildung erlangen, die ihnen alle Chancen für einen erfolgreichen Lebensweg eröffnet. ■

»Die bürgerliche  
Gemeinschaftsschule  
gibt es überall –  
außer bei uns«

## VHS-Kurs Gerechtigkeit vom Anchorman der Moralphilosophie



Michael J. Sandel  
**Gerechtigkeit**  
Ullstein, 416 Seiten,  
21,99 Euro

**INFLATION DER GERECHTIGKEIT** Kaum ein Begriff wird so inflationär verwendet wie der der Gerechtigkeit. Die Folge ist, dass „Gerechtigkeit“ immer mehr meint – und immer weniger bedeutet. Was also ist Gerechtigkeit? Eine Definition, die sich der Bestimmung absoluter, naturrechtlich hergeleiteter Werte verdankt, ist dem österreichische Rechtstheoretiker Hans Kelsen zufolge eine „Illusion“. Was wäre aber, wenn man sich moderne Gesellschaften als gesinnungpluralistische Diskurskollektive vorstellen würde, die nicht nur ein Bruttosozialprodukt erwirtschaften, sondern auch – auf offenen Meinungsmärkten sozusagen – eine gemeinsame Vorstellung von dem, was sie unter einem „guten Leben“ verstehen? Dann wäre Gerechtigkeit keine Frage mehr des inneren Pflichtgefühls oder prinzipieller Tugenden (Aristoteles), keine Frage mehr des größten Nutzens einer Handlung für die größte Zahl (Adam-Smith-Liberalismus). Stattdessen wäre sie das immer nur vorläufige Ergebnis einer gesellschaftlichen Selbstvergewisserung.

**IMPULSLIEFERANT** Philosophen wären in einer solchen Gesellschaft nur noch moderierende Impulslieferanten. Keiner hat das besser verstanden als Michael J. Sandel, der *global anchorman* der

Moralphilosophie. Sandel erreicht mit seiner Harvard-Vorlesung „Justice“ Millionen Youtube-Zuhörer, indem er die großen Entdeckungen der Philosophie massentouristisch erschließt: Selbst der kategorische Imperativ schrumpft bei ihm zum fakultativen Ausflugsziel für mäßig interessierte Philosophie-Kreuzfahrer. Der Amerikaner versteht sich als Magier, der mit kleinkindlicher Zirkusbegeisterung immer neue Dilemmata aus dem Hut zaubert: „Stellen Sie sich vor“, hebt er an, „Sie kaufen eine Niere..., verdienen so viel Geld wie Basketballstar Michael Jordan..., können fünf Menschenleben retten, indem sie eines zerstören...“

**SPASS FÜR LAIEN** Das alles ist anfangs munter, später ermüdend, weil sich der theoretische Kern der luftigen 400 Seiten in einem Satz zusammenfassen lässt: Gerechtigkeit ist das Ergebnis moralischer Reflexion über die Qualität von unterschiedlichen Werten. Das Buch sei daher ohne Abstriche (und ohne Ironie) Schülern der Klassen 10 aufwärts und Laien empfohlen, die gerne ohne gedankliche Tiefwurzelei durchs Leben gehen. Wer allerdings zu den Quellen der Werte vorstoßen will, die unsere Gerechtigkeitsdiskurse bestimmen, ist bei Sandels kanadischem Kollegen Charles Taylor deutlich besser aufgehoben.

## Der dritte Weg und die Verirrung der Marktwirtschaft

**TAPFERER KIELER PHILOSOPH** Wolfgang Kersting ist Deutschlands schärfster Beobachter der erfolgreichsten aller Teil-Gerechtigkeiten: der sozialen Gerechtigkeit. Ihre Karriere ist so steil verlaufen, dass sie längst als Synonym für Gerechtigkeit überhaupt im Umlauf ist. Eben deshalb wohl fristet der Kieler Philosoph, der seit Jahren tapfer gegen die einseitige politische Vernutzung des Gerechtigkeitsbegriffs anschreibt, noch immer ein beklagenswert marginales publizistisches Dasein. Das ist dreifach schade. Erstens, weil Kersting brillant und verständlich zugleich formuliert. Zweitens, weil er „Gerechtigkeit“ ihrer ideologischen Zurichtung entzieht, indem er sie auf ihren liberalen Kern – die Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens – reduziert. Und drittens, weil Kersting so kühn ist, mit seiner basalen Definition von Gerechtigkeit Anspruch auf Allgemeingültigkeit zu erheben.

**TALENTE ENTFALTEN** Kersting ist kein Freund der distributiven Gerechtigkeit, die auf mehr Gleichheit durch Umverteilung zielt. Ein nachsorgender Sozialstaat, der Ungleichheiten bei der genetischen Ausstattung und sozialen Herkunft

kompensatorisch entschärft, so Kersting, laufe stets Gefahr, neue Ungerechtigkeiten zu produzieren. Dem Staat falle primär die Aufgabe zu, möglichst viel Zurückhaltung zu üben, damit möglichst viele Menschen ihre Talente möglichst ungehindert entfalten können, so Kersting: Soziale Gerechtigkeit meine gleiche Lebenschancen, nicht gleiche Lebensverhältnisse.

**ALTE PFADE DER REFORMLIBERALEN** Entsprechend preist Kersting im ersten Teil des Buches den Markt als „hohe Schule“ der „Selbstverantwortlichkeit“, als Lehre vom Zusammenhang zwischen Freiheit und Verantwortung. Dabei wandelt Kersting auf den reichlich ausgetrampelten Pfaden der alten Reformliberalen, um noch einmal die Vorzüge eines „dritten Wegs“ zu preisen: einer bürgerlichen Ordnung jenseits von Marktfreiheit und Planwirtschaft. Dass eine solche Ordnung sich geteilten Werten verdankt und nur dank vergleichbarer Lebensverhältnisse gedeiht, entgeht Kersting nicht: Teilhabe ist an materielle Voraussetzungen gebunden und das Prinzip der (Selbst-)Verantwortung gilt nicht nur für Arbeitslose, sondern auch für Investmentbankier.



Wolfgang Kersting  
**Wie gerecht ist der Markt?**  
Murrmann, 280 Seiten,  
24,90 Euro



## Die Empörung eines großen Sozialhistorikers



Hans-Ulrich Wehler  
**Die neue Umverteilung**  
C.H. Beck, 191 Seiten,  
14,95 Euro

**CONTRA SLOTERDIJK** Deutschlands Philosophie-Jukebox Peter Sloterdijk hat vor drei Jahren ziemlich provozierende Töne gespuckt. Dem modernen Sozialstaat, so Sloterdijk, wohne die „Tendenz zur Ausbeutungsumkehrung“ inne: Die Reichen lebten in ihm nicht mehr wie im 19. Jahrhundert unmittelbar auf Kosten der Armen, sondern im Gegenteil: die Unproduktiven mittelbar – über den Steuerstaat mit seinem System der Zwangsabgaben – auf Kosten der Produktiven. Für den Sozialhistoriker Hans-Ulrich Wehler, dessen fünfbandige *Deutsche Gesellschaftsgeschichte* zum Inventar eines jeden Bildungsbürgerhaushalts zählt, ist Sloterdijks Verdikt eine infame Ungeheuerlichkeit. Wehlers Befund ist ein ganz anderer: Die Einkommensschere geht auseinander. Die Vermögen sind ungleich verteilt. Die Heiratsmärkte sind geschlossen. Die soziale Herkunft entscheidet über den Bildungserfolg. Der Osten bleibt vom Westen abgehängt. Die Wirtschaftselite koppelt sich ab. Die Betuchten lassen sich in Privatkliniken umsorgen und lassen ihren Nachwuchs an Privatschulen unterrichten.

**EXZESSIVE HIERARCHISIERUNG** Wehlers Fazit: Deutschland sei ein Land der „exzessiven Hierarchisierung“, in dem der Fahrstuhl nur für wenige nach oben führt – und für viele nach unten. Es ist ein Land der Vermachtung, der Abschottung und Exklusion, so Wehler – und ein Land mit „gradezu altertümlichen Formen krasser Ungleich-

heit“. Starker Tobak. Wobei nicht ganz klar wird, wen Wehler für all das verantwortlich macht. Eienen „blindwütigen, grenzenlos habgierigen Turbokapitalismus“? Politiker, die mit einer „verblüffenden Realitätsblindheit“ die Existenz eines neuen Dienstleistungsproletariats leugnen? In seiner ziellosen Wut gleicht der 81-Jährige Wehler dem kürzlich verstorbenen Stephane Hessel – mit dem Unterschied, dass Wehler sein „Empört euch!“ nicht nur mit Kraftworten, sondern auch mit Zahlen würzt: Belief sich das Verhältnis der Vorstandsgehälter deutscher Aktiengesellschaften zum Durchschnittsverdienst der Arbeitnehmer 1985 auf 20:1, so liegt es heute bei 200:1.

**KLASSENTHEORIE AUF DIE TAGESORDNUNG** Sozialdemokrat Wehler macht – und das ist sein Verdienst – mit Karl Marx und Max Weber deutlich, dass die Klassentheorie zurück auf die Tagesordnung gehört, weil Klassen primär „Phänomene der Machtverteilung“ (Max Weber) sind. Und er leiht den buchstäblich Deklassierten seine engagierte Stimme: Menschen, die mitten unter uns in sozialen Exklaven leben – Leiharbeiter, Arbeitslose, Ausländer, Illegale. Wie Wehler allerdings darauf kommt, dass die „Verteilungsgerechtigkeit völlig verloren gegangen sei“, bleibt sein Geheimnis. Der eigentliche Skandal der „neuen Umverteilung“, den Wehler diagnostiziert, ist doch, dass der deutsche Sozialstaat so groß und teuer wie nie ist – und trotzdem Klassenzugehörigkeiten zementiert.

## Privater Wohlstand – und öffentliche Verwahrlosung?

**DIE GEGENPOLE** Worin unterscheidet sich ein Sozialdemokrat von einem Freidemokraten? Nun, der Sozialdemokrat klagt, dass sich in den Händen der obersten zehn Prozent der Bevölkerung 60 Prozent des Vermögens konzentrieren. Während der Freidemokrat klagt, dass die obersten zehn Prozent der Arbeitnehmer 60 Prozent aller Einkommensteuern aufbringen. Recht haben beide. Aber was folgt daraus?

**LÄHMUNG DURCH UNGLEICHHEIT** Für Joseph Stiglitz ist die Sache klar: Ungleichheit hat ihren Preis. Sie unterminiert soziale Mobilität, lähmt die Aufstiegschancen, fördert Kriminalität, das heißt: sie zersetzt eine Gesellschaft von innen heraus, weil einige Menschen sich überlegen fühlen, andere minderwertig – und weil sich die Vorurteile gegenüber Schwachen in einer ungleichen Gesellschaft verstärken. Das alles hat der britische Historiker Tony Judt schon vor drei Jahren scharf, konzis und stilsicher skizziert („Dem Land geht es

schlecht“), und das alles unterschreibt nun der Wirtschaftsnobelpreisträger – lang und breit, auf 370 Seiten plus 120 weitere für Fußnoten.

### WENIGER SPAREN, MEHR UMVERTEILEN

Auch Stiglitz' Hauptthese ist nicht neu, man kennt sie von seinem Kollegen Paul Krugman: Die neue Ungleichheit verdanke sich nicht dem globalisierten Wettbewerb, sondern einer Politik, die das eine Prozent der Superreichen begünstigt und die anderen 99 Prozent mehr oder weniger auspresst. Am Ende leide eben nicht nur die Demokratie, sondern auch die Wirtschaft: Es sei kaum noch einer da, der Geld hat, um es auszugeben. Stiglitz' Forderungen: weniger sparen, mehr umverteilen. Keine Politik der „Konzernwohlfahrt“. Stattdessen eine „aktive Arbeitsmarktpolitik“, grüne Investitionen, die Sicherung des Wohlfahrtsstaates und ganz grundsätzlich: mehr Skandinavien, weniger Amerika. Lesenswert? Nun ja.

dieter.schnaas@wiwo.de | Berlin



Joseph Stiglitz  
**Der Preis der Ungleichheit**  
Siedler, 508 Seiten,  
24,99 Euro

Das Verlangen nach Gerechtigkeit ist ein tief sitzender, elementarer Menschenwunsch, gefolgt vom Wunsch nach sozialem Ausgleich und Gleichheit. Aber was genau ist es, was wir uns so innig wünschen, und wenn es so allgemeingültig ist, warum wird darum gestritten, gerungen und gekämpft? *Von Roland Tichy*

# Die Spaltung der Gesellschaft

Ist Deutschland ein guter, gerechter Ort in Raum und Zeit; verbesserungsfähig vielleicht, aber doch ganz okay? Oder ist es ein Land, in dem die Armen immer ärmer, die Reichen auf deren Kosten immer reicher werden und das dramatisch umgebaut werden muss, um es lebens- und liebenswert zu gestalten? Das ist eine scheinbar simple Frage, und doch spaltet sie die Menschen; wir haben ein ganzes Heft dazu zusammengetragen, und doch ist es nicht vollständig – und wird auch nicht alle Leser überzeugen können. Es ist aber eine entscheidende Debatte. Werden falsche politische Folgerungen gezogen, verändert sich das Land. Und damit beginnt das nächste Kapitel in einem Krieg, der erbittert geführt wird: Sind die Maßnahmen, mit denen mehr Gerechtigkeit erzeugt werden soll, wirklich hilfreich, oder verschlimmern sie die Lage? Auch gilt: Gut gemeint ist noch nicht gut gemacht. Einige Beispiele:

Allgemeine und flächendeckende Mindestlöhne von 8,50 Euro – eine sympathische Forderung, die man sofort unterschreiben möchte. Aber helfen sie wirklich? Ganz klar, sagen die Befürworter. Weniger Geld für Arbeit ist ein Hungerlohn, menschenunwürdig und nicht der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes und der Menschen angemessen. Aber von diesem Mindestlohn mag man in manchen Gegenden Deutschlands, etwa in Berlin mit seinen nach wie vor moderaten Mieten, gut leben können – in Frankfurt oder München, wo die Mieten doppelt so hoch sind, ist es zu wenig. Dann ist ein einheitlicher Mindestlohn in manchen Städten zu wenig, in anderen zu hoch. Vielleicht fallen sogar Jobs weg, weil sie nicht so viel erwirtschaften. Dann produziert der Mindestlohn sogar Arbeitslosigkeit, insbesondere bei denen, die nicht so besonders leistungsfähig sind – bei Berufsanfängern beispielsweise oder bei Beschäftigten mit geringer Qualifikation und fehlender Ausbildung.

Und wie ist das mit Studiengebühren? Bildung ist ein Menschenrecht. Aber wer eine gute Ausbildung erhält, wird später mehr verdienen können. Soll er dafür nicht einen Beitrag leisten und diejenigen entlasten, die sein teures Studium finanzieren? Oder blockiert so eine Maßnahme nur den sozialen Aufstieg, sodass nur die Kinder der Reichen studieren können? Kann man diesen Nachteil durch Stipendien ausgleichen?

Wie ist das mit den Steuern? Klar, sie sollen für Spitzenverdiener erhöht werden, fordern die, die wenig oder keine Steuern zahlen. Aber wo beginnt der Reichtum? Und eigentlich müsste der Staat doch sparsamer mit dem Geld umgehen, das er derzeit in Rekordhöhe einnimmt, statt immer nur neues einzukassieren. Schwer zu erklären ist, warum Steuerhinterziehung bestraft wird, aber Steuerverschwendung nicht; wo doch in beiden Fällen das Geld des Steuerzahlers weg und die Staatskasse leer ist.

Die Forderung nach mehr Gerechtigkeit und Gleichheit spricht und schreibt und sendet sich schnell – und ist in der Umsetzung doch so schwierig. Darin liegt sogar eine besondere Gefahr für jede Demokratie: Sie teilt die Welt in Gut und Böse, in Fair und Unfair und spaltet damit die Gesellschaft. Wer also beispielsweise hohe Mindestlöhne fordert, stellt sich selbst als großzügig, sozial, fürsorglich und gerecht dar – und grenzt sich damit von den hartherzigen Kapitalisten ab, die davor warnen, auf die Risiken hinweisen oder die negativen Folgen des moralisch gut Gemeinten voraussehen. Politische Auseinandersetzungen um Sachfragen werden so zu Glaubenskriegen. Sie werden moralisch aufgeladen; der Staat soll Gerechtigkeit herstellen – auch wenn er dabei zum Scheitern verdammt ist.



**Roland Tichy**  
Chefredakteur WirtschaftsWoche

## WETTLAUF DES GUT GEMEINTEN

Wer mehr bietet, nimmt die moralisch überlegene Position für sich in Anspruch, auch wenn es im Ergebnis ganz anders kommt. Es kommt zu einem Überbietungswettbewerb des gut Gemeinten; dabei droht das gut Gemachte, aber scheinbar weniger Gerechte auf der Strecke zu bleiben.

Dabei geraten auch andere Grundsätze in den Hintergrund, die für das Zusammenleben aber elementar wichtig sind: das urchristliche Prinzip der Eigenverantwortung beispielsweise, wonach jeder Mensch zunächst die Aufgabe hat, für sich und seine Angehörigen selbst zu sorgen. Die Gemeinschaft soll demnach nur einspringen, wenn diese Bemühung nicht Erfolg hat oder der Betroffene etwa wegen Krankheit nicht für sich sorgen kann. Wird das vernachlässigt, wird schnell immer mehr Verantwortung an den Staat delegiert – die Eigenverantwortung erlahmt. So erbringen

immer weniger Menschen wirtschaftliche Leistung, und die Zahl der untätigen Leistungsempfänger nimmt zu – am Ende sind alle Beteiligten ärmer. Die Väter der sozialen Marktwirtschaft kannten diese Gefahren. Sie setzten auf Eigenverantwortung – und Belohnung der Leistung. Sie setzten auf Eigentum, damit die Bürger nicht von der „Stallfütterung“ durch den Staat abhängig werden. Der Staat sollte die Rahmenbedingungen setzen, sich aber bei vielen strittigen Detailfragen heraushalten. Sie wussten auch, dass staatliche Regelungen wie ein falscher Mindestlohn praktisch nicht mehr korrigiert werden können – damit aber wird ein Fehler zur lang andauernden Katastrophe. Ein Fußballspiel wird nicht besser, wenn der Schiedsrichter beginnt, Tore zu schießen. „Es ist ungleich sinnvoller, alle zur Verfügung stehenden Energien auf die Mehrung des Ertrags zu richten, als sich in Kämpfen um die Distribution des Ertrags zu zermürben.“ Sagte einst Ludwig Erhard, einer der Vordenker der sozialen Marktwirtschaft. Daran sollten wir uns gelegentlich erinnern. Erhard war übrigens für begrenzte Mindestlöhne als „Ordnungstaxe“.

# Sind die Arbeits- marktreformen der Agenda 2010 gerecht?



Ja

Denn sie haben zwei Millionen Menschen in Arbeit gebracht und neue Aufstiegschancen eröffnet

Mit Sicherheit gerecht: Soziale Marktwirtschaft

[inism.de/Gerechtigkeit](http://inism.de/Gerechtigkeit) [facebook.com/Marktwirtschaft](https://www.facebook.com/Marktwirtschaft)

NETZWERK  
NEUE SOZIALE  
MARKTWIRTSCHAFT



# Zum Leben geboren

5 Euro geben ihm  
Überlebensraum in Afrika:

[wwf.de](http://wwf.de)

Sende per SMS\*

**KaZa**

an die Rufnummer

**81190**

IM SÜDLICHEN AFRIKA  
ENTSTEHT „KAZA“,  
DAS GRÖSSTE  
NATURSCHUTZGEBIET  
DES KONTINENTS.

Schon 5 Euro im Monat schützen Überlebensraum für Elefanten in Afrika. In der Kavango-Zambesi-Region, kurz KaZa, hilft der WWF, ein Naturschutzgebiet zu entwickeln, in dem sich Elefanten und andere Tiere frei bewegen und die Menschen auf ein besseres Leben in einer Zukunft ohne Armut hoffen können. Mehr Infos unter: [wwf.de](http://wwf.de). Einmalig spenden an den WWF: Konto 2000, Bank für Sozialwirtschaft Mainz, BLZ 550 205 00. Stichwort: Kaza. Oder per SMS\*.

\*Eine SMS kostet 5 Euro, davon gehen 4,83 Euro direkt an den WWF. Kein Abz; zzgl. Kosten für eine SMS.